Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. August 1979
Jg. 7 Nr. 34

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21903 C

### Spanien beantragt Teilnahme an Blockfreienkonferenz

*z.evh.* „Wir akzeptieren nicht, daß eine kleine Gruppe von Staaten beansprucht, Herr über das Schicksal der Welt zu sein“, erklärte der spanische Ministerpräsident Suárez am 6.8. auf seiner Lateinamerikareise in Brasilien, wo er den Antrag Spaniens, als Beobachter an der Blockfreienkonferenz teilzunehmen, bekanntgab. Am 11.8. unterzeichnete er den Vertrag über Spaniens Beobachterstatus beim Andenpakt. Über den NATO-Beitritt soll erst 1981 beraten werden. 15 Mrd. DM betragen Spaniens Auslandsschulden, die nach EG-Diktat als erhöhte Steuerlast auf die Massen abgewälzt werden sollen. Diese Ausplünderung und die Kämpfe der spanischen Arbeiter und Bauern zwingen die spanische Bourgeoisie zur Annäherung an die Länder der Dritten Welt. Ein fester *Zusammenschluß* kann nur durch Absage aller imperialistischen Bündnisse erreicht werden.

### Landemanöver der US-Flotte soll Druck auf Griechenland ausüben

*z.rua.* Vom 8. bis 14.8. haben Einheiten der US-Mittelmeerflotte im Golf von Strymonikos in der Ägäis Landemanöver durchgeführt. Damit wollen die US-Imperialisten Druck auf Griechenland ausüben, das 1974 seine Mitgliedschaft in der NATO suspendierte. Am 14.8. hat Verteidigungsminister Averoff den US-Botschafter in Athen, McClosky, von der unwiderruflichen Entscheidung der griechischen Regierung in Kenntnis gesetzt, nicht mehr an NATO-Manövern teilzunehmen. Griechenland verlangt für den Fall eines Wiedereintritts in die NATO die volle militärische Einsatzleitung in seinen Hoheitsgewässern. Sollte es zu keiner Einigung kommen, wird die Schließung der US-Stützpunkte in Griechenland erwogen. Einen Tag nach Beginn der US-Manöver haben griechische Einheiten ihrerseits in der Ägäis Seekriegsübungen abgehalten.

### Rumänien greift Hegemonialpolitik in Europa an

*z.anb.* Fünf Tage nach seinem Zusammentreffen mit Breschnew auf der Krim hat der rumänische Staatspräsident Ceaucescu vor Bergarbeitern des Kohlereviers Valea Jiului seine Kritik an den hohen Militärausgaben des

ler imperialistischen Bündnisse erreicht werden.

### Landemanöver der US-Flotte soll Druck auf Griechenland ausüben

*z.rua.* Vom 8. bis 14.8. haben Einheiten der US-Mittelmeerflotte im Golf von Strymonikos in der Ägäis Landemanöver durchgeführt. Damit wollen die US-Imperialisten Druck auf Griechenland ausüben, das 1974 seine Mitgliedschaft in der NATO suspendierte. Am 14.8. hat Verteidigungsminister Averoff den US-Botschafter in Athen, McClosky, von der unwiderruflichen Entscheidung der griechischen Regierung in Kenntnis gesetzt, nicht mehr an NATO-Manövern teilzunehmen. Griechenland verlangt für den Fall eines Wiedereintritts in die NATO die volle militärische Einsatzleitung in seinen Hoheitsgewässern. Sollte es zu keiner Einigung kommen, wird die Schließung der US-Stützpunkte in Griechenland erwogen. Einen Tag nach Beginn der US-Manöver haben griechische Einheiten ihrerseits in der Ägäis Seekriegsübungen abgehalten.

### Rumänien greift Hegemonialpolitik in Europa an

*z.anb.* Fünf Tage nach seinem Zusammentreffen mit Breschnew auf der Krim hat der rumänische Staatspräsident Ceaucescu vor Bergarbeitern des Kohlereviers Valea Jiului seine Kritik an den hohen Militärausgaben des
Warschauer Paktes wiederholt. Anstatt für solche Maßnahmen der Aufrüstung der Militärblöcke, was der friedlichen Koexistenz in Europa widerspreche, sollte der Staatshaushalt für die Verbesserung des Lebens der Massen verwandt werden. Die rumänische Regierung werde die für 1976 – 80 vorgesehene Erhöhung der Reallöhne der Arbeiter jedenfalls trotz angespannter Wirtschaftslage durchführen. Am 9. August wies die „Lumea“ auf die Tatsache hin, daß 35 Jahre nach dem 2. Weltkrieg noch immer über 1 Mio. Besatzertruppen in 17 europäischen Ländern stationiert sind. Es sei Zeit, dies durch Verträge zu beseitigen.

### Laos: wachsender Widerstand gegen die Okkupation

*z.hku.* Nach thailändischen Berichten hat sich der Widerstand in Laos gegen die Verwandlung des Landes in ein Aufmarschgebiet der vietnamesischen Expansion so weit ausgedehnt, daß die Besatzer über weite Gebiete des Nordens die Kontrolle verlieren. Kern der Widerstandsbewegung sind die nationalen Minderheiten, die Bergvölker der Meo, Yao, Man u.a., die die Revisionisten zwangsweise umsiedeln und „kollektivieren“ wollen. – Die vietnamesischen Besatzertruppen reihen eine „Säuberungsaktion“ an die andere. Im Juni haben die Revisionisten in Laos eine allgemeine Musterung durchgeführt, um zusätzliche Kräfte zur Niederschlagung der Rebellion und zur Auffüllung der Aggressionstruppen in Kampuchea auszuheben. Das sowie die Ausweisung der Straßenbautrupps aus der VR China hat dem Widerstand nur neue Nahrung gegeben.

## Regierung und Opposition spielen sich als Kinderfreunde auf

Projekt „Hilfe für Kinder in Notlage“ / § 218-Kampagne der christlichen Reaktion

*z.hev.* Der 50jährige Polizeibeamte aus Bamberg zwängt den Hals seiner 15jährigen Tochter in ein Fahrradschloß und schleift sie 500 Meter weit durch die Stadt. – Vier Tage feierte Iris D. mit Freunden auf dem Frühlingsfest in Augsburg. In der Wohnung verhungert ihr elf Monate altes Töchterchen Patricia. – Die 4jährige Gisela wird blutüberströmt in die Hamburger Universitätsklinik eingewiesen. Sie war von ihren Eltern zwei Tage lang mit einem bissigen Schäferhund zusammen eingesperrt werden. Die Eltern wollten ungehindert auf Zechtour gehen. –

Mit sicherem Instinkt hat die „Bild“-Zeitung am 9. August diese besonders widerwärtigen Fälle von Kindesmißhandlungen herausgesucht, um einer Propagandakampagne des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit „über Ursachen und Folgen der Kindesmißhandlungen“ wirkungsvollen Geleitschutz zu geben. Angeblich, so Staatssekretär Wolters vom genannten Ministerium, gehe es darum, „die Sensibilität der Bevölkerung zu schärfen“. Das Bundeskriminalamt registrierte 1978 1472 Fälle von Kindesmißhandlungen und 987 Fälle von Vernachlässigung. Je bösartiger der jeweilige Bourgeois die Volksmassen einschätzt, desto rabiater die „Dunkelziffer“: Zwischen 6000 und 400000 im Jahr. 30000 gelten als gesichert, aber eben im Dunkeln. Sie will das Ministerium ans Licht zerren und mit ihnen auch „allgemeine Wertvorstellungen“, die die Einstellung zur Gewalt – auch gegen Kinder – mitprägten.

Das Angebot des Staatssekretärs: Staatshilfe für Kinder gegen prügelnde Eltern – Kinderhäuser. Das Kinderschutzzentrum in Berlin hat mit großzügiger ministerialer Unterstützung bereits ein Modell parat. In Kindergruppen sollen mißhandelte Kinder erst einmal untergebracht werden, bis die Eltern zur „Vernunft durch Beratung“ gebracht worden sind. Im Grunde handelt es sich hier um eine reine Polizeireform, durch die Eltern, die ihre Kinder geschlagen haben, schneller erfaßt und hinter Gitter gebracht werden. Die Kinder werden solange aufbewahrt. Das ist das Angebot der sozialdemo-

nisteriums für Jugend, Familie und Gesundheit „über Ursachen und Folgen der Kindesmißhandlungen“ wirkungsvollen Geleitschutz zu geben. Angeblich, so Staatssekretär Wolters vom genannten Ministerium, gehe es darum, „die Sensibilität der Bevölkerung zu schärfen“. Das Bundeskriminalamt registrierte 1978 1472 Fälle von Kindesmißhandlungen und 987 Fälle von Vernachlässigung. Je bösartiger der jeweilige Bourgeois die Volksmassen einschätzt, desto rabiater die „Dunkelziffer“: Zwischen 6000 und 400000 im Jahr. 30000 gelten als gesichert, aber eben im Dunkeln. Sie will das Ministerium ans Licht zerren und mit ihnen auch „allgemeine Wertvorstellungen“, die die Einstellung zur Gewalt – auch gegen Kinder – mitprägten.

Das Angebot des Staatssekretärs: Staatshilfe für Kinder gegen prügelnde Eltern – Kinderhäuser. Das Kinderschutzzentrum in Berlin hat mit großzügiger ministerialer Unterstützung bereits ein Modell parat. In Kindergruppen sollen mißhandelte Kinder erst einmal untergebracht werden, bis die Eltern zur „Vernunft durch Beratung“ gebracht worden sind. Im Grunde handelt es sich hier um eine reine Polizeireform, durch die Eltern, die ihre Kinder geschlagen haben, schneller erfaßt und hinter Gitter gebracht werden. Die Kinder werden solange aufbewahrt. Das ist das Angebot der sozialdemo-
kratischen Regierung. Eine Änderung der Verhältnisse, die manchen Eltern so sehr den Nerv rauben, daß sie ihr Kind halb zu Tode prügeln, ist nicht beabsichtigt. Das Ministerium des Staatssekretärs Wolters etwa hat erst jüngst Vorstellungen zur Ausdehnung und Effektivierung der Schichtarbeit veröffentlicht und zur Vorbereitung der Lohnrunde schießt die Bourgeoisie aus allen Rohren, um die Löhne unten zu halten. Gelingt ihr das, werden noch mehr Kinder geprügelt und mit den Segnungen der Reform eben mehr Eltern eingesperrt.

Noch aber werden zu wenig Fälle *gemeldet*, als daß ein großer polizeilicher Zugriff möglich wäre. Obwohl die Massen Kindesmißhandlungen hassen, erfahren die staatlichen Behörden davon kaum etwas. Staatssekretär Wolters muß deshalb wortreich erklären, daß die Meldung eines Verdachts durch Nachbarn keine Denunziation sei, sondern Mithilfe. Von Ärzten erwartet er diese Meldung auch, und dies sei wiederum kein Brechen der ärztlichen Schweigepflicht, er wolle ja nur, daß sie „Kontakte zwischen betroffenen Familien und Sozialämtern herstellen“. Von da bis vor den Kadi und in den Knast ist nur ein Katzensprung.

Angesichts neuer Zahlen über *registrierte* Abtreibungen sind die christlichen Reaktionäre erneut in Bewegung geraten. Deren Zahl war 1978 auf 73500 gestiegen, 35% mehr als ein Jahr zuvor. Damit kamen auf 1000 Geburten 127 registrierte Schwangerschaftsabbrüche, 1977 noch 93. Rita Waschbüsch, frühere Sozialministerin des Saarlandes: Abtreibung sei Holocaust. Dr. med. Herwig Holzgartner, Vorsitzender des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU und Vorstandsmitglied der bayerischen Ärztekammer: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.“ Der württembergische Landesbischof Class: Es gehöre zu den „Teufeleien dieser Welt“, daß in einem der reichsten Länder der Erde ungeborenes Leben aus sozialen Gründen gemordet werde. Und Wehner hat an die strafrechtliche Aufgabe zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ erinnert. Ziel aller dieser Angriffe war

durch Nachbarn keine Denunziation sei, sondern Mithilfe. Von Ärzten erwartet er diese Meldung auch, und dies sei wiederum kein Brechen der ärztlichen Schweigepflicht, er wolle ja nur, daß sie „Kontakte zwischen betroffenen Familien und Sozialämtern herstellen“. Von da bis vor den Kadi und in den Knast ist nur ein Katzensprung.

Angesichts neuer Zahlen über *registrierte* Abtreibungen sind die christlichen Reaktionäre erneut in Bewegung geraten. Deren Zahl war 1978 auf 73500 gestiegen, 35% mehr als ein Jahr zuvor. Damit kamen auf 1000 Geburten 127 registrierte Schwangerschaftsabbrüche, 1977 noch 93. Rita Waschbüsch, frühere Sozialministerin des Saarlandes: Abtreibung sei Holocaust. Dr. med. Herwig Holzgartner, Vorsitzender des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU und Vorstandsmitglied der bayerischen Ärztekammer: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.“ Der württembergische Landesbischof Class: Es gehöre zu den „Teufeleien dieser Welt“, daß in einem der reichsten Länder der Erde ungeborenes Leben aus sozialen Gründen gemordet werde. Und Wehner hat an die strafrechtliche Aufgabe zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ erinnert. Ziel aller dieser Angriffe war
die Notlagenindikation, die einen immer größeren Anteil (67%) der genehmigten Schwangerschaftsabbrüche ausmacht. Sie werde zu großzügig gehandhabt und überprüfen könne man sie auch nicht. Besonders hat einige CDU-Politiker empört, daß die Kapitalisten bei genehmigtem Abbruch auch noch den Lohn fortzahlen müssen. Das wird wohl der ehrliche Kern der Empörung über den § 218 in seiner jetzigen Form und Praxis sein. Die Arbeiterbewegung hat an einigen Orten eine Lage geschaffen, in der die Betroffenen die Bezahlung des Krankenhausaufenthaltes durch die Kassen und die Lohnfortzahlung als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen und gleichzeitig versuchen, aus den Spitzelgesprächen in den Beratungsstellen ungeschoren und ohne allzuviel auf den Tisch gepackt zu haben, herauszukommen. Wehner und den christlichen Reaktionären sind schon diese 73500 genehmigten Abtreibungen zu viel, obwohl sie mit Sicherheit den tatsächlichen Zwang zur Abtreibung in der gegenwärtigen Lage der Massen nicht annähernd widerspiegeln. Man wird mit rund einer halben Million Abtreibungen rechnen müssen. Das schließt ebensoviele zähneknirschenden Diskussionen in den Arbeiter- und Angestelltenfamilien ein darüber, ob der Lohn reichen wird, ob das mit dem Kind gehen wird bei Schichtarbeit und wie man die größere Wohnung bezahlen soll.

Während einige Sozialdemokraten angesichts der Angriffe der Reaktion sich bang fragen, ob das alles noch einmal von vorne anfängt und die Reaktionäre beschwichtigen wollen, zeigen diese Angriffe doch gerade, daß die Arbeiterbewegung sich mit dem bestehenden § 218 eben nicht einrichten kann, sondern seine vollständige Streichung erneut fordern muß.

### Die Kollektivbauern in Südportugal verteidigen ihr Land gegen Grundbesitzer und IWF




90000 Landarbeiter, Kollektivbauern auf Genossenschaften im Süden Portugals, haben den 25. Juli als Tag der Landreform begangen *(Bild)*. Ihre Kundgebungen richteten sich gegen die Rückübereignung des Landes an die Großgrundbesitzer, denen es die Landarbeiter in der antifaschistischen Revolution 1974 – 75 entrissen haben. Am 9. August hat die Polizei auf Kollektivbauern in Fonte Boa da Vinha das Feuer eröffnet, die einen Korkwald verteidigten. Die Bauern haben zu-

schon diese 73500 genehmigten Abtreibungen zu viel, obwohl sie mit Sicher-
kann, sondern seine vollständige Streichung erneut fordern muß.

### Die Kollektivbauern in Südportugal verteidigen ihr Land gegen Grundbesitzer und IWF




90000 Landarbeiter, Kollektivbauern auf Genossenschaften im Süden Portugals, haben den 25. Juli als Tag der Landreform begangen *(Bild)*. Ihre Kundgebungen richteten sich gegen die Rückübereignung des Landes an die Großgrundbesitzer, denen es die Landarbeiter in der antifaschistischen Revolution 1974 – 75 entrissen haben. Am 9. August hat die Polizei auf Kollektivbauern in Fonte Boa da Vinha das Feuer eröffnet, die einen Korkwald verteidigten. Die Bauern haben zu-
rückgeschossen, es hat auf beiden Seiten Verletzte gegeben. – Für einen 70-Mio.-Dollar-Kredit mußte die portugiesische Regierung dem IWF zusichern, die Bauernkooperativen bis auf „höchstens 100“ zu zerschlagen.

## US-Imperialisten eröffnen Kanäle nach Phnom Penh

„Hilfslieferungen“ an das Marionettenregime / Rotes Kreuz und UNICEF auf alten Pfaden

*z.lup.* „Dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ist es nach langen Bemühungen gelungen, zum ersten Mal einen Fuß nach Kambodscha zu setzen“, schreibt die „Frankfurter Rundschau“ nicht ohne Begeisterung. Ein von der UNICEF und dem IKRK gechartertes Flugzeug war kurz zuvor in Phnom Penh gelandet und hatte 4,4 Tonnen „Hilfsgüter“ an das von den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren eingesetzte Marionettenregime abgeliefert. Wenn nicht unverzüglich 100 Millionen Dollar für Nahrungsmittel aufgebracht würden, seien zwei Millionen Kampucheaner vom Hungertod bedroht, wurde danach erklärt.

Ausgegangen ist diese Intrige vom US-Imperialismus. Dieser hat einen Pfaffen, Robert Charlebois, vorgeschickt, um zusammen mit dem amerikanischen Botschafter in Bangkok die Kontakte mit Vietnam und sodann dem Marionettenregime in Phnom Penh einzufädeln. Der Mensch hat Erfahrungen in solchen Dingen. Bereits während der US-Aggression gegen Kampuchea, Vietnam und Laos hatte er sich in Südostasien rumgetrieben und unter der Flagge der Humanität Nachschub für die US-Aggression organisiert.

Die Hanoier Machthaber hatten gehofft, nach einem Blitzsieg über das Demokratische Kampuchea durch den Raub der Reisernte Kampucheas die Schwierigkeiten lösen zu können, die sie im eigenen Land durch die Unterwerfung unter den Sozialimperialismus angerichtet haben. Aber ihre Kontrolle über Kampuchea erstreckt sich auf nicht mehr als ein Viertel des gesamten Gebietes, und die kampucheanischen Volksmassen unternehmen alles, um den Reis und das Vieh, das wichtigste Arbeitsmittel, dem Zugriff der Aggressoren zu entziehen. Obwohl die Invasionstruppen alles rauben, was ihnen in die Hände fällt, können sie nicht ihre eigene Versorgung sicherstellen. Um die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung in Vietnam auch nur annähernd zu lindern, müßte Vietnam drei Millionen Tonnen Reis einführen, hat aber keine Chance, dies zu finanzieren. Und auch für die Sozialimperialisten wird der Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea zu einem Faß ohne Boden. 74000 Tonnen Waffen haben sie allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach Vietnam geschafft. Kürzlich wurde eine Direktflugverbindung Moskau-Phnom Penh eröffnet. Auf 2,3 Millionen Dollar schätzen US-imperialistische Beobachter die Kosten, die der Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea Tag für Tag verschlingt. Sie wissen, was solche Aggressionskriege kosten, und sie kennen die ökonomische Schwäche ihres Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft. Darin sehen sie ihre Chance. Die Kanäle, die die UNICEF und das IKRK geöffnet hätten, „müssen unbedingt rasch erweitert werden“, fordert die „International Herald Tribune“. Eine Schwierigkeit sieht die „Frankfurter Rundschau“ darin, daß die UNO die Regierung des Demokratischen Kampuchea anerkennt und teilt mit, daß dies „im Lichte der Realität“ auf der nächsten Generalversammlung geändert werden könne. Real ist für die BRD-Imperialisten alles, was nach Profit und Expansionsmöglichkeiten riecht. Es ist wirklich dringend, für die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesregierung zu kämpfen.

### 4. NATO-Herbstmanöver: „Standhafter Vollstrecker“ – bei der Vorwärtsverteidigung




Entlang der Grenze BRD – DDR, dargestellt durch die Autobahn Kassel-Hersfeld, üben ab 6.9. 30000 Soldaten mit 10000 Radarstationen, 2600 Panzern, 300 Hubschraubern und 300 Jagdbombern. Bild: NATO-Herbstmanöver 1978

*z.maf.* **Der DGB ruft für den 1. September 1979 verschiedenerorts zu ,,Aktionen für Frieden und Abrüstung'' auf.** Für den 1. September 1939 hat der damalige Reichskanzler Adolf Hitler den Angriff auf Polen befohlen. Die deutsche Reichsbourgeoisie wollte sich durch Unterjochung der Nachbarländer zur ersten imperialistischen Weltmacht aufschwingen. Heute belauern sich die USA und die imperialistisch gewordene Sowjetunion. Hätte nicht der Kampf der Länder der dritten Welt um nationale Befreiung einen so großartigen Aufschwung genommen, so wäre der kriegerische Zusammenstoß der beiden Supermächte im Kampf um eine Neuaufteilung einer passiven Welt wahrscheinlich bereits Wirklichkeit. Die täglichen Ereignisse zeigen: Wo immer Staaten die Einmischung der Supermächte in ihre Angelegenheiten zulassen, wächst die Gefahr des imperialistischen Krieges und kommt es zur kriegerischen Auseinandersetzung. Wenn die Sozialdemokraten im DGB jetzt schreiben, ,,besonders beängstigend ist die Tatsache, daß der Anteil der Länder der dritten Welt an den Rüstungsausgaben von ca. 4% auf 14% gestiegen ist'', so kann ein vernünftiger Mensch, (es sei denn, er wär ein Monopolbourgeois mit Profithirn) diese Besorgnis nicht teilen. Wenn es weiter heißt: ,,Wenn man sich vor Augen führt, daß seit dem Ende des II. Weltkrieges alle ausgefochtenen Kriege in Ländern der dritten Welt ausgetragen wurden, und sich ferner die Gefahr vergegenwärtigt, wie schnell konventionelle Kriege in einen Atomkrieg eskalieren können, ist eine Kontrolle des Waffenhandels unerläßlich'', so wird nur ein Blinder verkennen können, daß es die Unterdrückung durch die beiden Supermächte ist, die die Länder der dritten Welt zu solcher Rüstungsanstrengung zwingt. Würden sie nicht rüsten und ihre nationale Unabhängigkeit verteidigen, so müßten sie schon lange Sklavenarbeit für den Konkurrenzkampf der Supermächte um die Weltherrschaft leisten. Wenn es schließlich heißt: ,,Die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung (Kontrolle des Waffenhandels) von Seiten der USA und der Sowjetunion – wenn überhaupt davon gesprochen werden kann – sind bislang noch wenig wirkungsvoll'', so ist dies eine sehr feinsinnige Umschreibung der fortwährenden Versuche beider Supermächte, Marionettenregimes auszurüsten und die Völker der dritten Welt zu spalten. – Mit Sorgfalt vermeiden die Sozialdemokraten im DGB, auf Forderungen zu sprechen zu kommen, die das Hegemoniestreben der beiden Supermächte einschränken und den Bewegungsspielraum aller imperialistischen Mächte einengen könnten. Weder die Forderung nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen wird auch nur erwähnt, noch wird ein einziges Wort darüber verloren, daß, nunmehr im 34sten Jahr nach der Kapitulation der deutschen Reichsbourgeoisie, immer

Waffenhandels unerläßlich'', so wird nur ein Blinder verkennen können, daß es die Unterdrückung durch die beiden Supermächte ist, die die Länder der dritten Welt zu solcher Rüstungsanstrengung zwingt. Würden sie nicht rüsten und ihre nationale Unabhängigkeit verteidigen, so müßten sie schon lange Sklavenarbeit für den Konkurrenzkampf der Supermächte um die Weltherrschaft leisten. Wenn es schließlich heißt: ,,Die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung (Kontrolle des Waffenhandels) von Seiten der USA und der Sowjetunion – wenn überhaupt davon gesprochen werden kann – sind bislang noch wenig wirkungsvoll'', so ist dies eine sehr feinsinnige Umschreibung der fortwährenden Versuche beider Supermächte, Marionettenregimes auszurüsten und die Völker der dritten Welt zu spalten. – Mit Sorgfalt vermeiden die Sozialdemokraten im DGB, auf Forderungen zu sprechen zu kommen, die das Hegemoniestreben der beiden Supermächte einschränken und den Bewegungsspielraum aller imperialistischen Mächte einengen könnten. Weder die Forderung nach Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen wird auch nur erwähnt, noch wird ein einziges Wort darüber verloren, daß, nunmehr im 34sten Jahr nach der Kapitulation der deutschen Reichsbourgeoisie, immer
noch kein Friedensvertrag da ist, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht und die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten und Westberlins garantiert. Ebenso peinlich auffällig wird die Forderung nach Austritt aus allen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten umschifft. Wird also der Antikriegstag ein widerliches Ablenkungsmanöver sein, wie geschaffen, um einigen Revisionisten die Predigt von der Unterwerfung unter das Hegemoniestreben der Sowjetunion zu ermöglichen? – Wahrscheinlich nicht, allzuviele Leute haben zwischen gerechten Kriegen und ungerechten Kriegen und klaren politischen Forderungen und verwaschenem Unsinn unterscheiden gelernt.

*z.güv.* **Das Kölner Ordnungsamt hat die Geldsammlung für den gerechten Verteidigungskrieg des Volkes von Kampuchea verboten.** Begründung: ,,Völkerrechtlich muß die geplante Sammlung als Intervention in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates angesehen werden'', wobei es sich mit Verwaltungsgerichtsurteilen den Rücken stärkt, in denen ,,eine Sammlung für humanitäre Hilfe einer Befreiungsbewegung als mit dem Sammlungsgesetz NRW nicht vereinbar erklärt'' wird. Das Ordnungsamt will nicht nur jegliche Geldsammlung für Befreiungsbewegungen verboten wissen, es erklärt diese Form der Solidarität mit den revolutionären Kämpfen der Völker zur ,,Intervention'', die Regierung des Demokratischen Kampuchea zur ,,Befreiungsbewegung'', und legalisiert damit die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea.

*z.joh.* **Staatsministerin Hamm-Brücher vom Auswärtigen Amt hat auf einer Tagung die ca. 1350 deutschen Lehrer im Ausland vergattert: ,,Auslandsschulpolitik ist ... ein Teil unserer Friedenspolitik!''** Der BRD-Imperialismus beschränkt seine ehrgeizigen Expansionszüge nicht auf Waren- und Kapitalexport. Als Hebel, um dabei rascher voranzukommen, dient die Rekrutierung und Abrichtung von Funktionären aus dem Ausland, die Ausbildung deutscher Kräfte vor Ort und die Verbreitung der deutschen Sprache. Die Auslandsschulpolitik der BRD hat zwei Schwerpunkte: Europa und die Dritte Welt. 107 Schulen werden betrieben, in 16 europäischen und 32 Staaten Asiens, Afrikas und insbesondere Lateinamerikas. Etwa 80000 Jugendliche (darunter ca. 20000 Deutsche) werden erfaßt. Zudem gibt es ca. 400 kleinere Projekte. Mit hochfliegenden Plänen wird die Auslandsschulpolitik forciert. Hamm-Brücher: ,,Die bildungs- und kulturpolitische Bedeutung unserer Auslandsschulen in der Dritten Welt liegt vor allem auch darin, daß sie für einheimische Erziehungseinrichtungen Modellcharakter entwickeln ...''

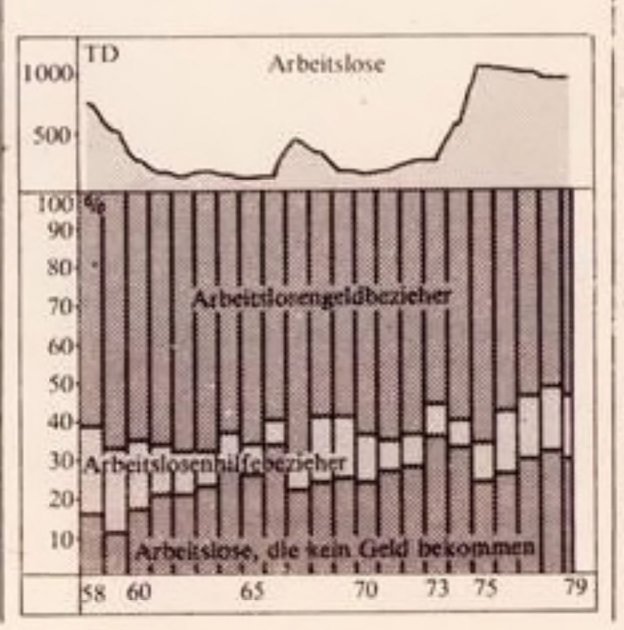






*z.gih.* **126491 der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezieher sind von Januar bis Mai 1979 mit einer**

*z.gih.* **126491 der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezieher sind von Januar bis Mai 1979 mit einer**
**Sperrfrist belegt worden.** Die Zahl der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe beziehen, ist von 816855 im Jahr 1976 auf 689751 im Durchschnitt von Januar bis Mai 1979 zurückgegangen. Gleichzeitig haben sich die Sperrfristen erhöht. Waren es 1976 12,2% so ist die Zahl für 1979 auf 18,3% der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezieher hochgeschnellt. 1973 sahen die Verhältnisse ähnlich aus. 36% der Arbeitslosen erhielten kein Geld und 14% waren mit Sperrfristen belegt. Damals nutzten die Arbeiter die Konjunktur aus, um durch Kündigung bessere Bedingungen für ihren Verkauf der Arbeitskraft herauszuschlagen. *Diese* ,,Mobilität'' wird von der Bourgeoisie dann mit Streichung jeglicher Bezüge belegt, denn sie braucht die Arbeitskraft für sich jederzeit verfügbar. Deshalb sind heute unter denen, die kein Geld bekommen, viele, die sich diesem Kommando entgegenstellen und nicht die für sie ,,zumutbare'' Arbeit annehmen.




# Lambsdorff auf der Suche nach Öl und Kapitalanlagesphären in Lateinamerika

*z.rua.* Vom 8. bis 29. 8. bereist Graf O. Lambsdorff Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Argentinien. Er folgt H. Schmidt, der im April in Brasilien, Peru und der Dominikanischen Republik weilte. Im November folgt H.D. Genscher, der eine Botschafterkonferenz für Lateinamerika (die zweite in diesem Jahr) leiten wird.

Kurz vor Reiseantritt Lambsdorffs hat Staatssekretär Hermes im ,,Europa-Archiv'' (Nr. 14/79) den Aufsatz ,,Aspekte und Perspektiven der deutschen Lateinamerika-Politik'' veröffentlicht, den die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' als ,,offiziöse Konzeption'' versteht. Hermes erinnert, daß in Lateinamerika 47% aller Direktinvestitionen der BRD-Imperialisten (1978: 8 Mrd. DM) in der 3. Welt konzentriert sind. Gleichzeitig betont er, daß die Bevölkerung Lateinamerikas, deren Durchschnittsalter zwischen 15 und 18 Jahren liegt, von Massenarbeitslosigkeit bedroht sei, woraus sich ,,die Gefahr verschärfter Verteilungskämpfe abzeichnet''. Um diese ,,Verteilungskämpfe'' zu vermeiden, sollen die BRD-Imperialisten gegenüber den Militärregierungen ,,jeden Ansatz in Richtung Redemokratisierung, jeden substantiellen Schritt zur Wahrung der Menschenrechte, der politischen wie der wirtschaftlich-sozialen, nachhaltig ermutigen''. Die demokratischen Regierungen seien zu fördern.

Unter dem ,,demokratischen'' Ruf nach Arbeitsplatzbeschaffung wollen die BRD-Imperialisten ihren Kapitalexport intensivieren, um die Arbeiter Lateinamerikas zu Löhnen von maximal 2,50 DM pro Stunde im ausbeutungsfähigsten Alter zu vernutzen. Hermes versäumt es nicht, die Gewerkschaften der BRD aufzufordern, diese ,,investive Präsenz'' zu unterstützen und ihren Beitrag zur sozialdemokratischen Fesselung der Arbeiterbewegung Lateinamerikas zu leisten.

In den Staaten, die Lambsdorff bereist, liegt die BRD im Kapitalexport an 2. Stelle – wenn auch weit abgeschlagen – hinter den US-Imperialisten, dicht gefolgt von den japanischen Imperialisten. Zweck der Reise ist für die westdeutschen Bourgeoisie, die wachsenden Widersprüche der Staaten Lateinamerikas zu der US-Supermacht zu ihren Gunsten auszunutzen und sich dabei gegen die japanischen Konkurrenten zu behaupten. Gleichzeitig sollen Möglichkeiten erkundet werden, wie im Rahmen der EG die Beziehungen mit Lateinamerika ausgedehnt werden können, um so in der Konkurrenz mit den US-Imperialisten Pluspunkte zu verzeichnen.

Die Staaten Lateinamerikas ihrerseits nutzen die wachsende Konkurrenz der Imperialisten, um die für den Aufbau der nationalen Wirtschaft benötigte Technologie und Devisen zu akzeptablen Bedingungen zu erlangen.

In Mexiko hat Lambsdorff versucht, den BRD-Imperialisten einen Anrechtschein auf die Lieferung von 20 bis 34 Mio. barrel Erdöl jährlich im *Austausch* gegen Lieferungen von Kerntechnologie zu sichern. Mexiko hat abgelehnt, da es seine Energieproduktion auf Grundlage der *eigenen* Ressourcen ausbauen will. Zähneknirschend mußte Lambsdorff mit ansehen, wie eine japanische Delegation unter Vorauszahlung von 500 Mio. $ einen Ölliefervertrag unter Dach und Fach brachte.

In Kolumbien sprach Lambsdorff ebenfalls in Sachen Energieimport und Kapitalexport vor. Er betonte das Interesse der BRD-Imperialisten an der Uran-Prospektion und am Ausbau der Kohleverflüssigung und übermittelte ein Angebot der KWU, Wärmekraftwerke zu errichten. Die Regierung Kolumbiens sagte die *Prüfung* dieses Angebots zu. Eine Anfrage des VW-Konzerns, in Kolumbien ein Montagewerk zu errichten, wurde abschlägig befunden. Hier war seinerseits der französische Renault-Konzern den BRD-Imperialisten zuvorgekommen.

# Hoang Van Hoan an seine Landsleute: ,,Le Duan hat unser Volk in Sklaverei zurückgeworfen''

Hoang Van Hoan, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschuß der Nationalversammlung Vietnams, Gründungsmitglied der KP Vietnams und Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams bis 1976, stellvertretender Verteidigungsminister von 1950 – 1957, hat am 9. August in Beijing in einer Botschaft an seine vietnamesischen Landsleute unter anderem folgendes ausgeführt:

,,Nach langen und harten Kämpfen, die über 30 Jahre lang andauerten, hat unser Volk schließlich 1975 im vaterländischen Befreiungskrieg den Sieg errungen. Der heiße Wunsch des Volkes war es, ein friedliches Leben zu führen, das Land aufzubauen und den Weg zu einer besseren Zukunft zu bereiten. Aber die Früchte unserer Revolution und die vielversprechenden Bedingungen sind durch Le Duan und Co. vollständig vernichtet worden, und die Hoffnung des Volkes ist vereitelt worden. Le Duan und Co. haben unser Volk in die Sklaverei zurückgeworfen, zu einem Leben von nie zuvor dagewesener Not verurteilt, aller demokratischen Freiheiten beraubt und zu einem Leben in Erniedrigung und Unterdrückung gezwungen. Indem sie aus

na mobilisiert, sie haben Zehntausende von Truppen nach Laos geschickt, um das laotische Volk zu unterdrücken und Laos unter ihre Kontrolle zu bringen. Jeder weiß, daß Kampuchea, China und Laos unsere Nachbarn sind, die Schulter an Schulter gekämpft und zusammen mit unserem Volk in den Widerstandskriegen für die nationale Rettung gegen die Franzosen und die Amerikaner Blut vergossen haben.

Heute ist Vietnam unter der Kontrolle von Le Duan und Co. nicht mehr ein unabhängiges und souveränes Land, sondern Untertan einer fremden Macht, und zwar ökonomisch, politisch, militärisch und diplomatisch. Wenn dieser Zustand andauert, wird es nicht lange dauern, bis Vietnam in eine einzige Quelle von Rohstoffen, in eine riesige Fabrik und in eine Militärbasis verwandelt ist, die im Dienste einer fremden Macht steht. Unter diesen Umständen kann ich als Revolutionär nicht länger schweigen. ... Der Revolution ergeben, mußte ich mit allen Mitteln versuchen, der Kontrolle zu entkommen und die Sache fortzusetzen. Seit 1920 habe ich, der Führung Onkel Ho Chi Minhs folgend, für die nationale Unabhängigkeit gekämpft.



Hoang Van Hoan

die gemeinsame revolutionäre Sache des Volkes von Vietnam und der Welt tun.

Ich weiß, daß nach meiner Abreise Le Duan und Co. mir verschiedene Verbrechen anlasten werden und mich sogar wegen Hochverrats zum Tode verurteilen werden. Aber als Revolutionär habe ich keine Furcht, so lange ich im Interesse unseres Landes und

# Hoang Van Hoan an seine Landsleute: ,,Le Duan hat unser Volk in Sklaverei zurückgeworfen''

Hoang Van Hoan, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschuß der Nationalversammlung Vietnams, Gründungsmitglied der KP Vietnams und Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams bis 1976, stellvertretender Verteidigungsminister von 1950 – 1957, hat am 9. August in Beijing in einer Botschaft an seine vietnamesischen Landsleute unter anderem folgendes ausgeführt:

,,Nach langen und harten Kämpfen, die über 30 Jahre lang andauerten, hat unser Volk schließlich 1975 im vaterländischen Befreiungskrieg den Sieg errungen. Der heiße Wunsch des Volkes war es, ein friedliches Leben zu führen, das Land aufzubauen und den Weg zu einer besseren Zukunft zu bereiten. Aber die Früchte unserer Revolution und die vielversprechenden Bedingungen sind durch Le Duan und Co. vollständig vernichtet worden, und die Hoffnung des Volkes ist vereitelt worden. Le Duan und Co. haben unser Volk in die Sklaverei zurückgeworfen, zu einem Leben von nie zuvor dagewesener Not verurteilt, aller demokratischen Freiheiten beraubt und zu einem Leben in Erniedrigung und Unterdrückung gezwungen. Indem sie aus
schwarz weiß machten und unsere Freunde wie Feinde behandelten, haben sie Schwierigkeiten an unserer südwestlichen Grenze verursacht, sind nach Kampuchea eingedrungen und haben es besetzt, sie haben Schwierigkeiten an unserer nördlichen Grenze verursacht und haben zig Millionen unseres Volkes für einen Krieg gegen Chi-

na mobilisiert, sie haben Zehntausende von Truppen nach Laos geschickt, um das laotische Volk zu unterdrücken und Laos unter ihre Kontrolle zu bringen. Jeder weiß, daß Kampuchea, China und Laos unsere Nachbarn sind, die Schulter an Schulter gekämpft und zusammen mit unserem Volk in den Widerstandskriegen für die nationale Rettung gegen die Franzosen und die Amerikaner Blut vergossen haben.

Heute ist Vietnam unter der Kontrolle von Le Duan und Co. nicht mehr ein unabhängiges und souveränes Land, sondern Untertan einer fremden Macht, und zwar ökonomisch, politisch, militärisch und diplomatisch. Wenn dieser Zustand andauert, wird es nicht lange dauern, bis Vietnam in eine einzige Quelle von Rohstoffen, in eine riesige Fabrik und in eine Militärbasis verwandelt ist, die im Dienste einer fremden Macht steht. Unter diesen Umständen kann ich als Revolutionär nicht länger schweigen. ... Der Revolution ergeben, mußte ich mit allen Mitteln versuchen, der Kontrolle zu entkommen und die Sache fortzusetzen. Seit 1920 habe ich, der Führung Onkel Ho Chi Minhs folgend, für die nationale Unabhängigkeit gekämpft.
Ich liebe mein Land und mein Volk. Aber auf Grund der Verfolgung der Revolutionäre durch die Diktatur von Le Duan und Co. kann ich dem Volk nicht länger in Vietnam dienen und mußte, voll Bitterkeit und Trauer, mein Land verlassen. Alt und gebrechlich wie ich bin, will ich bis zu meinem letzten Atemzug mein möglichstes für



Hoang Van Hoan

die gemeinsame revolutionäre Sache des Volkes von Vietnam und der Welt tun.

Ich weiß, daß nach meiner Abreise Le Duan und Co. mir verschiedene Verbrechen anlasten werden und mich sogar wegen Hochverrats zum Tode verurteilen werden. Aber als Revolutionär habe ich keine Furcht, so lange ich im Interesse unseres Landes und
unseres Volkes handele.

Es gibt viel mehr, was ich sagen möchte, meine Landsleute, aber ich will wegen meiner schwachen Gesundheit im Moment aufhören. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um meine besten Wünsche und herzliche Grüße allen meinen Landsleuten zu Hause und im Ausland zu übermitteln.''

*z.güv.* **Zahlreiche Beschwerden an den Petitionsausschuß des Bundestages richten sich gegen die Rentenkürzungsmaßnahmen des 20. Rentenanpassungsgesetzes.** Die Festschreibung des Kinderzuschusses, der zugleich einen Teil der Waisenrente bildet, wirkt als zusätzliche Rentenkürzung. Der Anteil für Halbwaisen ist seit 1.7.77 auf 152,90 DM festgeschrieben. Berücksichtigt man die dadurch wegfallende Anteilserhöhung um 9,9% für 1977 und 4,5% für 1979, so ergibt sich für den Rentenempfänger seit 1.7.77 bis jetzt eine finanzielle Einbuße von 454 DM zusätzlich zu den allgemeinen Rentenkürzungen von 1978 und 1979. Der Wegfall der Waisenrente bei Bezug einer Ausbildungsvergütung von mindestens 1000 DM bedeutet Einkommenseinbußen bis zu einem Drittel, wenn diese Einkommensgrenze überschritten wird. Die Festlegung des Beitragszuschusses für freiwillige oder privat krankenversicherte Rentner auf 11% wirkt ebenfalls als Rentensenkung, weil der Beitragssatz gegenwärtig eh schon bei 11,5 – 12% liegt. Der Petitionsausschuß sah sich ,,nach Anhörung der Bundesregierung'' nicht in der Lage, ,,den Wünschen der Petenten zu entsprechen''. Der gänzliche Wegfall der Waisenrente sei verwaltungsrechnisch ,,besonders einfach'' zu handhaben, deshalb müßten diese ,,Grenzfälle in Kauf genommen werden''! Ansonsten seien die Maßnahmen zur ,,Konsolidierung der Finanzlage der Rentenversicherung'' notwendig und es sollten ,,besondere Vergünstigungen für bestimmte Gruppen von Versicherten abgebaut werden''.

*z.ebk.* **Daß 16,8% der ausländischen Arbeiter keine Rentenansprüche haben, wenn sie in ihr Heimatland auf Dauer zurückkehren, hat laut Ehrenberg ,,die deutsche Verhandlungsposition in der Vergangenheit oft gestärkt''.** Mit diesem schlagenden Argument hat Ehrenberg vor dem Bundesverfassungsgericht die gesetzliche Regelung der Reichsversicherungsordnung verteidigt, daß die Rentenansprüche eines ausländischen Arbeiters oder Angestellten ,,ruhen'', ,,solange der Berechtigte ... sich freiwillig gewöhnlich außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes aufhält'' (§1315 RVO). Das Bundesverfassungsgericht konnte die Gültigkeit dieser Bestimmung nicht aufrechterhalten, obwohl es davon ausging, daß die Aufgabe ,,der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere auf die soziale Gerechtigkeit im Inland gerichtet sei''. Hat man sich die Ausbeutung bis auf die Knochen im Inland gesichert, dann braucht man sich ja um die Sozialversicherung im Ausland auch nicht mehr zu kümmern. Für Millionen ausländischer Arbeiter bedeutete diese Regelung, daß sie mit ihrer Unfall-, Invaliden- oder Altersrente, falls sie überhaupt eine bekommen, entweder gezwungen sind, in der BRD zu bleiben oder auf die Rente zu verzichten. Mit fast allen westeuropäischen Ländern mußte die BRD Sozialversicherungsabkommen schließen, mit denen sie sich im gewissem Umfang dazu verpflichten mußte, die Rente auch dann weiterzuzahlen, wenn der Arbeiter in sein Heimatland zurückgekehrt war. Sosehr die Arbeiter in diesen Abkommen um ihre Rente betrogen werden – ausbezahlt wird nur in solcher Höhe, die dem Lebensstandard des Heimatlandes entspricht und nicht, was sich entsprechend den eingezahlten Beiträgen als Rente für einen deutschen Arbeiter ergäbe, und das noch nach Umrechnung der Währung in die des Heimatlandes – so hatten sie immerhin das. Hat die BRD kein Sozialversicherungsabkommen mit dem Herkunftland abgeschlossen, ,,ruhte'' die Rente. Das war für 16,8% der in der BRD beschäftigten Ausländer der Fall.

# Lockerungen im Apartheidsystem angekündigt

## US-Imperialisten betreiben Aufbau eines neuen Kolonialblocks in Südafrika

*z.bew.* ,,Aufhebung der Diskriminierung des schwarzen Mannes'', ,,Beseitigung der unzeitgemäßen und unpraktischen Schranken zwischen den Rassen'', solche Worte aus dem Mund des südafrikanischen Statthalters der Imperialisten, Piet Botha, sind in der letzten Zeit immer häufiger zu hören. Als neue Losung der Regierung propagiert er in seinen Reden: ,,Wir müssen uns anpassen oder sterben.''

Im Januar legten 100 Fabrikarbeiter in Babelegi (Azania) die Arbeit nieder und streikten gegen die verschärfte Ausbeutung und für 5 Rand mehr die Woche (etwa 12 DM), im Februar erkämpfte die Metallgewerkschaft die Anerkennung in den Toyotawerken, im März streikten in Bophutatswana 200 Busfahrer gegen die Entlassung von 10 Fahrern und für höhere Löhne, im April legten 300 schwarze Arbeiter der Molkerei in Johannesburg die Arbeit nieder und zwei Tage vor der Eröffnung der Elandrandmine der Anglo American Corporation traten 4500 Arbeiter in Streik für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Im Mai sind 198 weibliche Arbeiter in Everady seit über 170 Tagen im Streik gegen die Versetzung an andere Arbeitsplätze, ohne daß ein Tarifvertrag mit der Gewerkschaft abgeschlossen wurde, im August befinden sich 83 Arbeiter der Makkaronifabrik Fattis & Monis in Bellville bei Kapstadt seit 17 Wochen im Streik für die Wiedereinstellung von zehn Arbeitern, die sich in der Gewerkschaft für einen Mindestlohn von 40 Rand wöchentlich (bisher 25–35 Rand), für Einführung des Achtstundentages und gesundheitliche Untersuchungen eingesetzt haben. Nach den großen Kämpfen der Volksmassen 1976/77 nimmt der Kampf des Volkes von Azania einen neuen Aufschwung, mit der schwarzen Arbeiterklasse als führender Kraft.

Bei 178,2 Rand liegt das offizielle monatliche Existenzminimum für eine Familie. Mehr als die Hälfte der Haushalte in Soweto haben 1979 weniger als das Existenzminimum, ein Fünftel unter 100 Rand monatlich. Der Durchschnittsverdienst eines schwarzen Bergarbeiters lag 1978 bei 104 Rand, weiße einfach qualifizierte Arbeiter verdienten das sechsfache, ausgebildete das zehnfache. Etwa 2 Mio. von der schwarzen Gesamtbevölkerung von 16,2 Mio. sind nach offiziellen Schätzungen arbeitslos. Die Inflationsrate betrug im vergangenen Jahr 11,5%, für Lebensmittel 18,7% und für Grundnahrungsmittel sind in den letzten beiden Jahren die Preise um 55% gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion ist 1978 um 6% gesunken. Bei steigenden Erträgen für landwirtschaftliche Exportgüter ist der Rück-

im Streik für die Wiedereinstellung von zehn Arbeitern, die sich in der Gewerkschaft für einen Mindestlohn von 40 Rand wöchentlich (bisher 25–35 Rand), für Einführung des Achtstundentages und gesundheitliche Untersuchungen eingesetzt haben. Nach den großen Kämpfen der Volksmassen 1976/77 nimmt der Kampf des Volkes von Azania einen neuen Aufschwung, mit der schwarzen Arbeiterklasse als führender Kraft.

Bei 178,2 Rand liegt das offizielle monatliche Existenzminimum für eine Familie. Mehr als die Hälfte der Haushalte in Soweto haben 1979 weniger als das Existenzminimum, ein Fünftel unter 100 Rand monatlich. Der Durchschnittsverdienst eines schwarzen Bergarbeiters lag 1978 bei 104 Rand, weiße einfach qualifizierte Arbeiter verdienten das sechsfache, ausgebildete das zehnfache. Etwa 2 Mio. von der schwarzen Gesamtbevölkerung von 16,2 Mio. sind nach offiziellen Schätzungen arbeitslos. Die Inflationsrate betrug im vergangenen Jahr 11,5%, für Lebensmittel 18,7% und für Grundnahrungsmittel sind in den letzten beiden Jahren die Preise um 55% gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion ist 1978 um 6% gesunken. Bei steigenden Erträgen für landwirtschaftliche Exportgüter ist der Rück-

gang in der Nahrungsmittelproduktion bedeutend drastischer und führt zu weiteren Preissteigerungen und Einschränkungen in der Reproduktion der azanischen Massen.

Das südafrikanische Kolonialregime dient den westlichen Imperialisten als Reservoir billigster Arbeitskräfte und riesiges Rohstofflager, die sie jetzt verstärkt ausplündern, um sich mit den notwendigen strategisch wichtigen Rohstoffen einzudecken. Die Mineralienausfuhr aus Azania ist 1978 um 24% gesteigen; nachdem im letzten Jahr die Uranproduktion verdoppelt wurde, werden gegenwärtig 11,6% des Welturanbedarfes aus Azania gedeckt, 23% der Kohleimporte der EG kommen bereits aus Azania.

Die Imperialisten untereinander stehen im scharfen Konkurrenzkampf um die Ausplünderung der natürlichen Reichtümer Azanias. Dabei setzen die US-Imperialisten alles daran, den noch bestehenden ökonomischen Vorsprung der britischen Imperialisten im südlichen Afrika einzuholen und deren Einfluß zurückzudrängen. Die Exporte aus Azania in die USA haben sich innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt, von 457 Mio. Rand (1976) auf 1026 Mio. Rand gegenüber Großbritannien mit einer Steigerung von 997 auf 1108 Mio. Rand und Westdeutschland mit 473 auf 534 Mio. Rand. Die US-Imperialisten wollen über die vollständige Beherrschung Azanias das ganze südliche Afrika unter ihre Kontrolle bringen, nachdem sie in Zimbabwe mit ihren Plänen ins Hintertreffen geraten sind. Dazu bauen sie das militärische Bollwerk des südafrikanischen Kolonialistenregimes weiter aus (Aufstockung des Militärhaushaltes um 500 Mio. Rand auf 2 Mrd. und Verdoppelung des stehenden Heeres 1979), von dem aus ständig bewaffnete Aggressionen gegen die afrikanischen Nachbarstaaten ausgeführt werden und in dem der Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen blutig niedergehalten werden soll. Gleichzeitig legen sie Milliardeninvestitionen in Azania an und forcieren Pläne für eine Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten des südlichen



Mit 1400 solcher Allrad Panzerwagen mit Schnellfeuerkanonen sind die Invasionstruppen der südafrikanischen Söldnerarmee ausgerüstet.

Afrika bis hin zu einem lockeren Staatenbund, den sie über die ökonomische und militärische Beherrschung des südafrikanischen Kolonialregimes unter ihren Einfluß bringen wollen. Diese Union soll sich vom südafrikanischen

dem aus ständig bewaffnete Aggressionen gegen die afrikanischen Nachbarstaaten ausgeführt werden und in dem der Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen blutig niedergehalten werden soll. Gleichzeitig legen sie Milliardeninvestitionen in Azania an und forcieren Pläne für eine Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten des südlichen

gie'', die Piet Botha vorlegen will, besteht im Innern Azanias aus solchen ,,Lockerungen'' des Apartheidsystems bei gleichzeitigem weiterem Ausbau der Bantustans und Umwandlung des letzten Restes noch nicht geraubten

ten, wo den schwarzen Arbeitern das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zugestanden werden soll, sofern sie einen festen Wohnsitz und festen Arbeitsplatz haben, wodurch alle Wanderarbeiter, die den größten Anteil bilden, davon ausgeschlossen sind.

Die ,,umfassende nationale Strate-



Mit 1400 solcher Allrad Panzerwagen mit Schnellfeuerkanonen sind die Invasionstruppen der südafrikanischen Söldnerarmee ausgerüstet.

Afrika bis hin zu einem lockeren Staatenbund, den sie über die ökonomische und militärische Beherrschung des südafrikanischen Kolonialregimes unter ihren Einfluß bringen wollen. Diese Union soll sich vom südafrikanischen Kolonialregime über die ehemaligen britischen Protektorate Lesotho, Swaziland und Botswana bis einschließlich Namibia und Zimbabwe erstrecken. Die in jüngster Zeit hochgespielten Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und den südafrikanischen Kolonialisten wie auch die Töne Bothas von mehr ,,Unabhängigkeit'' der Republik Südafrikas sind Teil der Manöver, die den Nachbarstaaten eine solche Union schmackhaft machen sollen.

Die sich verschärfenden Widersprüche zwischen den azanischen Massen und den Siedlern und das Interesse der Imperialisten an vollständiger Plünderung der Reichtümer Azanias macht die Beseitigung von Schranken in der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter und politische Manöver notwendig, um den Widerstand zu unterdrücken. Harry Oppenheimer, Vorsitzender der Anglo American Corporation, eines der größten Konzerne im Uran-, Gold- und Kohlebergbau: ,,Es ist eine Tatsache, daß wir keine Hoffnung für eine soziale und wirtschaftliche Lösung des Landes haben können, sofern wir nicht die Mittel finden, das zweifellos vorhandene Potential des Landes für ein rasches Wachstum zu nutzen.'' Der Wiehahn-Report zur ,,Reform afrikanischer Arbeitsverhältnisse'' und der Riekert-Bericht über die ,,Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials'' tragen dieser Forderung Rechnung. Aufgehoben werden sollen die Hindernisse bei der ,,Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials'', wie Verbot der Ausbildung von schwarzen Arbeitern und die Arbeitsplatzreservierung, Zugeständnisse sollen bei der ,,kleinen Apartheid'' gemacht werden (keine getrennten Toiletten und Kantinen im Betrieb) und Manöver bei den Forderungen nach gewerkschaftlichen Rechten, wo den schwarzen Arbeitern das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zugestanden werden soll, sofern sie einen festen Wohnsitz und festen Arbeitsplatz haben, wodurch alle Wanderarbeiter, die den größten Anteil bilden, davon ausgeschlossen sind.

Die ,,umfassende nationale Strategie'', die Piet Botha vorlegen will, besteht im Innern Azanias aus solchen ,,Lockerungen'' des Apartheidsystems bei gleichzeitigem weiterem Ausbau der Bantustans und Umwandlung des letzten Restes noch nicht geraubten Landes in Reservate und zielt nach außen auf die Errichtung eines Staatenbundes unter kolonialistischer Führung, über den der US-Imperialismus seine Herrschaft im südlichen Afrika ausüben will. Kernpunkt ist dabei der Ausbau des militärischen Aggressionspotentials, mit dessen Hilfe allein diese Gemeinschaft erzwungen und gesichert werden kann.

Londoner Goldpreis
Dollar je Unze

$ 300 250 200 150 100 50 0

USA lösen Dollar nicht mehr in Gold ein

1968 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79




# Jagd auf Gold – Azanias Bergarbeiter müssen es immer tiefer aus der Erde holen

*z.frb.* Der Goldpreis hat in den letzten Wochen einen neuen Rekordstand erreicht. Um die 300 Dollar müssen am Londoner Goldmarkt für eine Unze Feingold gezahlt werden. Seit die USA-Imperialisten die von ausländischen Notenbanken eingereichten Dollars nicht mehr in Gold einlösten, ist der Goldpreis auf das achtfache gestiegen.

Teilweise geht der gestiegene Preis des Goldes nur auf eine Entwertung des Dollars zurück. Gegenüber den 14 wichtigsten Handelswährungen ist sein Wert seit 1972 auf etwa 77% gesunken. Da diese Währungen, wie man weiß, auch an Wert verloren haben, repräsentiert die Dollarnote heute noch bedeutend weniger wirklichen Wert, als sie an Wert gegenüber den anderen Währungen verloren hat. Trotzdem reicht die Entwertung des Papiergeldes nicht zur Erklärung des in Dollar ausgedrückten gestiegenen Goldpreises aus.

Seit dem letzten Dezember ist eine deutliche Wende eingetreten. Jetzt stieg der Goldpreis weit schneller, als der Dollar entwertet wird. Man erkennt dies daran, daß jetzt nicht nur der in Dollar ausgedrückte Preis steigt, sondern auch der in Schweizer Franken ausgedrückte Preis, der zuvor über lange Zeit nicht gestiegen war (vgl. Schaubild).

Die Nachfrage nach Gold ist so stark, daß sein Preis über den bisherigen Produktionspreis gestiegen ist. In den letzten Jahren schon war der Goldpreis gestiegen, obwohl das Angebot an Gold ebenfalls kräftig gestiegen war. 1976 waren rund 1475 Tonnen Gold aus der Goldproduktion und aus den Währungsbeständen der Nationalbanken zum Verkauf gekommen, 1977: 1615 Tonnen und vergangenes Jahr 1745 Tonnen. Ein Teil dieses Goldes geht in den Konsum ein. In den USA sind es etwa 150 Tonnen im Jahr, hiervon 15% für zahnmedizinische Zwecke, 28% werden in der Industrie, vor allem in der elektrotechnischen Industrie, verbraucht, 56% werden zu

sie an Wert gegenüber den anderen Währungen verloren hat. Trotzdem reicht die Entwertung des Papiergeldes nicht zur Erklärung des in Dollar ausgedrückten gestiegenen Goldpreises aus.

Seit dem letzten Dezember ist eine deutliche Wende eingetreten. Jetzt stieg der Goldpreis weit schneller, als der Dollar entwertet wird. Man erkennt dies daran, daß jetzt nicht nur der in Dollar ausgedrückte Preis steigt, sondern auch der in Schweizer Franken ausgedrückte Preis, der zuvor über lange Zeit nicht gestiegen war (vgl. Schaubild).

Die Nachfrage nach Gold ist so stark, daß sein Preis über den bisherigen Produktionspreis gestiegen ist. In den letzten Jahren schon war der Goldpreis gestiegen, obwohl das Angebot an Gold ebenfalls kräftig gestiegen war. 1976 waren rund 1475 Tonnen Gold aus der Goldproduktion und aus den Währungsbeständen der Nationalbanken zum Verkauf gekommen, 1977: 1615 Tonnen und vergangenes Jahr 1745 Tonnen. Ein Teil dieses Goldes geht in den Konsum ein. In den USA sind es etwa 150 Tonnen im Jahr, hiervon 15% für zahnmedizinische Zwecke, 28% werden in der Industrie, vor allem in der elektrotechnischen Industrie, verbraucht, 56% werden zu

Schmuck verarbeitet. Der größte Teil aber geht nicht in die Konsumtion ein, sondern dient als Wertaufbewahrungs- und Zirkulationsmittel.

Obwohl jetzt auch die Nachfrage für industrielle Verwendung gestiegen ist, rührt der Preisanstieg vor allem aus der großen Nachfrage nach Gold als Geldware. In der kapitalistischen Warenproduktion dreht sich alles um den Wert und es ist eine ihrer Grundlagen, daß das Geld als selbständige Form des Werts der Ware gegenübertritt. Dies ist nur möglich, indem eine bestimmte Ware das Material wird, in deren Wert sich alle anderen Waren messen. Diese Ware ist vor allem das Gold. Werden die Geldzeichen im Innern der Länder entwertet, und erst recht, wenn die verschiedenen nationalen Währungen gegeneinander in Bewegung kommen, gilt das Papiergeld und die in nationaler Währung gemessene nominale Forderung gegen ein Land wenig. Jetzt zählt die Geldware, die nicht bloß Geldzeichen ist, sondern als Produkt menschlicher Arbeit selbst Wert hat. Gegenwärtig wandelt die Konjunktur des Weltmarktes auf einem dünnen Grat. Kräftige Schwankungen an den Devisenmärkten finden statt. Die europäischen Monopole etwa, die aus ihren Geschäften Dollars erlöst haben, diese aber erst später wieder für Einkäufe brauchen, bewahren ihr Geld jetzt nicht in Dollar auf, sondern tauschen diese in Gold.

Rund drei Viertel der Goldproduktion kommen aus Azania. Für die Goldmonopole wird jetzt auch der Abbau in Minen profitabel, die früher nicht rentabel produzieren konnten, oder Minen werden weiter betrieben, die bei altem Goldpreis stillgelegt worden wären. Während die Bergarbeiter Azanias 1970 75 kg Gestein bewegen mußten, um 1 Gramm Gold zu gewinnen, mußten sie im zweiten Quartal dieses Jahres bereits 118 kg Gestein bewegen, um 1 Gramm Gold zu gewinnen. Damit steigt die für die Produktion notwenige Arbeit und daher der Wert des Goldes, da die Produktionskosten der Mine, deren Produktion eben noch notwendig ist, um den Bedarf zu decken, gestiegen sind. Die Kapitalisten mit den Minen mit geringeren Poduktionskosten machen einen Extraprofit. Die 400000 Bergarbeiter aber, die in der südafrikanischen Goldproduktion tätig sind, werden immer tiefer in die Erde getrieben; 4000 m tief

des Weltmarktes auf einem dünnen Grat. Kräftige Schwankungen an den Devisenmärkten finden statt. Die europäischen Monopole etwa, die aus ihren Geschäften Dollars erlöst haben, diese aber erst später wieder für Einkäufe brauchen, bewahren ihr Geld jetzt nicht in Dollar auf, sondern tauschen diese in Gold.

Rund drei Viertel der Goldproduktion kommen aus Azania. Für die Goldmonopole wird jetzt auch der Abbau in Minen profitabel, die früher nicht rentabel produzieren konnten, oder Minen werden weiter betrieben, die bei altem Goldpreis stillgelegt worden wären. Während die Bergarbeiter Azanias 1970 75 kg Gestein bewegen mußten, um 1 Gramm Gold zu gewinnen, mußten sie im zweiten Quartal dieses Jahres bereits 118 kg Gestein bewegen, um 1 Gramm Gold zu gewinnen. Damit steigt die für die Produktion notwenige Arbeit und daher der Wert des Goldes, da die Produktionskosten der Mine, deren Produktion eben noch notwendig ist, um den Bedarf zu decken, gestiegen sind. Die Kapitalisten mit den Minen mit geringeren Poduktionskosten machen einen Extraprofit. Die 400000 Bergarbeiter aber, die in der südafrikanischen Goldproduktion tätig sind, werden immer tiefer in die Erde getrieben; 4000 m tief

sind die tiefsten Schächte jetzt, um die 50 Grad Celsius beträgt die Temperatur dort. Immer enger werden die Gänge und immer steiler. Die Besetzung des Landes und die koloniale Unterdrückung des Volkes ist den Imperialisten jetzt besonders wertvoll. Dies alles, weil die kapitalistische Geschäftswelt nach Gold schreit.

---

*z.evd.* **Durch rechtskräftiges Urteil des Berliner Landesarbeitsgerichts brauchen die Kapitalisten einem durch Verkehrsunfall arbeitsunfähigen Werktätigen den Lohn nicht fortzahlen, wenn er den Sicherheitsgurt nicht angelegt hatte.** Die Kapitalisten sind damit die Kosten für die Fortzahlung des Nettolohns (6 Wochen lang) an die Kankenkassen losgeworden, die aber nur 80% des ,,Regellohns'' als Krankengeld auszahlen. Im Lohnfortzahlungsgesetz wird die Lohnfortzahlung davon abhängig gemacht, daß den Arbeiter kein ,,Verschulden trifft'' (§1). So schnüffeln die Kapitalisten bei den Unfällen herum, ob sie nicht ,,Mitverschulden'' finden können. Bei ,,Trunkenheit am Steuer'', ,,Nicht-Tragen von Schutzbrille'', ,,Sportverletzung bei gefährlicher Übung'', ,,verkehrswidrigem Überqueren der Straße als Fußgänger'' und vielem mehr haben sie schon vor Gerichten Erfolg damit gehabt. Bundesverkehrsminister Gscheidle ist begeistert von dieser fiesen Methode, die Gurtpflicht durchzusetzen.

*z.frb.* **Per Verordnung vom 22. Juni wollen Schmidt, Haack, Matthöfer und Lambsdorff die Mieten in bundeseigenen Wohnungen um durchschnittlich 20% erhöhen.** Die Verordnung legt die Bestandteile fest, aus denen sich die Miete im einzelnen berechnet. Einige Dutzend Zuschläge und Abzüge sind eingebaut, ob mit oder ohne Doppelfenster, Aufzug, Sammelheizung, Dusche usw. In einer Reihe von Orten haben Protestversammlungen gegen die Mieterhöhung stattgefunden, auf denen kritisiert wurde, daß die oft jahrzehntealten Wohnungen nicht repariert werden. Auf einer Versammlung wurde vorgerechnet, daß eine nicht unterkellerte Fünfzimmerwohnung mit Garage einschließlich Kosten für Gas und Strom auf 851 DM komme. Das sei rund 100 DM mehr, als für vergleichbare Wohnungen sonst gezahlt werden müsse. Bereits Anfang 1978 waren die Mieten in bundeseigenen Wohnungen (damals nicht für Bundesdarlehenswohnungen) um 20%, in Teilbereichen bis zu 30% der bisherigen Grundmiete erhöht worden. Damals waren fast alle der 50000 bundeseigenen Wohnungen betroffen.

*z.elf.* **Die ÖTV hat Ende Juli beim Arbeitsgericht Stuttgart Klage gegen die Caritas-Zentrale erhoben, weil diese durch ein Rundschreiben den Funktionären der ÖTV den Zutritt zu ihren Einrichtungen und die Bildung von Gewerkschaftsgruppen in ihren Einrichtungen verboten hatte.** Unter den etwa 500000 Beschäftigten beider Kirchen wächst der gewerkschaftliche Zusammenschluß gegen Sonderregelungen ihrer Arbeitgeber, die die freie Verfügbarkeit über ihre Arbeitskraft einschränken. Gleiches gilt für die Beschäftigten beim Deutschen Roten Kreuz (DRK). Das DRK hat mit dem Land Nordrheinwestfalen einen Gestellungsvertrag abgeschlossen, der ihm das Monopol über die Mehrheit der Planstellen im Pflegebereich zusichert. Am Essener Krankenhaus bekommt nur, wer Mitglied im DRK ist, eine Stelle im Pflegebereich. Mitglied im DRK bedeutet: zwangsweiser Abzug eines Lohnteiles an das DRK, kein Vertretungsrecht durch den Personalrat, Einschränkung des Kündigungsrechts. Etliche Krankenschwestern sind jetzt in Essen mit Unterstützung der ÖTV ausgetreten. So verbissen wie das DRK wehren sich auch die beiden Kirchen gegen einen Abschluß von Tarifverträgen mit der ÖTV, eine Forderung vieler Gewerkschaftsgruppen an diesem 1. Mai. Einzig die nordelbische Kirche hat bisher einen Vertrag abgeschlossen. Er enthält die absolute Friedenspflicht und die Berechtigung, bei ,,Notlagen'' erneut über die Lohntarife zu verhandeln. Die Laufzeit ist 6 Jahre bei 6monatiger Kündigungsfrist.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

*Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Reiner Maiskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

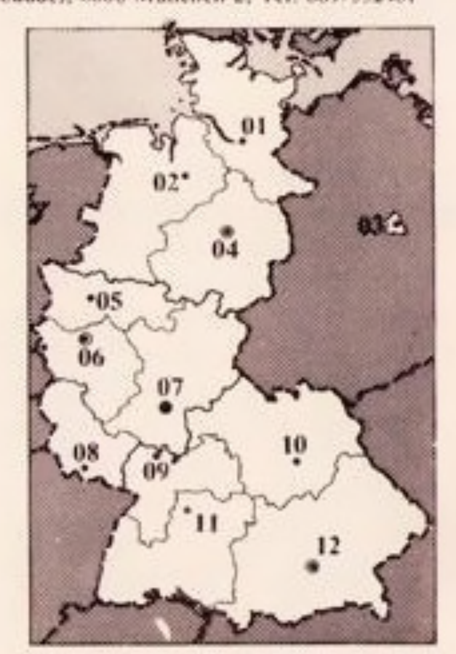
Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

**Geschäftsstelle Hamburg (1)**, Kleine Rainstr. 50, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*r.pee.* **Auf das Angebot der sowjetischen Autoexportgesellschaft AZLK will jetzt der VW-Konzern die Lizenz für den Bau der ,,Passat-Klasse" für 250 Mill. DM verkaufen.** Dieser Passatnachbau soll den Moskwitsch ersetzen, und auch exportiert werden. Schon 1978 bei der Lieferung von 10000 Golf in die DDR wurde von Seiten der VW-Kapitalisten über den etwaigen Lizenzbau von VW-Modellen in der DDR spekuliert. Jetzt hat sich die UdSSR das Geschäft unter den Nagel gerissen. Die Tschechoslowakei will die Lizenz für den Bau des Golf-Motors zum Einbau in den Skoda. Schmückers Angebot: 150 Mill. DM. Nach dem Ausbau der Expansion in die USA (bis 1981 weitere 227 Mio. Investitionen) und den lateinamerikanischen Ländern will das VW-Kapital durch den Export und den Lizenzbau ein Stück weiterkommen in der ,,Erschließung der osteuropäischen Märkte" – zur Arbeitsplatzsicherung in der BRD, versteht sich.

*b.thc.Kiel.* **290 überbetriebliche Ausbildungswerkstätten für die Bauwirtschaft sind in Schleswig-Holstein für 22 Mio. DM fertiggestellt oder im Bau.** Fertiggestellt sind Ahrensbök, Elmshorn und Niebüll. Im Bau sind Rendsburg, Schleswig, Husum, Neumünster, Niebüll und Meldorf. Die Finanzierung erfolgt durch Bundes-und Landesregierung, sowie von den Kapitalistenverbänden (Bau). 40% ihres Programms sind damit abgedeckt. Die Baukapitalisten und der Staat sind damit mit der Abspaltung der Baulehrlinge von den Bauarbeitern am weitesten vorangeschritten. Die Lehrlinge werden in Internaten untergebracht. Die Ausbildung ist so gestaltet, daß sie nachher universell einsetzbar sind. In Ahrensbök hat es im letzten Jahr Kämpfe gegen die Unterdrückung durch den Internatsleiter gegeben.



*b.mak.Kiel/Hamburg.* **6 Kollegen aus dem Städtischen Krankenhaus Kiel haben einen Brief an die streikenden dänischen Fährarbeiter und nachrichtlich an das ÖTV-Magazin geschrieben.** Der Boykott der Fährarbeiter wird dort unterstützt und der Angriff Stoltenbergs auf die dänischen Arbeiter verurteilt. In dem Brief heißt es: ,,...Wir halten es für richtig, wenn die ÖTV darauf dringt, daß die Internationale Transportarbeitervereinigung die ÖTV zu Boykottaktionen gegen die Förderee-

mit der Abspaltung der Baulehrlinge von den Bauarbeitern am weitesten vorangeschritten. Die Lehrlinge werden in Internaten untergebracht. Die Ausbildung ist so gestaltet, daß sie nachher universell einsetzbar sind. In Ahrensbök hat es im letzten Jahr Kämpfe gegen die Unterdrückung durch den Internatsleiter gegeben.

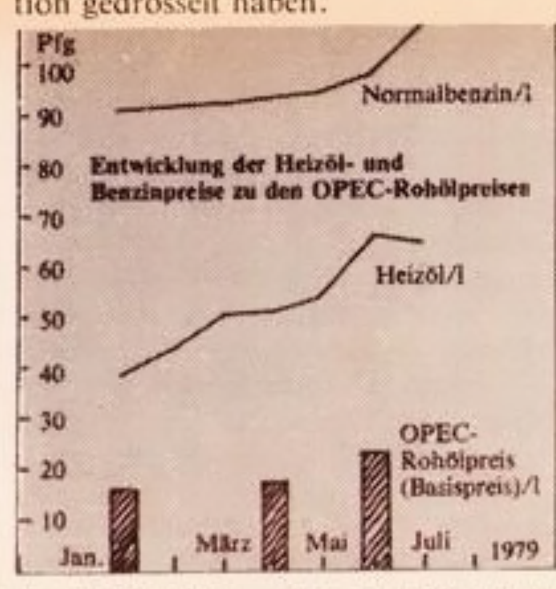


*b.mak.Kiel/Hamburg.* **6 Kollegen aus dem Städtischen Krankenhaus Kiel haben einen Brief an die streikenden dänischen Fährarbeiter und nachrichtlich an das ÖTV-Magazin geschrieben.** Der Boykott der Fährarbeiter wird dort unterstützt und der Angriff Stoltenbergs auf die dänischen Arbeiter verurteilt. In dem Brief heißt es: ,,...Wir halten es für richtig, wenn die ÖTV darauf dringt, daß die Internationale Transportarbeitervereinigung die ÖTV zu Boykottaktionen gegen die Förderee-
rei auffordert und die ÖTV diese organisiert..." 8 Beschäftigte aus dem Allgemeinen Krankenhaus Bergedorf sowie 7 Arbeiter der Fahrzeugwerkstätten Falkenried in Hamburg haben ihre Unterstützung für den Kampf der Fährarbeiter um einen kollektiven Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln verbunden mit der Aufforderung, im ÖTV-Echo über den Kampf zu berichten.

*b.wal.Hamburg* **Die Freilassung von 4 der 8 inhaftierten iranischen Studenten konnte am Freitag Nachmittag erzwungen werden. Die 4 anderen sitzen weiter wegen ,,dringenden Tatverdachts".** Grundlage der weiteren Inhaftierung ist die Aussage des einzigen Zeugen, eines SAVAK-Spitzels, die ,,widerspruchsfrei" sei, so die Richter Lohse, Block und Reinhardt, obwohl der SAVAK-Spitzel mehrere grundverschiede Aussagen machte. Die eh unhaltbaren Anklagepunkte von Justiz und Senat sind damit zusammengebrochen – galten doch für alle im wesentlichen die gleichen Anklagepunkte. Daß die Inhaftiertung der 4 iranischen Studenten aufrechterhalten wird, zeigt, daß der Hamburger Senat in Absprache mit der Bundesregierung entschlossen ist, die Verfolgung der iranischen Studentenorganisationen fortzusetzen, um die iranische Revolution zu treffen. Auch die weiterhin blendende Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und SAVAK beweist, daß die BRD-Imperialisten alles für die Wiederherstellung ihres alten Profitparadieses Iran tun. Die bisherigen Aktionen haben bewirkt, daß der KB-Nord auf den Aktonseinheitsverhandlungen am Samstag, bei denen weitere Schritte für die sofortige Freilassung der inhaftierten Studenten beraten wurden, erschien. Sein Vertreter erklärte das anwesende ,,Spektrum" für zu links – die Jungdemokraten waren nicht erschienen – und sodann, daß sie trotz der Gerechtigkeit der Sache nichts zu tun gedenken. Über die weiteren nötigen Aktionen wird am Montag entschieden.

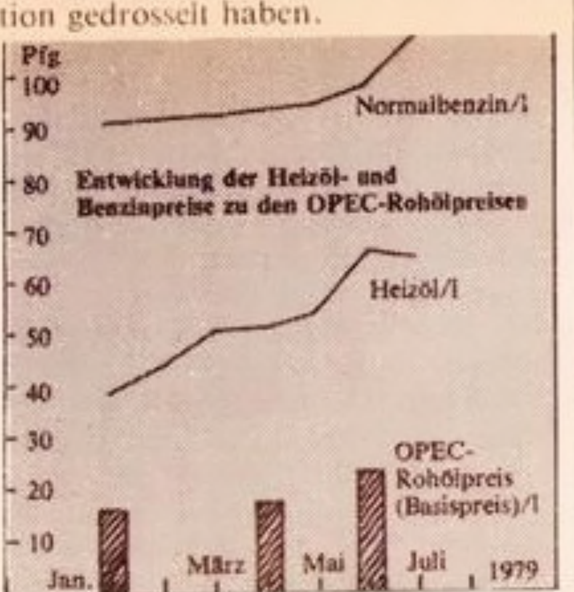
*b.klw.Glücksburg.* **Die Städtereinigung Nord, privates Müllfuhrunternehmen für den Kreis Schleswig-Flensburg, führt 110-l-Mülltonnen ein.** Von bisher 50 l sollen sie einheitlich auf 110 l umgestellt werden, in Glücksburg wurde damit begonnen. Die 110-l-Tonnen auf Rädern werden als Erleichterung und Verbesserung verkauft. Für das Volk erhöhten sich die Gebühren von 11 auf 15 DM pro Tonne. Für die Müllarbeiter bedeutet es zunehmend mehr Müll bei gleicher Besetzung. Das Unternehmen hegt Absichten, den städtischen Müllabfuhrbereich Flensburgs zu übernehmen.

*r.hör.Kiel.* **Nach über fünf Jahren Liegezeit verließen im Juli die letzten der 14 Supertanker die Geltinger Bucht in Richtung Persischen Golf.** Die Tanker in einer Größe zwischen 143000 tdw und 386000 tdw gehören den Reedereien: John Essberger, Schlüssel-Reederei/Bremen, VEBA-Chemie/ Poseidon und der Hapag-Lloyd-Tochter Kosmos-Reederei. Fünf Jahre lang konnten diese Tanker wegen des weltweiten Überangebots an Tankern für die Reedereikapitalisten nicht profitbringend eingesetzt werden und kosteten pro Tag und Schiff 7000 DM. Die Reedereien warteten einerseits auf höhere Frachtraten oder auf günstige Abbruchpreise. Beides hat sich in den letzten Wochen erfüllt. Die Nachfrage nach Supertankern stieg in dem Moment, wo die USA große Mengen Öl in Europa aufkauften, welches wegen der Beschaffenheit der amerikanischen Häfen nur mit kleineren Tankern bis zu 100000 tdw in die USA transportiert werden konnte. So mußten die Ölkapitalisten für ihre Rohöltransporte aus dem Persischen Golf auf die Supertanker zurückgreifen. Außerdem werden mehr Tanker gebraucht, weil viele ihre Geschwindigkeit zwecks Preisspekulation gedrosselt haben.




*b.güt.Hamburg.* **Zum 1.1.80 werden Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Sozialamt und Ausgleichsamt in neuen**

dereikapitalisten nicht profitbringend eingesetzt werden und kosteten pro Tag und Schiff 7000 DM. Die Reedereien warteten einerseits auf höhere Frachtraten oder auf günstige Abbruchpreise. Beides hat sich in den letzten Wochen erfüllt. Die Nachfrage nach Supertankern stieg in dem Moment, wo die USA große Mengen Öl in Europa aufkauften, welches wegen der Beschaffenheit der amerikanischen Häfen nur mit kleineren Tankern bis zu 100000 tdw in die USA transportiert werden konnte. So mußten die Ölkapitalisten für ihre Rohöltransporte aus dem Persischen Golf auf die Supertanker zurückgreifen. Außerdem werden mehr Tanker gebraucht, weil viele ihre Geschwindigkeit zwecks Preisspekulation gedrosselt haben.




*b.güt.Hamburg.* **Zum 1.1.80 werden Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Sozialamt und Ausgleichsamt in neuen**
**Jugend- und Sozialdezernaten auf Bezirksamtsebene zusammengefaßt.** Die Fürsorger haben jetzt auch die ,,Jugendfreizeitstätten, Elternbildungsstätten, soziale Gruppenarbeit und Erziehungsberatungsstellen" unter sich; den Dezernaten zugeordnet werden die Psychotherapeutischen Beratungsstellen und alle vormundschaftsgerichtlichen Aufgaben. Die Jugendlichen und ihre Familien werden so umfassender und von allen Seiten eingekreist, kontrolliert und unterdrückt. Fürsorger und Sachbearbeiter im Sozialamt müssen sich bei allen neu auftretenden ,,Fällen" einigen, ob ,,sozialtherapeutische" Maßnahmen bzw. materielle Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz einzuleiten sind. Bisher hatten die Fürsorger nur die Befugnis, in Familien mit minderjährigen Kindern herumzuschnüffeln, ab 1980 ist vor ihnen keiner mehr sicher.

*b.güt.Hamburg.* **Das Stundentenwerk will das Gustav-Radbruch-Haus aus dem kommenden Mietkampf raushalten.** Die Mieten in den Studentenwohnheimen sollen im nächsten Jahr von 150 auf 160 DM erhöht werden. (letzte Erhöhug dieses Jahres von 142 auf 150 DM). Zum 1.9.79 gehört das Gustav-Radbruch-Haus zu den Wohnheimen des Studentenwerks, nachdem der bisherige Träger BURSE pleite gemacht hat. Die Mieterhöhung auf 150 DM konnten gegen den Mietstreik der Studenten nicht durchgesetzt werden. Bis zum Abschluß der Grundrenovierung ist jetzt mit dem Heimrat eine Miete von 120 DM vereinbart worden. Ab Anfang nächsten Jahres soll sie auf 140 DM angehoben werden. Durch dies Spaltungsmanöver will das Studentenwerk die 160 DM erst in den anderen Wohnheimen durchsetzen, ehe sie das GRH auf's Korn nimmt. Im GRH hat sich bereits ein Mieterkomitee gebildet, daß sich mit den anderen Wohnheimen in Verbindung setzen will.

# 40-Stundenwoche für Lehrer

⅔-Stellen und ,,Schülerrückgang" sollen Bewegung zersetzen

*r.gec.* Anfang Mai hat das Niedersächsische Kultusministerium die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen von Lehrern für den 1.8.79 bekanntgegeben. Insgesamt sollten bis zum Schuljahresbeginn 1870 Lehrer eingestellt sein. ,,Rund 80% der niedersächsischen Bewerber für Lehrämter können mit ihrer Einstellung rechnen" (Remmers). Tatsächlich aber versucht die Landesregierung über die Einstellungen den Kampf der Lehrer für die 40-Stundenwoche zu torpedieren. Erstmals sollen nun auch in Niedersachsen 300 Lehrer mit *unbefristeten* ⅔-BAT-Verträgen eingestellt werden, weitere 200 mit befristeten ⅔-BAT-Verträgen. Mit der Ausdehnung der Teilzeitarbeit erhofft sich Remmers einen weiteren Erfolg in der Durchsetzung der Lohnsenkung gegenüber den Lehrern. Das er dabei das Beamtenrecht zum Platzen bringen muß, gefällt ihm gar nicht, den Lehrern schon. Der GEW-Landesbezirk Niedersachsen hat sich gegen diese beabsichtigten ,,Kurzarbeitsverträge" ausgesprochen und das Kultusministerium aufgefordert, alle ausgebildeten Lehrer auf volle Planstellen zu übernehmen. Gleichzeitig hat die GEW die Personalräte aufgefordert, entsprechend den Möglichkeiten des Personalvertretungsgesetzes den Arbeitsverträgen nicht zuzustimmen.

Um diese Vertretungsrechte zu beseitigen und gegenüber den Lehrern die Lohnsenkung über Teilzeitarbeit durchzusetzen, beabsichtigt die Landesregierung mit der geplanten Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes gleichzeitig eine Novellierung des Personalvertretungsgesetzes gerade in diesem Punkt. Nach dem Urteil des Landesverwaltungsgerichtes Karlsruhe der vorletzten Woche, wonach die unbefristeten ¼-BAT-Verträge des baden-württembergischen Kultusministers ,,rechtswidrig" seien – da nach den entsprechenden Laufbahnprüfungen die Übernahme in das Beamtenverhältnis zwingend sei – äußerte sich auch Remmers. Er werde weiterhin an der Einstellung von Lehrern mit ⅔-BAT-Verträgen festhalten, die Berufung durch seine ,,baden-würtembergischen Kollegen" abwarten und sich mit der Vorbereitung einer Gesetzesvorlage beschäftigen, falls die Revision nicht klappen sollte. Vorerst sollen die 300 Lehrer für 3 Monate eingestellt werden.

Die bürgerliche Presse hat nach dem Urteil durch rege Schreibtätigkeit die Bestrebungen der Kulutsminister propagiert. Mit ,,Warnungen vor dem Lehrerstudium" und dem ,,Suchen nach Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrie und Verwaltung". Auf die Frage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ,,Müssen Lehrer immer Beamte sein?" muß man mit Nein antworten. Das Verbot der Teilzeitarbeit kann man sich nicht mit der Unterwerfung unter das Beamtenrecht erkaufen.

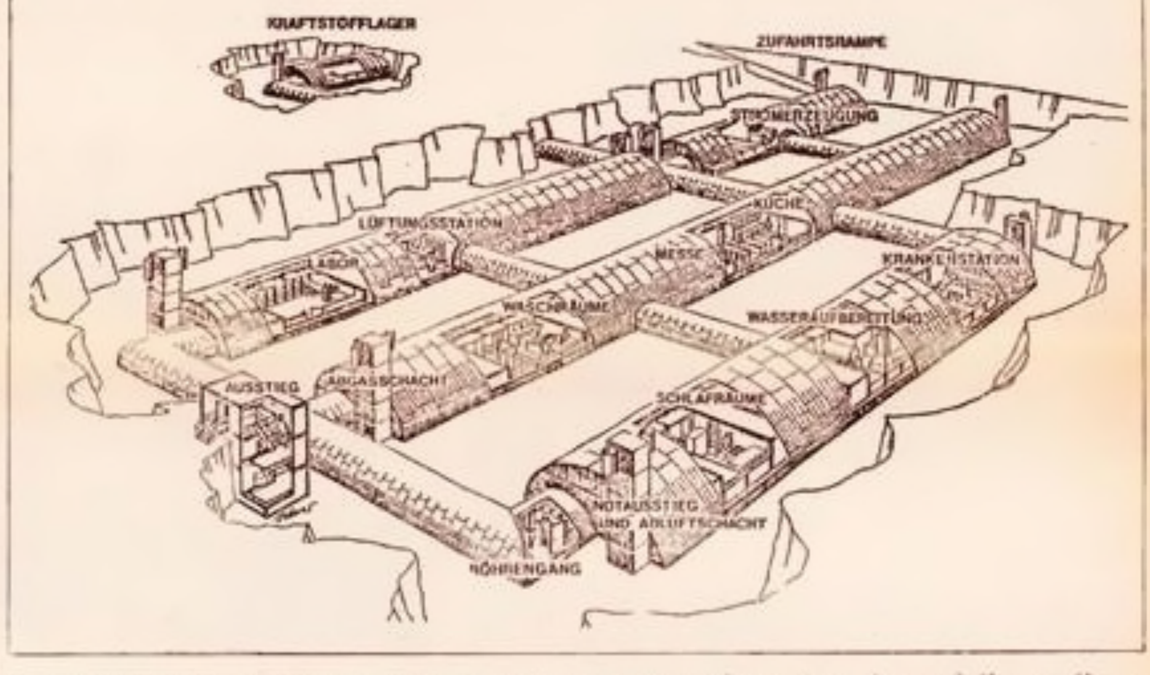
Um Lohnsenkungen bei den Lehrern durchsetzen zu können, muß Remmers das Beamtenrecht aufweichen. Gegen die Aufweichung des Beamtenrechts kann man nichts haben, gegen die beabsichtigte Ausdehnung der Teilzeitarbeit, um Lohnsenkungen im größeren Maßstab durchzusetzen, muß man das Verbot der Teilzeitarbeit fordern. Sowieso stellt sich im Kampf der Lehrer für die 40-Stundenwoche gleichzeitig die Aufgabe, gegen die politische und gewerkschaftliche Knebelung durch das Beamtenrecht anzutreten, um für das Streikrecht wie für das Eingriffsrecht der Eltern ejnzutreten, um die Unterwerfung der Lehrer unter die bürgerliche Staatsgewalt mittels des Beamtenrechts zu beseitigen.

Um vom Kampf für die 40-Stundenwoche abzuhalten und seine Pläne durchzusetzen, hat Remmers gleichzeitig ein ideologisches Manöver gestartet. Ende Juli hat er ,,Daten über die Entwicklung der Schülerzahlen" veröffentlicht, aus denen hervorgehe, daß bis 1085 sich die Gesamtschülerzahl von derzeit 1205300 auf 913480 verringert. Das soll Ruhe bewirken. In der Vorbereitung der Kampfmaßnahmen muß geklärt werden, daß ohne die Verankerung der Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit kein erfolgreicher Kampf um die 40-Stunden-Woche geführt werden kann.

# Bremer Senat pocht auf Südpolinstitut

Tallert verweist auf Tradition in der Polarforschung und ,,strukturpolitischen Effekt"

*r.scm.* Gleich fertige Baupläne hat die bremische Landesregierung vorgelegt, um die Konkurrenz um den Sitz des Polarforschungsinstituts für sich zu entscheiden. Schon vor einem Jahr hatte der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Grunenberg auf die Bedeutung dieses Projekts für die bremischen Kapitalisten hingewiesen. Für die Forschungsstation in der Antarktis seien die isoliertechnischen Erfahrungen der Bremer ERNO-Raumfahrttechnik nützlich, für die AG Weser der Bau eines seegängigen Schiffes interessant, denn diese Großwerft verfüge, wie auch die Bremer Reedergemeinschaft, über großartige Kenntnisse auf diesem Gebiet. Bürgermeister Tallert sprach Anfang Februar von ,,strukturpolitischem Effekt", Tradition in der Polarforschung und Erfahrung im Betrieb von Forschungsschiffen, die für Bremerhaven als Institutsstandort sprächen. Immerhin geht es allein bei dem zu bauenden Antarktisforschungsschiff, für das die Ausschreibung jetzt begonnen hat, um ein 90-Millionengeschäft. Da lohnt sich schon für die Bremer Kapitalisten der Streit




Im antarktischen Eis eingraben wollen die westdeutschen Imperialisten dieses Röhrensystem mit 30 Mann Besatzung als Forschungsstation. Eine Flugzeugpiste in der Nähe und – wie jetzt im Gespräch – womöglich Zeppeline sollen für den nötigen Aktionsradius sorgen.

mineralhaltigen Festland besonderes Augenmerk zu widmen. Deshalb ist die Bundesrepublik auch dem Antarktisvertrag beigetreteten, womit sie die Fortsetzung der deutschen ,,Tradition

und sich hierfür den freien Zugang zu den Ressourcen zu sichern.

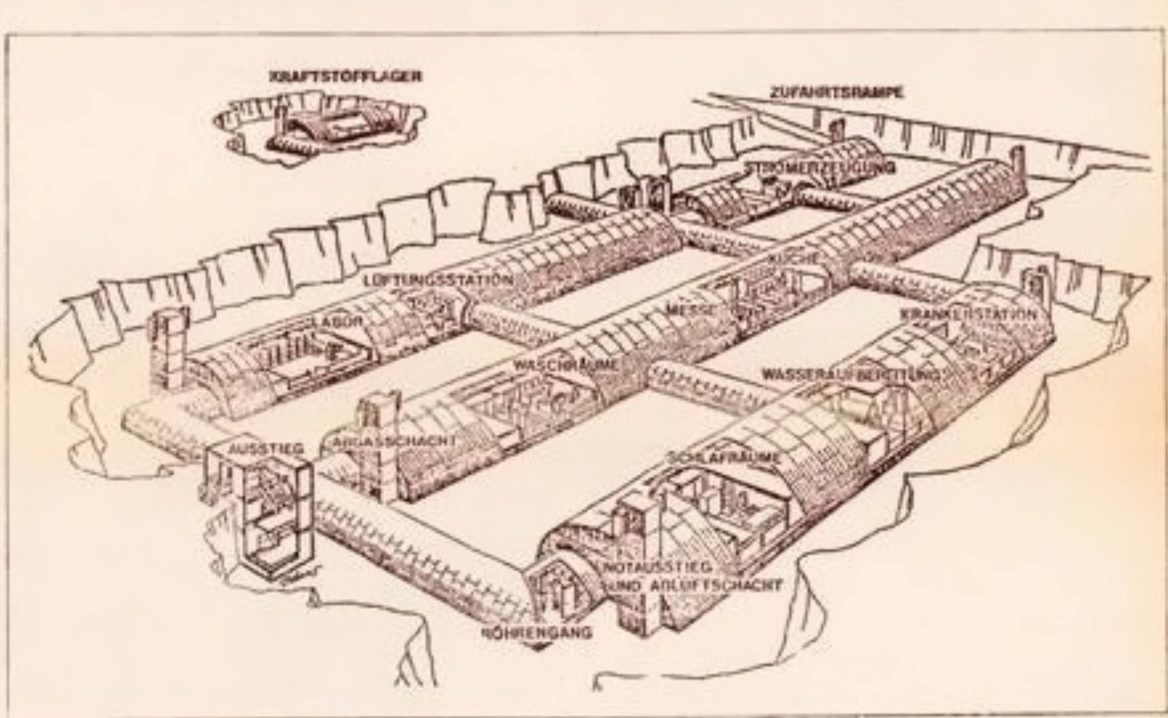
In diesen Dingen ist Bremen allerdings erfahren. Erst am Montag, den 13. August hat das Fischereifor-

Um diese Vertretungsrechte zu beseitigen und gegenüber den Lehrern die Lohnsenkung über Teilzeitarbeit
ten. Das Verbot der Teilzeitarbeit kann man sich nicht mit der Unterwerfung unter das Beamtenrecht erkaufen.
der Teilzeitarbeit kein erfolgreicher Kampf um die 40-Stunden-Woche geführt werden kann.

# Bremer Senat pocht auf Südpolinstitut

Tallert verweist auf Tradition in der Polarforschung und ,,strukturpolitischen Effekt"

*r.scm.* Gleich fertige Baupläne hat die bremische Landesregierung vorgelegt, um die Konkurrenz um den Sitz des Polarforschungsinstituts für sich zu entscheiden. Schon vor einem Jahr hatte der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Grunenberg auf die Bedeutung dieses Projekts für die bremischen Kapitalisten hingewiesen. Für die Forschungsstation in der Antarktis seien die isoliertechnischen Erfahrungen der Bremer ERNO-Raumfahrttechnik nützlich, für die AG Weser der Bau eines seegängigen Schiffes interessant, denn diese Großwerft verfüge, wie auch die Bremer Reedergemeinschaft, über großartige Kenntnisse auf diesem Gebiet. Bürgermeister Tallert sprach Anfang Februar von ,,strukturpolitischem Effekt", Tradition in der Polarforschung und Erfahrung im Betrieb von Forschungsschiffen, die für Bremerhaven als Institutsstandort sprächen. Immerhin geht es allein bei dem zu bauenden Antarktisforschungsschiff, für das die Ausschreibung jetzt begonnen hat, um ein 90-Millionengeschäft. Da lohnt sich schon für die Bremer Kapitalisten der Streit
mit anderen Städten um den Standort des Instituts. Das wirkliche Geschäft aber soll die Erforschung der Antarktis selbst bringen. Hauff hatte anläßlich der Indienststellung des Fischereiforschungsschiffes *Sonne* in Bremerhaven die Absicht der westdeutschen Imperialisten herausgestellt, den Krill- und Fischbeständen der Antarktis, wie dem




Im antarktischen Eis eingraben wollen die westdeutschen Imperialisten dieses Röhrensystem mit 30 Mann Besatzung als Forschungsstation. Eine Flugzeugpiste in der Nähe und – wie jetzt im Gespräch – womöglich Zeppeline sollen für den nötigen Aktionsradius sorgen.

mineralhaltigen Festland besonderes Augenmerk zu widmen. Deshalb ist die Bundesrepublik auch dem Antarktisvertrag beigetreteten, womit sie die Fortsetzung der deutschen ,,Tradition
in der Polarforschung" absichern wollte. (So nahmen die Faschisten die Entdeckung des ,,Neu-Schwabenlandes" für sich in Anspruch). Es geht darum, durch die 200-Meilen-Zone verloren gegangene Möglichkeiten zur Fisch- und Rohstoffräuberei vor den Küsten der Länder der Dritten Welt in der Antarktis wieder wettzumachen

und sich hierfür den freien Zugang zu den Ressourcen zu sichern.

In diesen Dingen ist Bremen allerdings erfahren. Erst am Montag, den 13. August hat das Fischereifor-
schungsschiff *Walter Herwig* seine 35. Forschungsreise in Bremerhaven beendet, nachdem es im Nordatlantik bis zur Eisgrenze die Fischbestände für die Fischereimonopole untersucht hatte. Eine Woche vorher war von Hamburg aus die *Meteor* gestartet, um zu erkunden, wieviel Schadstoffe man der Nordsee noch zumuten kann.

---

*b.klw.* **Auf vier Vollkontainerschiffen läuft schon der Versuch ,,Schiff der Zukunft":** ein hochtechnisiertes Schiff mit reduzierter Besatzung. Zunächst mit 18 anstatt 25, dann mit 12 Besatzungsmitgliedern an Bord, das ist das Ziel der Reeder. Aber, so stellen sie fest, es will sich nicht so recht ,,Pioniergeist" ausbreiten. (,,Dithmarscher Landeszeitung" - DLZ, 6.8.) Kein Wunder, stoßen sie doch auf den heftigen Widerstand der Seeleute. Die Besatzung eines Versuchsschiffes der Hapag-Lloyd AG schrieb schon Anfang des Jahres an den Seebetriebsrat: ,,Wir sind der Meinung, daß der Arbeitsanfall auf Schiffen mit reduzierter Besatzung zu einer wesentlich höheren Belastung der einzelnen Besatzungsmitglieder führt... und sehen wir nur in der Aufbesserung unserer sozialen Lage ein mögliches Äquivalent zu der Mehrbelastung." Das durchkreuzt aber genau die Rationalisierungspläne der Reeder. Lohnt sich doch für sie die Erneuerung der Maschinerie nur, wenn sie gleichzeitig Lohngelder verringern. Dr. B. Kröger, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder beim ,,Nautischen Essen" im März in Flensburg: Dieser hohe Kapitalaufwand ,,kann unter Wettbewerbsgesichtspunkten nur dann gerechtfertigt sein, wenn die Anwendung moderner Technologie auch den Seeleuten gestattet, in Ausbildung investiertes Kapital optimal umzusetzen. Auch im Besatzungsbereich sollte Quantität durch Qualität ersetzt werden."

*b.sal.Albersdorf.* **Soldaten des Feldartilleriebataillons 61 sollen eine Patenfamilie aus Vietnam finanziell unterstützen.** Weil der Wehrsold von 195 DM nicht reicht, hat Oberstleutnant Meyer-Detring im August eine Kampagne mit u.a. ,,freiwilligen Arbeitseinsätzen", Straßen- und Haussammlungen, Einsparen eines Mittagessens, angezettelt. Zum einen sollen die Soldaten für die ,,Schutzbedürftigkeit" anderer Völker gewonnen werden, um ihren militärischen Einsatz zu rechtfertigen. Zum andern sollen die Massen für die importierten Flüchtlinge zahlen.

*b.kaq.Lübeck.* **Der Senat der Stadt Lübeck hat die Streichung von Sozialleistungen für Neueingestellte der Stadt beschlossen.** Freifahrkarten für Bedienstete der Stadtwerke, die Ermäßigung für Strom- und Gasgebühren, Sozialleistungen für Kinder bei Verschickung, Ausflugsfahrten und Weihnachtsfeiern sollen gestrichen werden. Zu den Lohnkosten von 197 Mio DM nimmt der Posten ,,Beihilfen, Unterstützungen und Lohnnebenkosten" immerhin 2 Mio in Anspruch, was 1,2% der Gesamtlohnsumme entspricht. Mit dem Senatsbeschluß soll der schrittweise Abbau begonnen werden. Hans Weigeldt, der Vorsitzende der AG Lübecker Personalräte erklärte: ,,1976 hat der Senat schon einmal ähnliche Pläne beraten. Damals haben die Personalräte dagegen scharf protestiert. Das werden wir wieder tun."

*r.nia.* **Bis 1985 soll auch in Westberlin die Mietpreisbindung für Altbauten beseitigt werden.** Das würde die Mieten in schwindelnde Höhen treiben. Bis dahin sollen die Mieten für die ca. 570000 Altbauwohnungen – über die Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes – schon mal um insgesamt 30% steigen, soweit sie nicht im Rahmen der Stadtsanierung abgerissen werden, um die Bevölkerung in die noch teureren Neubauten zu zwingen. – Als ersten

## Klose setzt Umweltminister ein – Der Kampf soll zersetzt, die Fronten versöhnt werden

*r.wit.* Als im Frühjahr die Milchvergiftung mit HCH im Raum Moorfleet der Vier- und Marschlande durch das Chemiewerk Boehringer die Existenz der Milchbauern gefährdete, hatte der Senat viel damit zu tun, die Informationen aus den Behörden an die Bevölkerung zu unterdrücken. Trotzdem ist vieles durchgesickert; bei zwölf beteiligten Behörden konnte er sich auf Geheimhaltung nicht verlassen. So wurden trotz Informationssperre den Bauern die HCH-Werte in der Milch bekannt, wehrten sich Beschäftigte im AK Bergedorf, weiterhin heimlich Fettgewebsproben bei Patienten aus den Vier- und Marschlanden zu entnehmen und teilten dies den Bewohnern mit, wurde herausgefunden, daß Boehringer seit langem HCH-Mengen weit über den Richtwerten ausstößt, und der Leiter des Bergedorfer Arbeitsamtes hat herausgelassen, daß für diesen Herbst mit über 1000 Arbeitslosen aus der Agrarwirtschaft der Vier- und Marschlanden gerechnet wird.

All dies konnte genutzt werden von den sich organisierenden Bauern und war eine mächtige Schlappe für den Senat und seine bezirklichen Handlanger. Vom Kompetenzwirrwarr war die Rede und daß solche Pannen in einer zentralisierten Umweltbehörde nicht passiert wären. So hat der Senat am 7.8.79 beschlossen, die „Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung" (BBNU) unter Curilla mit neuen Kompetenzen und zentraler staatlicher Gewalt auszustatten: – Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach dem Bundesemmissionsschutzgesetz (bisher Arbeits- und Sozialbehörde und Baubehörde) – Genehmigung und Überwachung von kerntechnischen Anlagen (bisher Arbeits- und Sozialbehörde) – Anstalt für Hygiene, außer Krankenhaus – und Sozialhygiene (bisher Gesundheitsbehörde) – Genehmigung von Abfallbeseitigungsanlagen (bisher Baubehörde) – Verhütung und Bekämpfung von Wasser- und Bodenverunreinigungen – Grundstücksentsorgung – Fluglärmschutz (bisher Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft) – Erteilung von Einleitungserlaubnissen nach dem Wasserhaushaltsgesetz – Erhebung von Abgaben nach dem Abwasserabgabengesetz.

Klose will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Ausbau der staatlichen Zentralgewalt, um die Forderungen des Finanzkapitals, bei dem der Hamburger Senat mit ca. 7 Milliarden DM verschuldet ist, durchzusetzen und Anlocken der Bunten und Grünen („Ökologie geht vor Ökonomie", Klose). Allein im südlichen Hamburg hat das Finanzkapital dem Senat große Aufgaben gestellt: Erschließung des Süderelberaumes für Industrieansiedlung, die Vernichtung ganzer Dörfer (Altenwerder, Moorburg) eingeschlossen.

1500 kleine und mittlere Familienbetriebe in den Vier- und Marschlanden versorgen die Hamburger Bevölkerung mit Frischgemüse und Blumen, angebaut auf Freiland und in 2 Mio. qm Glashausfläche, wo von den 20000 Bewohnern 7500 beschäftigt werden. Daneben werden Ackerbau und Milchwirtschaft betrieben. Die untenstehende Karte demonstriert die Pläne des Senats: Industrieansiedlung im westlichen Teil bis an die Südliche Güterumschlagsbahn (SGUB). Als erstes müssen deshalb die Gemüsegärtner weg, die sich gegen die HCH-Immisionen von Boehringer wehren (Umsiedlungsangebote unter dem Vorwand, nicht nur die Luft, auch der Boden sei verseucht); Fertigstellung der Marschautobahn (Aufkauf des Bodens einschließlich Zwangsenteignungen); Bau der SGUB (bisher nicht durchzusetzen); Ausbau der Naturschutzgebiete zu kommerziellen Naherholungszentren (wird betrieben); Konzentration des Gemüseanbaus in der Hand weniger Großagrarier im Süden und Osten des Gebietes (wird vorbereitet mit Hilfe der Verschuldung der Bauern durch den letzten Winter, durch Vorschläge der Gartenbauversuchsanstalt Fünfhausen, hohe Investitionen in Kauf zu nehmen für neue Heizmethoden). Ob es dem Senat mit Hilfe der neuen Behörde gelingt, die Gemüsegärtner in Moorfleet zu vertreiben, wird ausschlaggebend für die Kampfbedingen des ganzen Gebietes sein.

Der Widerstand mußte sich bisher gegen verschiedene Figuren im Klose-Kabinett richten. Den Curilla wird's jetzt geballt treffen.




gelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung" (BBNU) unter Curilla mit neuen Kompetenzen und zentraler staatlicher Gewalt auszustatten: – Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach dem Bundesemmissionsschutzgesetz (bisher Arbeits- und Sozialbehörde und Baubehörde) – Genehmigung und Überwachung von kerntechnischen Anlagen (bisher Arbeits- und Sozialbehörde) – Anstalt für Hygiene, außer Krankenhaus – und Sozialhygiene (bisher Gesundheitsbehörde) – Genehmigung von Abfallbeseitigungsanlagen (bisher Baubehörde) – Verhütung und Bekämpfung von Wasser- und Bodenverunreinigungen – Grundstücksentsorgung – Fluglärmschutz (bisher Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft) – Erteilung von Einleitungserlaubnissen nach dem Wasserhaushaltsgesetz – Erhebung von Abgaben nach dem Abwasserabgabenge-

seucht); Fertigstellung der Marschautobahn (Aufkauf des Bodens einschließlich Zwangsenteignungen); Bau der SGUB (bisher nicht durchzusetzen); Ausbau der Naturschutzgebiete zu kommerziellen Naherholungszentren (wird betrieben); Konzentration des Gemüseanbaus in der Hand weniger Großagrarier im Süden und Osten des Gebietes (wird vorbereitet mit Hilfe der Verschuldung der Bauern durch den letzten Winter, durch Vorschläge der Gartenbauversuchsanstalt Fünfhausen, hohe Investitionen in Kauf zu nehmen für neue Heizmethoden). Ob es dem Senat mit Hilfe der neuen Behörde gelingt, die Gemüsegärtner in Moorfleet zu vertreiben, wird ausschlaggebend für die Kampfbedingen des ganzen Gebietes sein.

Der Widerstand mußte sich bisher gegen verschiedene Figuren im Klose-Kabinett richten. Den Curilla wird's jetzt geballt treffen.




## Krankenpflegeschüler verweigern Zwischenexamen

*b.ols.* Jetzt im August hätte am Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster das Zwischenexamen für Schwesternschülerinnen und Krankenpflegeschüler stattfinden sollen. Die Schülerinnen und Schüler des 4. Kurses aber haben die Teilnahme abgelehnt. Dazu haben sie allen Grund.

Für ihre Ausbildung auf den Stationen ist niemand da, weil die dafür verantwortlichen Schwestern und Krankenpfleger für die praktische Anleitung gar nicht die Zeit haben. Es ist nicht festgelegt, was man auf den einzelnen Stationen, auf denen man im Laufe der Ausbildung arbeitet, lernen soll. Meistens müssen die Auszubildenden selber zusehen, daß sie etwas mitkriegen. Männliche Schüler bleiben oft lange auf ein und derselben Station hängen, weil es hier an Krankenpflegern fehlt und sie die Lücke füllen müssen. Die Grundlage für all das ist die Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan, bei der sie als Arbeitskräfte voll verplant werden.

Schlechte Ausbildung und eine Zwischenprüfung, um die Unterwerfung unter diese Ausbildung kontrollieren und auslesen zu können – das lehnen die Krankenpflegeschüler ab. In Kiel an der Krankenpflegeschule ist das Zwischenexamen durch den Kampf der Schüler abgeschafft. In Neumünster soll es ebenso fallen. Die Krankenhausleitung, Verwaltungschef Lienhart und der zuständige Stadtrat Tiemann verteidigen es zäh. Die Schüer selbst hätten ein Interesse an einer „Zwischenbilanz", um nicht später im Hauptexamen zu scheitern. Und sie selbst hätten gern diese Bilanz, um die Qualität ihres Unterrichts zu überprüfen. Welch ein Hohn! Die Bilanz haben die Auszubildenden längst gezogen. Die Ausbildung entspricht nicht ihren Interessen. Daher haben sie seit einem guten halben Jahr Forderungen aufgestellt nach einem Stoffverteilungsplan, Stationswechselplan, Tätigkeitsnachweise statt Beurteilungsbögen, und vor allem: Keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan.

Der 4. Kurs wird unterstützt von der letzten Schülervollversammlung und von der Jugendvertretung. Die Prüfung ist bis Oktober verschoben. Bis dahin sucht Lienhart eine Lösung: man müsse prüfen, ob der Nichtantritt zur Prüfung eine Arbeitsverweigerung sei. Er braucht mit seinen Drohungen nicht durchzukommen. Wichtig ist, daß der Personalrat, der seine Unterstützung zugesagt hat, dies vollständig tut.



Ohne die Krankenpflegeschüler läuft der Stationsbetrieb nicht.

## „Der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu war gerechtfertigt..."

*b.clm.* Ist die GSG 9 eine Truppe von Schlächterhunden, sind sie Helden einer verkommenden Klasse, wofür braucht die Bourgeoisie sie und wofür hat sie diese immer gebraucht? Die Staatsschutzkammer Flensburg versucht mit allen Mitteln eine Klärung dieser Fragen vor Gericht zu verhindern. Wie kann sie dann trotzdem die vier Verteiler der Volksmiliz, in der gerade das behauptet wird, verurteilen? Die „bezeichneten historischen Vorfälle und Begebenheiten und deren Bewertungen, die Geschichte und der Aufbau des Bundesgrenzschutzes sowie dessen mögliche Ziele und Zwecke rechtfertigen es unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt, die Beamten der GSG 9 als Metzgerhunde oder Schlächter zu bezeichnen...". Warum also nicht? 1. bestehe die GSG 9 aus Beamten, 2. könne man aus der Geschichte der Vorläuferorganisationen der GSG 9 wie den Freikorps, der Legion Kondor, der SA genausowenig Schlüsse ziehen, wie man von der Reichsgeschichte auf die BRD schließen könne, 3. spielten Ziele, Zwecke und Mittel sowieso keine Rolle, denn die GSG 9 dient ja bekanntlich der Terroristenbekämpfung, und da ist so gut wie alles gerechtfertigt.

Zwischenexamen durch den Kampf der

Forderung nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld und Verlängerung des Urlaubs auf 18 Tage erhoben und dafür streikten, reagierten die Kapitalisten mit ganzseitigen Anzeigen in den Zeitungen, in denen sie versuchten, die Aktionen der Metallarbeiter als terroristisch darzustellen. Gegen diese „Terroristen" wurde dann auch die Polizei eingesetzt. Selbst die SS wurde aufgebaut, um dem „Gangstertum" den Garaus zu machen.

Immer, wenn die Klassenkämpfe sich verschärfen, nimmt die Zersetzung bewaffneter Formationen der Bourgeoisie zu, und sie mußte dann immer zum Einsatz solcher Sondertruppen wie der GSG 9 schreiten. Als 1919 die Arbeiter sich durch Massenstreiks politisch und ökonomisch zur Wehr setzten, daß auf ihrem Rücken durch Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze und Verlängerung des Arbeitstages die Voraussetzungen für erneute Expansion gelegt werden sollten, rief Stinnes zur Geldsammlung für die Freikorps auf, um einen „Generalstreik mit Gewalt unterdrücken" zu können.

„Selbst wenn dies (die näheren Umstände des Abschlachtens der Geiselnehmer unter Inkaufnahme des Todes der Geiseln, um westdeutsche Flagge in Afrika zu zeigen) zutreffe, wäre eine Bezeichnung der Beamten der GSG 9 als Metzgerhunde oder Schlächter nicht zulässig. Das gilt insbesondere in Hinblick darauf, daß der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu gerechtfertigt war." Eine geniale Idee, die jede weitere Beweisführung unmöglich machen soll. Nur muß die Staatsschutzkammer erklären, wieso und seit wann westdeutsche Polizeigesetze überall auf dem Globus gelten.




Ohne die Krankenpflegeschüler läuft der Stationsbetrieb nicht.

„Der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu war gerechtfertigt..."

b.clm. Ist die GSG 9 eine Truppe von Schlächterhunden, sind sie Helden einer verkommenden Klasse, wofür braucht die Bourgeoisie sie und wofür hat sie diese immer gebraucht? Die Staatsschutzkammer Flensburg versucht mit allen Mitteln eine Klärung dieser Fragen vor Gericht zu verhindern. Wie kann sie dann trotzdem die vier Verteiler der Volksmiliz, in der gerade das behauptet wird, verurteilen? Die „bezeichneten historischen Vorfälle und Begebenheiten und deren Bewertungen, die Geschichte und der Aufbau des Bundesgrenzschutzes sowie dessen mögliche Ziele und Zwecke rechtfertigen es unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt, die Beamten der GSG 9 als Metzgerhunde oder Schlächter zu bezeichnen...". Warum also nicht? 1. bestehe die GSG 9 aus Beamten, 2. könne man aus der Geschichte der Vorläuferorganisationen der GSG 9 wie den Freikorps, der Legion Kondor, der SA genausowenig Schlüsse ziehen, wie man von der Reichsgeschichte auf die BRD schließen könne, 3. spielten Ziele, Zwecke und Mittel sowieso keine Rolle, denn die GSG 9 dient ja bekanntlich der Terroristenbekämpfung, und da ist so gut wie alles gerechtfertigt.

Forderung nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld und Verlängerung des Urlaubs auf 18 Tage erhoben und dafür streikten, reagierten die Kapitalisten mit ganzseitigen Anzeigen in den Zeitungen, in denen sie versuchten, die Aktionen der Metallarbeiter als terroristisch darzustellen. Gegen diese „Terroristen" wurde dann auch die Polizei eingesetzt. Selbst die SS wurde aufgebaut, um dem „Gangstertum" den Garaus zu machen.

Immer, wenn die Klassenkämpfe sich verschärfen, nimmt die Zersetzung bewaffneter Formationen der Bourgeoisie zu, und sie mußte dann immer zum Einsatz solcher Sondertruppen wie der GSG 9 schreiten. Als 1919 die Arbeiter sich durch Massenstreiks politisch und ökonomisch zur Wehr setzten, daß auf ihrem Rücken durch Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze und Verlängerung des Arbeitstages die Voraussetzungen für erneute Expansion gelegt werden sollten, rief Stinnes zur Geldsammlung für die Freikorps auf, um einen „Generalstreik mit Gewalt unterdrücken" zu können.

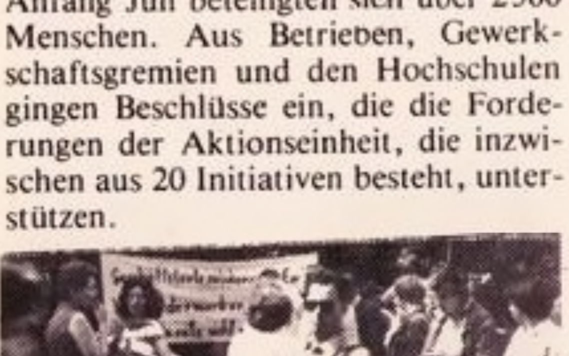
„Selbst wenn dies (die näheren Umstände des Abschlachtens der Geiselnehmer unter Inkaufnahme des Todes der Geiseln, um westdeutsche Flagge in Afrika zu zeigen) zutreffe, wäre eine Bezeichnung der Beamten der GSG 9 als Metzgerhunde oder Schlächter nicht zulässig. Das gilt insbesondere in Hinblick darauf, daß der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu gerechtfertigt war." Eine geniale Idee, die jede weitere Beweisführung unmöglich machen soll. Nur muß die Staatsschutzkammer erklären, wieso und seit wann westdeutsche Polizeigesetze überall auf dem Globus gelten.

Natürlich hat die Bourgeoisie noch nie offen erklären können, daß sich der bewaffnete Apparat und dessen Spezialeinheiten gegen die Arbeiterklasse richtet. Als die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein gegen den wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft die




Aufführung eines Stücks gegen den Prozeß.

Schritt hat der Westberliner Senat jetzt beschlossen, die Grundmieten ab 1.9.79 um 6% zu erhöhen. Ursprünglich sollten die Altbaumieten schon am 1. Juli um 10% steigen. – Anfang Mai hatten sich mehrere Mieterinitiativen zusammengeschlossen, um den Kampf gegen die Mieterhöhungen und die Aufhebung der Mietpreisbindung zu organisieren. An einer Demonstration Anfang Juli beteiligten sich über 2500 Menschen. Aus Betrieben, Gewerkschaftsgremien und den Hochschulen gingen Beschlüsse ein, die die Forderungen der Aktionseinheit, die inzwischen aus 20 Initiativen besteht, unterstützen.



*b.güt.Hamburg.* **Die Hamburger Jugendbehörde hat jetzt den Plan zurückgenommen, 40 Kleinkinder aus dem Tagesheim Höhenstieg während des Umbaus in einen entfernteren Stadtteil auszuquartieren.** Die Eltern der Kinder hatten die Räume des Heims am 16.7. besetzt und dadurch den geplanten Umzug verhindert. Die Jugendbehörde mußte jetzt zugestehen, daß die Kinder in zwei in der Nähe liegenden Wohnungen untergegebracht werden.

*r.uwp.* **Der Konkursverwalter der Herrenkleiderwerke Odermark GmbH hat am 16.7. für die 1550 Beschäftigten in Goslar, Salzgitter und Wolfsburg Antrag auf Massenentlassungen gestellt.** Der zuständige Bezirksleiter der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), Habich, äußerte sich zustimmend: Es gebe die Hoffnung auf einen Übernehmer nur, wenn dieser frühere Verpflichtungen nicht tragen müsse. Am 18.8.79 haben Betriebsrat und GTB in Salzgitter-Lebenstedt für eine Resolution Unterschriften gesammelt, in der die „Erhaltung der Arbeitsplätze" gefordert wird. Eine Betriebsrätin erklärte gegenüber der KVZ, daß schon ca. 120 gekündigt haben, und daß bei einer Übernahme nicht alle 1550 Belegschaftsangehörigen übernommen und auch nicht sicher sei, ob alle in ihrer alten Lohngruppe wieder eingestellt würden. – Die Hausbanken wollen Lohnsenkung, Steuergelder und die Arbeitslosenversicherung schröpfen.

**Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –**

**Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation**
*Hamburg-Mitte/Ost,* 20. bis 24. August, Volksschule Möllner Landstraße, 19.30 bis 21.30 Uhr

**1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion**
*Kiel-Ost,* 20. bis 24. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Dorfschänke, Zum Brook 25

**Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung**
*Hamburg-Altona,* 20., 21. und 24. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Stodola", Haubachstr. 7a, 22. und 23. August „Blaue Blume", Ecke Gerichtstr./Harkortstr.

**Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag**
*Hamburg-Wandsbek,* 20. bis 24. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gaststätte Rosenberg, Riesserstr./Griesstr.

**Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft**
*Hamburg-Bergedorf,* 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser/Ecke Holzhude

**Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung**
*Lüneburg,* 27. bis 31. August, 19.30 bis 21.30 Uhr, Stucksaal, An der Münze

**Reihe Europäische Gemeinschaft**
*Husum,* 2o. bis 24. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

**Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus**
*Heide,* 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hamburger Str. 27, bei Lück

**Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien"**
*Preetz,* 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Schellhorner Berg, Plöner Landstr.
*Itzehoe,* 27. bis 31. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Zum Kulmbacher, Große Paaschburg

**Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich"**
*Flensburg,* 20. bis 24. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstr.

**Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –**

**Sportkurs**
*Hamburg,* Sonntag, 26. August, 10.00 Uhr, Stadtparkwiese

**Kulturgruppe: Zeichnen**
*Hamburg,* Freitag, 24. August, 18.00 bis 21.00 Uhr, Phil-Turm, Foyer der Universität, Von-Melle-Park

**Prozesse gegen Teilnehmer der Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution im Iran**
*Hamburg,* Freitag, 24. August, 8.00 Uhr, DAG-Haus, Raum 465 gegen Heinrich Wimmer

**Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung**
*Flensburg,* Donnerstag, 23. August, 9.15 Uhr, und 24. August, 14.00 Uhr, Landgericht Südergraben, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilung der Volksmiliz

## Kampf gegen untertarifliche Löhne im Einzelhandel

*b.hol.* In der Firma Bauhaus in Lübeck (Heimwerker und Baubedarf) werden seit dem Tarifabschluß Schleswig-Holstein im Mai Debatten um die Löhne geführt. Mindestens sechs Kollegen werden unter Tarif bezahlt. Insgesamt sind 19 Leute beschäftigt.

**Vergleich: Gezahlter Lohn / Tariflohn Schleswig-Holstein, vergleichbarer Tariflohn Hamburg**

| Lohngruppe | Berufsjahr | ausgez. Lohn | Tarif/DM: Sch.-H. | Hamb. |
|---|---|---|---|---|
| 1 | 6. | 1700 | 1300 | 1310 |
| 1 | 9. | 1350 | 1600 | 1630 |
| 1 | 8. | 1500 | 1600 | 1630 |
| 1 | 4. | 1500 | 1150 | 1150 |
| 2 | 9. | 1350 | 1600 | 1980 |
| 3 | 8. | 1650 | 1895 | 2230 |

Jegliche Verbindung der Belegschaft mit anderen Teilen der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen über ihre Organisationen, die Gewerkschaften, ist verhindert worden. ,,Die gewerkschaftliche Organisierung ist verboten" heißt es; eine entsprechende Frage danach findet man schon im Einstellungsbogen. Wer sich die herrschenden Arbeitsbedingungen nicht gefallen läßt, wird entlassen oder geht, in 9 Monaten 6 Leute.

Von den 12 Anwesenden (Urlaubszeit) sind 3 eigentlich Halbtagskräfte. Jetzt kamen zwei meist ganztägig. Eine Kollegin muß in einer Etage allein kassieren, bedienen, Bestand aufnehmen und die Bestellung machen sowie Ware z.T. auszeichnen und auspacken. In den anderen Abteilungen ist sowieso nur jeweils ein Verkäufer, der diese Tätigkeiten außer Kasse machen muß. Z.T. werden die Bestellungen zu Hause gemacht (ausrechnen und eintragen), weil man sonst ständig von Kunden gestört wird. Das lassen sich die Kollegen nicht mehr bieten. Mitten in den Verkaufsräumen wird debattiert: daß mehr Leute eingestellt werden müssen, daß man für den Lohn – es haben erst 2 Kollegen seit Mai eine Erhöhung – auch nicht so viel arbeiten sollte. Der Tarifvertrag wandert von einem zum anderen zum Vergleich. Eine Kollegin forderte bei der wöchentlichen ,,Personalbesprechung" tarifliche Zahlung. Hetze, Entlassungsdrohungen und letztlich das Versprechen einer Erhöhung ,,über Tarif" waren die Folge.

Trotzdem wird darüber gesprochen, daß es besser ist, sich zu organisieren und auch, daß ein Betriebsrat notwendig ist.

## Mindestakkord und 170 DM / 8% mindestens würde die Spaltung bekämpfen

*b.thb.* Bei Still wird die Arbeitskraft über Tarif bezahlt, was über Betriebsvereinbarung gesichert ist. Dieser günstige Tatbestand wird durch jede tarifliche Lohnerhöhung gefährdet, insbesondere, wenn sie hoch ist wie 170 DM / 8% mindestens, weil die Kapitalisten versuchen werden, Bestandteile dieser Lohnerhöhung im nachhinein mit den Effektivlöhnen zu verrechnen.

Bei Still existiert ein Arbeitswertgruppensystem (AWG), das über den Ecklohn mit dem Tarif gekoppelt ist (s. Schaubild). Das bewirkt, daß alle Arbeiter, außer 2 in AWG 2, über dem Ecklohn liegen. Andererseits hat die Anzahl der AWGs zugenommen. Den 4 Tariflohngruppen (VI bis IX) stehen 11 AWG (3 bis 13) gegenüber. Die Möglichkeiten der Spaltung und Abgruppierung haben so zugenommen. Verschärft wird dies durch das Akkordsystem. Liegt die Differenz der AWG 2 zu AWG 13 bei 2,65 DM/Std., so werden es im Akkord über 6 DM.

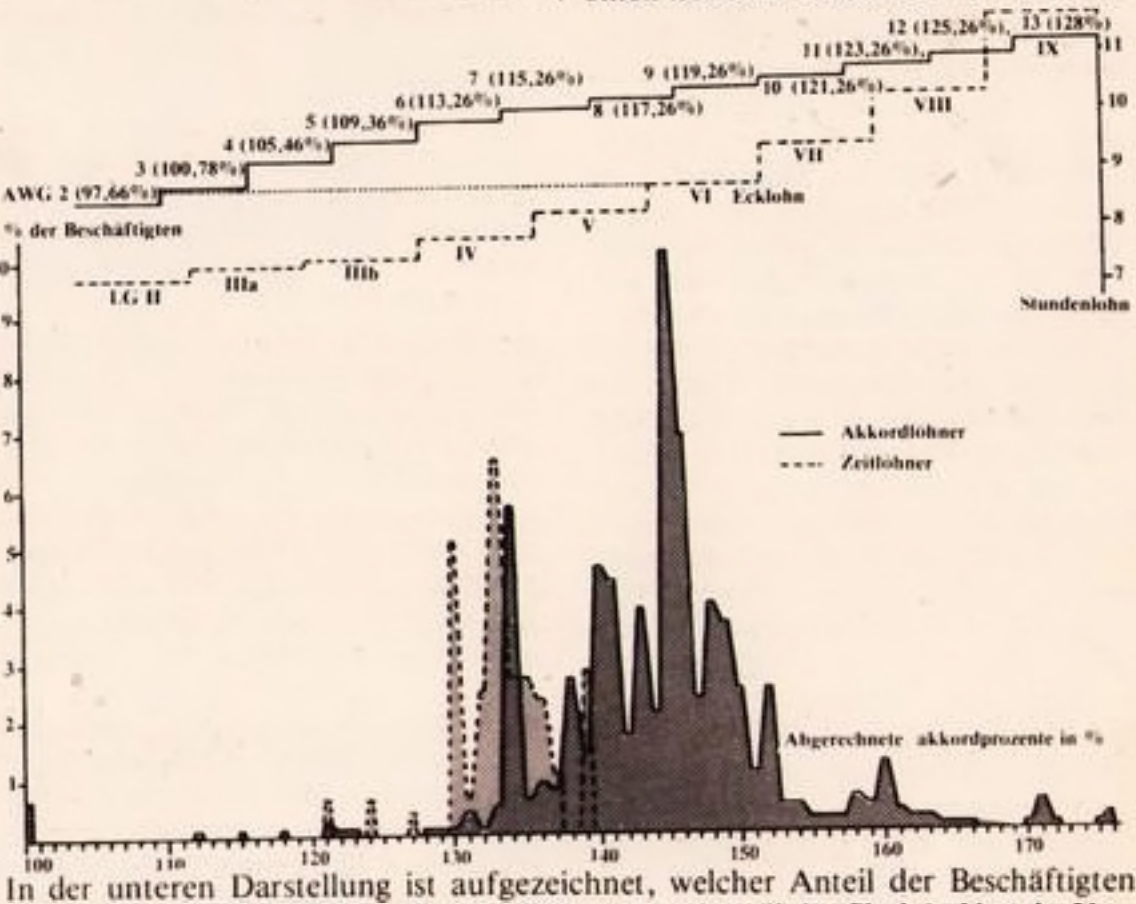
**Akkorddurchschnitt der AWG's in %**

| AWG | Akkordlöhner | Zeitlöhner |
|---|---|---|
| 2 | – | 121 |
| 3 | 135 | – |
| 4 | 134 | 126 |
| 5 | 137 | 130 |
| 6 | 142 | 129 |
| 7 | 143 | 131 |
| 8 | 151 | 131 |
| 9 | 147 | 133 |
| 10 | 150 | 133 |
| 11 | 145 | 134 |
| 12 | 147 | 134 |
| 13 | – | 135 |

Dabei ist es den Kapitalisten gelungen, die Arbeiter der untersten AWGs am meisten zu drücken (s. Tabelle). Dies drückt auf die hohen AWGs, und die Kapitalisten sind emsig dabei, die Vorgabezeiten zu kürzen. Ein Mindestakkord von 135% bis 140% würde dem erhebliche Schranken setzen. Die untersten AWGs wären entlastet, der Druck nach oben würde abnehmen.

Wie wirkt nun die Forderung 170 DM / 8% mindestens? Der Festbetrag wird durch das AWG-System in einen Prozentbetrag verwandelt. Beispiel: 170 DM auf den Ecklohn bedeuten 0,98 DM die Stunde mehr. Ecklohn plus 0,98 DM gleich 9,73 DM. AWG 10 gleich 121,26% vom Ecklohn gleich 11,79 DM, bisheriger Stundenlohn 10,61 DM. Also eine Erhöhung um 1,18 DM oder 204,14 DM im Monat.

Bei einem Akkordsatz von 150% würde das dann eine Erhöhung von 1,77 DM oder 306,21 DM/Monat ausmachen. Die Forderung erhält so den Anschein von ,,undurchsetzbar". Eine niedrigere Forderung scheint leichter durchsetzbar und betrieblich abzusichern. Das aber geht nicht, denn erstens gilt es, das Lohnniveau der ganzen Klasse zu sichern und ein weiteres Absacken der Tarife zu verhindern. Zweitens gilt, daß diese Forderung die Wirkungen des Akkordsystems etwas dämpfen könnte und es nur rechtens ist, bei steigender Intensität der Arbeit einen höheren Gegenwert zu erhalten.




In der unteren Darstellung ist aufgezeichnet, welcher Anteil der Beschäftigten wieviel Akkordprozente im Mai 79 abgerechnet hat (linke Skala). Um ein Verhältnis der Akkordprozente zu den Arbeitswertgruppen (AWG) zu bekommen, haben wir in der Tabelle den Akkorddurchschnitt von jeder AWG errechnet. In der oberen Darstellung ist aufgezeichnet, wie sich das tarifliche Lohnsystem (gestrichelte Linie) zu dem Arbeitswertgruppensystem (durchgezogene Linie) verhält (rechte Skala). Über Betriebsvereinbarung ist festgelegt, daß die tarifliche Ecklohngruppe VI ( = 100%) zwischen der AWG 2 und 3 liegt (gepunktete Linie). Die Verhältnisse der AWG's zu dieser Marke sind in Klammern eingetragen.

IGM-Ortsverwaltung rechnet jetzt mit dem Beginn der Lohndiskussion
Tarifforderung beschließen / Steuerdiskussion / Große Funktionärsversammlung
b.hat. Die Ortsverwaltung Hamburg der IG-Metall hat jetzt den Beschluß des Hauptvorstandes über die Ablehnung der Kündigung der betrieblichen Sonderzahlungen an die Vertrauenskörper verschickt. Der Beschluß legt im wesentlichen die Taktik des IGM Vorstandes gegen die Preissteigerungen fest. Grundsätzlich richtig ist in dem Beschluß, daß man sich auf die Tarifauseinandersetzung 79/80 konzentrieren soll. Unverständlich bleibt, wenn Jonny Müllner von der Ortsverwaltung Hamburg in der ,,Umschau" (NDR II) erklärt: ,,Die außergewöhnliche Preissteigerungsrate von 4,6% für Juli wird sicherlich dazu beitragen, diese Diskussion (um Nachschlag, d.Verf.) um sich greifen zu lassen"
alle aktuellen Ereignisse diskutieren und diskutieren müssen, sich vermehrt an die Organisation wenden werden."
Die Lohnbewegung hat längst begonnen, und der Fortschritt dieser Bewegung kann jetzt nur darin bestehen, daß sich die Belegschaften über die Tarifforderung verständigen und dies dann der Ortsverwaltung mitteilen, damit diese eine Vereinheitlichung herstellt.
In einigen Betrieben wird die Forderung 170 DM / 8% mindestens diskutiert. Bei AEG-HH hat die VK-Leitung beschlossen, 175 DM / 8% mindestens, der Vertrauensleuteversammlung diese Woche vorzuschlagen. Am 3.10. wird in Hamburg die Große
teilige Wirtschaftspolitik ... nicht mit Mitteln der Tarifpolitik allein ausgeglichen oder aufgefangen werden kann."
Die Vorschläge, die der IG Metall Hauptvorstand dazu macht, gehen dann aber völlig in die falsche Richtung. Sie rufen nach der Bundesregierung, daß diese preisstoppende Maßnahmen beschließe. Abgesehen davon, wie das wohl gehen soll, ist es doch wirklich verrückt, da doch gerade die Bundesregierung mit der Mehrwertsteuererhöhung Tür und Tor für Preissteigerungen geöffnet hat. In dieser Frage ist doch die Bundesregierung der Gegner, sie sahnt über die Mehrwer-

Warum will die Förde-Reederei mit der ÖTV verhandeln statt mit der dänischen Gewerkschaft?
b.clm. Am liebsten würde die Reederei gar nicht verhandeln, sondern durchsetzen, daß die Arbeiter der Linie Römö-Sylt nur Einzelverträge bekommen. Seit der Ankündigung des dänischen Gewerkschaftsbundes LO, ab 1. September wirkungsvollere Boykottmaßnahmen zu beschließen, schwinden dafür die Aussichten. Die Fährarbeiter kämpfen unter anderem deshalb so ausdauernd, weil sie einen Tarifvertrag verteidigen, der von allen dänischen Fährarbeitern durchgesetzt wurde, der für alle gilt und der jetzt von allen verteidigt wird. Die Förderederei hat der ÖTV nicht angeboten und sie kann auch gar nicht anbieten, daß der Manteltarif See übernommen werden soll, denn der gilt nicht für Fähr- und Fördeschiffe. Für diese werden Sondervereinbarungen mit den einzelnen Reedern getroffen, ,,a) über Dauer, Lage und Einteilung der Arbeitszeit, jedoch mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit 8 Stunden durchschnittlich nicht übersteigt; b) über den Heueranspruch des Besatzungsmitgliedes; c) über die Sachleistungsansprüche des Besatzungsmitgliedes; d) über die Freizeitansprüche des Besatzungsmitgliedes, jedoch über den Urlaub nur hinsichtlich seiner Dauer und der Höhe des Urlaubsentgelts; e) über die Kündi-
Das sind ohne Überstunden 1211 DM brutto im Monat. Der Heuertarifvertrag zwischen ÖTV und Reederverbänden für 1979 hat 1304 DM festgesetzt. Aber selbst das kann nicht ernsthaft zur Debatte stehen, die dänischen Arbeiter zahlen allein 49% Steuern und 2% weitere Abzüge.
Offensichtlich ist die Reederei aber inzwischen bereit, gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie ist bereit, die Zypriotische Piratenflagge zu streichen. Sie ist bereit, erheblich mehr Lohn als in Flensburg zu zahlen und sie will auch einen kollektiven Sondertarifvertrag mit der ÖTV abschließen. Für diese Zugeständnisse will sie die Arbeiter der Linie Römö-Sylt als ersten Schritt aus der Kampffront aller dänischen Fährarbeiter herausbrechen. Und einige Punkte des dänischen Tarifvertrages sollen auf keinen Fall übernommen werden: die 6-monatige Kündigungsfrist, die Festlegung, daß höchstens 160 Stunden im Monat gearbeitet wird, vor allem aber die Regelung des Teuerungszuschlages, der 1978 dreimal im Jahr 121 Kronen betrug und worin festgelegt ist, daß bei Überschreiten eines bestimmten Satzes der Preissteigerungsrate der Lohn automatisch angepaßt wird.
Die ÖTV steht auf dem Standpunkt, daß sie die dänischen Fährarbeiter un-

## Warum will die Förde-Reederei mit der ÖTV verhandeln statt mit der dänischen Gewerkschaft?

*b.clm.* Am liebsten würde die Reederei gar nicht verhandeln, sondern durchsetzen, daß die Arbeiter der Linie Römö-Sylt nur Einzelverträge bekommen. Seit der Ankündigung des dänischen Gewerkschaftsbundes LO, ab 1. September wirkungsvollere Boykottmaßnahmen zu beschließen, schwinden dafür die Aussichten. Die Fährarbeiter kämpfen unter anderem deshalb so ausdauernd, weil sie einen Tarifvertrag verteidigen, der von allen dänischen Fährarbeitern durchgesetzt wurde, der für alle gilt und der jetzt von allen verteidigt wird. Die Förderederei hat der ÖTV nicht angeboten und sie kann auch gar nicht anbieten, daß der Manteltarif See übernommen werden soll, denn der gilt nicht für Fähr- und Fördeschiffe. Für diese werden Sondervereinbarungen mit den einzelnen Reedern getroffen, ,,a) über Dauer, Lage und Einteilung der Arbeitszeit, jedoch mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit 8 Stunden durchschnittlich nicht übersteigt; b) über den Heueranspruch des Besatzungsmitgliedes; c) über die Sachleistungsansprüche des Besatzungsmitgliedes; d) über die Freizeitansprüche des Besatzungsmitgliedes, jedoch über den Urlaub nur hinsichtlich seiner Dauer und der Höhe des Urlaubsentgelts; e) über die Kündigungsfristen." (Erläuterungen zum Manteltarifvertrag für die deutsche Seeschiffahrt). Der Heuertarifvertrag für die deutsche Seeschiffahrt ist von ihr auch nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht worden, denn sie ist weder Mitglied im Verband Deutscher Reeder noch im Verband Deutscher Küstenschiffseigner.

In Flensburg zahlt die Förderederei für einen Matrosen 7 DM die Stunde. Das sind ohne Überstunden 1211 DM brutto im Monat. Der Heuertarifvertrag zwischen ÖTV und Reederverbänden für 1979 hat 1304 DM festgesetzt. Aber selbst das kann nicht ernsthaft zur Debatte stehen, die dänischen Arbeiter zahlen allein 49% Steuern und 2% weitere Abzüge.

Offensichtlich ist die Reederei aber inzwischen bereit, gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie ist bereit, die Zypriotische Piratenflagge zu streichen. Sie ist bereit, erheblich mehr Lohn als in Flensburg zu zahlen und sie will auch einen kollektiven Sondertarifvertrag mit der ÖTV abschließen. Für diese Zugeständnisse will sie die Arbeiter der Linie Römö-Sylt als ersten Schritt aus der Kampffront aller dänischen Fährarbeiter herausbrechen. Und einige Punkte des dänischen Tarifvertrages sollen auf keinen Fall übernommen werden: die 6-monatige Kündigungsfrist, die Festlegung, daß höchstens 160 Stunden im Monat gearbeitet wird, vor allem aber die Regelung des Teuerungszuschlages, der 1978 dreimal im Jahr 121 Kronen betrug und worin festgelegt ist, daß bei Überschreiten eines bestimmten Satzes der Preissteigerungsrate der Lohn automatisch angepaßt wird.

Die ÖTV steht auf dem Standpunkt, daß sie die dänischen Fährarbeiter unterstützt und nur dann verhandelt, wenn sie vom dänischen Gewerkschaftsbund ausdrücklich dazu aufgefordert wird. Aber warum sollte dieser das tun, wo doch der einzige Hinderungsgrund der Förderederei für Verhandlungen mit dänischen Gewerkschaften ist, daß sie die Schranken, die der dänische Tarifvertrag der Ausbeutung setzt, einreißen will?

6 142 129
7 143 131
8 151 131
9 147 133
10 150 133
11 145 134
12 147 134
13 – 135
Dabei ist es den Kapitalisten gelungen, die Arbeiter der untersten AWGs am meisten zu drücken (s. Tabelle). Dies drückt auf die hohen AWGs, und die Kapitalisten sind emsig dabei, die Vorgabezeiten zu kürzen. Ein Mindestak-
In der unteren Darstellung ist aufgezeichnet, welcher Anteil der Beschäftigten wieviel Akkordprozente im Mai 79 abgerechnet hat (linke Skala). Um ein Verhältnis der Akkordprozente zu den Arbeitswertgruppen (AWG) zu bekommen, haben wir in der Tabelle den Akkorddurchschnitt von jeder AWG errechnet. In der oberen Darstellung ist aufgezeichnet, wie sich das tarifliche Lohnsystem (gestrichelte Linie) zu dem Arbeitswertgruppensystem (durchgezogene Linie) verhält (rechte Skala). Über Betriebsvereinbarung ist festgelegt, daß die tarifliche Ecklohngruppe VI ( = 100%) zwischen der AWG 2 und 3 liegt (gepunktete Linie). Die Verhältnisse der AWG's zu dieser Marke sind in Klammern eingetragen.

## IGM-Ortsverwaltung rechnet jetzt mit dem Beginn der Lohndiskussion

Tarifforderung beschließen / Steuerdiskussion / Große Funktionärsversammlung

*b.hat.* Die Ortsverwaltung Hamburg der IG-Metall hat jetzt den Beschluß des Hauptvorstandes über die Ablehnung der Kündigung der betrieblichen Sonderzahlungen an die Vertrauenskörper verschickt. Der Beschluß legt im wesentlichen die Taktik des IGM Vorstandes gegen die Preissteigerungen fest. Grundsätzlich richtig ist in dem Beschluß, daß man sich auf die Tarifauseinandersetzung 79/80 konzentrieren soll. Unverständlich bleibt, wenn Jonny Müllner von der Ortsverwaltung Hamburg in der ,,Umschau" (NDR II) erklärt: ,,Die außergewöhnliche Preissteigerungsrate von 4,6% für Juli wird sicherlich dazu beitragen, diese Diskussion (um Nachschlag, d.Verf.) um sich greifen zu lassen" und er nichts sagt zu dem vorzubereitenden Tarifkampf. Die Ortsverwaltung sollte nicht weiter Rätsel aufgeben, sondern sollte klar sagen, daß sie sich auf den Tarifkampf konzentrieren will und die Tarifforderung aufgestellt werden muß. Müllner hatte in der ,,Umschau" erklärt: ,,Wir rechnen damit, daß unsere Vertrauenskörper, die ja mit den Mitgliedern in den Betrieben alle aktuellen Ereignisse diskutieren und diskutieren müssen, sich vermehrt an die Organisation wenden werden."

Die Lohnbewegung hat längst begonnen, und der Fortschritt dieser Bewegung kann jetzt nur darin bestehen, daß sich die Belegschaften über die Tarifforderung verständigen und dies dann der Ortsverwaltung mitteilen, damit diese eine Vereinheitlichung herstellt.

In einigen Betrieben wird die Forderung 170 DM / 8% mindestens diskutiert. Bei AEG-HH hat die VK-Leitung beschlossen, 175 DM / 8% mindestens, der Vertrauensleuteversammlung diese Woche vorzuschlagen. Am 3.10. wird in Hamburg die Große Funktionärsversammlung stattfinden. Bis dahin muß die Forderung in den Betrieben stehen, um sie dann dort zu beschließen. Frühzeitige Einigung auf die Forderung wird entscheidend sein für die Entfaltung der Kampfkraft. Man muß sofort beginnen.

Richtig weist der Hauptvorstand der IG Metall in seinem Beschluß darauf hin, ,,daß eine für Arbeitnehmer nachteilige Wirtschaftspolitik ... nicht mit Mitteln der Tarifpolitik allein ausgeglichen oder aufgefangen werden kann."

Die Vorschläge, die der IG Metall Hauptvorstand dazu macht, gehen dann aber völlig in die falsche Richtung. Sie rufen nach der Bundesregierung, daß diese preisstoppende Maßnahmen beschließe. Abgesehen davon, wie das wohl gehen soll, ist es doch wirklich verrückt, da doch gerade die Bundesregierung mit der Mehrwertsteuererhöhung Tür und Tor für Preissteigerungen geöffnet hat. In dieser Frage ist doch die Bundesregierung der Gegner, sie sahnt über die Mehrwersteuer doppelt ab und plündert die Löhne mit steigender Progression. Die Belegschaften und die IG Metall müssen sich rasch in die stattfindende Auseinandersetzung um die Steuerreform einschalten, um Position zu gewinnen. Ohne daß mindestens ein Freibetrag von 1000 DM durchgesetzt wird, ist dem Druck auf den Lohn und die Spaltung nicht zu begegnen.

## Keine Nachtschicht für Krankenpflegeschüler!

*b.hel.* Die Hamburger Gesundheitsbehörde (GB) will, daß das Unterrichtsverbot für die Schulschwester E. Hartmann im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek (AKB) fortgesetzt wird. Für die GB, die jetzt 15 Nachtwachen als Ausbildungsvorschrift durchsetzen will, ist E.H. dort Sand im Getriebe, wo sie die Bewegung nach Verbot der Nachtarbeit während der Ausbildung unterstützt und gegen Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler eintritt. Die Krankenhausleitung des AKB hat dem Unterrichtsverbot und der Abordnung auf eine Station im Hause eine Änderungskündigung von Ausbildungs- auf Fach-Krakenschwester im klinischen Bereich folgen lassen. Gegen die Änderungskündigung, die zudem mit Lohnsenkung um ca. 350,00 DM brutto verbunden ist, führt E.H. Klage über das Arbeitsgericht. Die erste Verhandlung fand am 2.8.79 statt. Fast 20 Krankenhausbeschäftigte kamen, um zu hören, wie die GB die Aufrechterhaltung des Unterrichtsverbots rechtfertigen will.

Die GB hat offensichtlich Schwierigkeiten dabei – sie reichte ihren Widerspruch gegen E.H.'s Klage so spät beim Gericht ein, daß der Prozeß gleich unterbrochen und auf Oktober '79 verschoben werden mußte. Eine Verzögerungstaktik wird der GB auch nichts nutzen.

Die Forderungen der ÖTV über einen einheitlichen Manteltarifvertrag (MTV) für *alle* Auszubildenden im Öffentlichen Dienst, also auch für Krankenpflegeschüler u.ä., liegen auf dem Tisch. Im Entwurf wird in §7 Abs. 1 gefordert: ,,Auszubildende dürfen nicht Akkord- und Mehrarbeit herangezogen und in Schicht- und Nachtarbeit ausgebildet werden. Die Ausbildung darf nur während der Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr durchgeführt werden."

Es wird der Hamburger GB nichts nutzen, einer Schulschwester Unterrichtsverbot zu erteilen, die sich gegen Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler ausgesprochen hat, wo sie doch mit einem gewerschaftlichen Kampf gegen den schrankenlosen Verschleiß der jugendlichen Arbeitskraft (hier durch Nachtarbei) rechnen muß.

## Danfoss Flensburg: Betriebliche ,,Sicherungen" sind niemals sicher

*b.dam.* Der Danfoss Konzern rühmt sich in Dänemark wie in Flensburg seiner ,,besonderen" Leistungen, seines überdurchschnittlichen Sozialprogramms. Die Erfahrung der Arbeiter und Angestellten in Flensburg war gerade im letzten Jahr, daß innerbetriebliche ,,Sicherungen" niemals sicher sind. Welches sind diese ,,Sicherungen", die praktisch jederzeit wieder von der Betriebsführung gestrichen werden können?

Danfoss Flensburg zahlt statt der tariflich abgesicherten Leistungszulage von 16% in der Metallindustrie 19% innerbetrieblich. Schon in den einzelnen Arbeitsverträgen steht jedoch über diese ,,freiwillige betriebliche Zulage", daß sie ,,jederzeit widerruflich ist, insbesondere bei künftigen Tariflohnerhöhungen bis zur vollen Höhe angerechnet werden kann." Direkt nach der letzten Lohnerhöhung im Februar / März 79 hat Betriebsführer Müller die Streichung der übertariflichen 3% angekündigt. Unter anderen Streichungen wie von betrieblichen Zuschüssen für Essen, Arbeitskleidung, Fahrtkosten sollte eine Geburtshilfe von 150 DM gleich mit gestrichen werden. Gegen dieses Sozialleistungssteigerungsprogramm und die Kürzung der betrieblichen 3% haben die Arbeiter und Angestellten fast geschlossen einen mehrstündigen Warnstreik durchgeführt. Dieser Angriff auf den Lohn konnte insgesamt abgewendet werden, die Fahrtkosten sind jedoch im Nachhinein erhöht worden. Die übertarifliche Zahlung des Weihnachtsgeldes für Lehrlinge seit einigen Jahren ist noch nicht einmal per Betriebsvereinbarung festgelegt, sondern könnte von den Kapitalisten jedes Lehrjahr gestrichen werden.

Ohne die Umwandlung der betrieblichen Vereinbarungen, die das Sichern wert sind, in tarifliche Sicherheiten, sind die Arbeiter weiterhin bei solchen Zahlungen von der Willkür der Kapitalisten und ihrer vereinzelten und augenblicklichen Kampfkraft abhängig. Welche Betriebsvereinbarung in den dänischen Betrieben des Konzerns könnten die deutschen Arbeiter nutzen? Es ist dieses wohl vor allem die tarifliche Regelung eines Teuerungszuschlages, der 15 Kronen im Augenblick auf die Stunde ausmacht und für alle gleich ist. Jedoch ist z.B. in dem Betrieb in Viby/Aarhus, in dem ungefähr 700 Arbeiter sind, der Akkordzuschlag von im Augenblick 7 Kronen/Stunde und ein ,,persönlicher Bewertungszuschlag" von + 2 Kronen / – 2 Kronen in jedem Vierteljahr neu auszuhandeln, also 19% des dänischen Lohns (angenommen ist der Lohn eines Maschinenfacharbeiters, der 46,77 Kronen ist). Bis vor zwei Jahren gelang es den Arbeitern in Viby jedesmal, 1 Krone Erhöhung für den Zuschlag durchzusetzen, die beiden letzten Jahre nur 50 Öre. Wie uns ein Vertrauensmann aus Viby berichtete, ist in einer Vereinbarung für diesen speziellen Betrieb festgelegt, daß der Samstag und Sonntag frei ist.

Bei der Aufstellung der nächsten Tarifforderungen muß die Absicherung der guten Betriebsvereinbarungsbestandteile durch tarifliche Vereinbarungen besprochen werden. Die deutschen Arbeiter können sich dabei auf die dänischen Arbeiter stützen und umgekehrt.

# BASF: Die schadstoffhaltige Luft führt zu Kopfschmerzen, Übelkeit und Erschöpfung

*b.rus.* Im Werk Wandsbek der BASF Farben & Fasern AG produzieren ca. 110 Arbeiter Blechlacke, Konserven- und Blechdosen, Salben und Öl, Zahnpastatuben und die verschiedensten Verschlußkappen. Überall müssen die Bleche mit einer feinen Lackschicht überzogen werden, um Korrosion zu vermeiden. Durch Lösen und Vermischen von Kunstharzbestandteilen in Verdünnung wird der Festkörper, der später den Lackfilm bildet, verarbeitungsfähig gemacht. Als Arbeitsablauf ergibt sich: Aus Erdtanks oder aus Fässern wird die Verdünnung in den Mischer bzw. in den Kessel gepumpt. Das geht über Rohrleitungen von den Erdtanks zu den einzelnen Mischern mit Zähluhren im Pumpenraum, wo ein Kollege die gewünschte Menge einstellt, die entsprechende Leitung durch Öffnen bestimmter Ventile stellt und dann die Pumpe in Gang setzt. Daneben wird Verdünnung aber auch direkt abgezapft oder aus Fässern herausgeholt. So kommt der Mann im Pumpenraum ständig mit den verschiedenen Verdünnungsdämpfen in Berührung: Glykole, aromatische Kohlenwasserstoffe wie Xylol und Toluol, oder auch Isophorone, das alle paar Monate den Schlauch der Zapfpistole durchgefressen hat.

Ist die Verdünnung im Mischer, heißt es: Schütten. Bei kleineren Ansätzen nur ein paar Sack (meist 25-kg-Säcke), bei größeren gleich mehrere Paletten mit Kunstharzen oder Kunststoffen. Schon vorher hat man sich mit Hilfe eines anderen Arbeiters die entsprechende Ware herangefahren und vor den Mischer gestellt. Werden die Säcke jetzt aufgeschnitten und die Harze in den Mischer geschüttet, muß das Rührwerk laufen und so den Lösevorgang ermöglichen. Dabei wird natürlich die Verdunstung der Verdünnung beschleunigt, erst recht, wenn gleichzeitig noch der Dampf zum Heizen an ist. Beim Schütten vom Haftlack 242 z.B. muß der Mischer auf 60 Grad erhitzt werden, was reichliche Verdünnungsschwaden aus dem Mischer treibt. Gleichzeitig muß ein pulverisiertes Gummizeug geschüttet werden, was auch noch in der Luft herumschwirrt. Man hat zwei Möglichkeiten: Entweder man setzt die Maske auf mit einem Gasfilter, dann kann man aber nur sehr langsam arbeiten, jede körperliche Anstrengung verlangt mehr Sauerstoff, man bekommt aber durch die Maske nicht viel Luft, also ist das Ding eher hinderlich, zumal die Augen ohnehin ungeschützt sind. Die Augen werden von den Dämpfen gereizt.

Oder man schüttet ohne Maske und sieht zu, daß man fertig wird. Mischerklappe zu und erst mal ab in den Aufenthaltsraum, Pause. Diese zusätzlichen ,,Raucherpausen" hat sich die Arbeiterklasse erkämpft, sie sind in der Chemie üblich, aber nicht abgesichert, weswegen darum ein ständiger Kleinkrieg geführt wird. Ist der Lösevorgang beendet und sind die Zugaben gemacht (meist erst am nächsten Tag), kann der Lack weggepumpt werden in Kellertanks oder in Mischer im 1. Stock. Er steht in einem Raum, der bis heute keine Ablüftungsanlage hat. Als das gerade von BASF geschluckte Hamburger Glasurit-Werk von heute auf morgen die Kölner Blechlackproduktion mitübernehmen sollte (von Herbol), wurde dieser Mischer von der Behörde im Eilverfahren genehmigt. 100000 DM würde eine Entlüftungsanlage kosten. Die BASF-Kapitalisten rechnen, daß Arbeiter billiger sind, die in diesem Raum arbeiten müssen und jetzt, wo ein warmer Goldlack nach oben gepumpt worden ist und eine halbe Stunde von zwei mächtigen Rührwerken verrührt worden ist, eine Probe ziehen müssen. Treppe rauf, Tür auf, hier stinkt es schon reichlich, weil die Tür zum Raum von Mischer 117 offen sein muß. Dann die Treppe am Mischer, um an die Mischerklappe ranzukommen. Oben kann man es nur kurze Zeit aushalten, auch wenn man durch die Nase atmet. Klappe auf, ein Schwall von Dämpfen schlägt einem entgegen. Probe ziehen, Klappe zu, nichts wie weg.

Ist der Lack vom Labor freigegeben, kann er abgefüllt werden in Fässer oder Hobbocks. Dabei sind die abfüllenden Kollegen wiederum den Dämpfen des fließenden Lacks ausgesetzt. Eine weitere Quelle von Verdünnungsdämpfen ist der Umgang mit Waschverdünnung, einem besonders gut lösenden Gemisch verschiedener Verdünnungssorten. Mischer, Trudler (fahrbare Behälter) Pumpen und Filter müssen meist nach jedem Ansatz gewaschen werden.

Ein über die Woche dauernd schlechter Geschmack im Mund ist die geringste Auswirkung. Kopfschmerzen, Übelkeit und Erschöpfung sind in dem Maße bei den Arbeitern festzustellen, wie sie sich mit Versünnungsdämpfen abgeben müssen. Von den ohnehin schon wenigen Arbeitern, die länger als 10 Jahre in der Produktion sind, gibt es kaum einen, der nicht Beschwerden hat, die sich in den Zusammenhang mit dieser von den Imperialisten organisierten Chemieproduktion stellen lassen. Das Problem ist aber die wissenschaftliche Beweisführung. Die MAK-Werte und die darauf basierenden Schadstoffmessungen werden von der ganzen Konstruktion dieser Meßmethode als Instrument gegen die Arbeiter eingesetzt. Das sieht dann so aus: Obwohl jeder die Erfahrung machen kann, daß er selbst dann zu Feierabend zerschlagen ist, wenn er kaum was gemacht hat – allein die übliche schadstoffhaltige Luft reicht aus – kommt bei Messungen regelmäßg eine ,,zu geringe" oder gar keine Belastung der Luft heraus. Der Betriebsarzt brüstet sich, in den letzten 15 Jahren sei es zu keiner ernsten Erkrankung gekommen. Weil die erkrankten Kollegen gleich geschmissen werden oder von selbst gehen. Nachdem ein Kollege, der 9 Jahre da war, morgens Blut spuckte, wurde er ins AK Wandsbek eingeliefert, wo die Dienstaufsicht nichts Eiligeres zu tun hatte, als mit dem festgestellten Leberschaden ihn aus dem Betrieb hinauszubefördern – für Chemie nicht geeignet. Das Betriebsgesundheitswesen muß in die Hände des Betriebsrates.



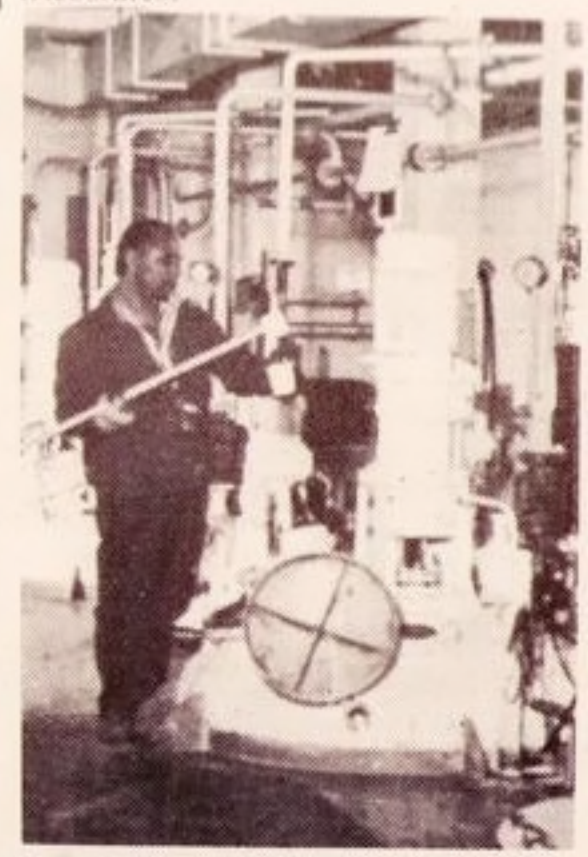
Ist die Verdünnung im Mischer, heißt es: Schütten. Bei kleineren Ansätzen nur ein paar Sack (meist 25-kg-Säcke), bei größeren gleich mehrere Paletten mit Kunstharzen oder Kunststoffen. Schon vorher hat man sich mit Hilfe eines anderen Arbeiters die entsprechende Ware herangefahren und vor den Mischer gestellt. Werden die Säcke jetzt aufgeschnitten und die Harze in den Mischer geschüttet, muß das Rührwerk laufen und so den Lösevorgang ermöglichen. Dabei wird natürlich die Verdunstung der Verdünnung beschleunigt, erst recht, wenn gleichzeitig noch der Dampf zum Heizen an ist. Beim Schütten vom Haftlack 242 z.B. muß der Mischer auf 60 Grad erhitzt werden, was reichliche Verdünnungsschwaden aus dem Mischer treibt. Gleichzeitig muß ein pulverisiertes Gummizeug geschüttet werden, was auch noch in der Luft herum-

rechnen, daß Arbeiter billiger sind, die in diesem Raum arbeiten müssen und jetzt, wo ein warmer Goldlack nach oben gepumpt worden ist und eine halbe Stunde von zwei mächtigen Rührwerken verrührt worden ist, eine Probe ziehen müssen. Treppe rauf, Tür auf, hier stinkt es schon reichlich, weil die Tür zum Raum von Mischer 117 offen sein muß. Dann die Treppe am Mischer, um an die Mischerklappe ranzukommen. Oben kann man es nur kurze Zeit aushalten, auch wenn man durch die Nase atmet. Klappe auf, ein Schwall von Dämpfen schlägt einem entgegen. Probe ziehen, Klappe zu, nichts wie weg.

Ist der Lack vom Labor freigegeben, kann er abgefüllt werden in Fässer oder Hobbocks. Dabei sind die abfüllenden Kollegen wiederum den Dämp-

chen kann, daß er selbst dann zu Feierabend zerschlagen ist, wenn er kaum was gemacht hat – allein die übliche schadstoffhaltige Luft reicht aus – kommt bei Messungen regelmäßg eine ,,zu geringe" oder gar keine Belastung der Luft heraus. Der Betriebsarzt brü-

stet sich, in den letzten 15 Jahren sei es zu keiner ernsten Erkrankung gekommen. Weil die erkrankten Kollegen gleich geschmissen werden oder von selbst gehen. Nachdem ein Kollege, der 9 Jahre da war, morgens Blut spuckte, wurde er ins AK Wandsbek eingeliefert, wo die Dienstaufsicht nichts Eiligeres zu tun hatte, als mit dem festgestellten Leberschaden ihn aus dem Betrieb hinauszubefördern – für Chemie nicht geeignet. Das Betriebsgesundheitswesen muß in die Hände des Betriebsrates.



Bei Arbeiten am Mischer und beim Probenehmen müssen die Arbeiter ständig schadstoffhaltige Luft einatmen.

## Was sind MAK-Werte?

*b.güt.* Jährlich veröffentlicht eine Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft unter direkter Teilnahme von Vertretern der westdeutschen Chemiemonopole eine Liste sogenannter MAK-Werte (maximale Arbeitsplatzkonzentration). Diese werden definiert als ,,die höchstzulässige Konzentration eines Arbeitsstoffes als Gas, Dampf oder Schwebstoff, die nach dem gegenwärtigen Stand der Kenntnis auch bei wiederholter und langsfristiger in der Regel-8-stündiger Einwirkung, jedoch bei Einhaltung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden im allgemeinen die Gesundheit der Beschäftigten nicht beeinträchtigt und diese nicht unangemessen belästigt". Was als Arbeitsschutz ausgegeben wird, ist tatsächlich ein Schutz der Kapitalisten vor Ansprüchen der Arbeiter.

Die Folgekosten von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten müssen die Kapitalisten tragen. Sie lassen deshalb Schutzvorrichtungen einbauen, um diese Kosten zu drücken. Immer suchen sie dabei den Punkt, wo die Summe der Kosten für Schutzmaßnahmen und der Kosten für Krankenbehandlung am niedrigsten ist. Dieser Suche dient die ,,wissenschaftliche" Ausarbeitung von MAK-Werten. Gemessen werden nur reine Stoffe. Berechnung von Stoffgemischen lehnt die Kommission ab, obwohl die Arbeiter gerade solchen Stoffgemischen ausgesetzt sind. MAK-Werte sind Durchschnittswerte auf den 8stündigen Arbeitstag bezogen. Wird ein Arbeiter zwei Stunden lang mit einem Schadstoff drangsaliert, wird die dabei gemessene Menge durch 8 geteilt und dann mit dem MAK-Wert verglichen. Wird dieser Arbeiter krank und fordert von der Berufsgenossenschaft eine Entschädigung, wedeln die Kapitalisten mit den MAK-Werten herum und weisen nach, daß eine Schädigung unmöglich durch den Arbeitsplatz entstehen kann. Die Ablehnung von in Hamburg angezeigten Berufskrankheiten ist dafür ein beredtes Zeugnis.

| Ursache | 1977 (1) | 1977 (2) | 1977 (3) | 1978 (1) | 1978 (2) | 1978 (3) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Metalle u.ä. | 13 | 8 | 4 | 11 | 4 | 1 |
| Erstickungsgase | 5 | 3 | 2 | 7 | 0 | 5 |
| Lösemittel, chemische Stoffe | 36 | 12 | 5 | 34 | 13 | 0 |
| Mechanische Einwirkungen | 70 | 8 | 0 | 49 | 0 | 1 |
| Druckluft | 9 | 4 | 0 | 3 | 0 | 0 |
| Lärm | 359 | 234 | 35 | 316 | 99 | 23 |
| Infektionskrankheiten | 171 | 53 | 78 | 164 | 28 | 45 |
| Anorganische Stäube | 101 | 40 | 26 | 100 | 22 | 28 |
| Hautkrankheiten | 279 | 164 | 25 | 244 | 120 | 7 |

Berufskrankheiten 1977/78: Beim staatlichen Gewerbearzt (Hamburg) angezeigt (1), als berufsbedingt anerkannt, aber nicht entschädigungspflichtig (2), vom Gewerbearzt zur Anerkennung vorgeschlagen (3).

## Hexachlorcyclohexan (HCH)

### Anwendung und chemische Wirkung

*b.jüt.* Bei der Herstellung des Insektenvernichtungsmittels (Insektizid) HCH nimmt der Boehringer-Konzern eine führende Stellung auf der Welt ein. Bei gleicher chemischer Formel (ein chlorierter Kohlenwasserstoff mit cyklischem Aufbau) liegt das HCH als Gemisch von 6 verschiedenen Verbindungen (Isomeren mit unterschiedlicher räumlicher Anordnung einzelner Atome) vor, von denen die Gamma-Isomere die größte Wirkung als Insektizid entfaltet. Boehringer ist es gelungen, bei der HCH-Herstellung den höchsten Reinheitsgrad an Gamma-Isomeren zu erzielen, woraus das ,,Lindan" (Warenbezeichnung) zu 9% besteht.

Das HCH ist sehr schlecht wasserlöslich. In Fetten und fetthaltigen Substanzen kann es sich dagegen gut ablagern und ausbreiten. Der Senat und Boehringer haben verbreitet, das HCH gelange mit dem Saftstrom in das Innere der Pflanze. Das Gegenteil ist richtig. Ein Bauer hat durch fortlaufende Untersuchungen nachgewiesen, daß sein Kohl innen frei von HCH ist, während die Deckblätter je nach Windrichtung unterschiedlich viel HCH enthalten.

Bei Insekten wirkt das HCH als Kontakt-, Fraß- und Atemgift. Beim Menschen gelten 150 mg/kg Körpergewicht als tödliche Dosis bei akuter Vergiftung. Der Nachweis von 20 Mikrogramm / 1 l Blut im menschlichen Körper gilt als krankmachend. Befallen werden das Zentralnervensystem, Leber und Knochenmark. Aufschluß über längerwirkende Vergiftung gibt der Nachweis von HCH im Unterhautfettgewebe. Bei den Milchbauern in den Vier- und Marschlanden war die Kälber- und Ferkelsterberate viermal höher als der Durchschnitt, wenn in der Milch HCH nachgewiesen wurde. Mit einer erhöhten Rate an Fehlgeburten ist bei Menschen und Tieren zu rechnen. Frauen, die ihre Säuglinge mit Muttermilch ernähren, und im Luftemissionsbereich von Boehringer wohnen, sollten ihre Muttermilch ebenfalls auf HCH untersuchen lassen. Kinderärzte im AK Wandsbek haben damit begonnen.

Mechanische Einwirkungen ..... 70 8 0 49 0 1
Druckluft ......... 9 4 0 3 0 0
Lärm ............. 359 234 35 316 99 23
Infektionskrankheiten ....... 171 53 78 164 28 45
Anorganische Stäube ........... 101 40 26 100 22 28
Hautkrankheiten .. 279 164 25 244 120 7

Berufskrankheiten 1977/78: Beim staatlichen Gewerbearzt (Hamburg) angezeigt (1), als berufsbedingt anerkannt, aber nicht entschädigungspflichtig (2), vom Gewerbearzt zur Anerkennung vorgeschlagen (3).

Hexachlorcyclohexan (HCH)

Anwendung und chemische Wirkung

b.jüt. Bei der Herstellung des Insektenvernichtungsmittels (Insektizid) HCH nimmt der Boehringer-Konzern eine führende Stellung auf der Welt ein. Bei gleicher chemischer Formel (ein chlorierter Kohlenwasserstoff mit cyklischem Aufbau) liegt das HCH als Gemisch von 6 verschiedenen Verbindungen (Isomeren mit unterschiedlicher räumlicher Anordnung einzelner Atome) vor, von denen die Gamma-Isomere die größte Wirkung als Insektizid entfaltet. Boehringer ist es gelungen, bei der HCH-Herstellung den höchsten Reinheitsgrad an Gamma-Isomeren zu erzielen, woraus das ,,Lindan" (Warenbezeichnung) zu 9% besteht.

rend die Deckblätter je nach Windrichtung unterschiedlich viel HCH enthalten.

Bei Insekten wirkt das HCH als Kontakt-, Fraß- und Atemgift. Beim Menschen gelten 150 mg/kg Körpergewicht als tödliche Dosis bei akuter Vergiftung. Der Nachweis von 20 Mikrogramm / 1 l Blut im menschlichen Körper gilt als krankmachend. Befallen werden das Zentralnervensystem, Leber und Knochenmark. Aufschluß über längerwirkende Vergiftung gibt der Nachweis von HCH im Unterhautfettgewebe. Bei den Milchbauern in den Vier- und Marschlanden war die Kälber- und Ferkelsterberate viermal höher als der Durchschnitt, wenn in der Milch HCH nachgewiesen wurde.

# Vietnam-Hilfe: Hamburger Bourgeoisie lauert auf neue Beute

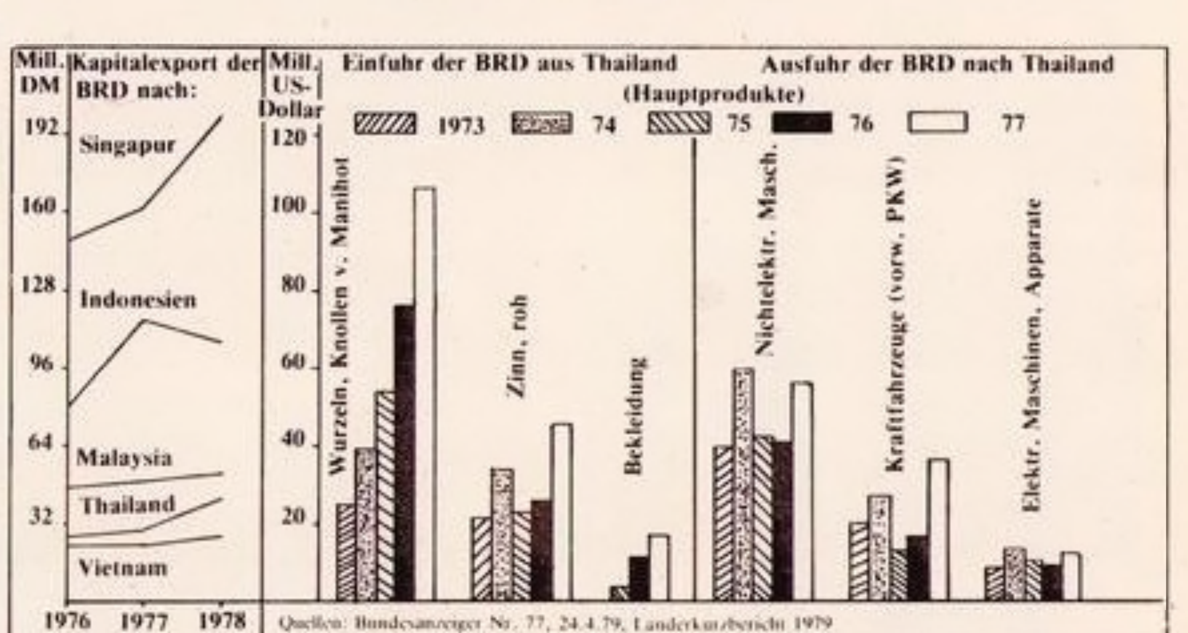
*b.mak.* 271 Vietnam-Flüchtlinge werden gegenwärtig schubweise nach Hamburg verfrachtet, bis Jahresende sollen 340 folgen. 544000 DM hat der Senat für die ,,Betreuung" zur Verfügung gestellt. Sozialsenator Ehlers hat allerdings gleich auf ,,Belastungen" verwiesen: ,,Zurückstehen müssen beispielsweise Bewerber für Sozialwohnungen im Raum Wandsbek/Rahlstedt..." (HA, 8.8.79) Im Landkreis Harburg schlagen Oberkreisdirektor Röhrs und Ratsherr Menck aus dem Seevetal die Trommel: ,,Gerade im Seevetal gibt es viele Firmen, die bereit wären, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Auch in anderen Bereichen wie Landwirtschaft, Gartenbau, Handwerk ist die Hilfsbereitschaft groß", so Menck.

Billigste Arbeitskräfte, in Sozialwohnungen verfrachtet und am Gängelband behördlicher Dolmetscher, als Lohndrücker gegen den Lohnkampf der westdeutschen Arbeiter einsetzen und dies als höchste Menschlichkeit verkaufen, das erklärt den Jubelton, mit dem Politiker und Presse die Vietnam-Flüchtlinge empfangen. Der Hamburger Senat hat am 7.8.79 gleich eine weitere halbe Million für einen 1500 BRT-Frachter beschlossen (Folgekosten 12 Mio DM), den er ,,als Flüchtlings- und Sanitätsschiff ausrüsten und vor den südostasiatischen Küsten kreuzen lassen will."(HA, 8.8.)

Viel gibt es aufzuholen für die westdeutschen Imperialisten, auf der Lauer nach jedem Spalt, den die Rivalität der Supermächte in Südostasien für sie eröffnen könnte. Im Länderkurzbericht des Statistischen Bundesamtes zu ,,Kambodscha" von 1968 werden die Erwartungen noch ausgemalt: ,,Die großenteils aus wertvollen Edelhölzern bestehenden Wälder können wegen der fehlenden Verkehrserschließung wirtschaftlich erst z.T. genutzt werden." Konsequent lieferte die BRD in den folgenden Jahren als Entwicklungshilfe Bahnmaterial für die Linie an die Küste nach Kompong Som. Allerdings muß der folgende und letzte Länderbericht 1974 den Rückgang der Importe aus Kampuchea von 2,3 Mio $ 1965 auf 0,5 Mio 1973 und der Exporte von 2,9 Mio $ auf 0,5 Mio vermelden. Die Lon Nol-Marionette konnte den Befreiungskampf des kampucheanischen Volkes gegen die wüste Aggression des US-Imperialismus nicht mehr bremsen, die Ausplünderung des Landes war bereits unmöglich. Der jüngste Jahresbericht des Hamburger Ostasien-Vereins muß zähneknirschend für das Jahr 1977 anerkennen: ,,Die ersten positiven Erfolge der von einer Tonnenideologie getragenen Landwirtschaftsstrategie scheinen sich eingestellt zu haben." (S. 181)

Mit der Ausrottungspolitik gegen das kampucheanische Volk und dem ,,Export" Hunderttausender Vietnamesen wollen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ihre Position ausbauen und sichern; nichts anderes lauert hinter den Hilfsangeboten des US-Imperialismus. Die Hamburger Bourgeoisie sorgt eifrig dafür, daß sie dabei ist.

# Kapitalexport des BRD-Imperialismus nach Indochina




,,Hinzu kommt ein breites Angebot an Arbeitskräften zu recht niedrigen Löhnen... die für ungelernte Fabrikarbeiter zwischen 0,50 und 1 DM pro Stunde liegen" (Malaysia). (Handelsblatt, 3.10.77) In Thailand beträgt der Tageslohn im Durchschnitt 2,70 DM. Die imperialistischen Kolonisatoren haben den Lohn durch Ruinierung der Bauern und Handwerker auf dieses Niveau gedrückt. Die BRD-Imperialisten wollen nachstoßen; noch hängen sie weit hinter den Supermächten zurück. Die Aggressionspolitik der vietnamesischen Expansionisten nutzen sie, um sich über Stützpunkte wie die makabren ,,Flüchtlingsschiffe" fester einzunisten.

## Millionen für die Hamburger Kapitalisten – Senat erhöht die Gebühren

*b.mak.* In der Mai-Nummer der ,,Hamburger Wirtschaft'' hatte die Hamburger Handelskammer bereits vor einer Anhebung der Gewerbesteuer gewarnt. Nach der vom Bundestag beschlossenen Streichung der Lohnsummensteuer ab 1.1.1980 als Teil der Gemeindesteuern zugunsten der Kapitalisten war den Gemeinden eine erhöhte Gewerbesteuer als Teilausgleich in Aussicht gestellt worden. 109,6 Mio DM Gewerbesteuer nach der Lohnsumme ist in Hamburg in den ersten 4 Monaten 1979 gezahlt worden, 5,9% weniger als ein Jahr vorher, an Gewerbesteuern 341 Mio DM, an Lohnsteuern 1569 Mio DM (1,2% Steigerung). Die jetzt vom Hamburger Senat für 1.1.1980 beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer von 335 auf 365 Punkte, d.h. um knapp 10%, wird den Ausfall der Lohnsummensteuer bei weitem nicht decken, die Wünsche der Handelskammer sind durchaus erfüllt worden: von Januar bis April 1979 wären das immerhin bereits runde 75 Mio DM weniger Steuern für die Kapitalisten gewesen, für das ganze Jahr also 225 Mio DM.

Rechtzeitig vor dem Steuergeschenk an die Kapitalisten ab 1980 hat der Hamburger Senat eine Reihe von Gebührenerhöhungen beschlossen, er eröffnet damit den Plünderungsfeldzug gegen die Volksmassen:

Ab 1.1.79 haben die Hamburger Wasserwerke die Sielgebühren pro Kubikmeter von 1,03 DM auf 1,05 DM erhöht, die Wasserpreise sind von 1,20 auf 1,30 DM gestiegen, die Gebühr für die Hauswasserzähler von 4 auf 5 DM, also um 25%, ebenfalls die Umsatzsteuer auf den Wasserpreis von 6 auf 6,5%, insgesamt steigt die finanzielle Plünderung um ca. 10%. Im selben Zuge stieg 1979 der Eintrittspreis für Freibäder – 26 gibt es in Hamburg – um durchschnittlich 30%. Z.B. von 1,50 DM auf 2 DM für Erwachsene, Saisonkarte von 25 auf 32,50 DM. Die Gesamteinnahmen aus den Bädern betrugen 1978 13707000 DM, die Erhöhungen in den Freibädern werden ca. 1 Mio DM pro Jahr bringen. Allerdings haben immer weniger Arbeiter und Angestellte die Freibäder für sich und ihre Familien bezahlen können – die Bourgeois schwimmen sowieso im eigenen swimming-pool – von 3485000 Besuchern 1976 sank die Zahl 1978 auf 2206000.

Im Juli hat der Senat beschlossen, die Friedhofsgebühren für einen Urnenplatz glatt von 100 DM auf 300 DM zu erhöhen, für Erdbestattung von 200 DM auf 300 DM. Erwartet werden 1,5 Mio DM Mehreinnahmen – angeblich für ein ,,Haushaltsloch'', weil die Bourgeois nicht mehr besonders zur Kasse gebeten sein wollen, wenn ihr Rest unter seinesgleichen an ausgesucht schönen Stellen modert (,,Ham-

# Mehr im Stillen: Steuersenkungen für die Kapitalisten

*r.gör.* Die meisten Industrie- und Handelskammern haben jetzt Konjunkturumfragen bei ihren Mitgliedsfirmen durchgeführt. Die Hamburger Kammer meldet ,,Zuversicht'' und ,,weiter verbesserte'' Lage ähnlich die Meldung der anderen, auch der Handwerkskammern.

1978 zahlten die Kapitalisten Schleswig-Holsteins im Vierteljahresdurchschnitt rd. 123 Mio. DM Gewerbesteuern, einschließlich Lohnsummensteuer. Das sind grad 3 – 4% des Umsatzes, 15% des Lohnsteueraufkommens. Durch Wegfall der Lohnsummensteuer (ab 1980) erhöhen sich ihre Profite unmittelbar um mindestens 80 Mio. DM jährlich. Die noch verbleibenden Gewerbesteuern sind zusätzlich gesenkt worden. So wurde etwa der Freibetrag für die Gewerbesteuer auf Kapitalprofit von 24000 auf 36000 DM erhöht, der für das Kapitalvermögen auf 12000 DM verdoppelt (wobei überhaupt bloß sog. ,,Einheitswerte'' versteuert werden, die weit unter den tatsächlichen Vermögenswerten liegen). – Aber die Kapitalisten zahlen doch Steuern. Bleiben wir in Schleswig-Holstein. Allein das Programm ,,zinsverbilligte Investitionen'' wurde jetzt durch Nachtragshaushalt von 100 auf 200 Mio. DM erhöht. Nimmt man noch das Werfthilfeprogramm mit 200 Mio. DM für Schleswig-Holstein hinzu, dann haben die Kapitalisten schon dadurch ihre Gewerbesteuer wieder zurück.

Freilich, der Ruf nach weiterer Steuererleichterung und Wirtschaftsförderung verschallt nicht. Konjunktur wie Pleiten liefern je grad die passende Argumentation. Einen mehr ,,stillen'' Erfolg bescherte jetzt die niedersächsische Landesregierung. Die brachten den Antrag in den Bundestag ein, die Gewerbesteuer von 7 auf 2% zu senken. Das wird nicht unmittelbar die Profite erhöhen, vielmehr auch Spekulation und Konzentration willkommenen Auftrieb geben. Die Bourgeoispolitiker tun ihre Pflicht. Wie man die ,,Energiekrise'' auch landespolitisch in klingende Münze für die Kapitalisten verwandeln kann, zeigte ebenfalls die niedersächsische Landesregierung: 60 Mio. DM werden zwecks Energieeinsparungen ,,in die Wirtschaft gepumpt''. Auch das bringt doppelten Gewinn, denn relativ niedrige Energiekosten beflügeln die *Extra*-profite.

Durchbrochen wird die stille Zielstrebigkeit der Bereicherung der Kapitalisten zur Zeit nur an der Gewerbesteuerfront. Die Streichung der Lohnsummensteuer bedeutet nämlich zunächst erhebliche Einnahmeausfälle bei den Gemeinden, die ja diese wie alle Gewerbesteuern erheben. Durch Erhöhung des Anteils der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern von 14 auf 15% sind diese Einnahmeausfälle nur zu einem Bruchteil ausgeglichen worden. Also stehen die Gemeinden jetzt vor der Aufgabe, den Ausfall wettzumachen. Wie? Das Finanzkapital, unter dessen Regie die Steuerreformen durchgeführt werden, spekuliert darauf, daß dies den Gemeinden durch verschärfte Gebührenausplünderung der Volksmassen gelingen werde. Das war auch schon vorgesehen. In der mittelfristigen Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins von 1977 bis 1981 sollten die Anteile an Lohn- und Einkommenssteuern um 43%, die Gewerbesteuern um 9%, die ,,Gebühren und ähnlichen Entgelte'' um 14% steigen. Aber die zahlreichen Bewegungen gegen die Gebühren- und Steuerausplünderung lassen die Durchsetzung dieser Zielwerte nicht als sicher erscheinen. Daher jetzt Manöver, wozu auch gehört, ob nicht die Gewerbesteuer vorübergehend erhöht werden müsse. In Kiel finden dazu ,,Hearings'' statt. Die Kieler Nachrichten kommentieren: Die ,,Verluste durch den Fortfall der Lohnsummensteuer... können sicher nicht in vollem Umfang durch die Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.''

Darüber sind sich die Kapitalisten und bürgerliche Politiker sowieso einig. Aber die Gunst der Stunde läßt doch ihre ideologischen Manöver Blüten treiben. Die Wirtschaftspolitiker der CDU weisen klugerweise gleich darauf hin, daß weitere Steuersenkungen für die Kapitalisten – weil doch der Arbeitsplatzsicherung und geringeren Preissteigerungsraten dienlich – im Interesse *aller* seien. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel drückt das in ihrem neuen Pamphlet ,,Den Amtsschimmel absatteln'' freilich deutlicher aus; nach den Worten der ,,Niedersächsischen Wirtschaft'' (15-16/79): ,,Den publikumswirksamen Slogan von der Arbeitsplatzsicherung sollte man deutlicher eher Konkursverhinderung nennen – und die paßt ganz sicher nicht in eine soziale Marktwirtschaft.'' Was folgt also für die bürgerliche Moral des Gebens und Nehmens? Man solle nicht vergessen, ,,daß Arbeitnehmer von Arbeitsplatz und Arbeitseinkommen ihre Vorteile hatten, das Risiko von Nachteilen also nicht völlig ignorieren sollten.''

## Im Kampf gegen Mehrarbeit – Betriebsrat bei O&K kündigt Betriebsvereinbarung zur Akkordarbeit

r.hak. ,,Die Zeiten werden härter. So wie früher geht es nicht mehr weiter.'' Markige Worte des Vorstandsmitglieds Prof. Dr. Heusler von Orenstein & Koppel gegenüber Mitgliedern des Gesamtbetriebsrates vor ein paar Wochen. Der kaufmännische Leiter des Werkes Westberlin, Kunter, will, daß der technologische Vorsprung (bei den Baggern) gehalten oder ausgebaut werden soll. In Westberlin soll bis 1983 die Fertigung ungefähr bis zu 80% über NC- und CNC-Maschinen abgewickelt werden. Die Montagehalle wird im nächsten Jahr auf eine neue Bandproduktion mit automatischen Einfahrständen umgerüstet. Alle Vorgabezeiten werden dann neu abgestoppt und der derzeitige Akkordverdienst im Werksdurchschnitt von 151% soll gesenkt, die letzten Poren geschlossen werden.

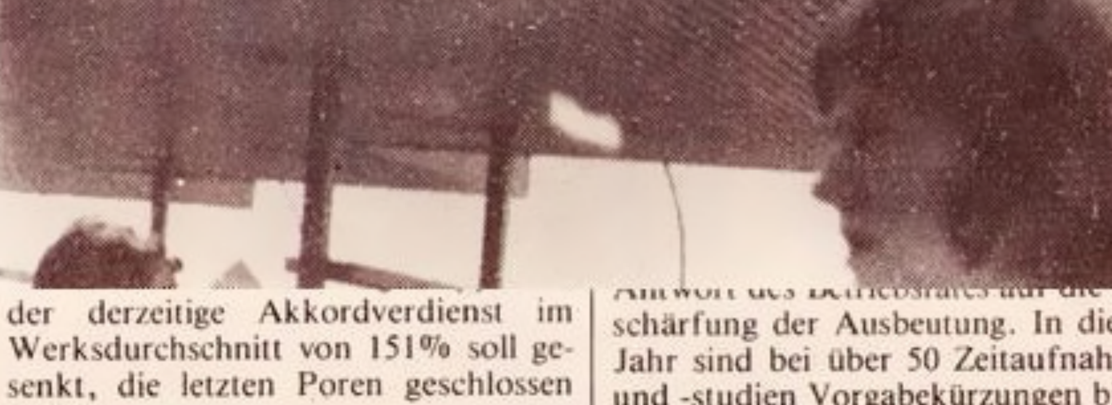
Der Betriebsrat beschloß, die Betriebsvereinbarung für Akkordarbeiter zu kündigen. Die Akkordkommission soll einen Vorschlag ausarbeiten. Die gültige Vorgabezeit setzt sich wie folgt zusammen: Reine Arbeitszeit (gestoppt oder errechnet) = 100%; persönliche und sachliche Verteilzeit sowie Kolonnenführerzulage je 5%; übertarifliche Zulage 21%; zusammen = 136%. Unbeeinflußbare Maschinenzeiten bis zu 50% der Gesamtzeit werden mit 151% (Akkorddurchschnitt); über 50% mit 66% Aufschlag berechnet. Die 136% (Arbeitszeit plus Zuschläge) Werden als Vorgabezeit gleich 100% gesetzt und zum Tariflohn bezahlt, d.h. daß die 36% Zuschläge nicht als Lohn direkt, sondern als ,,indirekter'' Lohnbestandteil abgesichert sind. Diese 36% reichen jedoch nicht, so daß die Meister über Nacharbeiten, Mehrarbeit, Störungen, Unterbrechungen usw. inoffiziell mehr Zeit nachfordern als gebraucht wurde.

Die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder tritt für eine Erhöhung der übertariflichen Zulage von 21% auf 35% ein. In Anlehnung bestehender Lohnrahmentarifverträge sprachen sich mehrere Betriebsratsmitglieder darüberhinaus für eine Erhöhung der persönlichen Verteilzeit aus. Die Kündigung der Betriebsvereinbarung ist die Antwort des Betriebsrates auf die Verschärfung der Ausbeutung. In diesem Jahr sind bei über 50 Zeitaufnahmen und -studien Vorgabekürzungen bis zu 50% herausgekommen. Diese neuen Vorgabezeiten werden aber größtenteils nicht angewendet, weil die Kapitalisten Lohnsenkungen bis zu 3 DM/Std. nicht durchsetzen können. Der Mangel der Betriebsvereinbarung ist, daß die Zulage nicht gleichzeitig als Effektivlohn abgesichert ist. Im Betriebsrat und in der Belegschaft gibt es Auseinandersetzungen darüber, welche Forderung durchgesetzt werden kann. Der Druck auf die Haushaltskassen der Arbeiterfamilien wird nach dem Urlaub stärker und die O&K-Kapitalisten sind durch die sowieso schon marktbekannten langen Lieferfristen empfindlich.

# Der Lohnstandard der dänischen Arbeiter dämpft den westdeutschen Kapitalexport

*r.clm.* Bundeskanzler Schmidts Segelausflüge mit dem dänischen Ministerpräsidenten Jörgensen sind inzwischen nichts Neues mehr. Sie dienen dazu, die dänische Regierung auf Kurs zu bringen. Einzelheiten der Gespräche sind nicht veröffentlicht worden, so daß auch nicht bekannt ist, ob direkt behandelt wurde, wie der Kampf der

bedingungen nicht wettgemacht wird. 1977 betrugen sie in Dänemark durchschnittlich 18,30 DM die Stunde, in Schleswig-Holstein 14,30 DM und in Hamburg 15,20 DM. Daß die Steuerausplünderung in Dänemark mit 49% die höchste in Europa ist, nützt dem direkt investierenden westdeutsche Kapitalisten nicht viel, sondern kann viel



gegen die Volksmassen:

Ab 1.1.79 haben die Hamburger Wasserwerke die Sielgebühren pro Kubikmeter von 1,03 DM auf 1,05 DM erhöht, die Wasserpreise sind von 1,20 auf 1,30 DM gestiegen, die Gebühr für die Hauswasserzähler von 4 auf 5 DM, also um 25%, ebenfalls die Umsatzsteuer auf den Wasserpreis von 6 auf 6,5%, insgesamt steigt die finanzielle Plünderung um ca. 10%. Im selben Zuge stieg 1979 der Eintrittspreis für Freibäder – 26 gibt es in Hamburg – um durchschnittlich 30%. Z.B. von 1,50 DM auf 2 DM für Erwachsene, Saisonkarte von 25 auf 32,50 DM. Die Gesamteinnahmen aus den Bädern betrugen 1978 13707000 DM, die Erhöhungen in den Freibädern werden ca. 1 Mio DM pro Jahr bringen. Allerdings haben immer weniger Arbeiter und Angestellte die Freibäder für sich und ihre Familien bezahlen können – die Bourgeois schwimmen sowieso im eigenen swimming-pool – von 3485000 Besuchern 1976 sank die Zahl 1978 auf 2206000.

Im Juli hat der Senat beschlossen, die Friedhofsgebühren für einen Urnenplatz glatt von 100 DM auf 300 DM zu erhöhen, für Erdbestattung von 200 DM auf 300 DM. Erwartet werden 1,5 Mio DM Mehreinnahmen – angeblich für ein ,,Haushaltsloch'', weil die Bourgeois nicht mehr besonders zur Kasse gebeten sein wollen, wenn ihr Rest unter seinesgleichen an ausgesucht schönen Stellen modert (,,Ham-

die Kapitalisten schon dadurch ihre Gewerbesteuer wieder zurück.

Freilich, der Ruf nach weiterer Steuererleichterung und Wirtschaftsförderung verschallt nicht. Konjunktur wie Pleiten liefern je grad die passende Argumentation. Einen mehr ,,stillen'' Erfolg bescherte jetzt die niedersächsische Landesregierung. Die brachten den Antrag in den Bundestag ein, die Gewerbesteuer von 7 auf 2% zu senken. Das wird nicht unmittelbar die Profite erhöhen, vielmehr auch Spekulation und Konzentration willkommenen Auftrieb geben. Die Bourgeoispolitiker tun ihre Pflicht. Wie man die ,,Energiekrise'' auch landespolitisch in klingende Münze für die Kapitalisten verwandeln kann, zeigte ebenfalls die niedersächsische Landesregierung: 60 Mio. DM werden zwecks Energieein-

Zielwerte nicht als sicher erscheinen. Daher jetzt Manöver, wozu auch gehört, ob nicht die Gewerbesteuer vorübergehend erhöht werden müsse. In Kiel finden dazu ,,Hearings'' statt. Die Kieler Nachrichten kommentieren: Die ,,Verluste durch den Fortfall der Lohnsummensteuer... können sicher nicht in vollem Umfang durch die Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.''

Darüber sind sich die Kapitalisten und bürgerliche Politiker sowieso einig. Aber die Gunst der Stunde läßt doch ihre ideologischen Manöver Blüten treiben. Die Wirtschaftspolitiker der CDU weisen klugerweise gleich darauf hin, daß weitere Steuersenkungen für die Kapitalisten – weil doch der Arbeitsplatzsicherung und geringeren Preissteigerungsraten dienlich – im

der derzeitige Akkordverdienst im Werksdurchschnitt von 151% soll gesenkt, die letzten Poren geschlossen werden.

Der Betriebsrat beschloß, die Betriebsvereinbarung für Akkordarbeiter zu kündigen. Die Akkordkommission soll einen Vorschlag ausarbeiten. Die gültige Vorgabezeit setzt sich wie folgt zusammen: Reine Arbeitszeit (gestoppt oder errechnet) = 100%; persönliche und sachliche Verteilzeit sowie Kolonnenführerzulage je 5%; übertarifliche Zulage 21%; zusammen = 136%. Unbeeinflußbare Maschinenzeiten bis zu 50% der Gesamtzeit werden mit 151% (Akkorddurchschnitt); über 50% mit 66% Aufschlag berechnet. Die 136% (Arbeitszeit plus Zuschläge) Werden als Vorgabezeit gleich 100% gesetzt und zum Tariflohn bezahlt, d.h. daß

schärfung der Ausbeutung. In diesem Jahr sind bei über 50 Zeitaufnahmen und -studien Vorgabekürzungen bis zu 50% herausgekommen. Diese neuen Vorgabezeiten werden aber größtenteils nicht angewendet, weil die Kapitalisten Lohnsenkungen bis zu 3 DM/Std. nicht durchsetzen können. Der Mangel der Betriebsvereinbarung ist, daß die Zulage nicht gleichzeitig als Effektivlohn abgesichert ist. Im Betriebsrat und in der Belegschaft gibt es Auseinandersetzungen darüber, welche Forderung durchgesetzt werden kann. Der Druck auf die Haushaltskassen der Arbeiterfamilien wird nach dem Urlaub stärker und die O&K-Kapitalisten sind durch die sowieso schon marktbekannten langen Lieferfristen empfindlich.

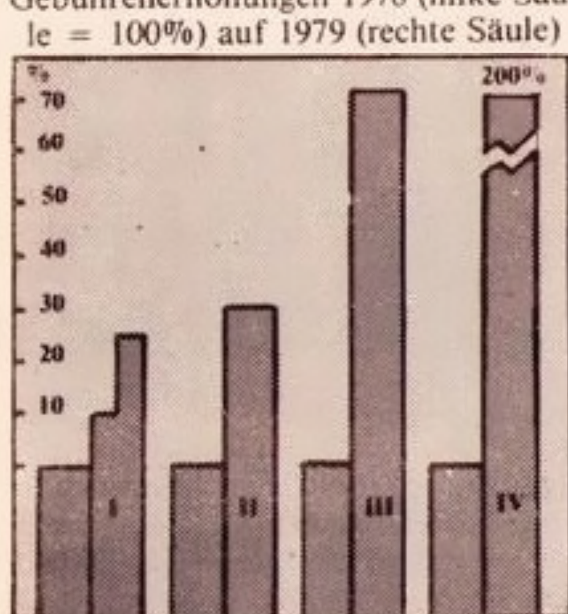
Der Lohnstandard der dänischen Arbeiter dämpft den westdeutschen Kapitalexport

r.clm. Bundeskanzler Schmidts Segelausflüge mit dem dänischen Ministerpräsidenten Jörgensen sind inzwischen nichts Neues mehr. Sie dienen dazu, die dänische Regierung auf Kurs zu bringen. Einzelheiten der Gespräche sind nicht veröffentlicht worden, so daß auch nicht bekannt ist, ob direkt behandelt wurde, wie der Kampf der

bedingungen nicht wettgemacht wird. 1977 betrugen sie in Dänemark durchschnittlich 18,30 DM die Stunde, in Schleswig-Holstein 14,30 DM und in Hamburg 15,20 DM. Daß die Steuerausplünderung in Dänemark mit 49% die höchste in Europa ist, nützt dem direkt investierenden westdeutsche Kapitalisten nicht viel, sondern kann viel

burger Abendblatt'',16.8.)

Am 7.8.79 hat der Senat die Gebühren für einfache Auskünfte aus dem Melderegister, die 90% der Einnahmen im Melde- und Ausweiswesen bringen, um 71% von 2,50 DM auf 3,50 DM erhöht, ebenso die Kosten für Ersatz eines Personalausweises. Jährlich sollen 435000 DM mehr aus den Taschen der Volksmassen gezogen werden. Wohlweislich wird die Gebühr ,,für umfangreiche Auskünfte aus dem Melderegister mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung'' von bisher 500 bis 10000 DM gesenkt auf 200 bis 2000 DM – nicht die Volksmassen wollen solche Auskünfte, sondern die Kapitalisten, z.B. für ihre Werbeaktionen, oder der Staatsapparat für seine Ausschnüffelungen, also wird's verbilligt. Gebührenerhöhungen 1978 (linke Säule = 100%) auf 1979 (rechte Säule)




I Hamburger Wasserwerke, a) Wasserpreis, b) Zählergrundpreis
II Freibäder
III Gebühren im Meldewesen
IV Friedhofsgebühren

dänischen Fährarbeiter am besten zu zerschlagen ist. Sicher ist aber, daß darüber gesprochen wurde, wie Dänemark sein Handelsbilanzdefizit zu decken gedenkt und wie die Schuldentilgung und Zinszahlung zu sichern ist.

Seit dem Beitritt Dänemarks zur EG ist dessen Handelsbilanzdefizit insbesondere gegenüber der BRD sprunghaft angestiegen. Es machte 1978 mit 5839 Millionen Kronen über ein Drittel des Gesamtdefizits von 16089 Millionen Kronen aus. Um das Defizit in der Zahlungsbilanz finanzieren zu können, mußte vor allem der Staat beträchtliche Schulden im Ausland aufnehmen. Seit Antritt der Jörgensen-Regierung 1975 bis 1978 sind die Auslandsanleihen um 273% auf 26999 Millionen Kronen gestiegen. Von den 27 Milliarden Kronen oder 9,73 Milliarden DM neue Auslandsschuld 1978 sind 36% in DM. Und auch an den Dollaranleihen sind westdeutsche Banken führend beteiligt.

Die Investitionsbilanz ist für die westdeutschen Imperialisten zwar positiv, aber der Kapitalexport nach Dänemark steht in keinem Verhältnis zum Warenexport und zur Verschuldung (1977: 269 Millionen DM zu 200 Millionen DM). Erst in den letzten Jahren entwickelt er sich etwas rascher. Dabei ist der Drang danach groß. Dänemark ist Schlüsselstelle für den ganzen nordischen Markt. Und durch Kapitalexport gefestigte Positionen dort sind gute Ausgangsbedingungen für die Expansion nach Skandinavien. Für diese Ziele ist die dänische Arbeiterbewegung ein Hindernis. Die ,,Lohnkosten'' sind zu hoch. Und zwar so hoch, daß das durch bessere Standort- und Handelsbedingungen nicht wettgemacht wird. 1977 betrugen sie in Dänemark durchschnittlich 18,30 DM die Stunde, in Schleswig-Holstein 14,30 DM und in Hamburg 15,20 DM. Daß die Steuerausplünderung in Dänemark mit 49% die höchste in Europa ist, nützt dem direkt investierenden westdeutsche Kapitalisten nicht viel, sondern kann viel besser über Dänemarks Staatsschuld angeeignet werden.

So muß die Förde- Reederei Flensburg den Lohn der Arbeiter der Linie Römö-Sylt erst brutal drücken, ehe er ähnlich tief ist wie auf den Flensburger Schnapsdampfern. Ein Kioskhelfer in Flensburg verdient 6,75 DM die Stunde. Ein Decksmann 7 DM. Der dänische Tarifvertrag vereinbart für dieselben Tätigkeiten 65000 Kronen und 8700 Kronen im Monat. Das sind umgerechnet 13,07 und 17,49 DM brutto die Stunde oder 6,55 oder 8,75 DM netto, also auch nicht besonders viel, aber immerhin um einiges mehr als in Flensburg. Der elend niedrige Lohn in Flensburg treibt die Arbeiter zu enormen Überstunden. Die spanischen Arbeiter, die jetzt auf der Linie Römö-Sylt angeheuert sind, erhalten 2500 Kronen im Monat. Für Überstunden erhalten sie 37 Kronen. Sie arbeiten 18 Tage im Monat von 5.30 morgens bis 0.15 nachts. Das ergibt 320 Stunden im Monat. Mit diesen 160 Überstunden ergibt das insgesamt einen Lohn von 85000 Kronen pro Monat.

Unverhohlen drohen die westdeutschen Imperialisten damit, den Kredithahn zuzudrehen, wenn die dänischen Kapitalisten nicht wirkungsvolle Maßnahmen zur Senkung des Lohnes ergreifen. Schon um fällige Tilgungen zahlen zu können, ist Dänemark auf neue Kredite angewiesen. ,,Diese Gesundungskur macht vorübergehend eine gewisse Verlangsamung der inländischen Wirtschaftsexpansion und der realen Einkommensentwicklung unvermeidlich. (Schlegelberger, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein und Finanzminister in einer Rede am 5.5.78). Für die dänischen Arbeiter bedeutet das eine direkten Angriff auf ihr Lebensniveau. Die dänischen Kapitalisten lassen sich nicht ungern dazu auffordern, den Lohn zu drücken, sie tun das ihre durch noch stärkere Anziehung der Steuerschraube, Sparprogramme und dergleichen.



Die Bruttolöhne sind zwar hoch in Dänemark, das macht sich für die kapitalexportierenden westdeutschen Kapitalisten in hohen Lohnkosten bemerkbar. Das bedeutet aber nicht, daß der Lebensstandart der dänischen Arbeiter höher wäre als der der westdeutschen. So weist das Lohnpreiskonto eines dänischen Facharbeiters im Maschinenbau von 1976 bis 1978 z.B. für Margarine ein Minus von 25 Kronen und für Mischbrot ein Minus von 200 Kronen auf. Der Versuch, das ohnehin bestehende Lohngefälle von Hamburg über Kiel nach Dänemark fortzusetzen, muß deshalb zu nacktem Elend führen, wenn er gelingt. Was die westdeutschen Imperialisten anvisieren, sind niedriger Lohn, Arbeitshetze, Rechtlosigkeit und Überstundenschinderei wie in der BRD gegenüber den dänischen Arbeitern und Steuern gegenüber den westdeutschen Arbeitern durchzusetzen wie in Dänemark.

Für diese Absicht ist die Auseinandersetzung mit den Fährarbeitern der Linie Römö-Sylt von strategischer Bedeutung. Anders als beim Aufkauf oder Bau einer Fabrik unterliegen die westdeutschen Imperialisten beim Aufkauf einer Reederei nicht dänischem Tarifrecht, die Nichtbeachtung der von den Arbeitern erkämpften Rechte erscheint einfacher durchsetzbar. Mittel dazu ist die Ausflaggung und Umflaggung auf die Billigflagge Zyperns. Die Hoffnung ist, einen kleinen Teil der dänischen Arbeiterklasse vernichtend zu schlagen und die Früchte davon nach und nach überall einzuheimsen. Die dänischen Fährarbeiter verteidigen also keineswegs irgendwelche Sonderinteressen, sondern die Interessen der dänischen und westdeutschen Arbeiterklasse. Deeshalb müssen sie auf jede Weise unterstützt werden.

# Explodierende Fruchtbarkeit? Dem Bauern bleibt dieses Jahr weniger!

*z.rak.* In ihrer Ausgabe vom 11. August berichtet die Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung (Landwirtschaftskammer Hannover) über ,,explodierende Fruchtbarkeit". In einem Schaubild wird die Entwicklung der Weizenhektarerträge aufgezeigt: 1881-85 waren es 12,9 dz, 1913 23,6 dz, 1950 25,8 dz und 1978 50,1 dz je Hektar. Im Text heißt es: ,,Vor knapp hundert Jahren ließ sich der Boden unter weit größerem Aufwand an körperlicher Arbeit nur ein Viertel der heutigen Erträge abringen." Erstens steigen die Erträge keineswegs explosionsartig. Nachdem sie bis 1950 stagnierten, trat in den sechziger Jahren ein starker Schub ein, der sich jetzt wieder abflacht. Zweitens heißt höherer Ertrag nicht mehr Erlös.

Die letzte Ernte wurde von der Bourgeoisie als Jahrhunderternte gefeiert; die höchsten bisher erzielten Hektarerträge waren in Westdeutschland geerntet worden. Wir berichteten schon im letzten September, wie das für die Bauern aussah: Bei lang anhaltendem Regen mußte vor allem Weizen, das wertvollste Getreide, naß gedroschen werden. Der von der EG festgesetzte Mindestpreis wird aber nur gezahlt, wenn das Getreide maximal 16% Feuchtigkeit hat. Weizen darf nicht mehr als 8% Auswuchs haben, sonst ist er zum Backen ungeeignet und muß als Futter verkauft werden (Auswuchs sind wegen der Feuchtigkeit auf dem Halm gekeimte Körner). Läßt der Bauer den Weizen auf die vorgeschriebenen 16% heruntertrocknen (die wenigsten haben eine eigene Trocknungsanlage), muß er den Gewichtsverlust und die Trocknungskosten bezahlen. Bei mehr als 8% Auswuchs wurde im letzten Jahr 11% weniger bezahlt. Wir hatten damals einen Abzug von insgesamt 34% vom Doppelzentnerpreis bei einer Feuchtigkeit von 26% und mehr als 8% Auswuchs errechnet.

Die EG-Richtlinien sind alle so konstruiert, daß allein der Bauer die Abzüge (das ,,Risiko") tragen muß, während der Landhandelskapitalist (die Genossenschaften sind auch zu Kapitalisten geworden) an der Trocknung noch Profit macht und qualitätsbedingte Verluste auf die Bauern überwälzt. Dieses Jahr scheint es noch dicker zu kommen: Bauern aus Lenglern bei Göttingen berichteten, daß die Bestände wegen des kalten Winters und des verregneten Sommers nicht so gut stehen wie letztes Jahr. Dazu kommen wieder feuchtes Erntewetter, also hoher Feuchtigkeitsgehalt, Auswuchs und Schwierigkeiten bei der Ernte durch durchgewachsenes Unkraut und schmierigen Untergrund, so daß man mit etwa 20% niedrigeren Erträgen rechnen müsse. Gleichzeitig werden die Trocknungskosten klettern, aber auch alle anderen Maschinenkosten, vor allem die Dreschkosten,wegen erhöhter Spritpreise. Die Bauern rechnen deshalb ebenfalls mit 20% höheren Kosten.

So euphorisch ,,Land und Forst" von der hundertjährigen Entwicklung schwärmt, so zurückhaltend berichtet sie über die aktuelle Lage. Über die Wintergerstenernte 79 heißt es: ,,Die Erträge zeigen je nach Region und Bodenbeschaffenheit erhebliche Unterschiede nach Menge und Qualität. Mit die schlechtesten Ergebnisse gab es in Niedersachsen, was auf entstehende Nässe zurückzuführen ist." Wir fragten die Bauern, ob man dann wenigstens damit rechnen kann, daß bei der schlechten Ernte die Preise entsprechend Angebot und Nachfrage steigen, so wie es die Professoren den Studenten nach einem bürgerlichen englischen Ökonom als ,,Kingsche Regel" beibringen. Wir wurden belehrt, daß es ja die EG-Marktordnungen gibt, die ,,witterungsbedingte Preisschwankungen" stabilisieren – nach unten –, versteht sich.

## Der Urlaub geht für den Nebenerwerbshof drauf

*r.wem.* Jedes Jahr, hauptsächlich zur Erntezeit, müssen sich die Nebenerwerbslandwirte erneut das Recht von ihren Kapitalisten ertrotzen, den Urlaub dann zu nehmen, wenn die Landwirtschaft die ,,ganze" Arbeitskraft erfordert. Die landwirtschaftliche Arbeitskraft Ostfrieslands ist seit 1964 durch die Inbetriebnahme des VW-Werkes Emden aufgesaugt worden. Ein Teil der VW-Arbeiter mit relativ viel landwirtschaftlichen Nebenerwerb sieht die Lohnarbeit als vorübergehendes Übel an; für die große Masse der Arbeiterbauern meist aus der ,,Sandgegend"(Geest) besteht keine Aussicht mehr, als Vollbauer in die Landwirtschaft zurückzukehren. Wir haben einen VW-Arbeiter aus der Krummhörn besucht, der jetzt den Schritt in die Landwirtschaft zurück machen will. Vor 12 Jahren ins VW-Werk durch die Verschuldung des Hofes getrieben, hat er Geld, was er vom Lohn zurückbehalten hat, in den Betrieb gesteckt, um sich das ,,Sprungbrett" zu Vollerwerbsbauern erneut zu schaffen bzw. zu sichern. Heute 38-jährig stellt er fest, daß beides nicht mehr länger geht:

,,VW und Landwirtschaft, das sind zwei Schichten. Das hält man nur eine Zeitlang aus. Meine Frau hat mich 10 Jahre fast gar nicht gesehen. Mit VW ist jetzt Schluß. Durch die Umstellung seines 50 ha Betriebes (von extensiver Rindermast auf Ferkelzucht und Getreideanbau) hofft er, erneut seine bäuerliche Existenz sichern zu können.

1950 gab es im Reg. Bez. Aurich von 17389 Bauern 10,7% im Nebenerwerb, das war weit unter dem Landesdurchschnitt. 1970, sechs Jahre nach der Eröffnung des VW-Werkes in Emden liegen die Nebenerwerbsstellen in dem Bezirk bei 31,6% von 14592 Landwirtschaftsstellen. Damit haben die Nebenerwerbsbauern in Ostfriesland die Spitzenstellung in Niedersachsen erreicht. Um den Bau des Dollarthafens zu realisieren plant die Landesregierung noch einmal 6300 Bauern in dem Gebiet von den Höfen zu treiben.

## Französische Obstbauern fordern Mindesterzeugerpreise

*z.inl.Paris.* ,,Das kann man nicht hinnehmen, daß man ein Jahr lang arbeitet, sich zwölf Stunden am Tag schindet, damit man am Ende Geld verliert und nicht mal die Investitionen zurückhat." 800 Bauern demonstrierten deshalb am 11.8. in Carpentras in Südfrankreich für Mindesterzeugerpreise bei Obst und Gemüse.

Erzeugerpreise (alle Produkte in %)

| 74 | 75 | 76 | 77 | 78 |
|---|---|---|---|---|
| –6,0 | –4,1 | +2,5 | –1,7 | –5,3 |

Durchschnittlich 21% sind die Erzeugerpreise für Obst 1978 gegenüber '77 gefallen, bei Äpfeln um 46%. Heute bekommt der Bauer 0,45 FF/kg Äpfel, vier bis sechs Franc zahlt der Verbraucher. Wird dem Bauern so auf der einen Seite vom Großhandel die Luft abgedrückt, sind es auf der anderen die Kapitalisten, von denen er Produktionsmittel kauft. Seit 1970 muß er ein Drittel mehr für Dünger, fast das Doppelte für Pflanzenschutz zahlen. Nicht genug: Um 62% wuchs die Steuerlast von 1975–78.

Produktionskosten (1970 = 100)

| | 74 | 75 | 76 | 77 | 78 |
|---|---|---|---|---|---|
| a) | 125,5 | 107,6 | 123,0 | 125,1 | 133,4 |
| b) | 159,9 | 146,4 | 160,9 | 176,5 | 190,6 |

a) Dünger; b) Pflanzenschutzmittel

Höhere Ernteerträge, mehr Geld für Chinas Kommunebauern
Gestiegene Ankaufspreise für Agrarprodukte verringern die Preisschere
z.wom. Beijing. 20% mehr Geld bekommen die chinesischen Bauern ab der diesjährigen Sommergetreideernte für die im Staatsplan vorgesehene Ankaufsmenge von Getreide. Bei darüber hinausgehenden Getreideankäufen durch den Staat werden den Bauern nochmals 50% höhere Preise gezahlt. Entsprechend steigen auch die staatlichen Ankaufspreise für die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Diese Beschlüsse hat die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses der VR China im Juni gefaßt.
Inzwischen ist die Sommerernte eingebracht, und nach den bisher vorliegenden Zahlen kann man sagen, daß sich der Nutzen dieser Beschlüsse für die Nahrungsmittelversorgung des Landes und für die Verbesserung des Lebensstandards der 700 Millionen Menschen auf dem Lande in China schon erwiesen hat: Aus allen größeren Weizenanbaugebieten des Landes werden höhere Ernteerträge gemeldet als im Jahr 1978, das auch schon eine gute
Verkauf ihrer Produkte nicht die von ihnen verausgabte Arbeit bezahlt bekommen, daß die Industrie sich unbezahlte Arbeit der Bauern aneignet. Diese Preisschere wirkt auch heute noch in der VR China. Zwar hat sich die Preisschere in den 30 Jahren der Volksrepublik aufgrund der Landwirtschaftspolitik der KPCh insgesamt erheblich verringert, aber in den letzten 10–15 Jahren hatte sie sich zeitweilig wieder vergrößert. Die jetzt vorgenommene Erhöhung der Ankaufspreise für Agrarprodukte war also überfällig.
Gleich nach dem Sieg im Befreiungskrieg ist die KPCH darangegangen, die Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten systematisch zu verringern:
Jahr / Ankaufspreisindex für Agrarprodukte
1950 100,0
1952 121,6
1954 136,7
1956 139,2
führten auch zur Untergrabung der Kollektivwirtschaft, denn bei so niedrigen Einnahmen konnten die Volkskommunen den Kommunebauern kaum angemessene Geldeinkommen garantieren. Noch im letzten Jahr gab es in verschiedenen Landesteilen Volkskommunen, in denen die Kommunemitglieder im Jahr weit weniger als 100 Yüan (120 DM) als Geldeinkommen aus der kollektiven Produktion bekamen.
Offensichlich war in diesen Jahren in der Landwirtschaftspolitik der VR China dasselbe geschehen, was Mao Zedong schon an der Landwirtschaftspolitik der SU unter Stalin kritisiert hatte, daß man ,,den Teich auspumpte, um die Fische zu fangen", daß man zuviel Geldmittel aus der Landwirtschaft für den Aufbau der Industrie zog, so daß nicht nur die erweiterte Reproduktion in der Landwirtschaft unmöglich wurde, sondern teilweise sogar die einfache Reproduktion. Zwei Gründe waren es, die zeitweilig zur
neläden oder sogar in die Kreisstädte fahren, nicht nur wegen langlebiger Gebrauchsgüter wie Uhren, Fahrrädern, Nähmaschinen, Radios und TVs, sondern auch wegen Artikeln des täglichen Bedarfs wie Thermosflaschen z.B. In der ,,Arbeiterzeitung" (Gongren Ribao), dem Zentralorgan des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes, werden deshalb die chinesischen Arbeiter aufgerufen, die Produktion speziell in der Leichtindustrie erheblich zu steigern und so das Bündnis von Arbeitern und Bauern zu festigen. Für die chinesische Arbeiterklasse sollen die höheren Ankaufspreise der Agrarprodukte nicht zu einer Senkung des Lebensstandards führen; Lohnzuschüsse sollen steigende Nahrungsmittelpreise ausgleichen.
(Daten aus Xinhua News Bulletin, Renmin Ribao sowie aus dem Aufsatz: ,,Zum Problem der Preise der Agrarprodukte", in Shehui Kexue Zhanxian 2/79)
,,Gute Ernte" – für die dänischen Agrarkapitalisten
z.bag.Aarhus. Der verregnete Sommer hat das Korn außerordentlich gut wachsen lassen, und mit ein bißchen Sonne in den nächsten Tagen kann eine überdurchschnittliche Ernte in Dänemark beginnen. So steht es in der bürgerlichen Presse. Fragt sich nur, wer diese Ernte einsteckt. Die dänische Kornproduktion ist in den letzten Jahren stark intensiviert worden. 85% entfallen auf Gerste, Grundstoff für die beiden wichtigen Produkte Schweinefleisch und Bier. 1976 betrug der Pro-Hektar-Ertrag bei Gerste 32,5 dz, 1978 35,9. Diese Intensivierung war begleitet von der Ruinierung von rund 3000 Kleinbetrieben pro Jahr und der Zunahme von Großbetrieben, denn nur sie können modernste Maschinen zur Bearbeitung des Bodens und zur Ernte einsetzen und die steigenden Kosten für Saatkorn, Düngemittel und Schädlingsbekämpfung tragen. 1978 erreichten die drei großen Korn- und Düngemittelkonzerne KFK, DLG und Superfos Umsätze wie nie zuvor mit Steigerungsraten zwischen 32 und 47%. Allein bei KFK sind die Bauern mit 148 Mio. DKr. verschuldet. Und diese ,,gute Ernte" soll anhalten: die Konzerne hoffen jetzt auf Extraprofite durch die Getreidetrocknung – die für die Bauern zusätzliche Kosten bei gleichbleibenden Festpreisen bedeuten
verkauft werden (Auswuchs sind wegen der Feuchtigkeit auf dem Halm gekeimte Körner). Läßt der Bauer den Weizen auf die vorgeschriebenen 16% heruntertrocknen (die wenigsten haben eine eigene Trocknungsanlage), muß er
So euphorisch ,,Land und Forst" von der hundertjährigen Entwicklung schwärmt, so zurückhaltend berichtet sie über die aktuelle Lage. Über die Wintergerstenernte 79 heißt es: ,,Die
Vor 12 Jahren ins VW-Werk durch die Verschuldung des Hofes getrieben, hat er Geld, was er vom Lohn zurückbehalten hat, in den Betrieb gesteckt, um sich das ,,Sprungbrett" zu Vollerwerbsbauern erneut zu schaffen bzw.
erwerbsbauern in Ostfriesland die Spitzenstellung in Niedersachsen erreicht. Um den Bau des Dollarthafens zu realisieren plant die Landesregierung noch einmal 6300 Bauern in dem Gebiet von den Höfen zu treiben.

# Höhere Ernteerträge, mehr Geld für Chinas Kommunebauern

Gestiegene Ankaufspreise für Agrarprodukte verringern die Preisschere

*z.wom. Beijing.* 20% mehr Geld bekommen die chinesischen Bauern ab der diesjährigen Sommergetreideernte für die im Staatsplan vorgesehene Ankaufsmenge von Getreide. Bei darüber hinausgehenden Getreideankäufen durch den Staat werden den Bauern nochmals 50% höhere Preise gezahlt. Entsprechend steigen auch die staatlichen Ankaufspreise für die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Diese Beschlüsse hat die 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses der VR China im Juni gefaßt.

Inzwischen ist die Sommerernte eingebracht, und nach den bisher vorliegenden Zahlen kann man sagen, daß sich der Nutzen dieser Beschlüsse für die Nahrungsmittelversorgung des Landes und für die Verbesserung des Lebensstandards der 700 Millionen Menschen auf dem Lande in China schon erwiesen hat: Aus allen größeren Weizenanbaugebieten des Landes werden höhere Ernteerträge gemeldet als im Jahr 1978, das auch schon eine gute Ernte brachte. Die im chinesischen Staatsplan vorgesehene Ankaufsmenge für Sommergetreide war zum 15. Juli im ganzen Land schon um 6,1% übererfüllt, in einigen Provinzen sogar um 40–80%. Die Staatsfarmen in 8 Provinzen am Changjiang (Yangtse), am Huaihe-Fluß und am Gelben Fluß verzeichneten eine um 20% höhere Ernte als im letzten Jahr und steigerten den Hektar-Ertrag um 15,4%. Auch bei Ölfrüchten wie Sojabohnen (die in China zur Grundnahrung gehören) stiegen die Ernteerträge um 10%.

In den Städten machen sich die Beschlüsse der KP Chinas und des Nationalen Volkskongresses zur Landwirtschaftspolitik in einem verbesserten Angebot und einer besseren Versorgung bemerkbar. Die jahrzehntelang bestehenden Rationierungen für Schweinefleisch und Eier z.B., bislang Mangelware, sind weitgehend aufgehoben. Während es früher nur ein Kilo Hühnereier pro Familie gab, gibt es heute in den staatlichen Läden 2,5 Kilo Hühnereier und 5 Kilo Enteneier pro Monat, das Ei für 10 Fen (8 Pfennig). Außerdem können auf den freien Märkten, auf denen die Bauern die Produkte ihrer Privatparzellen und die Produktionsgruppen die Überschüsse aus der Kollektivproduktion verkaufen, unbeschränkt Eier hinzugekauft werden, in Beijing das Stück für etwa 12 Fen. Auch das Angebot an Wasser- und Süßmelonen ist in diesem Sommer fast doppelt so groß wie im Vorjahr.

Die Beschlüsse zur Erhöhung der Ankaufspreise für Agrarprodukte verringern die Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten. Die Preisschere bedeutet, daß die Bauern beim Verkauf ihrer Produkte nicht die von ihnen verausgabte Arbeit bezahlt bekommen, daß die Industrie sich unbezahlte Arbeit der Bauern aneignet. Diese Preisschere wirkt auch heute noch in der VR China. Zwar hat sich die Preisschere in den 30 Jahren der Volksrepublik aufgrund der Landwirtschaftspolitik der KPCh insgesamt erheblich verringert, aber in den letzten 10–15 Jahren hatte sie sich zeitweilig wieder vergrößert. Die jetzt vorgenommene Erhöhung der Ankaufspreise für Agrarprodukte war also überfällig.

Gleich nach dem Sieg im Befreiungskrieg ist die KPCH darangegangen, die Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten systematisch zu verringern:

| Jahr | Ankaufspreisindex für Agrarprodukte |
|---|---|
| 1950 | 100,0 |
| 1952 | 121,6 |
| 1954 | 136,7 |
| 1956 | 139,2 |
| 1957 | 146,2 |

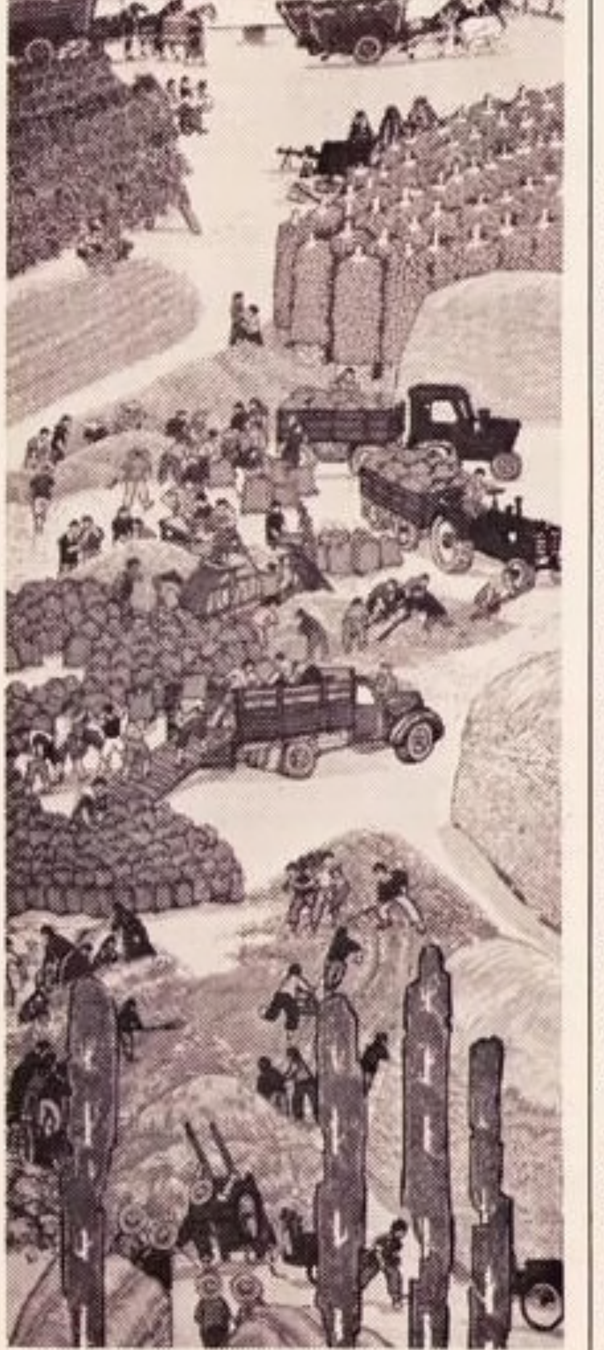
In diesem Zeitraum sind die Einzelhandelspreise für Industriegüter im großen und ganzen stabil geblieben. Auch wenn für die späteren Jahre keine ausführlichen Statistiken vorliegen, so zeigen doch andere Zahlen, daß sich in den 30 Jahren der Volksrepublik die Preisschere insgesamt verringert hat: 1950 konnte ein Bauer für 100 Pf. Weizen 47 Pf. Salz, 9 Pf. Weißzucker oder 9 Meter Baumwollstoff kaufen. 1977 konnte er für 100 Pf. Weizen 94 Pf. Salz, 17 Pf. Weißzucker oder 15 Meter Baumwollstoff kaufen. Im Landesmaßstab haben die Bauern 1977 mehr als doppelt soviel als 1950 für ihre Erzeugnisse bekommen, während die Preise der Industrieerzeugnisse, mit denen das Land versorgt wurde, nur um etwa 10% stiegen.

Aber in den letzten 10–15 Jahren waren die Preise der Industrie- und Agrarprodukte und ihre Relationen nicht mehr systematisch reguliert worden. Die Preisschere hat sich in diesem Zeitraum wieder vergrößert. So erzielten die Volkskommunen in Teilen der Provinz Hebei im Jahre 1976 bei der Getreideproduktion nur einen Reingewinn von 1,1% des Produktionswerts, und beim Baumwollanbau mußten sie – weil die Baumwollankaufspreise so niedrig lagen – sogar einen Verlust von 15,1% des Produktionswerts hinnehmen. Bis 1977 sanken jahrelang die Einnahmen der Staatsgüter und Volkskommunen aus dem Verkauf ihrer Produkte. Daß solche Ergebnisse nicht die Initiative der Kommunebauern fördern und zu höheren Produktionsleistungen führen, liegt auf der Hand. Sie führten auch zur Untergrabung der Kollektivwirtschaft, denn bei so niedrigen Einnahmen konnten die Volkskommunen den Kommunebauern kaum angemessene Geldeinkommen garantieren. Noch im letzten Jahr gab es in verschiedenen Landesteilen Volkskommunen, in denen die Kommunemitglieder im Jahr weit weniger als 100 Yüan (120 DM) als Geldeinkommen aus der kollektiven Produktion bekamen.

Offensichlich war in diesen Jahren in der Landwirtschaftspolitik der VR China dasselbe geschehen, was Mao Zedong schon an der Landwirtschaftspolitik der SU unter Stalin kritisiert hatte, daß man ,,den Teich auspumpte, um die Fische zu fangen", daß man zuviel Geldmittel aus der Landwirtschaft für den Aufbau der Industrie zog, so daß nicht nur die erweiterte Reproduktion in der Landwirtschaft unmöglich wurde, sondern teilweise sogar die einfache Reproduktion. Zwei Gründe waren es, die zeitweilig zur Vergrößerung der Preisschere zwischen Industrie- und Agrarprodukten in der VR China führten: Erstens wurden trotz der viel rascheren Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie im Vergleich zur Landwirtschaft die Preise der Industrieerzeugnisse nicht entsprechend gesenkt, so daß immer mehr unbezahlte Arbeit der Bauern auf die Industrie übertragen wurde. Zweitens stiegen bei den intensiven Anbaumethoden in der chinesischen Landwirtschaft die Selbstkosten durch den Einsatz von mehr Dünger, Insektiziden, Maschinen, Wasserbaumaßnahmen usw., ohne daß die Agrarpreise entsprechend reguliert wurden. Die jetzt von der KPCh und dem Nationalen Volkskongreß gefaßten Beschlüsse, die Ankaufspreise für Agrarprodukte drastisch zu erhöhen, waren also unbedingt nötig. Sie korrigieren zugunsten der chinesischen Bauern die entstandenen und lange Zeit unveränderten Disproportionen.

Die Geldeinnahmen der chinesischen Bauern steigen in diesem Jahr nach Schätzungen um etwa 13 Mrd. Yüan. In einem Getreideanbaugebiet in der Provinz Shaanxi wird jede Arbeitskraft auf dem Lande aufgrund von Produktionssteigerungen und der gestiegenen Ankaufspreise etwa 40–50 Yüan mehr verdienen als im letzten Jahr. Mit der steigenden Kaufkraft der Bauern hält aber die Versorgung der Landgebiete mit den benötigten Produktionsmitteln und Konsumgütern gegenwärtig noch nicht Schritt. In der chinesischen Presse wird berichtet, daß das Angebot von Konsumgütern auf dem Lande so mangelhaft ist, daß die Bauern oft vergeblich in die Kommuneläden oder sogar in die Kreisstädte fahren, nicht nur wegen langlebiger Gebrauchsgüter wie Uhren, Fahrrädern, Nähmaschinen, Radios und TVs, sondern auch wegen Artikeln des täglichen Bedarfs wie Thermosflaschen z.B. In der ,,Arbeiterzeitung" (Gongren Ribao), dem Zentralorgan des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes, werden deshalb die chinesischen Arbeiter aufgerufen, die Produktion speziell in der Leichtindustrie erheblich zu steigern und so das Bündnis von Arbeitern und Bauern zu festigen. Für die chinesische Arbeiterklasse sollen die höheren Ankaufspreise der Agrarprodukte nicht zu einer Senkung des Lebensstandards führen; Lohnzuschüsse sollen steigende Nahrungsmittelpreise ausgleichen.

*(Daten aus Xinhua News Bulletin, Renmin Ribao sowie aus dem Aufsatz: ,,Zum Problem der Preise der Agrarprodukte", in Shehui Kexue Zhanxian 2/79)*



Das Getreide wird gesammelt. – Bauernmalerei aus dem Kreis Huhsiän

## ,,Gute Ernte" – für die dänischen Agrarkapitalisten

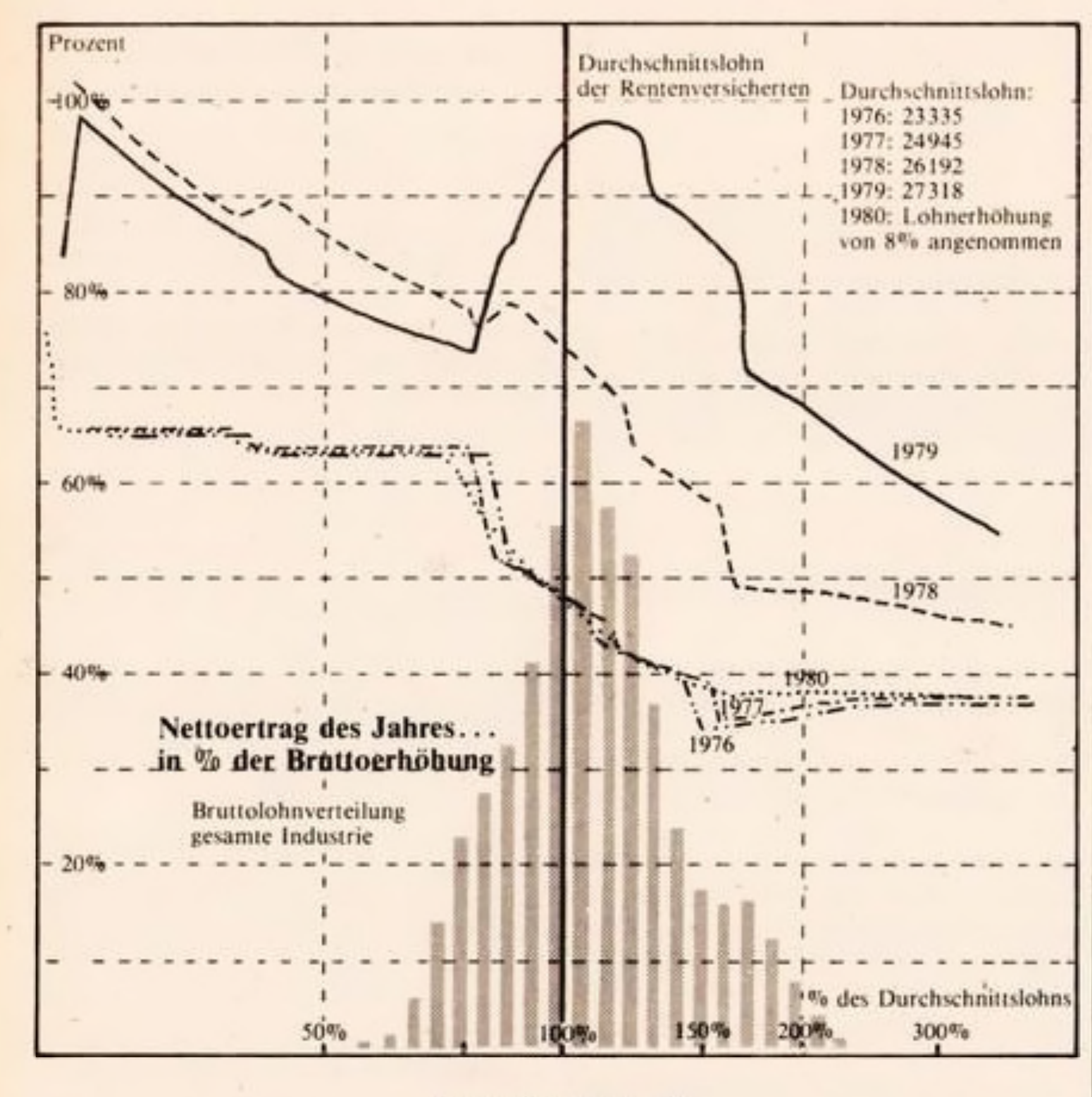
*z.bag.Aarhus.* Der verregnete Sommer hat das Korn außerordentlich gut wachsen lassen, und mit ein bißchen Sonne in den nächsten Tagen kann eine überdurchschnittliche Ernte in Dänemark beginnen. So steht es in der bürgerlichen Presse. Fragt sich nur, wer diese Ernte einsteckt. Die dänische Kornproduktion ist in den letzten Jahren stark intensiviert worden. 85% entfallen auf Gerste, Grundstoff für die beiden wichtigen Produkte Schweinefleisch und Bier. 1976 betrug der Pro-Hektar-Ertrag bei Gerste 32,5 dz, 1978 35,9. Diese Intensivierung war begleitet von der Ruinierung von rund 3000 Kleinbetrieben pro Jahr und der Zunahme von Großbetrieben, denn nur sie können modernste Maschinen zur Bearbeitung des Bodens und zur Ernte einsetzen und die steigenden Kosten für Saatkorn, Düngemittel und Schädlingsbekämpfung tragen. 1978 erreichten die drei großen Korn- und Düngemittelkonzerne KFK, DLG und Superfos Umsätze wie nie zuvor mit Steigerungsraten zwischen 32 und 47%. Allein bei KFK sind die Bauern mit 148 Mio. DKr. verschuldet. Und diese ,,gute Ernte" soll anhalten: die Konzerne hoffen jetzt auf Extraprofite durch die Getreidetrocknung – die für die Bauern zusätzliche Kosten bei gleichbleibenden Festpreisen bedeuten –, und Superfos hat die Preise für Düngemittel erneut um 10% angehoben.

## Ausbeutung der Bauern durch die Maschinenringe

*z.kec.* Rund ein Viertel aller Bauern mit über 5 ha Landfläche sind in Bayern Mitglied eines Maschinenrings. Der erste Maschinenring wurde von der Bayerischen Warenvermittlung AG gegründet. Die Maschinenringe unterstehen staatlicher Aufsicht; Ministerium, Raiffeisen-Genossenschaft, Sparkassen- und Giroverband sitzen im Ausschuß. Mit zunehmender Produktivkraft in der Landwirtschaft sind immer mehr Bauern gezwungen, einem Maschinenring beizutreten: die kleinen Bauern, weil sie sich die Maschinen nicht anschaffen können, die mittleren Bauern, weil sie die Maschinen auf ihrem Land nicht auslasten können. Läßt der kleine Bauer seine Felder vom Maschinenring abernten, muß er einen horrenden Preis dafür bezahlen; der mittlere Bauer, der seinen Mähdrescher selbst fährt, bekommt nur einen Teil des Verrechnungssatzes und des ohnehin niedrigen Arbeitslohnes. Die Differenz kassiert der Maschinenring als ,,Verwaltungskosten".

| Maschine, Abrechnungsbasis (in DM) | 1973 | 1978/79 | Erh. 7/1979 |
|---|---|---|---|
| Schlepper 50 PS/h ..... | 7,50 | 10,50 | 2,50 |
| Allradschlep. 50 PS/h . | 9,00 | 13,50 | 3,00 |
| Mähdresch. gezog. (ha) | 75,00 | 90,00 | 5,00 |
| Kart.-Vorratsroder (ha) | 30,00 | 45,00 | . |
| Arbeitskraft (Std.) .... | 5,00 | 8,00 | . |

Die Angaben gelten alle für Bayern, für 1973 und 1978/79 nach: Kuratorium Bayerischer Maschinen- und Betriebshilfsringe e. V., für Juli 1979 nach: Maschinenring Mittelmain

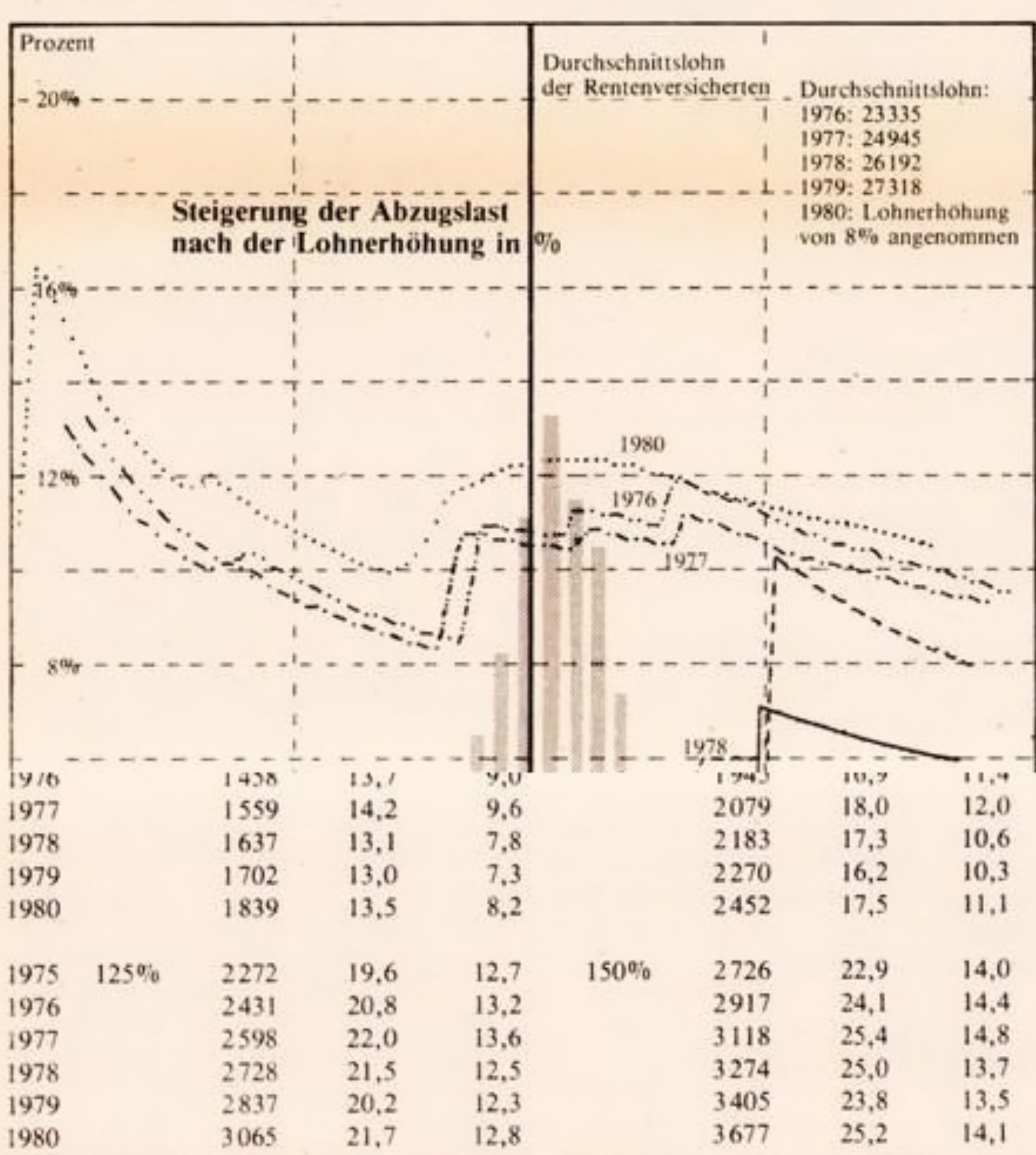



**Steuersätze 1975 – 80**

für einen Lohn in Höhe von 75%, 100%, 125% und 150% vom Durchschnittslohn*

| Jahr | Monatslohn % v. ∅ | Monatslohn in DM | Steuersatz in % St.kl. I/IV | Steuersatz in % St.kl. III | Monatslohn % v. ∅ | Monatslohn in DM | Steuersatz in % St.kl. I/IV | Steuersatz in % St.kl. III |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1975 | 75% | 1363 | 13,3 | 8,3 | 100% | 1817 | 15,8 | 10,9 |
| 1976 | | 1458 | 13,7 | 9,0 | | 1945 | 16,9 | 11,4 |
| 1977 | | 1559 | 14,2 | 9,6 | | 2079 | 18,0 | 12,0 |
| 1978 | | 1637 | 13,1 | 7,8 | | 2183 | 17,3 | 10,6 |
| 1979 | | 1702 | 13,0 | 7,3 | | 2270 | 16,2 | 10,3 |
| 1980 | | 1839 | 13,5 | 8,2 | | 2452 | 17,5 | 11,1 |
| 1975 | 125% | 2272 | 19,6 | 12,7 | 150% | 2726 | 22,9 | 14,0 |
| 1976 | | 2431 | 20,8 | 13,2 | | 2917 | 24,1 | 14,4 |
| 1977 | | 2598 | 22,0 | 13,6 | | 3118 | 25,4 | 14,8 |
| 1978 | | 2728 | 21,5 | 12,5 | | 3274 | 25,0 | 13,7 |
| 1979 | | 2837 | 20,2 | 12,3 | | 3405 | 23,8 | 13,5 |
| 1980 | | 3065 | 21,7 | 12,8 | | 3677 | 25,2 | 14,1 |

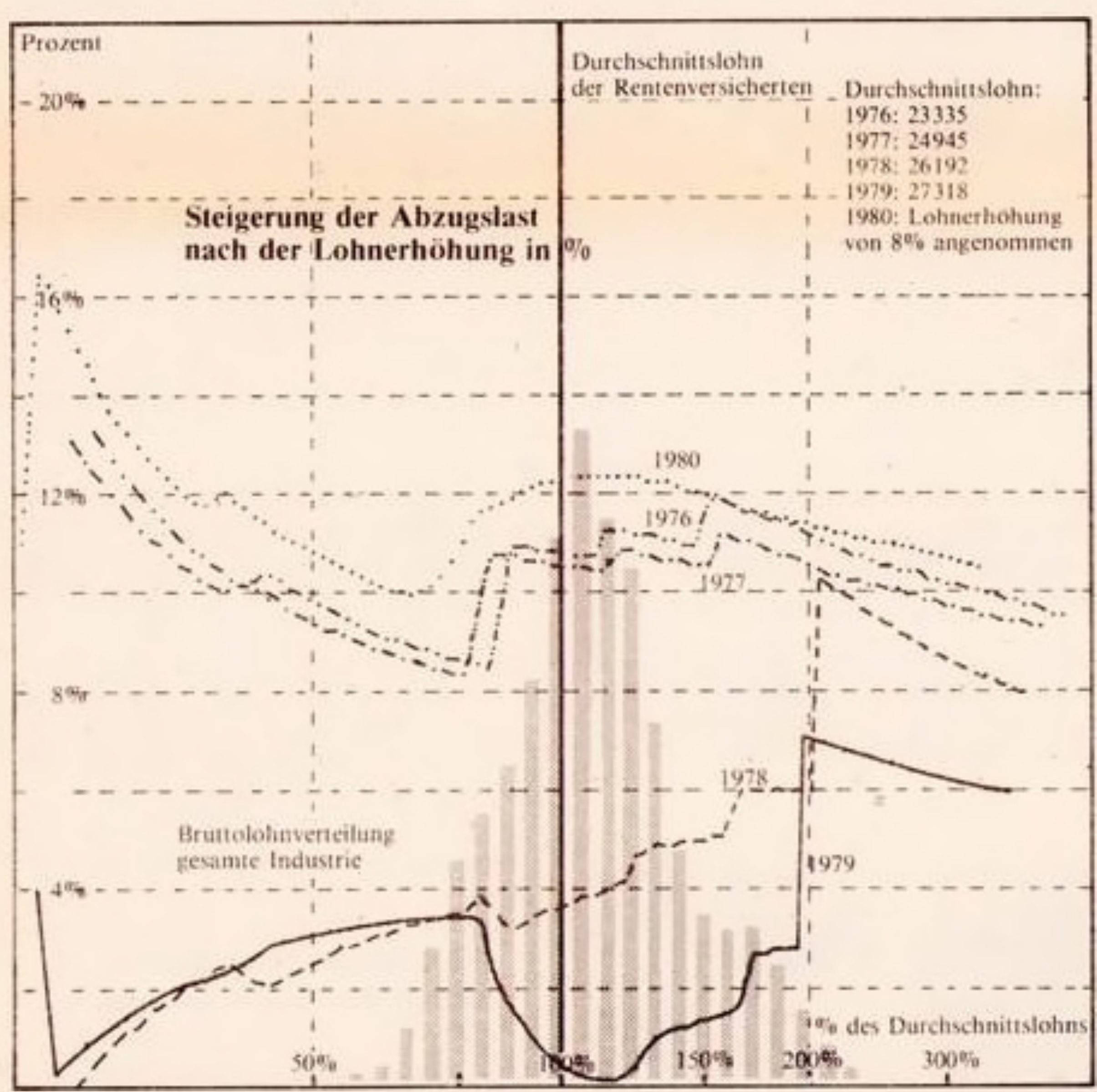
* jeweiliger Durchschnitt der Rentenversicherten, für 1979 mit 4% Erhöhung, 1980 mit 8% gerechnet





| Jahr | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1977 | | 1559 | 14,2 | 9,6 | | 2079 | 18,0 | 12,0 |
| 1978 | | 1637 | 13,1 | 7,8 | | 2183 | 17,3 | 10,6 |
| 1979 | | 1702 | 13,0 | 7,3 | | 2270 | 16,2 | 10,3 |
| 1980 | | 1839 | 13,5 | 8,2 | | 2452 | 17,5 | 11,1 |
| 1975 | 125% | 2272 | 19,6 | 12,7 | 150% | 2726 | 22,9 | 14,0 |
| 1976 | | 2431 | 20,8 | 13,2 | | 2917 | 24,1 | 14,4 |
| 1977 | | 2598 | 22,0 | 13,6 | | 3118 | 25,4 | 14,8 |
| 1978 | | 2728 | 21,5 | 12,5 | | 3274 | 25,0 | 13,7 |
| 1979 | | 2837 | 20,2 | 12,3 | | 3405 | 23,8 | 13,5 |
| 1980 | | 3065 | 21,7 | 12,8 | | 3677 | 25,2 | 14,1 |

* jeweiliger Durchschnitt der Rentenversicherten, für 1979 mit 4% Erhöhung, 1980 mit 8% gerechnet


# Matthöfer fürchtet um die Früchte seines Coups

Geltender Tarif würde Lohnsteuer 1980 zur Explosion bringen

*z.frb.* Minister Matthöfer weiß, weshalb er allerlei Ausreden in die Welt setzt, um einer Steuersenkung für 1980 zu entgehen. Wird nämlich der Steuertarif nicht geändert, dann werden die Löhne mehr als in irgendeinem früheren Jahr seit der „großen Reform“ von 1975 durch die Progression der Lohnsteuer erfaßt. Können im kommenden Tarifkampf z.B. bei Metall 170 DM/8% mindestens durchgesetzt werden, so muß die Masse der Arbeiter und Angestellten 11½ bis 12½% mehr Lohnabzüge (Steuer und Versicherung) zahlen.

Diese Lohnkürzung ist sorgfältig geplant. Vergangenen September hatte Matthöfer in einem Interview auf die Kritik an seiner Spaltreform geantwortet: „Kleinverdiener“ zahlten 1979 8% weniger Steuern, „Großverdiener“ 4,6% weniger. „Die Progression ist steiler geworden. Was daran unsozial sein soll, muß mir erst noch erklärt werden.“ Was der Minister verschweigt: Von der steileren Progression werden vor allem die unteren und mittleren Löhne erfaßt. Zwar wurde die überdehnte Steuer etwas gesenkt, so daß der Steuersatz tatsächlich etwas zurückgeht, gleichzeitig der Steuertarif aber so verändert, daß im folgenden Jahr der Steuersatz gleich deutlich über den Stand von vor der Reform steigt. Nach diesem Konzept hatte die SPD/FDP-Regierung bereits ihre Reform 1975 gezimmert. Dies war so wirkungsvoll, daß für 1978 ein Zugeständnis unumgänglich war. Matthöfer hat aber mit seiner Reform von Januar 1979 alles bisherige in Schatten gestellt. Bei seiner spalterischen Mini-Reform berechnete er wohl, daß die Masse der Arbeiter- und Angestelltenlöhne 1980 unter den Messerbalken der verschärften Progression geraten würde. Dann erst wird die Reform voll wirksam werden.

Der Minister braucht das Geld, weil er die Kredite bedienen muß, die ihm die Kapitalisten überlassen haben, als ihr Privatgeschäft darniederlag. Die Kredite müssen mit Steuergeldern gemästet werden, damit sie fett und rund an ihre Besitzer zurückgehen. 13 Mrd. Zins sind 1980 zu zahlen, 26 Mrd. DM Kredite sind zurückzuzahlen. Hierfür sind die Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer fest eingeplant. Deshalb der Trick, für *1981* Versprechungen zu machen.

# Die „Neutralitäts-Anordnung“:

Nur durch politischen Kampf um die Arbeitslosenversicherung zu knacken!

*z.maf.* Die Arbeitslosenversicherung ist aus Unterabteilungen der gewerkschaftlichen Streikkassen entstanden. Die heutige Beherrschung der Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten und staatlichen Behörden wird der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie mit hoher Wahrscheinlichkeit ein handfestes, akutes, praktisches Problem bescheren. Denkt man aber über den Nutzeffekt der Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten und Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten nach, ergibt sich eine machtvolle Verstärkung der Streikkasse. Wegen des gesellschaftlichen Charakters, den die Arbeit im Kapitalismus ja hat, muß die Zufuhr an Halbfabrikaten usw. stocken, wenn in einer Branche oder innerhalbs einer Branche regional gestreikt wird. Kündigten die Kapitalisten oder ließen sie kurzarbeiten, so würden die Versicherungskosten heraufgehen und sie müßte zum Profitverlust noch zahlen. Selbst wenn die Versicherungskosten halbe halbe gezahlt würden, wie es jetzt ja der Fall ist, müßten in einem solchen Falle sowohl die Kapitalisten Profitverluste hinnehmen, wie auch die gewerkschaftliche Kasse nicht zusätzlich belastet wär. Die Halsstarrigkeit der Kapitalisten einer Region käme also für alle teuer zu stehen, zuerst die Branche und dann auch über die Branche hinaus. 1973 erkannte die Sozialdemokratie, die ja schon an der Regierung war, hier eine Ungerechtigkeit gegen die Kapitalisten und schaffte die gesetzliche Grundlage für die nebenstehende Verordnung. Es ist dies ein glattes Anti-IG-Metall-Gesetz, da die IG Metall wegen der großen Gleichartigkeit der Probleme gar nicht in der Lage ist, Forderungen zu beschließen, die „nach Art und Umfang“ wirklich unterschiedlich sind. Das Gesetz schafft den Kapitalisten also stets die Möglichkeit, anläßlich eines Arbeitskampfes in dem einen Tarifbezirk in den anderen entschädigungslos kurzarbeiten zu lassen oder auch zu kündigen. Aber das Gesetz ist vieldeutig. Geschaffen gegen eine IG-Metall, die sich politisch alles gefallen läßt und unter dieser Bedingung *stets* anwendbar, enthält es Auswege. Denn in Bezug auf die Lohnlage, die ja in jedem Betrieb doch erheblich verschieden ist, ist die exakt gleiche Forderung überall anders. Wollte man eine für die Betriebe wirklich „gleiche Forderung“, so müßte man so viele Forderungen aufstellen, wie es Betriebe gibt. Vielleicht wird es das beste sein, die Aufstellung einer Lohnforderung, die ruhig überall „nach Art und Umfang gleich“ sein kann, mit der Beschlußfassung über die passende politische Forderung zu verbinden.

tenden Industrie mit hoher Wahrscheinlichkeit ein handfestes, akutes, praktisches Problem bescheren. Denkt man aber über den Nutzeffekt der Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten und Bezahlung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten nach, ergibt sich eine machtvolle Verstärkung der Streikkasse. Wegen des gesellschaftlichen Charakters, den die Arbeit im Kapitalismus ja hat, muß die Zufuhr an Halbfabrikaten usw. stocken, wenn in einer Branche oder innerhalb einer Branche regional gestreikt wird. Kündigten die Kapitalisten oder ließen sie kurzarbeiten, so würden die Versicherungskosten heraufgehen und sie müßte zum Profitverlust noch zahlen. Selbst wenn die Versicherungskosten halbe halbe gezahlt würden, wie es jetzt ja der Fall ist, müßten in einem solchen Falle sowohl die Kapitalisten Profitverluste hinnehmen, wie auch die gewerkschaftliche Kasse nicht zusätzlich belastet wär. Die Halsstarrigkeit der Kapitalisten einer Region käme also für alle teuer zu stehen, zuerst die Branche und dann auch über die Branche hinaus. 1973 erkannte die Sozialdemokratie, die ja schon an der Regierung war, hier eine Ungerechtigkeit gegen die Kapitalisten und schaffte die gesetzliche Grundlage für die nebenstehende Verordnung. Es ist dies ein glattes Anti-IG-Metall-Gesetz, da die IG Metall we-

den ist, ist die exakt gleiche Forderung überall anders. Wollte man eine für die

fassung über die passende politische Forderung zu verbinden.

### Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit über die Gewährung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen (Neutralitäts-Anordnung)

Vom 22. März 1973

Auf Grund des §116 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit §191 Abs. 3 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (Bundesgesetzblatt I S. 582), zuletzt geändert durch das Rentenreformgesetz (RRG) vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzblatt I S. 1965), erläßt der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit mit Genehmigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung folgende Anordnung:

**§1** Der arbeitslose Arbeitnehmer ist am Arbeitskampf nicht beteiligt im Sinne von §116 Abs. 3 AFG, wenn er weder selbst streikt noch selbst ausgesperrt ist.

**§2** Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AFG, wenn

1. der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, weil in dem Betrieb, in dem er zuletzt beschäftigt war, andere Arbeitnehmer an einem Arbeitskampf beteiligt sind, und
2. dieser Arbeitskampf um Arbeitsbedingungen geführt wird, die für den arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmer zuletzt gegolten haben oder auf ihn angewendet worden sind oder bei Arbeitsaufnahme für ihn gelten oder auf ihn angewendet würden.

**§3** Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AFG, wenn der Arbeitnehmer seine Beschäftigung in einem Betrieb verloren hat, weil in einem anderen Betrieb ein Arbeitskampf geführt wird, sofern

1. der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuerst beschäftigt war, unter den räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages fällt und
2. dieser Arbeitskampf um Arbeitsbedingungen geführt wird, die für den arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmer zuletzt gegolten haben oder auf ihn angewendet worden sind oder bei Arbeitsaufnahme für ihn gelten oder auf ihn angewendet würden.

**§4** Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 AFG, wenn der Arbeitnehmer seine Beschäftigung in einem Betrieb verloren hat, weil in einem anderen Betrieb ein Arbeitskampf geführt wird, sofern

1. dieser Arbeitskampf auf die Änderung von Arbeitsbedindungen eines Tarifvertrages gerichtet ist und der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war, zwar nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des in Frage kommenden Tarifvertrages zuzuordnen ist und
2. die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen, nichtbeteiligten Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen.

Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit über die Gewährung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen (Neutralitäts-Anordnung)

Vom 22. März 1973

Auf Grund des §116 Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit §191 Abs. 3 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (Bundesgesetzblatt I S. 582), zuletzt geändert durch das Rentenreformgesetz (RRG) vom 16. Oktober 1972 (Bundesgesetzblatt I S. 1965), erläßt der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit mit Genehmigung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung folgende Anordnung:

§1 Der arbeitslose Arbeitnehmer ist am Arbeitskampf nicht beteiligt im Sinne von §116 Abs. 3 AFG, wenn er weder selbst streikt noch selbst ausgesperrt ist.

§2 Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AFG, wenn

1. der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist, weil in dem Betrieb, in dem er zuletzt beschäftigt war, andere Arbeitnehmer an einem Arbeitskampf beteiligt sind, und
2. dieser Arbeitskampf um Arbeitsbedingungen geführt wird, die für den arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmer zuletzt gegolten haben oder auf ihn angewendet worden sind oder bei Arbeitsaufnahme für ihn gelten oder auf ihn angewendet würden.

§3 Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AFG, wenn der Arbeitnehmer seine Beschäftigung in einem Betrieb verloren hat, weil in einem anderen Betrieb ein Arbeitskampf geführt wird, sofern

1. der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuerst beschäftigt war, unter den räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages fällt und
2. dieser Arbeitskampf um Arbeitsbedingungen geführt wird, die für den arbeitslosen nichtbeteiligten Arbeitnehmer zuletzt gegolten haben oder auf ihn angewendet worden sind oder bei Arbeitsaufnahme für ihn gelten oder auf ihn angewendet würden.

§4 Der Anspruch des nichtbeteiligten Arbeitnehmers (§1) auf Arbeitslosengeld ruht nach §116 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 AFG, wenn der Arbeitnehmer seine Beschäftigung in einem Betrieb verloren hat, weil in einem anderen Betrieb ein Arbeitskampf geführt wird, sofern

1. dieser Arbeitskampf auf die Änderung von Arbeitsbedindungen eines Tarifvertrages gerichtet ist und der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war, zwar nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des in Frage kommenden Tarifvertrages zuzuordnen ist und
2. die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen, nichtbeteiligten Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie für die am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmer erhoben haben und mit dem Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden sollen.

**§5** Die §§ 1 bis 4 gelten entsprechend für Arbeitnehmer, die infolge eines inländischen Arbeitskampfes, an dem sie nicht beteiligt sind, einen Arbeitsausfall erleiden, auf Grund dessen sie ohne Anwendung des §70 in Verbindung mit §116 Abs. 1, 3 und 4 AFG einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld nach §65 Abs. 1 AFG haben würden.

**§6** Der Präsident der Bundesanstalt berichtet dem Verwaltungsrat über die Auswirkungen dieser Anordnung zum 30. Juni jeden Jahres, erstmals zum 30. Juni 1974.

**§7** Diese Anordnung tritt mit der Genehmigung durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung* in Kraft.

* Genehmigt mit Schreiben vom 3. April 1973 – IIb2 – 20003 –

---

*z.pel.* **Seit dem 1. August streiken 3000 liberianische Eisenerzarbeiter der „Liberisch-amerikanisch-schwedischen Eisenerzgesellschaft“ (LAMCO) im Bergwerk Nimba für die sofortige Auszahlung der Ende Januar erkämpften Lohnerhöhungen.** Als die Kapitalisten sich auch am 6. August nicht bereit zeigten, den vorenthaltenen Lohn auszuzahlen, stürmten 1000 von ihnen die Direktionsbüros und legten Energie- und Wasserzufuhr lahm. Die LAMCO ist der größte der vier imperialistischen Konzerne, die den liberianischen Eisenerzbergbau beherrschen: Die Kapitalmehrheit wird vom US-amerikanischen Monopol Bethlehem Steel gehalten. 50% der liberianischen Eisenerzproduktion (1977: 23,5 Mio. t) stammen aus der Nimba-Grube. In der zweitgrößten Gesellschaft, der Bong Mining Company, haben sich die westdeutschen Konzerne Thyssen, Hoesch und Krupp die Mehrheit gesichert. 24% der liberianischen Eisenerzexporte gehen in die BRD. Die Forderung nach nationaler Kontrolle der Wirtschaft hat in den diesjährigen Streiks neben der Forderung nach Lohnerhöhung – die meisten der 20000 Arbeiter verdienen ca. 220 DM – immer mehr an Gewicht gewonnen.



April 1979: Monrovia im Belagerungszustand nach den Massendemonstrationen gegen die Reispreiserhöhung.

*z.rül.* **Seit dem 23.7. streiken 5000 der 6000 Arbeiter der staatlichen Bauxitgesellschaft Guymine in Guayana (im Nordosten Südamerikas) für Lohnerhöhungen.** Die genaue Forderung ist nicht bekannt. Guayana hatte 1971 bzw. 1975 alle im Besitz der US-Aluminiummonopole Alcan und Reynolds befindlichen Bauxitgruben verstaatlicht. Der größte Teil des Bauxit wird aber immer noch an Alcan und Reynolds zur Weiterverarbeitung geliefert, neuerdings auch an die Sozialimperialisten. Die einzige Aluminiumhütte im Land mit einer Jahresproduktion von 50000 Tonnen Aluminium ist zu 50% im Besitz von Reynolds, zu 50% im Besitz einer staatlichen venezuelanischen Gesellschaft. Anfang des Jahres hatte die Regierung auf Geheiß des IWF eine Erhöhung der Mindestlöhne auf umgerechnet 17,80 DM pro Tag rückgängig gemacht. Der Streik der Bauxitarbeiter trifft die Imperialisten. Mit einer Förderung von 3,11 Mio. t Bauxit ist Guayana der sechstgrößte Produzent der Welt, die gesamte Förderung liegt inzwischen still.

*z.rua.* **Seit dem 1.8. streiken in Kolumbien 180000 Grund- und Mittelschullehrer für höhere Gehälter.** Der Streik ist der größte seit Jahren. Die Höhe der Forderung ist uns nicht bekannt; 1978 hatten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Ausgleich für ständige Preissteigerungen eine Lohnerhöhung von 50% gefordert, jedoch nur 20% durchsetzen können. Seither sind die Preise um 21,9% gestiegen, die für Bekleidung um 27,9%, die Mieten um 28,5%. – Kolumbien hat 4,5 Mrd. $ Auslandsschulden. Um die Staatsfinanzen zu sanieren, soll eine „maßvolle Lohnpolitik“ betrieben werden. Im September 1978 wurde ein „Sicherheitsstatut“ verabschiedet, das für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Streikverbot, Teilnahmeverbot an kollektiven Aktionen und Verbot der Berichterstattung über Streiks und Demonstrationen beinhaltet. Mit ihrem Streik brechen die Lehrer diese Verbote.

*z.acr.* **Über 500000 Beschäftigte aus Industriebetrieben, dem Hotel- und Gaststättengewerbe und der Stadtverwaltung der indischen Hauptstadt Neu-Delhi streikten am 11.8.** Sie fordern die Erhöhung der Mindestlöhne für ungelernte Arbeiter auf 500 Rupien (ca. 125 DM) und für Facharbeiter auf 700 Rupien (ca. 175 DM) im Monat. Die Mindestlöhne bei der Stadtverwaltung sind zur Zeit 220 Rupien (ca. 55 DM) für ungelernte und 310 Rupien (ca. 78 DM) für Facharbeiter. 1500 Delegierte von sechs beteiligten Gewerkschaften hatten auf einer Versammlung am 6.8. die Forderungen und die Streikaktion beschlossen, die dann von einem gemeinsamen Streikkomitee organisiert worden war. In vier Stadtteilen überfielen Polizisten die Streikenden und verhafteten 150 Arbeiter. Die 1500 Delegierten hatten auf ihrer Versammlung ebenfalls eine Resolution beschlossen, in der sie die Streiks der Arbeiter zweier Zeitungen, der Arbeiter der Teefabriken und der Textilarbeiter in Delhi unterstützen. Die 25000 Textilarbeiter Delhis streiken bereits seit dem 27.6. für eine Teuerungszulage und einen Abschlag von 85 Rupien (ca. 21 DM) im Monat.

*z.hku.* **Am 11. August haben 100 Polizisten das Hauptquartier der Neuen Demokratischen Partei Südkoreas in Seoul gestürmt, um die Protestaktion von 172 Textilarbeiterinnen zu zerschlagen.** Bei der erbitterten Gegenwehr wurde eine Arbeiterin getötet. Die Textilarbeiterinnen hatten sich drei Tage in dem Gebäude verschanzt, um so gegen die Stillegung ihres Betriebes zu protestieren; Streiks und Demonstrationen sind in Südkorea grundsätzlich illegal. Mit einem Sitzstreik verurteilten Abgeordnete der oppositionellen NDP die wiederholten Polizeiüberfälle auf ihr Büro. – Die US- und japanischen Imperialisten, die mit ca. 12 Mrd. $ Kapitalanlage die südkoreanische Wirtschaft beherrschen, haben im vergangenen Jahr die Produktion fieberhaft ausgedehnt; durchschnittlich um 31%, beim Stahl sogar um 60%. Gleichzeitig überschwemmen sie den inländischen Markt mit ihren Waren und ruinieren lokale Produktionszweige, die nicht mit Höchstprofit für den Weltmarkt produzieren. Die Monats-

## Ford Köln: Umrüstung von Granada auf Fiesta – 1000 sollen vom Band weg

*z.mac.* Seit dem Werksurlaub ist bei Ford-Köln die Produktion der Motoren für den amerikanischen Ford-Pinto in die USA verlagert. Die 3300 Arbeiter des Kölner Motorenwerks haben die Ford-Kapitalisten um ca. 400 reduziert.

Während der Werksferien ließen die Ford-Kapitalisten probeweise Fiesta-Montagen über das Montageband in der Y-Halle/Ost laufen, auf dem sonst 300 Granada täglich gebaut werden. Die Karosserien haben sie sich von ihrem Werk in Valencia holen lassen. Jetzt wurde bekannt, daß ab Oktober statt den Granadas 200 Fiestas an diesem Band gebaut werden sollen. Derzeit verhandelt die Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat über Entlassung, Umsetzung und Lohnsenkung für bis zu 1000 Arbeiter von diesem Band. Kräftige Markteinbußen hat der riesige ,,Renner" Granada erlitten; Grund für die Umrüstung auf den Fiesta. So lag der Vertrieb im Februar 79 mit 6423 Stück um 34,4% niedriger als im Vorjahresmonat, während die Lager der Händler mit über 34000 (Jahresdurchschnitt 78: 279000) überfüllt sind. Beim Fiesta sehen die Zahlen anders aus. Hier konnten die Ford-Kapitalisten von April auf Mai 79 noch eine 5,7%ige Steigerung verbuchen.

Parallel zur Umrüstung auf den absatzträchtigeren Fiesta setzen die Ford-Kapitalisten die Methoden zur Intensivierung der Arbeit und der Ausdehnung des Arbeitstages für die Arbeiter fort. So ging die PKW-Produktion der Fordwerke 1978 zwar infolge von Kurzarbeit durch die Lohnstreiks in England um 3,6% gegenüber 1977 zurück, aber dennoch ist es den Kapitalisten gelungen, die Produktion bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden zu steigern und gleichzeitig die Arbeitswoche durch Überstunden und Sonderschichten auf durchschnittlich 45,76 Stunden pro Arbeiter und Angestellten auszudehnen. 1900 neue Arbeitskräfte wurden eingestellt, allein in neue Maschinerie investieren die Ford-Kapitalisten 116 Mio. DM.

Mit der Umrüstung auf den Fiesta fahren die Kapitalisten gleich neue Angriffe gegen die Ford-Arbeiter. Nach den Werksferien fehlen an den Bändern noch viele Arbeiter wegen Urlaub oder Krankheit. Trotzdem müssen pro Schicht 5 bis 10 Granadas mehr gebaut werden. Besonders häufig kommen jetzt in Y-West Granadas mit Sonderausstattung. Hier müssen Instrumente mehr eingebaut werden, dazu Stahlschiebedach und Zierrat, zum Teil Radios. Dennoch müssen sie in derselben Zeit geschafft werden. Wurden sonst diese Sonderausführungen über die Schicht gleichmäßig verteilt, so kamen in den letzten Tagen manchmal 10-15 Luxuswagen hintereinander. Arbeiter protestierten dagegen bei der Hallenleitung. Sie bereiten sich auf den Tarifkampf vor. Im Vertrauensleutekörper hat die Beratung über die nächste Lohnforderung begonnen.

## LVA Rheinprovinz: Erfolgreicher Streik für Schichtzulage und zwei Freischichten

*z.gar.* Drei Tage, am 10., 13. und 14. August haben die Beschäftigten des Rechenzentrums der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (LVA) in Düsseldorf gestreikt. Vor Wochen schon hatten sich 16 Beschäftigte in einer Urabstimmung einstimmig für Streik entschieden, um die Forderungen nach 3 Tagen mehr Urlaub und 10 DM Wechselschichtzulage durchzusetzen und tarifvertraglich abzusichern. Im Schlichtungsgespräch am 25.7. zwischen ÖTV und LVA unter Vorsitz des Schlichters Peter Kraft (Minister für Arbeit und Soziales, NRW) wurde festgehalten: 10 DM Wechselschichtzulage für Drei-Schicht-Arbeit und 7,50 DM je Schicht für Zwei-Schicht-Arbeit sowie zwei zusätzliche Urlaubstage. Die tarifliche Absicherung der Zulagen sollte rückwirkend zum 1.3.79 gelten, die Urlaubsregelung in einer ,,Nebenabrede" zum Arbeitsvertrag festgelegt werden. Der Hauptvorstand der LVA hat am 9.8. diesen Schlichtungsspruch abgelehnt, mit der Begründung, er wolle nicht den ,,Vorreiter" spielen für die Aufnahme von Zusatzurlaub für Schichtarbeiter im Bundesangestelltentarif (BAT), dem die

vierung der Arbeit und der Ausdehnung des Arbeitstages für die Arbeiter
hat die Beratung über die nächste Lohnforderung begonnen.

LVA Rheinprovinz: Erfolgreicher Streik für Schichtzulage und zwei Freischichten

z.gar. Drei Tage, am 10., 13. und 14. August haben die Beschäftigten des Rechenzentrums der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz (LVA) in Düsseldorf gestreikt. Vor Wochen schon hatten sich 16 Beschäftigte in einer Urabstimmung einstimmig für Streik entschieden, um die Forderungen nach 3 Tagen mehr Urlaub und 10 DM Wechselschichtzulage durchzusetzen und tarifvertraglich abzusichern. Im Schlichtungsgespräch am 25.7. zwischen ÖTV und LVA unter Vorsitz des Schlichters Peter Kraft (Minister für Arbeit und Soziales, NRW) wurde festgehalten: 10 DM Wechselschichtzulage für Drei-Schicht-Arbeit und 7,50 DM je Schicht für Zwei-Schicht-Arbeit sowie zwei zusätzliche Urlaubstage. Die tarifliche Absicherung der Zulagen sollte rückwirkend zum 1.3.79 gelten, die Urlaubsregelung in einer ,,Nebenabrede" zum Arbeitsvertrag festgelegt werden. Der Hauptvorstand der LVA hat am 9.8. diesen Schlichtungsspruch abgelehnt, mit der Begründung, er wolle nicht den ,,Vorreiter" spielen für die Aufnahme von Zusatzurlaub für Schichtarbeiter im Bundesangestelltentarif (BAT), dem die
LVA angeschlossen ist.

Weit über 3000 Beschäftigte arbeiten in der Hauptverwaltung der LVA in Düsseldorf. 1965 ist im Rechenzentrum die Schichtarbeit eingeführt worden. Stellenstreichungen, die in der LVA an der Tagesordnung sind, konnte der Dienstherr im Rechenzentrum nicht durchsetzen. Insgesamt ist die Soll-Zahl der Beschäftigten aber von 1967 auf 1977 um 228 auf 3648 gesenkt worden. Dazu kommen 1977 189 nicht besetzte Stellen. Seit 1978 haben die Beschäftigten des Rechenzentrums – 16 von 18 sind in der ÖTV organisiert – die Forderungen nach Schichtzulage und mehr Urlaub erhoben wegen des hohen Verschleißes der Arbeitskraft in der Schichtarbeit. Zu der Schichtarbeit kommt großer Lärm, der aufgrund fehlender Trennung zwischen Rechneranlage und Druckerraum ständig bei über 90 Phon liegt und zum anderen ständige Untertemperaturen im Rechenzentrum. In dem 30stöckigen Hochhaus der LVA, wo die meisten Beschäftigten arbeiten, funktioniert die Klimaanlage meistens nicht, dagegen hat es Protestbriefe der Beschäftigten gegeben, die auch den Kampf im Rechenzentrum unterstützen.

Nach drei Tagen Streik hat der Dienstherr nun mit der ÖTV eine Freischichtenregelung bis 1981 ausgehandelt. 1,3 Freistunden im Monat gleich 15,6 Stunden im Jahr, die im Anschluß an den Urlaub genommen werden können und für die Urlaubsgeld gezahlt wird, festgelegt in einer ,,Nebenabre-

Soll-Zahl der Beschäftigten aber von 1967 auf 1977 um 228 auf 3648 gesenkt worden. Dazu kommen 1977 189 nicht besetzte Stellen. Seit 1978 haben die Beschäftigten des Rechenzentrums – 16 von 18 sind in der ÖTV organisiert – die Forderungen nach Schichtzulage und mehr Urlaub erhoben wegen des hohen Verschleißes der Arbeitskraft in der Schichtarbeit. Zu der Schichtarbeit kommt großer Lärm, der aufgrund fehlender Trennung zwischen Rechneranlage und Druckerraum ständig bei über 90 Phon liegt und zum anderen ständige Untertemperaturen im Rechenzentrum. In dem 30stöckigen Hochhaus der LVA, wo die meisten Beschäftigten arbeiten, funktioniert die Klimaanlage meistens nicht, dagegen hat es Protestbriefe der Beschäftigten gegeben, die auch den Kampf im Rechenzentrum unterstützen.

Nach drei Tagen Streik hat der Dienstherr nun mit der ÖTV eine Freischichtenregelung bis 1981 ausgehandelt. 1,3 Freistunden im Monat gleich 15,6 Stunden im Jahr, die im Anschluß an den Urlaub genommen werden können und für die Urlaubsgeld gezahlt wird, festgelegt in einer ,,Nebenabre-
de" zum Arbeitsvertrag sowie die Schichtzulagen (s.o.) ist das Ergebnis des Streiks. Zwei Tage Zusatzurlaub haben die Beschäftigten sich holen können, die tarifliche Absicherung im BAT haben sie damit noch nicht durchsetzen können. 1981 soll erneut über die Freischichtenregelung verhandelt werden.

## 80 Pfund Mindestlohn sind dringend notwendig

### 2,17 Mio. britische Metallarbeiter führen schwierigen Kampf gegen Lohnsenkungen

*z.acr.London.* Mehrere hunderttausend Metallarbeiter in Britannien bestreiken seit dem 30.7. sämtliche Überstunden, am 6.8. beteiligten sich fast eine Million und am 13.8. über 1,5 Mio. Metallarbeiter an eintägigen Warnstreiks. Ihre Forderungen sind: Erhöhung des nationalen Mindestlohns für ungelernte Arbeiter von 45 Pfund (ca. 819 DM im Monat) auf 60 Pfund die Woche (ca. 1091 DM im Monat), für Facharbeiter von 60 auf 80 Pfund (ca. 1455 DM im Monat); als Schritt zur 35-Stunden-Woche die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden; Erhöhung des Mindesturlaubs von 20 auf 22 Tage; Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags für alle Metallarbeiter gleich, rückwirkend ab 1. April 1979. Dies ist das Mindeste, was sie durchsetzen wollen (weitere Forderungen: siehe KUK 4/79). Organisiert werden die Aktionen von der Confederation of Shipbuilding and Engineering Unions (Vereinigung der Schiffbau- und technischen Gewerkschaften), einem Zusammenschluß von 18 Metallarbeitergewerkschaften mit 2,17 Mio. Mitgliedern.

Über die Löhne der Metallarbeiter wird in Britannien auf zwei Ebenen verhandelt. Zentral werden der Mindestlohn, auf den Mindestlohn berechnete prozentuale Mindestgrößen für Zulagen, ein Rahmen für die Arbeitszeit etc. festgelegt. Die Erhöhung der Mindestlöhne wird auf die tatsächlich gezahlten Löhne angerechnet und wirkt sich so zunächst nur auf die Zulagen aus. Die *eigentliche* Lohnerhöhung müssen die Arbeiter auf örtlicher, meistens sogar auf Fabrikebene und zu unterschiedlichen Zeiten durchsetzen. So findet z.B. bei Rolls-Royce der Kampf um die tatsächlichen Löhne erst im Februar statt, bei British Leyland im November. Großbetriebe wie Ford, Chrysler und Massey-Fergusson haben Haustarife und nehmen so nicht einmal am Kampf um den Mindestlohn teil.

Im letzten Jahr konnten verschiedene Abteilungen der Arbeiterklasse durch hartnäckige Streikkämpfe die Lohnsenkungspläne der britischen Imperialisten teilweise durchbrechen. Die Thatcher-Regierung ist angetreten, um einen neuen Angriff auf die Arbeiterklasse zu führen. Ihre Maßnahmen wie Steuerreform und Anti-Streik-Gesetze sind direkt gegen den Lohnkampf gerichtet. Reprivatisierung von Staatsbetrieben und Kürzung von Subventionen sind Manöver zur Steigerung der Ausbeutung, hohe Zinsen für Kredite von 14% sollen die Zentralisation des Kapitals beschleunigen. In einem Zeitungsartikel bekräftigte Kanzler Howe am 13.8., dem Tag des zweiten Warnstreiks der Metallarbeiter, noch einmal das Programm der Regierung. Er for-

zeit etc. festgelegt. Die Erhöhung der Mindestlöhne wird auf die tatsächlich gezahlten Löhne angerechnet und wirkt sich so zunächst nur auf die Zulagen aus. Die eigentliche Lohnerhöhung müssen die Arbeiter auf örtlicher, meistens sogar auf Fabrikebene und zu unterschiedlichen Zeiten durchsetzen. So findet z.B. bei Rolls-Royce der Kampf um die tatsächlichen Löhne erst im Februar statt, bei British Leyland im November. Großbetriebe wie Ford, Chrysler und Massey-Fergusson haben Haustarife und nehmen so nicht einmal am Kampf um den Mindestlohn teil.

Im letzten Jahr konnten verschiedene Abteilungen der Arbeiterklasse durch hartnäckige Streikkämpfe die Lohnsenkungspläne der britischen Imperialisten teilweise durchbrechen. Die Thatcher-Regierung ist angetreten, um einen neuen Angriff auf die Arbeiterklasse zu führen. Ihre Maßnahmen wie Steuerreform und Anti-Streik-Gesetze sind direkt gegen den Lohnkampf gerichtet. Reprivatisierung von Staatsbetrieben und Kürzung von Subventionen sind Manöver zur Steigerung der Ausbeutung, hohe Zinsen für Kredite von 14% sollen die Zentralisation des Kapitals beschleunigen. In einem Zeitungsartikel bekräftigte Kanzler Howe am 13.8., dem Tag des zweiten Warnstreiks der Metallarbeiter, noch einmal das Programm der Regierung. Er for-
derte, für ein großes, reiches Britannien müßten die Arbeiter auf ,,automatische Lohnerhöhungen" verzichten und ,,härter arbeiten". ,,Ich will uns genauso – oder schneller – expandieren sehen wie unsere europäischen Nachbarn." Am 16.8. gab die Regierung die Schließung von vier Werften und die Entlassung von 10000 Arbeitern bekannt. Gleichzeitig betonte sie, daß 4000 jedoch bei anderen Werften zur Produktion von Kriegsschiffen und auf Ölplattformen wieder eingestellt werden sollen.

Hocherfreut und ermutigt durch dieses Lohnsenkungs-, Rationalisierungs- und Kriegsvorbereitungsprogramm der Regierung hat die Confederation of British Industries (Vereinigung der britischen Industrie) Lohnleitlinien herausgegeben. ,,Um weitere Verluste von Arbeitsplätzen zu vermeiden und den Lebensstandard ihrer Mitglieder zu erhalten", müßten die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von 5,8% für Arbeiter mit 2500 Pfund Jahreslohn und 9% für Arbeiter mit 10000 Pfund Jahreslohn akzeptieren. Die offizielle Inflationsrate beträgt 16%.

Der Kampf um die Erhöhung der Mindestlöhne ist ein entscheidender Schritt für die Metallarbeiter gegen den Angriff der britischen Imperialisten. Verlieren sie ihn, haben sie auch einen schlechten Stand im Kampf um die betrieblichen Löhne. Die Kapitalisten wollen den Mindestlohn auf keinen Fall erhöhen. Sie streben eine Ausweitung des Heeres der Niedriglöhner an. Außerdem wollen sie die Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit ausdehnen, und die Zuschläge dafür werden nach dem Mindestlohn berechnet. Bei Chamberlain Industries Ltd., einem Betrieb in Ostlondon mit 350 Arbeitern, in dem hydraulische Maschinen produziert werden, haben sich die Maschinenfacharbeiter einen Grundlohn von 72,92 bis 84,80 Pfund die Woche erkämpft. Wenn ein Arbeiter einen Akkord von 100% schafft, erhält er eine Zulage von 19 Pfund. Zehn bis 20 Überstunden die Woche und Nachtschichtarbeit sind in diesem Betrieb die Regel. Der Vertrauensleuteobmann erklärte uns, für die Arbeiter sei im gegenwärtigen Kampf die Verkürzung der Arbeitszeit das wichtigste. Der Vertrag über betriebliche Löhne läuft Ende Dezember aus.

Für die Arbeiter bei Rolls-Royce in Coventry beginnt der Kampf um die betrieblichen Löhne im Februar. Ungelernte Arbeiter verdienen dort jetzt 73 Pfund, Facharbeiter im Stundenlohn 102 Pfund und Akkordarbeiter 119 Pfund die Woche. Kleine Zulieferkapitalisten beuten ihre meist schlecht organisierten Arbeiter zu Mindestlöhnen oder darunter aus und tragen so erheblich zur Senkung des Lohnstandards bei. Im Kampf um die Erhöhung der Mindestlöhne haben ihnen die Arbeiter bei Rolls-Royce gedroht, sie würden auch bei ihnen Streikposten aufstellen und ihre Produkte boykottieren, wenn sie den Forderungen nicht zustimmen. Zehn Rolls-Royce Zulieferer haben so bereits alle Forderungen erfüllen müssen.

Der ständig notwendige Kampf gegen betriebliche Lohnsenkungen macht die Notwendigkeit eines hohen Mindestlohns deutlich. Die 7000 Arbeiter der Perkins-Dieselmotorenwerke in Peterborough erkämpften im April nach einem Streik mehr Lohn. 400 Arbeiter an Motorenprüfständen streiken jetzt für Zuschläge, weil die Kapitalisten die Ausbeutung mit neuer Maschinerie steigern wollen. 6000 Arbeiter bei Chrysler in Coventry streiken seit Ende Juni für 20 Pfund mehr Lohn. Die Kapitalisten bieten 5,5% und ein Produktivitätsabkommen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten sich im Kampf um die Erhöhung des Mindestlohns von April bis Juni auf die Verzögerungstaktik der Kapitalisten eingelassen. Einen Abschluß im Juni über 70 Pfund die Woche mußte das Nationale Komitee der größten Metallgewerkschaft AUEW dann aber durch den Druck der Arbeiter mit 27:25 Stimmen ablehnen und die Organisierung der jetzt stattfindenden Warnstreiks beschließen. Nach den Warnstreiks haben bereits 150 Betriebe von 6500 den Forderungen der Arbeiter nachgeben müssen. In der ersten Septemberwoche sollen die Warnstreiks jeweils an zwei Tagen in der Woche fortgesetzt werden.




nem Betrieb in Ostlondon mit 350 Arbeitern, in dem hydraulische Maschinen produziert werden, haben sich die Maschinenfacharbeiter einen Grundlohn von 72,92 bis 84,80 Pfund die Woche erkämpft. Wenn ein Arbeiter einen Akkord von 100% schafft, erhält er eine Zulage von 19 Pfund. Zehn bis 20 Überstunden die Woche und Nachtschichtarbeit sind in diesem Betrieb die Regel. Der Vertrauensleuteobmann erklärte uns, für die Arbeiter sei im gegenwärtigen Kampf die Verkürzung der Arbeitszeit das wichtigste. Der Vertrag über betriebliche Löhne läuft Ende Dezember aus.

Für die Arbeiter bei Rolls-Royce in

schaftsführer hatten sich im Kampf um die Erhöhung des Mindestlohns von April bis Juni auf die Verzögerungstaktik der Kapitalisten eingelassen. Einen Abschluß im Juni über 70 Pfund die Woche mußte das Nationale Komitee der größten Metallgewerkschaft AUEW dann aber durch den Druck der Arbeiter mit 27:25 Stimmen ablehnen und die Organisierung der jetzt stattfindenden Warnstreiks beschließen. Nach den Warnstreiks haben bereits 150 Betriebe von 6500 den Forderungen der Arbeiter nachgeben müssen. In der ersten Septemberwoche sollen die Warnstreiks jeweils an zwei Tagen in der Woche fortgesetzt werden.




Die Kämpfe um den betrieblichen Lohn bilden die Grundlage im Kampf für den Mindestlohn. 1300 Arbeiter bei GEC, Liverpool streiken seit fünf Wochen.

---

löhne in der Industrie liegen mit 200.- DM noch weit hinter denen in Hong Kong und Taiwan.

*z.inl.* **Um den Tarifverhandlungen Nachdruck zu verleihen, streikten 60% der 20000 Tankwarte auf Aufruf der Arbeiterkommissionen (CO) in mehreren spanischen Provinzen vom 13. bis 16.8.** Gefordert werden 11% und sonntags frei. 12500 Polizisten an den strategisch wichtigen Tankstellen sollten die Benzinversorgung sichern und die Streikenden einschüchtern. – Bei einer offiziellen Inflationsrate von 16% ,,erlaubt" die Regierung im zweiten Halbjahr '79 einen Ausgleich von 1,7%, ausgenommen: Arbeiter, die einen Lohn über der 14%-Lohnleitlinie erkämpften und der gesamte öffentliche Dienst. Die CO fordern 7% und kündigen einen ,,heißen Herbst" an.

*z. dab.* **Zehntausende griechische Bankangestellte demonstrierten am 13.8. trotz Verbot des Obersten Gerichts in Athen gegen die von der Regierung erlassene Arbeitszeitregelung (von 8.15 bis 16.15 statt von 7.45 bis 15.30), gegen Zwangsverpflichtung, für Anhebung der Löhne entsprechend den Preissteigerungen und für gewerkschaftliche Freiheiten.** Fast zu 100% wurde der verbotene 24stündige Streik der Gewerkschaft (OTOE) im ganzen Land befolgt, nachdem die griechische Regierung Bankangestellte nach achttägigem Streik zur Arbeit nach der neuen Regelung zwangsverpflichtet hatte. Die griechische Bourgeoisie will jetzt bei den Bankangestellten den Durchbruch erzielen, was im letzten Jahr von Verkäufern und Angestellten erfolgreich zurückgeschlagen worden war. Damals hatte sie geplant, die dreistündige Mittagspause zu streichen und stattdessen von 9 bis 17 Uhr arbeiten zu lassen. Das Oberste Gericht hat jetzt die Gewerkschaft dazu verurteilt, für jeden weiteren Streiktag 26000 $ zu bezahlen. Daraufhin hat diese am 16.8. weitere Streiks abgebrochen. Doch der Kampf gegen das Sparprogramm der Regierung (u.a. abwechselnd Fahrverbot an den Wochenenden, Lohnleitlinie von 15% bei Preissteigerungen zwischen 15 bis 40%) reißt nicht ab. Nach verbotener Kundgebung und Demonstration der Studenten zusammen mit Betriebsräten am 9.8. gegen das Sparprogramm und zur Unterstützung zweier streikender Belegschaften, dem Streik der Bahnangestellten und -arbeiter um Angleichung der Löhne, wollen jetzt nach den Rosinenbauern auch die Tabak- und Baumwollbauern für die Anhebung der Erzeugerpreise streiken.

*z.rül.London.* **8000 Arbeiter des Glaskonzerns Pilkington führten am 7. August einen Streik für Lohnerhöhungen durch.** Die Mehrzahl der Pilkington-Arbeiter verdient laut Firmentarifvertrag 63,52 Pfund bis 65,75 Pfund Grundlohn die Woche, das sind 1155 bis 1196 DM brutto im Monat. 70% müssen ständig in Schicht arbeiten und erhalten dafür umgerechnet 149 DM (2-Schicht), 249 DM (3-Schicht) oder 349 DM (Conti-Schicht) im Monat an Zuschlägen. Die Gewerkschaftsführungen haben keine genauen Lohnforderungen für den neuen Tarif aufgestellt, aber das letzte Angebot der Kapitalisten von Lohnerhöhungen zwischen 11,5 und 13% abgelehnt. Wenn die Kapitalisten bis 21.8. kein Angebot über 15% vorgelegt haben, wollen die Arbeiter am selben Tag erneut streiken.

*z.ulg.Rom.* **130 Arbeiter der Motorenprüfabteilung bei Fiat Mirafiori in Turin sind in den letzten fünf Jahren von dem Lärm taub geworden.** Auf zwei Prüfbänken laufen zwölf bzw. sieben Lkw-Motoren Probe. ,,Wenn 19 Dieselmotoren gleichzeitig liefen, war das eine Hölle, man meinte, es wäre ein Erdbeben", berichtet ein Arbeiter der Abteilung. Zu dem Lärm, der den Arbeitern in wenigen Jahren das Gehör zerstört, kommt der Gestank der Abgase. Seit Jahren kämpfen die Arbeiter gegen die mörderischen Bedingungen. Kürzlich hat die Geschäftsleitung schalldämpfende Boxen aufstellen müssen. Aber weil die Kapitalisten die Ausgaben für eine neue Halle sparen wollen, ist es in der Abteilung dadurch noch enger geworden. ,,Die Trommelfelle sind besser geschützt, aber man kann sich kaum bewegen. Wenn die Ferien vorbei sind, werden wir auch darüber sprechen müssen", erklärt ein Gewerkschafter. Wegen der Gehörschäden der 130 Arbeiter haben der Fabrikrat und die gewerkschaftliche Umweltkommission die Werksdirektoren der letzten fünf Jahre wegen Körperverletzung angezeigt. Inzwischen haben auch die Arbeiter der Motorenprüfabteilung des Alfa-Romeo-Hauptwerks in Arese bei Mailand den Kampf für bessere Schutzvorkehrungen aufgenommen.

*z.bag.Aarhus.* **Am 11. 8. hat der dänische Gewerkschaftsbund (LO) eine Ausweitung der Blockade der Römö-Sylt-Fähre beschlossen, um gegen die westdeutsche Förde-Reederei kollektive Tarifverträge durchzusetzen.** Bereits seit Beginn der Blockade Anfang Mai haben viele Einzelgewerkschaften die Matrosen und das Bedienungspersonal der Fährlinie unterstützt. Die jetzt beschlossene Ausweitung, an der sich 10 Einzelgewerkschaften beteiligen, bedeutet unter anderem, daß ab 1. September die Transportarbeiter keinen Treibstoff und Proviant für die Förde-Reederei mehr fahren, die Schlachterei-Arbeiter die Fleischlieferungen verhindern und die Typographen dafür sorgen, daß keine Fahrkarten und keine Reklame für die ,,Förde-Piraten" gedruckt werden. Unter dem Druck dieser starken Bewegung versuchte die Reederei jetzt, mit deutschen Gewerkschaften Verträge zu schließen. Aber die ÖTV hat bereits Ende Mai alle Verhandlungsrechte an die dänischen Gewerkschaften abgegeben, und der ÖTV-Hauptvorstand hat jetzt in einem Brief an die LO erneut und offiziell seine Solidarität mit dem Kampf der dänischen Besatzung bekundet. Auch ein Spaltungsmanöver mit der DAG ist offensichtlich gescheitert: die dänische Gewerkschaft HK (Handel und Banken) wurde von der DAG von dem Angebot informiert und hat sich dagegen ausgesprochen.

## Mit dem Fahrrad auf Deutschlandtour

*z.brr.* Vorbereitet durch wochenlanges Training machten sich am Sonntag, den 12. August, 67 radelnde Umweltschützer von Westberlin aus auf den Weg durch die DDR hindurch nach Westdeutschland. Die Fahrradinitiative versteht sich als politische Protestbewegung. Der Protest richtet sich gegen die Regierung der DDR, die gezwungen werden soll, die Fernstraße 5 auch nach Eröffnung der Autobahn Berlin-Hamburg als Transitstrecke zu erhalten. Ferner sollte durch die Aktion „bewiesen" werden, daß das Rad eine Alternative zum motorisierten Verkehr ist. Letzteres sehen die Radler bestätigt durch die erfolgreiche Bezwingung der 242 km langen Strecke durch die DDR. Einschließlich dreier Frauen haben alle Teilnehmer den Grenzkontrollpunkt Lauenburg noch vor Eintritt der Nacht erreicht. Berichte sprechen zwar von durch die Strapazen erschöpften Radfahrern, aber welcher wahre Umweltschützer nimmt das nicht in Kauf.

Sehr wahrscheinlich erledigt sich die Propaganda mit der „Alternative" zum motorisierten Verkehr" von selber sehr schnell, weil der Vorschlag, z.B. seine Verwandten in Westdeutschland von Westberlin aus mit dem Rad aufzusuchen, keine ernsthafte Üb[illegible]gung wert ist. Auf der anderen Seite ist durchaus damit zu rechnen, daß eben diese Herren und Damen Radfahrer das Recht der Überquerung fremden Staatsgebietes für sich durchsetzen wollen. Schlau führt die bürgerliche Presse bereits die noch bestehenden Nachteile auf, die das Radfahren durch das Staatsgebiet der DDR erschweren. „Die DDR-Behörden, die darauf bestehen, daß die Strecke vor Anbruch der Nacht zurückgelegt wird...", schreibt der Westberliner „Tagesspiegel" in seiner Berichterstattung. Ein möglicher Hinweis für die Verhandlungsführung der BRD gegenüber der DDR.

Ganz wie die Bourgeoisie sehen offensichtlich auch die politischen Vertreter der Radfahrerbewegung es als ihr selbstverständliches Recht an, das Staatsgebiet der DDR jederzeit durchqueren zu können. Eine Sache, die die Bundesregierung schätzt und unterstützt. Die bürgerliche Presse spricht von einem Erfolg, von einer unerwartet hohen Beteiligung und legt Wert darauf, daß alle Umweltschützer wohlbehalten in Lauenburg eingetroffen sind.

Angesichts der Erfahrungen mit dieser besonderen Art von Radfahren ist nicht auszuschließen, daß die Reaktionen der bürgerlichen Presse als Beweis für die „Wirkungsfähigkeit" dieser Initiative verkauft werden. Jedenfalls werden das die Radfahrerhäuptlinge machen. Sie fühlen sich als „Feinde des Atoms" sowieso schon als von der Bundesregierung sehr ernst genommen. Daß die Bundesregierung sich über diese Dinge amüsiert, ist nicht mehr zu verhindern. Verhindert werden kann der Versuch dieser Radfahrerhäuptlinge, als Sprecher der unterdrückten Volksmassen aufzutreten.

Mit Jugendamt und Streetworkern versucht die Bourgeoisie Fanclubs unter Kontrolle zu bringen

z.mah. „Aktion ‚Faire Fans' trägt erste Früchte/ 500 Helfer sorgten für reibungslosen Ablauf", so konnte man es nach dem ersten Heimspiel des FC Bayern in der Süddeutschen Zeitung lesen. Vorausgegangen war für die Bourgeoisie eine unerfreuliche Entwicklung der Fan-Clubs. Z.B. zogen im Oktober 77 ca. 100 Jugendliche nach einem Spiel von 1860 München durch die Fußgängerzone und riefen neben den Parolen „Sechzig! Sechzig" „Es lebe die RAF!". Als ein Mobiles Einsatzkommando eingriff, bezog es Prügel.

Die Jugendlichen haben sich in den Fan-Clubs zusammengeschlossen, weil einmal die gemeinsame Sportbegeisterung sie verbindet, aber vor allem, weil sie gemeinsam etwas unternehmen wollen. Die Bourgeoisie mußte diese Bewegung in den Griff bekommen, und zwar die Jugendlichen unterdrücken und bespitzeln. Nachdem sich die Jugendlichen gegen etliche Verhaftungen zusammengeschlossen hatten und Flugblätter verteilten, wurde der alte Löwen-Fan-Club aufgelöst, seine Leitung ausgeschlossen, bekam Stadion-

unter Aufsicht von Streetworkern. So versteht man auch, wenn im Club selber gesagt wird, man fliegt hier schneller raus, wie man Mitglied wird. Parallel dazu hat der Staatsapparat die polizeilichen Maßnahmen ausgebaut. Zwei Hundertschaften bis zu einem Zug Polizei, davon viele in Zivil, werden bei einem Spiel eingesetzt. Die Aktion „Faire Fans" ist die Speerspitze der Bespitzelung und Unterdrückung der Jugend durch den Staatsapparat. Die 500 Helfer zeigen, daß sie sich noch schwer tun.



das Recht der Überquerung fremden Staatsgebietes für sich durchsetzen wollen. Schlau führt die bürgerliche Presse bereits die noch bestehenden

mehr zu verhindern. Verhindert werden kann der Versuch dieser Radfahrerhäuptlinge, als Sprecher der unterdrückten Volksmassen aufzutreten.

## Mit Jugendamt und Streetworkern versucht die Bourgeoisie Fanclubs unter Kontrolle zu bringen

*z.mah.* „Aktion ‚Faire Fans' trägt erste Früchte/ 500 Helfer sorgten für reibungslosen Ablauf", so konnte man es nach dem ersten Heimspiel des FC Bayern in der Süddeutschen Zeitung lesen. Vorausgegangen war für die Bourgeoisie eine unerfreuliche Entwicklung der Fan-Clubs. Z.B. zogen im Oktober 77 ca. 100 Jugendliche nach einem Spiel von 1860 München durch die Fußgängerzone und riefen neben den Parolen „Sechzig! Sechzig" „Es lebe die RAF!". Als ein Mobiles Einsatzkommando eingriff, bezog es Prügel.

Die Jugendlichen haben sich in den Fan-Clubs zusammengeschlossen, weil einmal die gemeinsame Sportbegeisterung sie verbindet, aber vor allem, weil sie gemeinsam etwas unternehmen wollen. Die Bourgeoisie mußte diese Bewegung in den Griff bekommen, und zwar die Jugendlichen unterdrücken und bespitzeln. Nachdem sich die Jugendlichen gegen etliche Verhaftungen zusammengeschlossen hatten und Flugblätter verteilten, wurde der alte Löwen-Fan-Club aufgelöst, seine Leitung ausgeschlossen, bekam Stadionverbot und wurde gerichtlich verfolgt. Ein neuer Fan-Club wurde gegründet unter Kontrolle des Stadtjugendamtes und in den Räumen der Jugendberatungsstelle untergebracht. Das Ganze unter Aufsicht von Streetworkern. So versteht man auch, wenn im Club selber gesagt wird, man fliegt hier schneller raus, wie man Mitglied wird. Parallel dazu hat der Staatsapparat die polizeilichen Maßnahmen ausgebaut. Zwei Hundertschaften bis zu einem Zug Polizei, davon viele in Zivil, werden bei einem Spiel eingesetzt. Die Aktion „Faire Fans" ist die Speerspitze der Bespitzelung und Unterdrückung der Jugend durch den Staatsapparat. Die 500 Helfer zeigen, daß sie sich noch schwer tun.



Hunderte von Jugendlichen schließen sich in den Fan-Clubs zusammen.

## Westberliner Senat hegt „Alternative"

### „Kulturzentrum" in ehemaligen Ufa-Studios

r.müj. Am 9. Juni wurde im Bezirk Tempelhof in Westberlin die ehemaligen Gebäude der UFA Filmstudios von drei Gruppen besetzt. Die Gruppen sind: die Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, der Verein Privatschulinitiative und der Sozialhilfebund Berlin. Eigentümer des Geländes ist die Bundespost. Die Zeitung „Der Tagesspiegel" vermeldete eine „friedliche Inbetriebnahme.

Bei den Gruppen handelt es sich bei der „Fabrik" um Leute, die schon seit längerer Zeit „Kultur, Sport, Handwerk" usw. in einer Fabrik im Bezirk Schöneberg machen. Die Privatschulinitiative will eine Grundschule aufbauen und der Sozialhilfebund eine Soforthilfestelle für Jugendliche einrichten. Da diese Gruppen erfolglos Räumlichkeiten suchten, entschlossen sie sich das leerstehende und verwahrloste Gelände zu besetzen. Die Besetzung verlief friedlich, ca. 80 Personen beteiligten sich daran, Transparente wurden aufgehängt. Die Polizei, die zwar anwesend war, unterließ einen Einsatz.

Ein wirklich seltsames Erlebnis, kennt man doch die Auseinandersetzungen um Hausbesetzungen gerade in Westberlin am Beispiel des Georg v. Rauch-Hauses und anderer Häuserbesetzungen, die nur im Kampf gegen Polizeieinsätze und Unterdrückungsversuche des Senats über Mietverträge erfolgreich durchgesetzt werden konnten. Der Senat muß sich also von diesen Gruppen einiges versprechen. „Die Gruppen machen weiter geltend, daß eine solche Einrichtung auch den kulturpolitischen Vorstellungen des Senats und vor allem des Bezirks Tempelhof entgegenkäme. Das Bezirksamt Tempelhof verurteile zwar grundsätzlich die Besetzung, würde aber die Verwirklichung der Pläne der Alternativgruppen als eine Bereichung für den Bezirk ansehen. Außerdem wolle man nicht „mit dem harten Knüppel" vorgehen, sondern das Problem in Ruhe lösen." (Der Tagesspiegel)

In ihrer „Fabrikzeitung extra" stellen die Gruppen ihre Ziele dar. Der Senator für Schulwesen bestätigte dem Verein ein „besonderes pädagogisches Interesse" an der Eröffnung einer privaten Grundschule. Gearbeitet werden soll in Renovierkollektiven usw., Ausbildungsplätze für arbeitslose Jugendliche sollen geschaffen werden. Verkauft wird das ganze als alternative Lebensform für die Volksmassen, die sollen auch dafür bezahlen, über Spenden.

## „Massenkriminalität fordert Polizeijugendarbeit"

### Debatte über die Jugendpolizei / Ihre Einführung muß verhindert werden

*z.evd.* „Von einem besorgniserregenden Steigen der ‚Jugendkriminalität' kann nicht die Rede sein", meint Antje Huber, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. Die von der Kriminalpolizei herausgegebenen Statistiken würden nicht zutreffen, weil die meisten Delikte, die Minderjährigen vorgeworfen würden, Eigentumsdelikte im Bagatellbereich wären, und außerdem heute viel mehr zur Anzeige gebracht würden als früher. Tatsache ist, daß der Respekt der Jugend vor dem Eigentum als höchstem Grundwert der bürgerlichen Gesellschaft abnimmt. Tatsache ist, daß sich eine wachsende Anzahl von Jugendlichen in Gruppen oder Banden oder politischen Zusammenschlüssen organisiert – beides alarmierende Zeichen für die Bourgeoisie. Die sozialdemokratische Methode, auf diese Entwicklung zu reagieren und die Jugend unter Kontrolle zu bringen, besteht in der kunstfertigen Verschleierung des nicht minder harten Polizeiknüppels; so denn auch Huber: „Gespräche und Hilfe sind wichtiger als die Strafe", so denn auch der SPD-Linke Schreiber, der die Jugendpolizei in München eingeführt hat als Polizeipräsident. In den Zeitschriften „Kriminalistik" und „Die Polizei" wird seit mehreren Jahren die Debatte geführt darüber, wie der Zangengriff um die Jugend vervollkommnet werden kann: auf der einen Seite über die Gesetze, Strafen, immer rücksichtslosere Einsätze in Fußballstadien, wo jetzt schon die Staatsanwälte auf der Zuschauertribüne sitzen und die Richter „nicht einmal die Sonntagsruhe" scheuten, um im Schnellgerichtsverfahren Jugendliche hinter Gitter zu bringen („Kriminalistik", 3/78, S. 141); auf der anderen Seite, wie die Polizei in die Zusammenschlüsse der Jugendlichen als Wolf im Schafspelz hineinkommt, um zu spitzeln und zu kontrollieren.

Diplom-Psychologen orten dafür die Lage: „Die Jugendlichen suchen nach Orientierung und nach Bestätigung ... Leistung und Arbeit werden abgelehnt ... dabei wäre man tief im Innersten froh, hätte man etwas zu tun, weil es ja sonst so furchtbar fad und langweilig ist..." (Dipl.-Psych. Salewski über Schreibers Jugendpolizei in München). Der Jugendpolizist, der „Uniform wenn überhaupt, nur zu Repräsentationszwecken" trägt, schleicht sich in die vom Sozialwissenschaftler ausgekundete Gruppe der Jugendlichen ein. Er „*muß* anzeigen, er *muß* durchsuchen und er *muß* auch festnehmen. Und die Jugend *muß* es wissen. Dann wird für sie das Risiko kalkulierbar. Sie bestimmt selber, was sie riskiert." („Kriminalistik" 7 / 77, Seite 305). Schreiber z.B. hat die Beamten, die als Jugendpolizisten gehen sollen, „handverlesen". Einige seiner Spezialisten waren früher selbst Mitglieder von Rockergruppen gewesen. So ist es auch erklärtes Ziel: „Wir wollen für uns werben" (Schreiber in „Die Bunte", zitiert in „Kriminalistik" 5/78, S. 214). „Besonders das erste Zusammentreffen eines jungen Menschen mit der Polizei ... wird für ihn zu einem bestimmenden Erlebnis werden ... (der Jugendsachbearbeiter) wird versuchen, im Gespräch eine Vertrauensbasis zu schaffen." (ebenda 7/77, S. 305))

Daß dafür besonders geschultes Personal notwendig ist, – dafür wiederum Lehrgänge, Seminare, Zusammenarbeit mit Psychologen – ist ein Gedanke, der nicht neu ist: „Darum ist es von großer Bedeutung, daß der junge Mensch, der in einer von ihm selbst meist als entscheidend empfundenen Stunde mit der Polizei in Berührung kommt, einem Beamten begegnet, der fähig ist, den noch heranreifenden Menschen in ihm zu sehen ... In der Hand der Beamten liegt es, den jungen Menschen so zu behandeln, wie es seinem Alter, seiner Persönlichkeit und seinem Erbgut angemessen ist." Erka von Klose zitiert dies in der „Kriminalistik" 1/78 und meint weiter: „Es folgen ‚Richtlinien über die Behandlung von Kindern und Jugendlichen bei der Polizei', die auch heute noch – streicht man die Floskeln in Parteichinesisch – Sachverstand bezeugen und in wesentlichen Ansätzen in die Polizeidienstverordnung 328,1 übernommen worden sind." Unterschrieben ist der oben zitierte Erlaß am 3. Januar 1944 von Himmler, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Mit ihren Blockwarten hatten die Faschisten ein schier lückenloses Netz von Spitzeln. Solche Spitzel, Infiltration und die ganzen psychologischen Tricks haben aber nur ihren Sinn durch den harten Kern in der Schale: im Polizeiknüppel, dem Gefängnis und dem Arbeitslager. Die Zahl der inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden ist von 1972 : 15296 auf 1976: 17947 angestiegen (Stat. Jahrbuch 1978). Sind solche Spitzel erst mal drin in den Jugendgruppen, wird es schwer, gegen sie zu kämpfen. Deshalb muß man ihr Eindringen gleich verhindern. Allerhand in dieser Richtung gibt es ja schon. In Stuttgart kämpfen die Jugendlichen gegen die Einführung der Jugendpolizei ab 1.1.1980. In Frankfurt wurde ihre Einführung verhindert. Am 15.9. macht eine Aktionseinheit in Essen eine Demonstration.



Polizeiunterricht in den frühen 50er Jahren. Einsatzplan für ein Fußballspiel. Jedes eine Unterdrückungsaktion gegen die Jugendlichen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen Göttingen
13. August 1979
33d2/1000p

Auseinandersetzung um Prüfungsarbeit: Es gibt keine schlechten Böden, nur schlechte Wirtschafter

Broschüre nachgewiesen, daß Professor Meyer in seiner Vorlesung „Grundlagen der Bodenkunde" nicht nur die richtigen Anschauungen (die er natürlich kennt) verschweigt, sondern systematisch falsche Auffassungen über den Boden und seine Funktion für den Pflanzenaufbau verbreitet, auf der die offenen Vertreter des Raubbaus ihre

den kann: auf der einen Seite über die Gesetze, Strafen, immer rücksichtslosere Einsätze in Fußballstadien, wo jetzt schon die Staatsanwälte auf der Zuschauertribüne sitzen und die Richter „nicht einmal die Sonntagsruhe" scheuten, um im Schnellgerichtsverfahren Jugendliche hinter Gitter zu bringen („Kriminalistik", 3/78, S. 141); auf der anderen Seite, wie die Polizei in die Zusammenschlüsse der Jugendlichen als Wolf im Schafspelz hineinkommt, um zu spitzeln und zu kontrollieren.

Diplom-Psychologen orten dafür die Lage: „Die Jugendlichen suchen nach Orientierung und nach Bestätigung ... Leistung und Arbeit werden abgelehnt ... dabei wäre man tief im Innersten froh, hätte man etwas zu tun, weil es ja sonst so furchtbar fad und langweilig ist..." (Dipl.-Psych. Salewski über Schreibers Jugendpolizei in München). Der Jugendpolizist, der „Uniform wenn überhaupt, nur zu Repräsentationszwecken" trägt, schleicht sich in die vom Sozialwissenschaftler ausgekundete Gruppe der Jugendlichen ein.

nem Alter, seiner Persönlichkeit und

Essen eine Demonstration.



Polizeiunterricht in den frühen 50er Jahren. Einsatzplan für ein Fußballspiel. Jedes eine Unterdrückungsaktion gegen die Jugendlichen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/814045
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen Göttingen
13. August 1979
33d2/1000p

## Auseinandersetzung um Prüfungsarbeit: Es gibt keine schlechten Böden, nur schlechte Wirtschafter

*dok.* Seit Ende letzten Jahres läuft an der landwirtschaftlichen Fakultät die Auseinandersetzung um die Benotung der Diplomarbeit von D. Kunze mit 5. Die Universität verweigert eine Wiederholung der Diplomarbeit, solange nicht die Klage beim Verwaltungsgericht gegen die 5 zurückgezogen ist. Prof. Baener, bei dem die neue Arbeit geschrieben werden soll, will gleich nur ein „neutrales" Thema zulassen.

Die Heftigkeit der Auseinanderstzung um diese Diplomarbeit erklärt sich aus der Bedeutung der Streitfrage, um die es im Kern dabei geht: Liegt es an der Wirtschaftsweise oder an den natürlichen Voraussetzungen, ob ein Boden fruchtbar ist oder nicht?

Die Diplomarbeit stützt sich bei ihrer Untersuchung auf den sowjetischen Bodenkundler Wiljams, der zu einer Zeit, als die Sowjetunion noch ein sozialistisches Land war, das „Trawopolnaja-System" ausarbeitete, das alle Zweige der Landwirtschaft miteinander verbindet und ein System zur Erhaltung und Vermehrung der Bodenfruchtbarkeit durch den periodischen Anbau von humusmehrenden mehrjährigen Futterpflanzen begründet. „Es gab eine Zeit, wo man hartnäckig guten, fruchtbaren Boden suchte... Inzwischen bewies die Wissenschaft, daß es keine schlechten und guten Böden gibt. Die völlig richtige Losung ‚Es gibt keinen schlechten Boden, sondern nur schlechte Wirtschafter' wurde aufgestellt und durch Versuche bewiesen. Diese Losung ist wissenschaftlich begründet. Auf jedem Boden kann man jeden beliebigen Ertrag erzielen, den der Zustrom an Sonnenlicht und Wärme zuläßt, man muß dies nur verstehen. Die Fähigkeit dazu kennzeichnet die Qualifikation des Agronomen, ihre Verbreitung ist gleichzeitig Aufgabe der Ackerbaulehre", schrieb Wiljams 1939.

Das steht in krassem Widerspruch zur Profitwirtschaft: Nicht fortwährende Steigerung der Produktion durch Aufbau der Bodenfruchtbarkeit ist das Ziel, sondern der kurzfristige Höchstgewinn. Wenn die Erträge dabei auch sinken, das ist gleichgültig, wenn nur die Kosten noch mehr abnehmen. Propagiert werden heute Methoden wie die Strohdüngung und die „reduzierte Bodenbearbeitung" bis zum Extrem der „Minimalbodenbearbeitung", wie sie auf den großflächigen Farmen der USA zunehmend angewandt wird: Ohne jegliche Bodenbearbeitung, dafür mit massenhafter Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln, besonders von Totalherbiziden. Dafür müssen die alten Kenntnisse über die Bodenfruchtbarkeit beseitigt werden.(...)

Für fast unlösbar erklärt Professor Meyer das Problem, daß in vielen Regionen heute „der Pflegezustand der Kernböden mehr und mehr zum ertragsbegrenzenden Faktor" werde: „Patentlösungen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Ackerstandorte gibt es derzeit nicht"(DLG-Mitt. 2/77).

Aus dieser „Ratlosigkeit" über die abnehmende Bondenfruchtbarkeit wurden die Professoren aufgeschreckt, als mit der Diplomarbeit die alten Kenntnisse von Wiljams wieder auftauchten. Der KSB hat dann in einer Broschüre nachgewiesen, daß Professor Meyer in seiner Vorlesung „Grundlagen der Bodenkunde" nicht nur die richtigen Anschauungen (die er natürlich kennt) verschweigt, sondern systematisch falsche Auffassungen über den Boden und seine Funktion für den Pflanzenaufbau verbreitet, auf der die offenen Vertreter des Raubbaus ihre Theorien ausbreiten können: So wird der entscheidende Gegensatz zwischen dem fruchtbaren Strukturboden und dem unfruchtbaren strukturlosen Boden verwischt, die Notwendigkeit der stabilen Huminstoffe im Boden und die Humusanreicherung durch den Anbau mehrjähriger Futterpflanzen verschwiegen. Die Untersuchung in der Broschüre bringt auch Professor Meyers Taktik ans Tageslicht: Eine Fülle von naturwissenschaftlichen Detailfakten wird beschrieben und erst einmal zusammenhanglos aneinandergereiht. Selbst richtige Elemente, falsch zusammengesetzt, geben am Ende dann ein falsches Bild von der Wirklichkeit wieder. (...)

Hektik und Unterdrückung war die Reaktion der Professoren auf das Erscheinen der Broschüre. Inhaltlich widerlegen konnte sie keiner. Der Druck der Prüfung sollte verhindern, daß sich die Studenten damit auseinandersetzen können, welche Auffassungen von der Bodenkunde falsch und welche richtig sind. In der Bodenkundeklausur zu Ende des Sommersemesters mußten in 90 Minuten 28 Detailfragen beantwortet werden, die zum Teil in der Vorlesung noch nicht einmal behandelt worden waren; die Prüfungsergebnisse sollen nicht veröffentlicht werden, jeder bekommt sein eigenes per Post zugeschickt; in der Klausur wurde jeder mit Namensschildchen versehen, alphabetisch aufgereiht, usw. Daß die meisten Studenten großes Interesse an der Klärung der entgegengesetzten Auffassungen zur Bodenkunde haben, wird bewiesen durch die 250 an der Fakultät verkauften Exemplare der Broschüre.

## Soziale Lage der Soldaten: ,, ... staatsbürgerliche Pflicht, die hinzunehmen ist''

*z.reb.* 165 Seiten stark ist die Studie einer Koordinierungsgruppe über die ,,Soziale Lage der Angehörigen der Bundeswehr'', die nach einjähriger Tätigkeit veröffentlicht wurde. Etwa 200 – 300 ,,soziale Maßnahmen'' werden aufgelistet und zumeist mit Verbesserungsvorschlägen versehen. Im Bericht des Wehrbeauftragten wurde die soziale Lage ebenso als Schwerpunkt behandelt wie in der Bundestagsdebatte um diesem Bericht am 27.6.79. Relativ deutlich haben die bürgerlichen Politiker dabei gemacht, wie sie den Forderungen der Soldaten entgegentreten wollen. In der *Lohnfrage* hoffen sie durch die Novellierung des Unterhaltssicherungsgesetzes (vgl. KVZ 16/79) gegenüber Wehrpflichtigen davonzukommen, ,,ob und gegebenenfalls wann'' beim Wehrsold ,,wieder einmal eine Regulierung vorgenommen wird, kann ja im Augenblick nicht gesagt werden'' (Nagel, SPD). Gegenüber den Soldaten auf Zeit und den Berufssoldaten versuchen sie, dieses Problem als ,,Beförderungs- und Verwendungsstau'' und ,,Zulagenregelung'' zu behandeln. Statt bisher 15% sollen nun 25% der Hauptfeldwebel nach A 9 bezahlt werden, wer welche Zulage erhöht bekommt, ist noch in der Beratung. Versucht wird so, die Lohnfrage zu einem individuellen Problem zu machen und die Soldaten mit Karrierehoffnungen bei der Stange zu halten (KVZ 20/79).

Die schärfsten Auseinandersetzungen gibt es in der Bundeswehr gegenwärtig um die *Arbeitszeit*. Gegen die Forderung nach Dienstausgleich hat Apel seine Pauschale von DM 90,– für Berufs- und Zeitsoldaten und DM 54,– für Wehrpflichtige gesetzt, die mehr als 56 Wochenstunden arbeiten. So denkt er, sich die 16 Stunden wöchentlich über die 40-Std.-Woche hinaus umsonst vereinnahmen und für einen Spottpreis die gesamte Arbeitskraft einkaufen zu können, schließlich diene der Soldat doch uneingeschränkt. Noch keine Debatte führen die bürgerlichen Politiker über den Wechselschichtdienst, Borddienst und Dienst in unterirdischen Anlagen. Die Studie macht aber – wenn auch nur mit der Forderung nach Grenzaltersfestsetzung für Wechselschicht auf 50 Jahre – deutlich, daß der Verschleiß der Arbeitskraft in solchem Dienst hoch ist. Widerstand gibt es vor allem unter den Berufs- und Zeitsoldaten gegen die häufigen *Versetzungen*, die in der Bundeswehr nicht nur die höheren Beamten, sondern alle Dienstgrade und die Wehrpflichtigen treffen, die durch Befehl verfügt werden und die die sklavenartige Stellung der Soldaten deutlich machen. Geändert werden soll hier nichts, allerhöchstens die Versetzung früher angekündigt werden. Nicht gezahlt werden soll insbesondere dafür, daß die mitarbeitende Ehefrau im neuen Standort häufig nur einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz bekommt.

Besonders rühmt sich Apel der wöchentlichen Freifahrten für *Heimfahrten*. Er vergißt nur zu erwähnen, daß häufig zwei Wochenenddienste im Monat angesetzt werden. Benzin wird nicht erstattet. ,,Fürsorgepflicht'' nennt es die Studie, wenn trotz bekannter Unfallursachen (,,mangelnde Fahrpraxis, lange Fahrzeiten, Übermüdungen, unzulängliche Fahrzeuge'') nicht diese Ursachen beseitigt werden, sondern alles getan wird, um die Soldaten in der Kaserne zu halten, insbesondere ihnen auch unter der Woche die Möglichkeit zu nehmen, an Abenden die Kaserne zu verlassen.

Unverändert bleiben sollen ein großer Teil der als Sozialmaßnahmen deklarierten Spaltungsinstrumente: In der Frage der *Sozialversicherungen* entzieht die ,,kostenlose Heilfürsorge'' in der Bundeswehr sich jeglicher Kontrolle durch die Soldaten, unterwirft diese vielmehr der Befehlsgewalt auch in bezug auf die Frage, ob man krank ist oder nicht. Gegen die bleibenden Beschädigungen, die durch den Dienst produziert werden, gibt es keine Versicherung. Nach dem Soldatenversorgungsgesetz erhält der Beschädigte oder seine Hinterbliebenen eine minimale Grundrente, die unter dem Sozialhilfesatz liegt, erhöht durch einzelne Steigerungsbeträge, die 40% der Differenz zwischen tatsächlich erzieltem und ohne die Beschädigung erzielbarem Verdienst nicht überschreiten dürfen. Alle Soldaten auf Zeit und Wehrpflichtigen, die vor dem Dienst nicht gearbeitet haben, sind nicht in der Arbeitslosenversicherung. Sie erhalten keine Leistungen, wenn sie im Anschluß an die Dienstzeit arbeitslos werden. Bei anderen Wehrpflichtigen berechnet sich die Höhe des Arbeitslosengeldes nach dem über ein Jahr zurückliegenden Lohn vor der Wehrdienstzeit.

In den Haushaltsberatungen im Herbst soll endgültig über diese Pläne entschieden werden. Was die bürgerlichen Politiker aufrechterhalten müssen, ist der besondere Status der Soldaten, die unbeschränkte Verfügbarkeit ihrer Arbeitskraft für die Armee. Wo die sozialen Forderungen unabweisbar werden, wo gewerkschaftlicher Kampf droht, verpacken sie sie als Ausfluß ihrer Fürsorgepflicht, verwandeln sie in individuelle Almosen und versuchen sie zur Spaltung und Bespitzelung einzusetzen.

## Vertrauensleute auf Programm geeinigt – und gewählt

*r.noc.* In der Theodor-Blank-Kaserne in Rheine-Bentlage haben in der 4./170 die Vertrauensleutewahlen auf einer guten Grundlage stattgefunden. Drei Kandidaten hatten sich auf folgendes Programm geeinigt und es am schwarzen Brett ausgehängt:

– Dienstausgleich für alle Zusatzdienste
– Inspektionsrecht in der Küche für Vertrauensmänner, ausreichende und abwechslungsreiche Marschverpflegung
– Pro Quartal eine Mannschaftsversammlung während der Dienstzeit
– Reinigung der Naßreviere durch Raumpflegerinnen
– Anbringung einer ausreichenden Lüftungsanlage - Ventilator - im WC
– Aufstellung eines Papierhandtuchhalters auf der Toilette; Desinfektionsanlage im Duschraum
– Schutzhandschuhe und Schutzbrillen beim Reinigen der KFZ mit Kaltreiniger
– Verkauf von Getränken und Kolonialwaren in eigener Regie.

Obwohl der Spieß auf Anordnung der Kompanieführung nach einem halben Tag das Programm abnehmen ließ, konnte die Debatte unter den Soldaten nicht verhindert werden. Der Spieß versuchte es dann mit Spaltung, indem er einige Stunden vor den Wahlen erzählte, dahinter würden Kommunisten stecken. Der Kompaniechef ging dann vor versammelter Mannschaft auf die Eilnachricht der Kommunistischen Volkszeitung ein, die vor der Kaserne und in der Stadt verteilt worden war: die Forderungen seien überzogen, das alles sei Quatsch, usw. Er habe zwar nichts dagegen, daß sich die Soldaten informieren, man dürfe aber auf keinen Fall Informationen nach draußen geben. Genützt hat all dies nichts, das Programm findet seine Unterstützung durch die Mehrheit der Soldaten in der 4./170, der Kandidat mit den meisten Stimmen ist auf dieser Grundlage als Vertrauensmann gewählt worden.

Die Widersprüche zwischen Spieß und Kompanie-Führung (Hauptmann Zilch) werden die Soldaten jetzt für ihre Interessen nutzen: inzwischen hat der Spieß erklärt, für Mannschaftsversammlungen sei er und mit den sanitären Anlagen ginge es so auch nicht mehr weiter. Daß das keine Lippenbekenntnisse bleiben, soll gleich nach den Schießübungen in Daden (zweimal hintereinander Nachtschießen) angepackt werden. Dann soll die erste Versammlung durchgeführt werden, um sich gleich auf eine Forderung nach Dienstausgleich für die Übung zu verständigen. Der besondere Verschleiß bei Übungen und Zusatzdiensten (ein Soldat hatte im vergangenen Monat 114 Überstunden in der 4./170) erfordert unbedingt den vollständigen Dienstausgleich. Die Auffassung des Kompanie-Chefs in diesen Fragen ist den Soldaten in der 4./170 gut bekannt und entsprechend verhaßt, in der Kompaniebelehrung mußte er auf die Frage eines Soldaten zwar zugeben, daß es wenig Ruhezeit wäre, wenn man um zwei Uhr mit dem Schießen aufhört und drei Stunden später wieder hoch muß, aber manchmal sei es halt notwendig mit wenig Schlaf auszukommen.

Die Frage der Verpflegung und des Inspektionsrechtes ist für die Soldaten ebenfalls von äußerster Dringlichkeit. Ist doch die Kasernenküche in Bentlage weit über ihre Grenzen hinaus berühmt für ihre durchrosteten Fischdosen und ihre Marschverpflegung, die die Transportfahrer an die Hunde des zivilen Depotwachdienstes verfüttern, dermaßen ungenießbar ist der Fraß. Kakerlaken werden momentan in der Küche nicht mehr gesichtet, ob sie endgültig beseitigt sind, kann man noch nicht sagen.

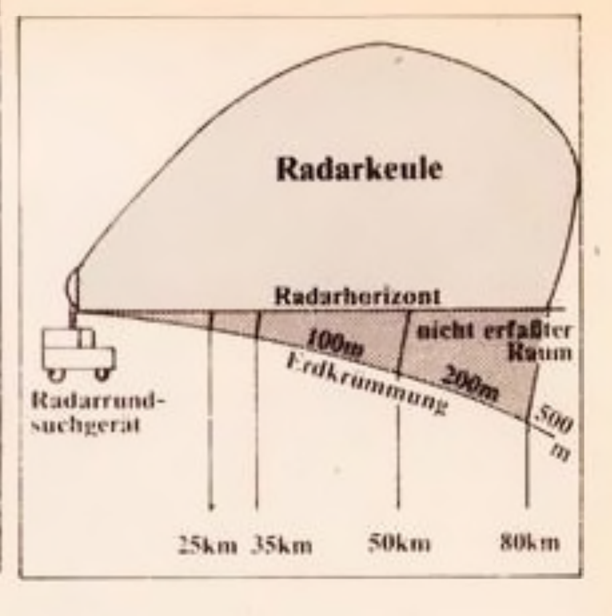
Die zunehmende Bewußtheit der Soldatenbewegung in Rheine findet ihren Ausdruck in diesem Programm und ermöglicht die Verbindung zu den anderen Kompanien, wie die Organisierung der notwendigen Kämpfe.

## ,,Phantomabstürze'' – eiskaltes Kalkül beim Befehl zum Tiefflug

*z.rev.* In letzter Zeit häufen sich wieder die Abstürze von Jagdflugzeugen. Mindestens sechs waren es seit dem 12. Juni. In Gütersloh-Nienhorst stürzte ein US-Senkrechtstarter der Marke Harrier ab (der zweite innerhalb eines halben Jahres). In Wismar bei Gießen berührten sich zwei bei einem Tiefflug, einer davon stürzte ab, in Iserlohn (Sauerland) nahm kurz darauf einer im Tiefflug einen Fernsehmast mit. Am 9.8. ging eine Phantom F4 im saarländischen Talecksweiler zu Boden und beschädigte gleich 40 Häuser, am 13.8. stürzte ein holländischer Starfighter in Düffelward (Kreis Klewe) ab und bohrte ein fast vier Meter tiefes Loch in die Erde.

Die NATO-Staaten haben die Ausbildung ihrer Piloten zu Tiefflugspezialisten verstärkt: 27.6. ,,Verteidigungsübung'' Cloudy Chorus, Flugtiefe 75 m, 20.6. – 1.9. und 1.9. – 1.12. Bunter Falter II und III, Flugübungen, Flughöhe 150 m. Hauptübungsgebiet ist Westdeutschland. ,,Unter dem Radar'' sollen die Jagdflugzeuge der NATO in den osteuropäischen Staaten einfallen. Fliegt z.B. eine Phantom im Tiefflug von höchstens 50 m in Überschallgeschwindigkeit an eine Radarstation heran, dann ist sie auf dem Radarschirm frühestens in einer Entfernung von 25 km zu erkennen. (Schaubild) In einer Minute erreicht der Jagdbomber die Radarstation – auch eine gut organisierte Luftabwehr wird in dieser Zeit ihre Flak kaum ausrichten können.

Der Befehl zum Tiefflug wird für die Piloten zum Kamikazeunternehmen. Beim Tiefflug kann nur auf Sicht geflogen werden, Hindernisse werden auf den Armaturen nicht registriert. Rechnet man bei Schallgeschwindigkeit, 1200 km/h, die zurückgelegte Strecke während der Reaktionszeit aus, so kommt man auf 1200 mal 3 geteilt durch 10 gleich 360 m. Wie schnell kann da bei nicht besten Sichtverhältnissen ein Antennenmast, ein Hügel usw. auftauchen, wo ein Ausweichen unmöglich wird. Hinzu kommt noch, daß beim Um- und Überfliegen von Hindernissen Kräfte auf den Körper einwirken, die dem Zehnfachen der Erdanziehungskraft entsprechen. Der Pilot bekommt dann Bewußtseinseinschränkungen oder ,,Mißempfindungen'', wie es im Militärjargon heißt, das Blut, das sich in den Beinen und im Rumpf gestaut hat, kann oft auch nicht durch eine sogenannte aufblasbare ,,Anti-g-Hose'' ins Gehirn zurückgepreßt werden. Der Moment Mattscheibe eines Piloten reicht für einen Absturz. In den neuentwickelten 76 Mio.-Tornado soll eine Automatik eingebaut werden, die das Flugzeug bei einer Flughöhe von höchstens 60 m über alle Hindernisse weglenkt. Das Radarunterfliegen funktioniert, wie die Imperialisten es sich von Israel im 6-Tage-Krieg haben vorführen lassen – aber das ständige Auf und Ab wird die Piloten noch mehr in Bewußtlosigkeitszustände versetzen. Ein Tornado ist schon abgestürzt.




# Man erinnert sich an Rommels ,,Regeln des Wüstenkrieges''

zung früher angekündigt werden. Nicht gezahlt werden soll insbesondere dafür, daß die mitarbeitende Ehefrau im neuen Standort häufig nur einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz bekommt.

Besonders rühmt sich Apel der wöchentlichen Freifahrten für *Heimfahrten*. Er vergißt nur zu erwähnen, daß häufig zwei Wochenenddienste im Monat angesetzt werden. Benzin wird nicht erstattet. ,,Fürsorgepflicht'' nennt es die Studie, wenn trotz bekannter Unfallursachen (,,mangelnde Fahrpraxis, lange Fahrzeiten, Übermüdungen, unzulängliche Fahrzeuge'') nicht diese Ursachen beseitigt werden, sondern alles getan wird, um die Soldaten in der Kaserne zu halten, insbesondere ihnen auch unter der Woche die Möglichkeit zu nehmen, an Abenden die Kaserne zu verlassen.

Unverändert bleiben sollen ein großer Teil der als Sozialmaßnahmen deklarierten Spaltungsinstrumente: In der Frage der *Sozialversicherungen* entzieht die ,,kostenlose Heilfürsorge'' in der Bundeswehr sich jeglicher Kontrolle durch die Soldaten, unterwirft diese vielmehr der Befehlsgewalt auch in bezug auf die Frage, ob man krank ist oder nicht. Gegen die bleibenden Beschädigungen, die durch den Dienst produziert werden, gibt es keine Versicherung. Nach dem Soldatenversorgungsgesetz erhält der Beschädigte oder seine Hinterbliebenen eine minimale Grundrente, die unter dem Sozialhilfesatz liegt, erhöht durch einzelne Steigerungsbeträge, die 40% der Differenz zwischen tatsächlich erzieltem und ohne die Beschädigung erzielbarem Verdienst nicht überschreiten dürfen. Alle Soldaten auf Zeit und Wehrpflichtigen, die vor dem Dienst nicht gearbeitet haben, sind nicht in der Arbeitslosenversicherung. Sie erhalten keine Leistungen, wenn sie im Anschluß an die Dienstzeit arbeitslos werden. Bei anderen Wehrpflichtigen berechnet sich die Höhe des Arbeitslosengeldes nach dem über ein Jahr zurückliegenden Lohn vor der Wehrdienstzeit.

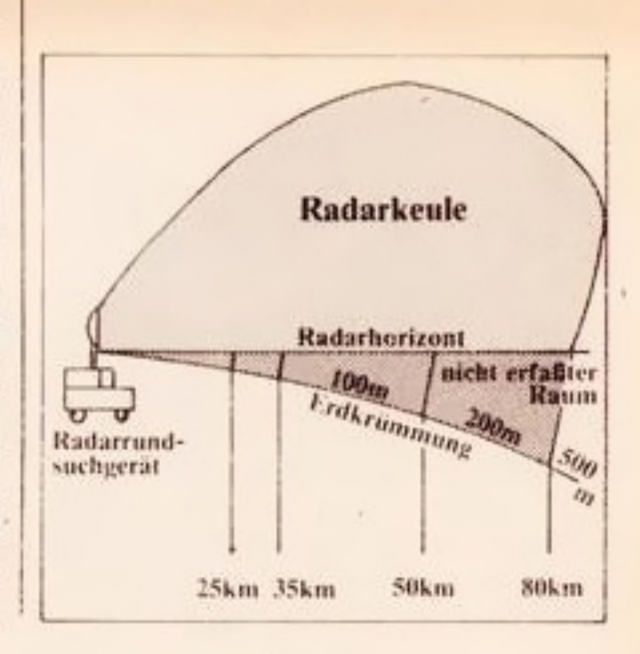
In den Haushaltsberatungen im Herbst soll endgültig über diese Pläne entschieden werden. Was die bürgerlichen Politiker aufrechterhalten müssen, ist der besondere Status der Soldaten, die unbeschränkte Verfügbarkeit ihrer Arbeitskraft für die Armee. Wo die sozialen Forderungen unabweisbar werden, wo gewerkschaftlicher Kampf droht, verpacken sie sie als Ausfluß ihrer Fürsorgepflicht, verwandeln sie in individuelle Almosen und versuchen sie zur Spaltung und Bespitzelung einzusetzen.

## ,,Phantomabstürze'' – eiskaltes Kalkül beim Befehl zum Tiefflug

*z.rev.* In letzter Zeit häufen sich wieder die Abstürze von Jagdflugzeugen. Mindestens sechs waren es seit dem 12. Juni. In Gütersloh-Nienhorst stürzte ein US-Senkrechtstarter der Marke Harrier ab (der zweite innerhalb eines halben Jahres). In Wismar bei Gießen berührten sich zwei bei einem Tiefflug, einer davon stürzte ab, in Iserlohn (Sauerland) nahm kurz darauf einer im Tiefflug einen Fernsehmast mit. Am 9.8. ging eine Phantom F4 im saarländischen Talecksweiler zu Boden und beschädigte gleich 40 Häuser, am 13.8. stürzte ein holländischer Starfighter in Düffelward (Kreis Klewe) ab und bohrte ein fast vier Meter tiefes Loch in die Erde.

Die NATO-Staaten haben die Ausbildung ihrer Piloten zu Tiefflugspezialisten verstärkt: 27.6. ,,Verteidigungsübung'' Cloudy Chorus, Flugtiefe 75 m, 20.6. – 1.9. und 1.9. – 1.12. Bunter Falter II und III, Flugübungen, Flughöhe 150 m. Hauptübungsgebiet ist Westdeutschland. ,,Unter dem Radar'' sollen die Jagdflugzeuge der NATO in den osteuropäischen Staaten einfallen. Fliegt z.B. eine Phantom im Tiefflug von höchstens 50 m in Überschallgeschwindigkeit an eine Radarstation heran, dann ist sie auf dem Radarschirm frühestens in einer Entfernung von 25 km zu erkennen. (Schaubild) In einer Minute erreicht der Jagdbomber die Radarstation – auch eine gut organisierte Luftabwehr wird in dieser Zeit ihre Flak kaum ausrichten können.

Der Befehl zum Tiefflug wird für die Piloten zum Kamikazeunternehmen. Beim Tiefflug kann nur auf Sicht geflogen werden, Hindernisse werden auf den Armaturen nicht registriert. Rechnet man bei Schallgeschwindigkeit, 1200 km/h, die zurückgelegte Strecke während der Reaktionszeit aus, so kommt man auf 1200 mal 3 geteilt durch 10 gleich 360 m. Wie schnell kann da bei nicht besten Sichtverhältnissen ein Antennenmast, ein Hügel usw. auftauchen, wo ein Ausweichen unmöglich wird. Hinzu kommt noch, daß beim Um- und Überfliegen von Hindernissen Kräfte auf den Körper einwirken, die dem Zehnfachen der Erdanziehungskraft entsprechen. Der Pilot bekommt dann Bewußtseinseinschränkungen oder ,,Mißempfindungen'', wie es im Militärjargon heißt, das Blut, das sich in den Beinen und im Rumpf gestaut hat, kann oft auch nicht durch eine sogenannte aufblasbare ,,Anti-g-Hose'' ins Gehirn zurückgepreßt werden. Der Moment Mattscheibe eines Piloten reicht für einen Absturz. In den neuentwickelten 76 Mio.-Tornado soll eine Automatik eingebaut werden, die das Flugzeug bei einer Flughöhe von höchstens 60 m über alle Hindernisse weglenkt. Das Radarunterfliegen funktioniert, wie die Imperialisten es sich von Israel im 6-Tage-Krieg haben vorführen lassen – aber das ständige Auf und Ab wird die Piloten noch mehr in Bewußtlosigkeitszustände versetzen. Ein Tornado ist schon abgestürzt.




# Man erinnert sich an Rommels ,,Regeln des Wüstenkrieges''

### Imperialistische Militärdebatte: Ist der Persische Golf militärisch besetzbar?

*z.anb.* Es ist inzwischen, weil auf genügend Erfahrung beruhend, erwiesen, daß die Waffenarsenale, das moderne Kriegszeug, ungerechte Interessen nicht in gerechte verwandeln; daß sie im Einsatz gegen waffentechnisch gar unterlegene, aber politisch vereinheitlichte Streitkräfte eines von Aggression bedrohten Volkes aussichtslos unterlegen sind, mag die Vertreibung der Aggressoren auch eine Zeit dauern.

Eine Intervention am Persischen Golf wirft für die Imperialisten daher dies grundsätzliche Problem neuerlich auf. Direktes Ziel muß die *rasche* – d.h. den Rivalen zuvorkommende – Besetzung der Ölfelder sein. Das jedoch erfordert einen Aufwand, der durch die bisherigen Maßnahmen der Aufstockung und Aufrüstung der Kriegsflotten, vornehmlich im Indischen Ozean, nicht annähernd organisiert ist. Denn wer wäre so blind anzunehmen, daß die arabischen Golfstaaten ruhig zuschauen, wie sich etwa die US-Kriegsflotte samt Fluzeugträger durch die 35-km-breite Straße von Hormuz in die unmittelbaren Gewässer des Golfes bewegt, um dort ihre Truppen anzulanden? Also geht es wohl nur aus der Luft. So wie in Zaire.

Diese Interventionstruppen, gepanzerte Infanterie, mit schwerem Gerät ausgerüstet, müssen, so rechnen die Militärstrategen, in der Lage sein, sich bis zu 60 Tagen ohne Nachschub und Verbindung halten zu können. Das Öl hätten sie ja vielleicht in Verfügung ... aber, und hier beginnt der nicht beizulegende Streit, ohne diese vorgeschobenen Stützpunkte der Aggression durch militärische Besetzung des Landes zu ergänzen, ist kein Denken an Erreichen des Kriegszieles, der Kontrolle über Produktion und Abtransport des Öls. Nun weiß man aber, daß die Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate in den letzten Jahren ihre Armeen modernisiert und gut ausgerüstet haben, daß sie den eindringenden Panzerverbänden Panzerabwehrwaffen und Kampfflugzeuge entgegenstellen, die sie selbständig nach den Modellen der imperialistischen Rüstungskonzerne in Lizenz nachbauen.

Diesmal ist es also nicht sozialimperialistischer Schrott oder der Mangel an Ersatzteilen, womit die Sowjetunion 1973 die Niederringung der ägyptischen Armee durch die zionistischen Truppen unterstützte. Aber noch wesentlicher ist die Basis für den Einsatz des Geräts. In ihrer Untersuchung über die Panzerschlachten im Sinai hält die ,,Sunday Times'' fest: ,,Panzer sind eine bizarre Mischung von brutaler Kraft und mechanischer Anfälligkeit, weil in ihnen die Möglichkeiten der Technik auf die Spitze getrieben werden müssen ... Jeder Panzer, der *in der richtigen Position* steht, kann jeden anderen Panzer vernichten ... Der geschickte Panzerführer läßt seine Fahrzeuge die toten Winkel des Schlachtfeldes so gut ausnützen (...), daß sie ihre Angriffspositionen erreichen, ohne vom Gegner bemerkt zu werden. Im Idealfall stehen sie dann plötzlich vorm Horizont wie Indianer im Western ...'' (,,Der Wüstenkrieg'', The Sunday Times Insight, 1974) Womit auch der Blickwinkel richtig getroffen ist, denn die Indianer waren auch nicht die Aggressoren.

Wie sie es drehen und wenden, der Eingreifschlachtplan geht kaum weiter als bis an den Bohrturm, in dessen unmittelbarer Nähe die Elitetruppe abgesetzt wird, und dann? Durchhalten müsse sie, weil daneben, dahinter und ringsherum die Panzerschlacht, der Abnützungskrieg läuft. Nach 36 Meilen Marschleistung muß der US-Kampfpanzer Patton (M – 48), wie er auch von den zionistischen Truppen eingesetzt wird, in die Werkstatt, zur Überholung. Der Wüstenstaub macht das Kanonenrohr nach einiger Zeit unmanövrierbar, zusätzliches Ölen kann gründliche Reinigung nicht ersetzen. Wo aber dies? Wenn man aus der Luft gekommen ist, oder im besten Fall von See her, hat man immer noch keine Operationsbasis im Innern.

Fazit: des faschistischen deutschen Feldmarschall Rommels ,,Regeln des Wüstenkrieges'' gelten nach wie vor; Panzer, Geschütze, Raketenwerfer, Soldaten, alles gut und schön; aber es reicht nicht: ,,Schnelle Reaktion der Führung entscheidet die Schlacht ... die Ergebnisse der Feindaufklärung müssen in kürzester Zeit dem Kommandeur vorliegen ... möglichst enge Verbindung zu ihrer eigenen Truppe'' (Sunday Times Insight, S.179), das heißt umfassende logistische und Versorgungseinrichtungen. Nach wie vor also fehlt der Stützpunkt an Land.

Schlechte Aussichten auf Lösung dieses Problems beantwortet die imperialistische Logik mit der Durchhaltestrategie der Elitetruppe. Sie wird plötzlich zum entscheidenden Faktor, genauer gesagt eine ,,Dienstauffassung'' wie die der US-,,Marines'': ,,Haß auf den Gegner ist uns unbekannt. Haß ist ein Gefühl, und Gefühle zu haben, gehört nicht zum Auftrag unseres Korps. Unser Auftrag lautet, jeden Gegner zu schlagen, den uns der Präsident der Vereinigten Staaten zuweist.'' (Bild am Sonntag, 12. August)



Großmanöver der Zionisten 1978 im Sinai – von den US-Strategen ausgewertet. ,,Die Infanterie bleibt die ,Königin des Schlachtfeldes'.''

## Die Jugend Palästinas kämpft gegen Ausbeutung und zionistische Besatzung

*z.inl.* Für die Zwiebelernte sucht der Werber einer zionistischen Siedlung „15 Paar fleißige Hände“ auf dem Markt von Ashkelon. 15 Kinder im Alter von zwölf bis vierzehn, manche jünger, steigen auf den Lastwagen. 35 israelische Pfund (3,85 DM) bekommen sie für zehnstündige Schinderei. – Aus den Dörfern und Lagern im besetzten Gaza kommen die Kinder, die ihre Arbeitskraft den zionistischen Siedlern in Rehobot, Yavne, Ashkelon verkaufen müssen. Um zwei, drei Uhr nachts stehen sie auf, um vor der Morgendämmerung die Arbeitsmärkte zu erreichen. – Von sechs Uhr früh bis sieben Uhr abends oder noch später arbeiten die Jugendlichen aus den besetzten Gebieten auf dem Markt von Carmel in Tel Aviv. Ihr Lohn: unter 100 Pfund pro Tag. Wie können sie davon leben, fragt ein israelischer Reporter die Standbesitzer. „Ein Stück Brot, einige Oliven, eine Tomate, das ist ihre Nahrung.“ Wo sie schlafen? „Wir schließen sie nachts in die Schuppen ein und fertig.“

Offiziell ist Kinderarbeit in Israel verboten und besteht Schulpflicht. Die Zionisten haben keinerlei Interesse an der Ausbildung der palästinensischen Jugend, wohl aber an ihrer schrankenlosen Ausbeutung, ohne Sozialversicherung und ohne Rechte. Das drückt den Lohn der erwachsenen Tagelöhner auf 60 Pfund. Wo der Zwang, den Unterhalt der Familien mitverdienen zu müssen, nicht hinreicht, die Jugend von der Schule fernzuhalten, sollen Schulgebühren und die vollständige Unterdrückung der Kultur und Geschichte Palästinas im Unterricht wirken. Die Jugend kämpft für das Recht auf Ausbildung, um vom Kampf für nationale und soziale Befreiung zu lernen und daran teilzunehmen. Elf Schulen und Universitäten mit über 5000 Jugendlichen mußten die zionistischen Besatzer in den letzten Monaten wochenlang schließen wegen Unterstützung der PLO.



Schulen sind Zentren des Widerstandes

## Zehn Jahre britischer Truppeneinsatz in Ulster

### Das irische Volk bekämpft die Kolonialherrschaft / Manöver der Imperialisten

*z.rül.London.* Am 12.8. demonstrierten 8000 Iren in Belfast unter Führung der Provisional Sinn Fein gegen die britische Kolonialherrschaft. Die Demonstration, die aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Einsatzes britischer Truppen in Nordirland stattfand, wurde von 40 uniformierten Mitgliedern der verbotenen IRA angeführt, des militärischen Flügels der Provisional Sinn Fein. Auf der Schlußkundgebung verlasen vier bewaffnete IRA-Mitglieder unter den Augen der Polizei und Armee eine Proklamation, in der die IRA zur Fortsetzung des Kampfes „gegen den britischen Imperialismus bis zum Sieg“ aufrief.

Am gleichen Tag demonstrierten in London ebenfalls 8000 Menschen für den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland. Angeführt wurde die Demonstration von einer Aktionseinheit von Liberalen, Sozialdemokraten, Revisionisten und Trotzkisten, die den Truppenabzug als Vorbedingung für ein „Ende der Gewalt“ und „Frieden“ verlangten.

„Zehn Jahre, nachdem die britischen Truppen ins Land gerufen wurden, um sie zu trennen, sind es nicht die Katholiken und Protestanten..., die sich bekämpfen, sondern die Sicherheitskräfte und die IRA“, zog am 13.8.79 der „Guardian“ das Resümee der letzten zehn Jahre britischer Kolonialherrschaft in Nordirland, zehn Jahre, in denen alle Versuche der britischen Imperialisten scheiterten, den Befreiungskampf zu unterdrücken.

Am 12.8.1969 hatten 1000 Mitglieder der Kolonialpolizei RUC das katholische Viertel Bogside in Belfast angegriffen. Sie feuerten auf die Bewohner und steckten die Häuser in Brand. Mit einem Hagel von Steinen und Molotowcocktails trieben die Bewohner die Polizei zurück. In den folgenden Tagen weitete sich der Aufstand rasch aus, Polizeistationen in anderen Stadtteilen wurden in Brand gesteckt. Die britischen Imperialisten setzten Truppen ein, bis Jahresende bereits 3000 Mann. Am 30.1.1970 eröffneten diese auf eine Demonstration in Londonderry das Feuer: 14 Demonstranten wurden an diesem „Bloody Sunday“ erschossen. In ganz Irland begannen die Arbeiter und Volksmassen eine Welle von Streiks und Demonstrationen. Nach einer Demonstration von 30000 Menschen in Dublin wurde die dortige britische Botschaft in Brand gesteckt. Als sie selbst mit 20000 Soldaten den Widerstand nicht brechen konnten, begannen die britischen Truppen am 9. August 1971 mit dem Aufbau von Internierungslagern, in denen Tausende von Iren ohne Haftbefehl eingesperrt wurden. Unter dem Druck der Volksmassen wurden diese Lager im Dezem-

der letzten zehn Jahre britischer Kolonialherrschaft in Nordirland, zehn Jahre, in denen alle Versuche der britischen Imperialisten scheiterten, den Befreiungskampf zu unterdrücken.

Am 12.8.1969 hatten 1000 Mitglieder der Kolonialpolizei RUC das katholische Viertel Bogside in Belfast angegriffen. Sie feuerten auf die Bewohner und steckten die Häuser in Brand. Mit einem Hagel von Steinen und Molotowcocktails trieben die Bewohner die Polizei zurück. In den folgenden Tagen weitete sich der Aufstand rasch aus, Polizeistationen in anderen Stadtteilen wurden in Brand gesteckt. Die britischen Imperialisten setzten Truppen ein, bis Jahresende bereits 3000 Mann. Am 30.1.1970 eröffneten diese auf eine Demonstration in Londonderry das Feuer: 14 Demonstranten wurden an diesem „Bloody Sunday“ erschossen. In ganz Irland begannen die Arbeiter und Volksmassen eine Welle von Streiks und Demonstrationen. Nach einer Demonstration von 30000 Menschen in Dublin wurde die dortige britische Botschaft in Brand gesteckt. Als sie selbst mit 20000 Soldaten den Widerstand nicht brechen konnten, begannen die britischen Truppen am 9. August 1971 mit dem Aufbau von Internierungslagern, in denen Tausende von Iren ohne Haftbefehl eingesperrt wurden. Unter dem Druck der Volksmassen wurden diese Lager im Dezem-
ber 1975 wieder aufgelöst. Dafür wurden die kolonialen Unterdrückungsgesetze verschärft. Das „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus“ (siehe KVZ 27/79) trat Ende 1976 in Kraft. Bis Mai 1979 wurden auf seiner Grundlage über 4000 Verhaftungen vorgenommen. 530 Iren wurden allein in den Jahren 1976/77 wegen „terroristischer Straftaten“ von Sondergerichten zu mehr als zehn Jahren Haft verurteilt, in 80% aller Fälle lediglich aufgrund von unter Folter erpreßten „Geständnissen“. Allein 400 Mitglieder der Provisional Sinn Fein sind zur Zeit in Haft.

Trotz dieses Kolonialterrors konnten die britischen Imperialisten den Befreiungskampf nicht zerbrechen. Die Provisional Sinn Fein, 1969 aus der Spaltung der Sinn Fein in einen „Officials“ und einen „Provisionals“-Flügel entstanden, ist heute die stärkste nationale Befreiungsorganisation. Ihr Ziel ist eine sozialistische Republik Irland und als Schritt dahin die Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft durch den bewaffneten Kampf. Die Provisional Sinn Fein arbeitet in ganz Irland als legale politische Partei. Bei den letzten Gemeindewahlen am 7. Juni in der Republik Irland gewann sie allein in Dublin über 5000 Stimmen – bei 285000 Wahlberechtigten – und insgesamt 30 Sitze in 26 Gemeindevertretungen.

„Als Republikaner stehen wir auf der Seite der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Wir stehen auf Seiten der Unterprivilegierten, der Jugend, der Arbeitslosen, der Arbeiter – des besitzlosen Volkes... Wir sind entschieden gegen alle Formen und Erscheinungen des Kapitalismus und Imperialismus. Wir sind für ein freies, vereinigtes, sozialistisches und gaelisches Irland... Wir müssen dafür sorgen, daß die Sache Irlands die Sache der Arbeiterklasse wird, eine Aufgabe, die seit Connolly's Zeit vernachlässigt wurde, und wir müssen dafür sorgen, daß die Sache der Arbeiter die Sache ganz Irlands wird.“ (Gerry Adams, Vizepräsident der Sinn Fein aus Belfast, aus: An Phoblacht, Zeitung der Sinn Fein, 23.6.79).

Seit Anfang 1977 hat die IRA ihre Struktur auf kleine, sechs bis zehn Mann starke und getrennt operierende Einheiten unter einheitlicher Führung umgestellt und so ihre Schlagkraft bedeutend gesteigert. Von Januar bis August 1979 kamen bereits über 80 britische Soldaten und RUC-Mitglieder durch Anschläge der IRA um, genauso viele wie im ganzen letzten Jahr. Die britische Regierung stellte in einem von der IRA erbeuteten Geheimpapier fest, daß „sie (die IRA) wahrscheinlich auch in Zukunft genügend Kräfte haben wird, um die Gewaltaktionen in den nächsten fünf Jahren fortzusetzen... Die Provisional IRA ist wesentlich eine Organisation der Arbeiterklasse, die ihre Basis in den Ghettos der Städte und den ärmeren ländlichen Gebieten hat.“

45% aller Industriebetriebe in Nordirland sind in den Händen der britischen Imperialisten. Über 280000 Lohnabhängige beuten sie darin zu Hungerlöhnen von 40 bis 60 Pfund die Woche aus (1977), das sind brutto 730 bis 1100 DM im Monat. Die Arbeitslosigkeit liegt in den protestantischen Gebieten bei vier bis fünf Prozent, in katholischen erreicht sie 20% und mehr.

Zur Niederschlagung des Befreiungskampfes und Sicherung ihrer Kolonialprofite starten die Imperialisten jetzt erneute Manöver. Die britischen Imperialisten bereiten die erneute Einrichtung von Internierungslagern vor.

Für den 29. September bis 1. Oktober hat sich Papst Wojtyla nach Irland einladen lassen, um, wie der „Economist“ feststellte, „an die Jugend zu appellieren, das Gewehr und die Gewalt beiseitezulegen.“

Die US-Imperialisten sperrten vorletzte Woche eine Waffenlieferung an die RUC wegen „Menschenrechtsverletzungen“. Gleichzeitig luden sie über ihren New Yorker Gouverneur Hugh Carey den britischen und irischen Außenminister zu Gesprächen über die Zukunft Nordirlands nach New York ein, handelten sich dafür aber erstmal eine eisige britische Absage ein.

Die IRA hat diese neuen Manöver zurückgewiesen: „Zwecks Durchsetzung einer Lösung sollen die Republikaner konzentriert unterdrückt werden. Die amerikanische Intervention erkennt die irische Souveränität nicht an und ist eine gefährliche Entwicklung.“




land... Wir müssen dafür sorgen, daß die Sache Irlands die Sache der Arbeiterklasse wird, eine Aufgabe, die seit Connolly's Zeit vernachlässigt wurde, und wir müssen dafür sorgen, daß die Sache der Arbeiter die Sache ganz Irlands wird.“ (Gerry Adams, Vizepräsident der Sinn Fein aus Belfast, aus: An Phoblacht, Zeitung der Sinn Fein, 23.6.79).

Seit Anfang 1977 hat die IRA ihre Struktur auf kleine, sechs bis zehn Mann starke und getrennt operierende Einheiten unter einheitlicher Führung umgestellt und so ihre Schlagkraft bedeutend gesteigert. Von Januar bis August 1979 kamen bereits über 80 britische Soldaten und RUC-Mitglieder durch Anschläge der IRA um, genauso

beiseitezulegen.“

Die US-Imperialisten sperrten vorletzte Woche eine Waffenlieferung an die RUC wegen „Menschenrechtsverletzungen“. Gleichzeitig luden sie über ihren New Yorker Gouverneur Hugh Carey den britischen und irischen Außenminister zu Gesprächen über die Zukunft Nordirlands nach New York ein, handelten sich dafür aber erstmal eine eisige britische Absage ein.

Die IRA hat diese neuen Manöver zurückgewiesen: „Zwecks Durchsetzung einer Lösung sollen die Republikaner konzentriert unterdrückt werden. Die amerikanische Intervention erkennt die irische Souveränität nicht an und ist eine gefährliche Entwicklung.“




8000 Menschen demonstrierten am 12.8.79 in Belfast gegen die britische Kolonialherrschaft und forderten den Abzug der britischen Truppen

Australien: Schwierige Lage in den öffentlichen Diensten

z.mat.Sydney. Mit Hilfe der reformistischen Führung des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU ist es der Regierung gelungen, den Abbruch aller Streiks im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Im Juni hatte sie gegen die machtvollen Aktionen der Arbeiter bei der Telefongesellschaft für 20% Lohnerhöhung und bei der Post gegen Rationalisierung, Entlassungen und Abstufungen zwei Gesetze in Kraft treten lassen (siehe KVZ 29/79). Mit dem Redeployment and Retirement Act können Beschäftigte „aus jedem angeordneten Grund“ versetzt oder entlassen werden. Der Employment Provisions Act erlaubt Aussperrung und Entlassung bei Beteiligung an Arbeitskämpfen. Der Arbeiterbewegung ist es nicht gelungen, die Front gegen die Gesetze im Streik zu festigen. Nach der Zusage der Regierung, daß die Maßnahmen nach dem Employment Provisions Act gegen am Streik Beteiligte rückgängig gemacht werden, forderten die ACTU-Führer bei Post und Telefon zum Streikabbruch auf, ohne daß die ursprünglichen Forderungen weiter verfolgt wurden. Nachdem so die kampfstärksten Bereiche in die Niederlage geführt worden waren, konnte die Regie-

stellten, die zahlreiche Aktionen gegen den Redeployment and Retirement Act durchführten, noch schärfer einsetzen.

Mit der Verweigerung bestimmter Arbeiten wie der Weitergabe der Zolleinnahmen an das Finanzministerium (ein Safe mit Millioneneinnahmen mußte aufgebrochen werden) haben die Beschäftigten zwar erreicht, daß der Redeployment and Retirement Act vor der Schiedskommission, die bisher nur Tariffragen verhandelte, behandelt werden soll. Gleichzeitig folgten sie aber der Empfehlung der ACTU-Führer und stellten ihre Kampfmaßnahmen ein. Damit wird ein früherer Beschluß, bei nochmaliger Anwendung des Employment Provisions Act einen Streik durchzuführen, praktisch gegenstandslos, denn zur Zeit gibt es für die Regierung keinen Anlaß mehr zu seiner Anwendung. Ein Sprecher der Gewerkschaft der Telefonarbeiter sagte, sie seien von ACTU verraten worden. Das knappe Abstimmungsergebnis in Neusüdwales von 2145 : 1725 für Streikabbruch und in Brisbane, wo die Mehrheit für Fortsetzung des Telefonstreiks stimmte, zeigt, daß die Kampfbereitschaft weiter groß ist. Doch wird

## Australien: Schwierige Lage in den öffentlichen Diensten

*z.mat.Sydney.* Mit Hilfe der reformistischen Führung des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU ist es der Regierung gelungen, den Abbruch aller Streiks im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Im Juni hatte sie gegen die machtvollen Aktionen der Arbeiter bei der Telefongesellschaft für 20% Lohnerhöhung und bei der Post gegen Rationalisierung, Entlassungen und Abstufungen zwei Gesetze in Kraft treten lassen (siehe KVZ 29/79). Mit dem Redeployment and Retirement Act können Beschäftigte „aus jedem angeordneten Grund“ versetzt oder entlassen werden. Der Employment Provisions Act erlaubt Aussperrung und Entlassung bei Beteiligung an Arbeitskämpfen. Der Arbeiterbewegung ist es nicht gelungen, die Front gegen die Gesetze im Streik zu festigen. Nach der Zusage der Regierung, daß die Maßnahmen nach dem Employment Provisions Act gegen am Streik Beteiligte rückgängig gemacht werden, forderten die ACTU-Führer bei Post und Telefon zum Streikabbruch auf, ohne daß die ursprünglichen Forderungen weiter verfolgt wurden. Nachdem so die kampfstärksten Bereiche in die Niederlage geführt worden waren, konnte die Regierung das Gesetz bei den Sozialarbeitern und den Zoll- und Verwaltungsangestellten, die zahlreiche Aktionen gegen den Redeployment and Retirement Act durchführten, noch schärfer einsetzen.

Mit der Verweigerung bestimmter Arbeiten wie der Weitergabe der Zolleinnahmen an das Finanzministerium (ein Safe mit Millioneneinnahmen mußte aufgebrochen werden) haben die Beschäftigten zwar erreicht, daß der Redeployment and Retirement Act vor der Schiedskommission, die bisher nur Tariffragen verhandelte, behandelt werden soll. Gleichzeitig folgten sie aber der Empfehlung der ACTU-Führer und stellten ihre Kampfmaßnahmen ein. Damit wird ein früherer Beschluß, bei nochmaliger Anwendung des Employment Provisions Act einen Streik durchzuführen, praktisch gegenstandslos, denn zur Zeit gibt es für die Regierung keinen Anlaß mehr zu seiner Anwendung. Ein Sprecher der Gewerkschaft der Telefonarbeiter sagte, sie seien von ACTU verraten worden. Das knappe Abstimmungsergebnis in Neusüdwales von 2145 : 1725 für Streikabbruch und in Brisbane, wo die Mehrheit für Fortsetzung des Telefonstreiks stimmte, zeigt, daß die Kampfbereitschaft weiter groß ist. Doch wird es Anstrengung kosten, die Einheit wieder herzustellen.

## Guadeloupe: Kosmetik soll imperialistische Plünderung verdecken

*z.pel.Paris.* In seiner Stellungnahme zum VIII. Wirtschaftsplan Frankreichs weist der „Wirtschafts- und Sozialrat“ die Regierung Barre auf die Bedeutung der französischen Kolonien hin: „Der gegenwärtig nicht genügend genutzte Trumpf, den die überseeischen Departements und Gebiete hinsichtlich ihrer natürlichen und menschlichen Ressourcen darstellen, muß systematisch ausgespielt werden, um Frankreichs Zugang zu Rohstoffen, Energiequellen, Lebensmittelproduktion... zu verbessern.“

Eine dieser Kolonien ist die Antilleninsel Guadeloupe. Heute beuten die französischen Imperialisten dort die 90000 Erwerbstätigen unter den 300000 Einwohnern zu jeweils 40% auf den Zuckerrohr- und Bananenplantagen sowie in der Zucker- und Bauindustrie aus. 50% des Zuckerrohrs wird auf etwa 300 Großplantagen abgebaut, der Rest von 15000 kleinen Bauern, die bis zu 30% ihrer Ernteerlöse als Pacht an die Großgrundbesitzer wegzahlen müssen. Über die Erzeugerpreise von 70 FF/t, 30 FF unter den Produktionspreisen, und Stundenlöhne von 7,30 FF für die Zuckerarbeiter hat die französische Finanzbourgeoisie noch 1978 trotz fallender Weltmarktpreise Exportüberschüsse von 2,4 Mrd. erzielt und die kleinen Bauern in die vollständige Verschuldung getrieben. Die Zuckerfabriken sind seit 1965 von 20 auf vier reduziert worden; mit der Entlassung tausender Arbeiter stieg die Arbeitslosigkeit 1978 auf 20%.

In großen Streiks unter Führung ihrer Gewerkschaft UTA und mit der Besetzung mehrerer Zuckerplantagen durch Landarbeiter und kleine Bauern führen die Volksmassen Guadeloupes seit Anfang '79 den Gegenschlag. Am 7.8. haben 5000, geführt von der Ende '78 gegründeten Nationalen Front für die Befreiung Guadeloupes, den von französischen Siedlern beherrschten Regionalrat angegriffen. Eine eilends eingesetzte Kommission der französischen Nationalversammlung empfiehlt jetzt die Anhebung des gegenüber Frankreich um 20% niedrigeren Mindestlohnes und die Gewährung von bis heute nicht gezahltem Arbeitslosengeld. Ein neues Statut soll dem Regionalrat mehr „Mitbestimmung“ einräumen. Der „Figaro“ befürchtet: „Die Maßnahmen kommen spät.“



Das Land denen, die es bebauen! Bauern und Landarbeiter demonstrieren.

### EG drängt Portugal zur Öffnung seines Marktes

*z.zik.* Portugal müsse, ließ sich die EG-Kommission jüngst vernehmen, „einen positiven Beitrag leisten“ in der Frage der Einfuhrsteuern, die „immer noch EG-Produkte diskriminieren und im Widerspruch stehen zum Vertrag von Rom“, und zwar bis zur nächsten Sitzung der Beitrittskommission im September. Es soll die Einfuhrsteuern abschaffen, die es 1975 auf die meisten industriellen Produkte beschlossen hat, um den Aufbau einer eigenen Industrie zu fördern. Die Einfuhren von industriellen Produkten nach Portugal waren von 1972 bis 1975 von 60683 auf 99474 Mio. Escudos gestiegen (6,414 bzw. 9,579 Mrd. DM zu jeweiligen Mittelkursen), das Zahlungsbilanzdefizit des Landes betrug 1975 umgerechnet 2,4 und 1976 2,2 Mrd. DM. Dieser „positive Beitrag“ hätte für Portugals Wirtschaft die allerdings negativen Auswirkungen der Überschwemmung des Marktes mit EG-Industrieprodukten und der Ruinierung der ohnehin wenig entwickelten Industrie. Mit der Einführung der Mehrwertsteuer in Portugal nach vollzogenem EG-Beitritt wird die Einfuhr nach Portugal noch einmal erleichtert: Die ausführenden Kapitalisten können die Preise ihrer Waren senken, weil sie dann die Steuer nicht selbst abführen müssen, sondern den portugiesischen Endverbrauchern aufhalsen können, den Arbeitern, Bauern und der kleinen Bourgeoisie, für die die Einführung der Mehrwertsteuer eine generelle Preiserhöhung bringen wird.

### Aus Kuba Zucker, aus Vietnam Ananas und Bananen

*z.hku.* Anfang des Jahres, als die Eintreibung von „Spenden“ zur Finanzierung der vietnamesischen Expansion auf vollen Touren lief, verwahrten sich die russischen Propagandisten heftig dagegen, Vietnam würde nichts einbringen. Vielmehr: „Vietnam hat alle Aussicht, ein großer Obst-, Gemüse- und Fischlieferant für den sozialistischen Weltmarkt zu werden. Auch einige Industriezweige sollen auf den Export orientiert werden.“ (Neue Zeit 5/79) Am 24. Juli brachte das „Neue Deutschland“ einen Bericht über den Einsatz einer vorbildlichen Jugendbrigade aus Ho-Chi-Minh-Stadt, die Land urbar gemacht habe. „750 ha sollen für große Ananas- und Bananenplantagen bereitgestellt werden.“ Die vietnamesische Reisernte wird in diesem Jahr 12 Mio. t nicht überschreiten, das sind ⅔ der benötigten Menge. Die Monatsration ist in Hanoi erneut gesenkt worden, auf 2 kg Reis und 300 g Fleisch. – Nach der Aufnahme Vietnams in den RGW 1978 ist als Spezialisierung festgelegt worden: „Vietnam, ein tropisches Land mit großen Landreserven, kann ein Hauptproduzent von Tee, Kaffee, Kautschuk, Ananas und Bananen werden. ... Die großen Reserven an Arbeitskraft geben Vietnam die Möglichkeit zur Ausweitung der Lieferungen in den RGW.“ (Vietnam Courier 6/79)

### Westsahara: Erfolgreicher Gegenschlag der FPolisario

*z.evh.* Bereits vier Stunden nach der marokkanischen Besetzung von Tirsis el Gharbia, dem ehemals mauretanisch besetzten Gebiet der Westsahara, erfolgte der Gegenschlag der FPolisario. Eine marokkanische Einheit von 400 Mann wurde vollständig aufgerieben. Brahim Hakim, Außenminister der

# Eine Jahrzehnt-Aufgabe im Eisenbahnbau

## Die afrikanischen Völker nehmen die Nord-Süd- und West-Ost-Verbindung in Angriff

*z.scc.* 150000 Afrikaner ließ der französische Generalgouverneur aus allen Teilen des damaligen „Französisch"-Äquatorialafrika als Zwangsarbeiter zusammentreiben. Man schrieb 1922, und die französischen Kolonialherren hatten sich entschlossen, zum besseren Abtransport des Kautschuk, der Diamanten und der anderen Reichtümer aus dem Gebiet der heutigen Volksrepublik Kongo eine Eisenbahnlinie von Brazzaville zum Atlantischen Ozean verlegen zu lassen. Die Strecke durch Gebirge und dichte Wälder war schwierig, die Zeit den Kolonialherren eilig und umso erbarmungsloser ihre Antreiberei. Binnen kurzem waren rund 20000 der 150000 afrikanischen Eisenbahnarbeiter an Überarbeit, Unterernährung, seuchenartig um sich greifenden Krankheiten umgekommen. Die Baya, westlich von Ubangui im Süden des heutigen Zentralafrikanischen Kaiserreiches, erhoben sich gegen die ganze Stämme vernichtende Zwangsarbeit. Ihr Aufstand wurde niedergemetzelt. 1934 schließlich konnte der französische Generalgouverneur die 515 km lange Strecke einweihen; fortan nahm die Ausplünderung „Französisch"-Kongos lebhaften Aufschwung. Während noch heute 50% aller Exporte der Volksrepublik Kongo nach Frankreich und insgesamt 90% in die EG und die USA fließen, ist ihr Handel mit den afrikanischen Nachbarstaaten kaum entwickelt – es gibt keine Eisenbahnverbindung mit auch nur einem der angrenzenden Länder.

Damit ist die Lage des Eisenbahnwesens in Afrika bereits umrissen: Es existiert, vor allem in Nord-, West- und Zentralafrika, kein Eisenbahn*netz*, das die Staaten miteinander verbindet, und zehn Staaten verfügen nicht einmal über eine einzige Linie. Die Gesamtlänge der afrikanischen Eisenbahnstrecken beträgt 78106 km – 2,63 km auf 1000 km² gegenüber 60 km auf 1000 km² in Europa.

Ließen die Kolonialherren Eisenbahnen bauen, so meist nur ein paar hundert Kilometer ins weitere Küstenhinterland, ausreichend, um die „entdeckten" Reichtümer des Kontinents zum nächsten Hafen und von dort in die europäischen Metropolen abzutransportieren: Phosphat aus Marokko und Mauretanien, Baumwolle aus Ägypten, Kupfer aus „Belgisch"-Kongo, Gold und Diamanten aus Südafrika, Palmenkerne aus Nigeria – die Reihe ließe sich schier endlos fortsetzen. Oder sie ließen sie bauen, um weite Gebiete für Plantagenwirtschaft zu „erschließen", wie der französische Generalgouverneur in Westafrika, der eine Eisenbahnlinie von Conakry/Guinea ins Landesinnere verlegen ließ, weil einige Kolonialgesellschaften Extraprofite aus der Anlage großer Bananenplantagen erwarteten.

afrikanischen Nachbarstaaten kaum entwickelt – es gibt keine Eisenbahnverbindung mit auch nur einem der angrenzenden Länder.

Damit ist die Lage des Eisenbahnwesens in Afrika bereits umrissen: Es existiert, vor allem in Nord-, West- und Zentralafrika, kein Eisenbahn*netz*, das die Staaten miteinander verbindet, und zehn Staaten verfügen nicht einmal über eine einzige Linie. Die Gesamtlänge der afrikanischen Eisenbahnstrecken beträgt 78106 km – 2,63 km auf 1000 km² gegenüber 60 km auf 1000 km² in Europa.

Ließen die Kolonialherren Eisenbahnen bauen, so meist nur ein paar hundert Kilometer ins weitere Küstenhinterland, ausreichend, um die „entdeckten" Reichtümer des Kontinents zum nächsten Hafen und von dort in die europäischen Metropolen abzutransportieren: Phosphat aus Marokko und Mauretanien, Baumwolle aus Ägypten, Kupfer aus „Belgisch"-Kongo, Gold und Diamanten aus Südafrika, Palmenkerne aus Nigeria – die Reihe ließe sich schier endlos fortsetzen. Oder sie ließen sie bauen, um weite Gebiete für Plantagenwirtschaft zu „erschließen", wie der französische Generalgouverneur in Westafrika, der eine Eisenbahnlinie von Conakry/Guinea ins Landesinnere verlegen ließ, weil einige Kolonialgesellschaften Extraprofite aus der Anlage großer Bananenplantagen erwarteten.

Die Karte gibt einen Eindruck vom kolonialen Verwüstungswerk, und doch zeigt sie nur die halbe Wahrheit und ist die Beseitigung der Hinterlassenschaften noch schwieriger, als es ohnehin schon erscheint.

61,5% der afrikanischen Eisenbahnlinien haben eine Spurweite von 1,067 m. Von den gut 14000 km nördlich der Sahara hat keine Linie dieses Maß, dafür gibt es fünf andere zwischen 0,75 und 1,435 m. In den ehemaligen deutschen Kolonien dominiert die Weite von 1,00 m, und insgesamt stellt sich den afrikanischen Staaten das Problem, Strecken von *neun* Spurweiten zwischen 0,60 und 1,435 m zu einem einheitlichen Netz zusammenzufügen. Die unterschiedlichen Maßeinheiten der europäischen Kolonialmächte liefern nur zum Teil die Erklärung für dieses Chaos: Drängte nämlich die Kolonialisten, vor allem während der Vorbereitungen des ersten imperialistischen Weltkrieges, die Zeit bei der Ausplünderung der Rohstoffe besonders, ließen sie halt kleinere und weniger aufwendige Schmalspurbahnen bauen.

Mit der Gründung der Union der Afrikanischen Eisenbahnen 1972 haben sich die afrikanischen Länder darauf geeinigt, angesichts des größten Verbreitungsgrades die Spurweite von 1,067 m zum allgemeinen Standard zu erheben, künftige Strecken nur noch in entsprechender Weite zu bauen und andere Linien mit 1,05, 1,00 oder 0,95 m Spurweite durch Umsetzung der Gleise umzurüsten. Gleichzeitig entwickeln sie, um die Übergangsschwierigkeiten in den Griff zu bekommen und den Eisenbahn- besser mit dem Straßentransport verbinden zu können, das Containersystem.

Die Normierung der Eisenbahnen – vereinheitlicht werden müssen auch die Bremssysteme wie überhaupt das gesamte rollende Material – ist die erste Voraussetzung für den Aufbau eines afrikanischen Eisenbahnnetzes. Die einzige ist sie noch lange nicht.

Beim Bau der Kolonialbahnen hatten die europäischen Mächte außer an Menschenleben buchstäblich an allem gespart. An Erd- und Trassierungsarbeiten wurden nur die allernotwendigsten ausgeführt. Die Strecke Dakar-St. Louis etwa ließen die französischen Kolonialisten auf Sandbettung verlegen, die durch starke Regenfälle schnell weggespült wird. Auch verwendeten sie Fichtenholzschwellen, die aufgrund ihrer weichen und langfaserigen Beschaffenheit weit kurzlebiger sind als die in Europa üblicherweise verwandten Eichen- oder Buchenholzschwellen. Die Schienen waren in aller Regel leichter als in Europa üblich, d.h. sie verzogen sich rascher, konnten nur gering belastet werden und verschlissen schneller. Nach drei Jahren hatten die „Betriebsüberschüsse" der Eisenbahn Dakar-St. Louis die Baukosten zu 60% wieder eingebracht. An den europäischen Aktienbörsen Anfang des Jahrhunderts wurden die Aktien der Kolonialbahnen bei einer Verzinsung von 10 bis 12, teilweise bis zu 20% hoch gehandelt.

nen, das Containersystem.

Die Normierung der Eisenbahnen – vereinheitlicht werden müssen auch die Bremssysteme wie überhaupt das gesamte rollende Material – ist die erste Voraussetzung für den Aufbau eines afrikanischen Eisenbahnnetzes. Die einzige ist sie noch lange nicht.

Beim Bau der Kolonialbahnen hatten die europäischen Mächte außer an Menschenleben buchstäblich an allem gespart. An Erd- und Trassierungsarbeiten wurden nur die allernotwendigsten ausgeführt. Die Strecke Dakar-St. Louis etwa ließen die französischen Kolonialisten auf Sandbettung verlegen, die durch starke Regenfälle schnell weggespült wird. Auch verwendeten sie Fichtenholzschwellen, die aufgrund ihrer weichen und langfaserigen Beschaffenheit weit kurzlebiger sind als die in Europa üblicherweise verwandten Eichen- oder Buchenholzschwellen. Die Schienen waren in aller Regel leichter als in Europa üblich, d.h. sie verzogen sich rascher, konnten nur gering belastet werden und verschlissen schneller. Nach drei Jahren hatten die „Betriebsüberschüsse" der Eisenbahn Dakar-St. Louis die Baukosten zu 60% wieder eingebracht. An den europäischen Aktienbörsen Anfang des Jahrhunderts wurden die Aktien der Kolonialbahnen bei einer Verzinsung von 10 bis 12, teilweise bis zu 20% hoch gehandelt.

Die andere Seite des profitlichen Eisenbahn-Geschäfts: Die afrikanischen Völker übernahmen nach ihrer nationalen Befreiung mehr oder weniger Eisenbahnruinen. Selbst wo die Unterbauten, gemessen an den durchschnittlich vorherrschenden Verhältnissen, noch einigermaßen „intakt" waren, lassen sie bis heute trotz aufwendiger Reparatur- und Erneuerungsarbeiten lediglich Geschwindigkeiten von 30 bis 40 km/h zu. Die unelastischen Unterbauten machen sowohl lange Züge wie auch eine wirtschaftliche, hohe Belastung der Waggons unmöglich. Auf den Strecken, die älter als 20 Jahre sind, beträgt die Höchstlast pro Radachse 12,5 bis 18 t gegenüber 18 bis 22 t in Europa. (Auf jüngeren, unter afrikanischer Regie gebauten Strecken werden inzwischen 20 t/Radachse erreicht.) Kurzum, dank der kolonialen Hinterlassenschaften liegen die Transportkosten der afrikanischen Länder weit über denen der imperialistischen Länder. Die Differenz fließt den imperialistischen Metropolen als Extraprofit zu.

Für die wirtschaftliche Entwicklung, die Entfaltung des innerafrikanischen Handels, des Geldverkehrs, der Zusammenarbeit auf allen Gebieten, der tatsächlichen, bewußten Erschließung des Kontinents ist die Umwälzung und der Ausbau des Transport- und insbesondere des Eisenbahnwesens von fundamentaler Bedeutung. Großes haben die afrikanischen Völker seit ihrer nationalen Befreiung hier bereits geleistet: So etwa die fortgeschrittene Umstellung von Dampf- auf Diesellokomotiven und den Beginn der Elektrifizierung der Strecken (bisher 9%). So die Aufnahme der Produktion von Zügen und Waggons in Marokko und Mozambique. So die Inangriffnahme und teilweise Fertigstellung zahlreicher neuer Eisenbahnverbindungen zwischen verschiedenen Ländern, von denen die 1800 km lange Tansam-Bahn zwischen Tansania und Sambia die bedeutendste ist. Andere im Bau befindliche Projekte sollen Algerien und Mali, Libyen und Tunesien, Sudan und Tschad, Nigeria mit Kamerun und dem Zentralafrikanischen Kaiserreich verbinden, um nur einige zu nennen.

Um entscheidende Fortschritte zu erzielen, haben die afrikanischen Länder unter der Schirmherrschaft der UNO die Periode 1978 – 1988 zum „Jahrzehnt des Transports in Afrika" erklärt und sich hohe Ziele auf dem Gebiet des Eisenbahn- und Straßenbaus, der Fluß- und Meeresschiffahrt sowie der Luftfahrt gestellt.

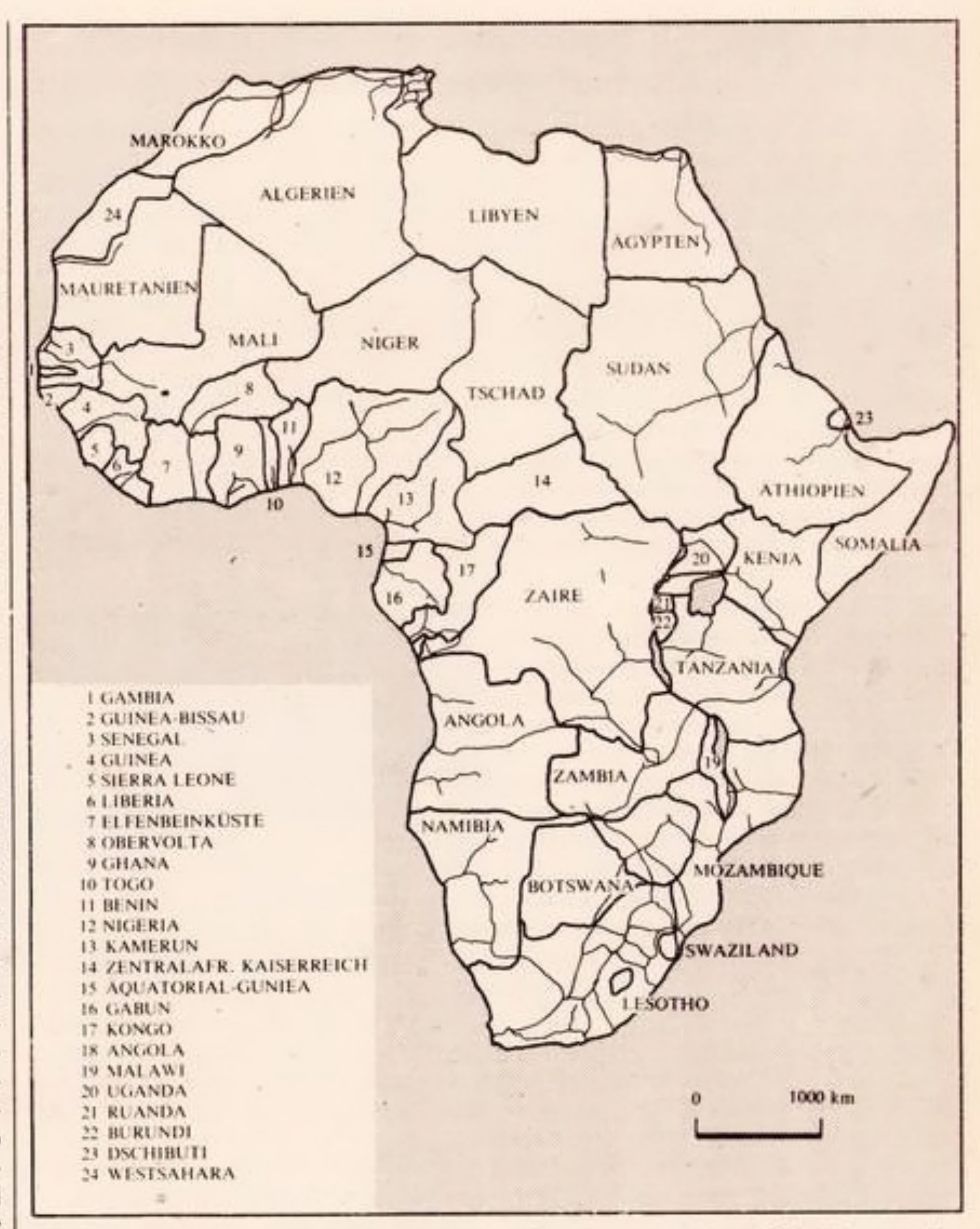
Die Hauptziele auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus lassen sich leicht zusammenfassen und bedeuten doch eine ungeheure gemeinschaftliche Anstrengung: Die endgültige Verbindung des afrikanischen Nordens mit dem Süden, das heißt die Fertigstellung der Route Kap-Kairo. Mit der Tansam-Bahn ist hier eine wichtige Teilstrecke bereits fertig; es fehlen 1650 km Verbindungsstrecken zwischen Ägypten und Sudan, Sudan und Uganda, Sambia und Malawi. Eine zweite geplante Nord-Süd-Linie soll – entweder durch die Sahara, Niger, Nigeria oder von Algerien aus

Mozambique. So die Inangriffnahme und teilweise Fertigstellung zahlreicher neuer Eisenbahnverbindungen zwischen verschiedenen Ländern, von denen die 1800 km lange Tansam-Bahn zwischen Tansania und Sambia die bedeutendste ist. Andere im Bau befindliche Projekte sollen Algerien und Mali, Libyen und Tunesien, Sudan und Tschad, Nigeria mit Kamerun und dem Zentralafrikanischen Kaiserreich verbinden, um nur einige zu nennen.

Um entscheidende Fortschritte zu erzielen, haben die afrikanischen Länder unter der Schirmherrschaft der UNO die Periode 1978 – 1988 zum „Jahrzehnt des Transports in Afrika" erklärt und sich hohe Ziele auf dem Gebiet des Eisenbahn- und Straßenbaus, der Fluß- und Meeresschiffahrt sowie der Luftfahrt gestellt.

Die Hauptziele auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus lassen sich leicht zusammenfassen und bedeuten doch eine ungeheure gemeinschaftliche Anstrengung: Die endgültige Verbindung des afrikanischen Nordens mit dem Süden, das heißt die Fertigstellung der Route Kap-Kairo. Mit der Tansam-Bahn ist hier eine wichtige Teilstrecke bereits fertig; es fehlen 1650 km Verbindungsstrecken zwischen Ägypten und Sudan, Sudan und Uganda, Sambia und Malawi. Eine zweite geplante Nord-Süd-Linie soll – entweder durch die Sahara, Niger, Nigeria oder von Algerien aus

die Küste entlang führend – das Mittelmeer mit Westafrika und später dem Südlichen Afrika verbinden. Die zweite große Hauptlinie soll in West-Ost-Richtung führen und den Atlantik mit dem Roten Meer und dem Indischen Ozean verbinden: 1470 km Eisenbahnneubau von Nigeria aus über Kamerun, Tschad nach Sudan. Zahlreiche weitere Strecken – der gesamte Plan




Eisenbahnlinien in Afrika. Im „Jahrzehnt des Transports in Afrika" bauen die afrikanischen Völker ein Eisenbahnnetz.

sieht den Neubau von 15600 km vor – sollen sowohl regionale Transportverbindungen schaffen oder ausbauen wie auch zahlreiche afrikanische Länder an das neue Nord-Süd – West-Ost – Kreuz anschließen. Mittels vier einzurichtenden Verwaltungszentren in Wardan (Ägypten), Zaria (Nigeria), Brazzaville (Kongo) und Lusaka (Sambia) werden die nationalen Anstrengungen beim Ausbau dieses großen Netzes koordiniert.

80 Jahre ungefähr ist es her, daß die britischen Kolonialisten, von Nord nach Süd vorstoßend, um die strategische Linie Kap-Kairo zu besetzen, und die französischen Kolonialisten, von West nach Ost den Weg vom Atlantischen Ozean zum Indischen sich bahnend, aufeinanderprallten. Die koloniale Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter die europäischen Mächte war im großen und ganzen abgeschlossen. Man mag ermessen, welchen Fortschritt für die endgültige Befreiung von kolonialer und neokolonialer Herrschaft, für die politische Einheit Afrikas, sich mit dem „Jahrzehnt des Transports in Afrika", mit der Herstellung der Nord-Süd und der West-Ost-Verbindung die afrikanischen Völker zum Ziel gesetzt haben.



Eisenbahnlinien in Afrika. Im „Jahrzehnt des Transports in Afrika" bauen die afrikanischen Völker ein Eisenbahnnetz.

sieht den Neubau von 15600 km vor – sollen sowohl regionale Transportverbindungen schaffen oder ausbauen wie auch zahlreiche afrikanische Länder an das neue Nord-Süd – West-Ost – Kreuz anschließen. Mittels vier einzurichtenden Verwaltungszentren in Wardan (Ägypten), Zaria (Nigeria), Brazzaville (Kongo) und Lusaka (Sambia) werden die nationalen Anstrengungen beim Ausbau dieses großen Netzes koordiniert.

80 Jahre ungefähr ist es her, daß die britischen Kolonialisten, von Nord nach Süd vorstoßend, um die strategische Linie Kap-Kairo zu besetzen, und die französischen Kolonialisten, von West nach Ost den Weg vom Atlantischen Ozean zum Indischen sich bahnend, aufeinanderprallten. Die koloniale Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter die europäischen Mächte war im großen und ganzen abgeschlossen. Man mag ermessen, welchen Fortschritt für die endgültige Befreiung von kolonialer und neokolonialer Herrschaft, für die politische Einheit Afrikas, sich mit dem „Jahrzehnt des Transports in Afrika", mit der Herstellung der Nord-Süd und der West-Ost-Verbindung die afrikanischen Völker zum Ziel gesetzt haben.



Senegalesische Eisenbahnarbeiter ersetzen alte Gleise. Der von der französischen Kolonialmacht hinterlassene Bahn-Unterbau mußte praktisch vollständig erneuert werden.

---

Demokratischen Arabischen Republik Sahara, erklärte in Paris zur gegenwärtigen Lage: „Die FPolisario dehnt in legitimer Selbstverteidigung ihre militärischen Operationen soweit wie möglich und mit größter Schlagkraft ins Innere Marokkos und die von ihm besetzten Gebiete aus. (...) Die marokkanische Regierung sollte sich vom Beispiel Mauretaniens leiten lassen, anstatt in eine Haltung des Abenteurertums, des unverantwortlichen Starrsinns zu verfallen." Mauretanien protestierte energisch gegen die „marokkanische Provokation". In Nouakchott, der Hauptstadt, demonstrierten Hunderte gegen den Imperialismus und für den Abzug der marokkanischen Truppen aus Mauretanien. Am 14.8. wurden die diplomatischen Beziehungen zu Algerien wieder aufgenommen. Marokko, von den US-Imperialisten in den letzten Monaten verstärkt mit Waffen beliefert und in den kriegerischen Aktionen angetrieben, gerät in zunehmende Isolation. Gegenüber den französischen Imperialisten, die Hassen II nicht mehr offen unterstützen können, erhebt die französische Gewerkschaft CGT die Forderung nach dem vollständigen Abzug der französischen Militärberater und der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes.

### PLO: „Verschärfung der Offensive an allen Fronten"

*z.mih.* Die beiden Schwerpunkte der gefaßten Beschlüsse der Zentralratssitzung der PLO vom 8. – 10. August in Damaskus sind: Verstärkung des bewaffneten Kampfes und des Kampfes auf diplomatischer Ebene zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser und der PLO als deren einzig rechtmäßiger Vertretung. Zur Vorbereitung der 34. UNO-Vollversammlung will die PLO die Kontakte zu den Ländern der Dritten Welt weiter ausbauen und die Widersprüche unter den Imperialisten nutzen, um einzelne, die sich so Hoffnung auf Einflußnahme machen, aus der Front herauszubrechen und zur Anerkennung der PLO zu zwingen. Diese Politik zeigt weitere Erfolge. Als erstes NATO-Land hat die Türkei die PLO anerkannt und ihr eine diplomatische Vertretung in Ankara eingerichtet. 100000 Menschen haben am Freitag in Teheran zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes demonstriert und Khomeiny hat der PLO die volle Hilfe in ihrem Kampf zugesichert. Auf der anderen Seite sind Brandt, Kreisky und Möllemann mit ihren Testballons, der PLO die Anerkennung des Existenzrecht Israels abzuringen, gescheitert.

### Benzinpreiserhöhungen im Sudan zurückgeschlagen

*z.mih.* In der ersten Augustwoche hat die sudanesische Regierung Preiserhöhungen für Zucker, Mehl und Benzin beschlossen. Die schweren Auseinandersetzungen bei Demonstrationen der Studenten mit Beteiligung der Gewerkschaften in der sudanesischen Hauptstadt Khartum gegen die Preiserhöhungen als Maßnahme, die großen wirtschaftlichen Probleme des Landes auf die Volksmassen abzuwälzen, zwangen Regierungschef Numeiri in einer Fernsehrede am 13. August die verordnete Benzinpreiserhöhung zurückzunehmen. Die Sozialimperialisten nahmen die Geschehnisse zum Anlaß, einen neuen erfolglosen Anlauf zu nehmen, die Numeiri-Regierung als Hindernis der völligen sowjetischen Beherrschung Äthiopiens wegen ihrer konsequenten Unterstützung des eritreischen Befreiungskrieges abzuservieren, so daß Numeiri seinerseits versuchte , das Mengistu-Regime für die Kämpfe verantwortlich zu machen. – Die Kredite der arabischen Länder haben bisher die weitere Verschuldung des Sudan beim US-Imperialismus (1979: 100 Mio.$ Wirtschafts- und 25 Mio.$ Miltärhilfe) nicht verhindern können. Die Schwankungen des Weltmarktpreises für Baumwolle, Sudans bedeutendstes Exportgut, haben bewirkt, daß das Land kaum noch Devisen hat, die nötigen Importe zu bezahlen.

### Nicaraguas Regierung errichtet Handelsmonopol

*z.zik.* Nach der Verstaatlichung der Banken hat jetzt die Regierung von Nicaragua mit dem Beschluß, ein staatliches Handelsmonopol für Baumwolle, Kaffee und Zucker zu errichten, einen weiteren wichtigen Schritt unternommen, um den US-Imperialisten die Kontrolle über die Wirtschaft des Landes zu entreißen. Baumwolle ist mit ca. 30% Anteil am Exportwert eines der wichtigsten Ausfuhrgüter Nicaraguas, ebenso Kaffee mit 10% und Zucker, der zusammen mit Edelmetallen, Fleisch, Bananen und Holz (knapp über die Hälfte der Landfläche Nicaraguas ist mit Wald bedeckt) 54% des Exportwertes ausmacht. Die Ausrichtung der Wirtschaft des Landes nach den Bedürfnissen der US-Monopole und die Plünderung der Reichtümer des Landes durch dieselben haben das Land in immer tiefere Abhängigkeit gebracht. Fast alle industriellen Produkte müssen importiert werden. Nicaragua hatte so jedes Jahr ein Außenhandelsdefizit, allein 1978 waren es 209 Mio. $. Die Auslandsschulden sind ständig gestiegen: Betrugen sie 1975 noch 782 Mio., so waren es 1976 bereits 935 Mio. $. Für die Schuldendienstzahlungen (Tilgung und Zinsen) mußten 1976 Gelder in Höhe von 12% des Werts der ausgeführten Waren aufgebracht werden. Zusätzlich zur Errichtung des Handelsmonopols hat die nicaraguanische Regierung die Kontrolle des Devisenverkehrs angekündigt, um von vorneherein die Bildung einer – schwarzen – Dollar-Währung zu verhindern.

## „La raza" – Nationalrevolutionäre Kämpfe im Südwesten der USA

*z.gek.* „Was wir wollen, ist das Selbstbestimmungsrecht, die vollständige Kontrolle über unser Heimatland, den Südwesten, der uns und unseren indianischen Brüdern mit dem vorgehaltenen Gewehr geraubt worden ist", hat Pat Macias, Sprecherin einer breiten Aktionseinheit nationaler und revolutionärer Organisationen der mexikanischen und indianischen Volksmassen, erklärt, die gegenwärtig eine Kundgebung für den 29. August vorbereitet, den Tag des „Chicano-Moratoriums" von 1970. Damals waren 25000 in Los Angeles (der größten Konzentration von Mexikanern nach Mexico-Stadt) marschiert, gegen den Vietnam-Krieg, aber zugleich für die nationalen Rechte des Chicano-Volkes.

„Chicano" ist eigentlich eine kolonialistische Verballhornung der von den Azteken herstammenden Bezeichnung „mexicanos". So bezeichneten die US-Imperialisten summarisch die ihnen unterworfenen Völkerschaften dieses Raumes, und vor allem die Jugend der Mexikaner-Ghettos, der „barrios", nahm seit den 60er Jahren die Bezeichnung ironisch auf. Unter den ländlichen Massen im Südwesten ist eine andere Bezeichnung üblich, um die nationale Identität gegenüber den Kolonisatoren auszudrücken: „la raza", *„das Volk"*.

Am 14. September 1847 waren die US-Truppen nach einer Invasion zu Land und zur See in Mexiko-Stadt einmarschiert. Im Vertrag von Guadeloupe Hidalgo mußte Mexiko die gesamte nördliche Hälfte seines Territoriums an die USA abtreten: Kalifornien, Utah, das südliche Colorado, Neu-Mexiko, Arizona, und – endgültig – Texas, das unter einem Terrorregime weißer Sklavenhalter schon 1836 von Mexiko losgerissen und 1845 den Vereinigten Staaten von Amerika „beigetreten" war. Die koloniale Landnahme der weißen Siedlerbourgeoisie der USA hatte damit den Rio Grande und den Pazifik erreicht. Das war alles andere als etwa bloße Besiegelung vollendeter Tatsachen: so betrug die von den spanischen Missionen in Kalifornien im Jahr 1848 registrierte Bevölkerung 24000 Indianer, 12000 spanisch-sprechende Mexikaner (meist Mestizen), und 500 weiße Händler und Siedler aus dem Osten der USA.

Mit der Annektierung der nördlichen Hälfte Mexikos, einem Gebiet von 1 Million Quadratmeilen, wurden die USA vollends zu einem riesigen Völkergefängnis. Hierhin, in den Südwesten, waren auch viele der durch gnadenlose Ausrottungskriege dezimierten nordamerikanischen Indianervölker vertrieben worden. Im Kampf ums Überleben gerieten sie anfangs mit den Mestizobauern und den eingesessenen mexikanischen Indianervölkern aneinander, die hier seit Jahrtausenden als Ackerbauer selbst den kärgsten Böden noch Früchte abgewonnen und das Land kultiviert hatten. Die Neuankömmlinge waren dagegen durch die Vertreibung ganz auf die Stufe von Jägern und Nomaden zurückgeworfen.

Die Feindschaft war kurzlebig; bald entstand ein enges Kampfbündnis. Die US-Bourgeoisie brauchte fast 50 Jahre, bis sie den Südwesten sicher erobert hatte. So mußte die US-Armee 1876 – 78 allein in einem County in Neu-Mexico einen 2jährigen Feldzug führen, um die dortige Guerilla für einige Zeit auszurotten. „Comancheros" nannten die weißen Grundbesitzer sie, da es sich um ein Bündnis von Comanche-Indianern und mexikanischen Bauern handelte. Sie hatten eine fest in den Dörfern verankerte Organisation, die „gorras blancas" (weißen Kutten), die zuerst den Selbstschutz gegen den Land- und Viehdiebstahl der Großrancher bildeten, um dann selbst zum Angriff überzugehen. Zahlreiche „corridos" berichten heute noch von diesem Kampf, erzählende Gesänge, worin die mexikanisch-indianischen Volksmassen des Südwestens ihre Geschichte in mündlicher Tradition bewahren.

Der „Südwesten" der USA ist bis heute nichts anderes als der okkupierte Norden Mexikos. Zwar erhebt Mexiko keine Forderung nach Rückgabe. Wohl aber erheben die Massen im Südwesten die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht. Und nach Land! Es dürften die größten Zwangsumsiedlungen in der ganzen neueren Geschichte sein, die der US-Imperialismus in dieser Region vorgenommen hat und Jahr für Jahr vornimmt, um die nationalrevolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die erste Tat der Eroberer war die systematische Vertreibung der indianischen und mexikanischen Bauern von ihrem Dorfland, den ejidos, entweder in Reservate oder in die Städte. 1970 waren im Bundesstaat Neu-Mexico fast 50% des bebaubaren Bodens in Staatsbesitz. Schon früh war diese Landvertreibung mit systematischen Massenabschiebungen nach Mexiko verbunden. 1978 wurden wieder die Zahlen von 1953 – 54 erreicht: mehr als *1 Million* durch die Einwanderungspolizei Eingefangene und Abgeschobene in 1 Jahr, nicht gerechnet die hunderttausende, die gleich nachdem sie den Rio Grande durchschwommen haben, gefaßt und zurückgeschickt werden. Die US-Bourgeoisie schwatzt, um die Wirklichkeit zu bemänteln und die Arbeiterbewegung zu spalten, in der Regel davon, es seien die hungrigen mexikanischen Campesinos auf der Jagd nach Arbeitsplätzen in den USA. Das ist weniger als eine Viertelwahrheit, also eine fette Lüge. „Für die Mexikaner heißt sich in den Südwesten begeben, sich in einen anderen Teil *ihres Landes* begeben", hat Hector Abeyta, ein Funktionär des US-Arbeitsministeriums in Kalifornien zugeben müssen. Im Jahr 1964, als die Grenze zeitweise relativ offen war, haben (statistisch) 67 Millionen Mexikaner sie im Lauf eines Jahres in der einen oder anderen Richtung passiert. (Stan Steiner, La Raza.

das Land kultiviert hatten. Die Neuankömmlinge waren dagegen durch die Vertreibung ganz auf die Stufe von Jägern und Nomaden zurückgeworfen.

Die Feindschaft war kurzlebig; bald entstand ein enges Kampfbündnis. Die US-Bourgeoisie brauchte fast 50 Jahre, bis sie den Südwesten sicher erobert hatte. So mußte die US-Armee 1876 – 78 allein in einem County in Neu-Mexico einen 2jährigen Feldzug führen, um die dortige Guerilla für einige Zeit auszurotten. „Comancheros" nannten die weißen Grundbesitzer sie, da es sich um ein Bündnis von Comanche-Indianern und mexikanischen Bauern handelte. Sie hatten eine fest in den Dörfern verankerte Organisation, die „gorras blancas" (weißen Kutten), die zuerst den Selbstschutz gegen den Land- und Viehdiebstahl der Großrancher bildeten, um dann selbst zum Angriff überzugehen. Zahlreiche „corridos" berichten heute noch von diesem Kampf, erzählende Gesänge, worin die mexikanisch-indianischen Volksmassen des Südwestens ihre Geschichte in mündlicher Tradition bewahren.

Der „Südwesten" der USA ist bis heute nichts anderes als der okkupierte Norden Mexikos. Zwar erhebt Mexiko keine Forderung nach Rückgabe. Wohl aber erheben die Massen im Südwesten die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht. Und nach Land! Es dürften die größten Zwangsumsiedlungen in der ganzen neueren Geschichte sein, die der US-Imperialismus in dieser Region vorgenommen hat und Jahr für Jahr vornimmt, um die nationalrevolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die erste Tat der Eroberer war die systematische Vertreibung der indianischen und mexikanischen Bauern von ihrem Dorfland, den ejidos, entweder in Reservate oder in die Städte. 1970 waren im Bundesstaat Neu-Mexico fast 50% des bebaubaren Bodens in Staatsbesitz. Schon früh war diese Landvertreibung mit systematischen Massenabschiebungen nach Mexiko verbunden. 1978 wurden wieder die Zahlen von 1953 – 54 erreicht: mehr als *1 Million* durch die Einwanderungspolizei Eingefangene und Abgeschobene in 1 Jahr, nicht gerechnet die hunderttausende, die gleich nachdem sie den Rio Grande durchschwommen haben, gefaßt und zurückgeschickt werden. Die US-Bourgeoisie schwatzt, um die Wirklichkeit zu bemänteln und die Arbeiterbewegung zu spalten, in der Regel davon, es seien die hungrigen mexikanischen Campesinos auf der Jagd nach Arbeitsplätzen in den USA. Das ist weniger als eine Viertelwahrheit, also eine fette Lüge. „Für die Mexikaner heißt sich in den Südwesten begeben, sich in einen anderen Teil *ihres Landes* begeben", hat Hector Abeyta, ein Funktionär des US-Arbeitsministeriums in Kalifornien zugeben müssen. Im Jahr 1964, als die Grenze zeitweise relativ offen war, haben (statistisch) 67 Millionen Mexikaner sie im Lauf eines Jahres in der einen oder anderen Richtung passiert. (Stan Steiner, La Raza.
The Mexican Americans, 1969)

Durch den Raub des Landes der nordamerikanischen Indianervölker, dann der nördlichen Gebiete Mexikos, der großen indianischen Nation Mittelamerikas, sind die USA groß geworden. Diese Grundlagen ihre Machstellung als Supermacht geraten ins Wanken. Unter den Losungen „tierra y libertad", Land und Freiheit, haben Vertreter zahlreicher Indianerstämme und Chicano-Gemeinden im Mai eine „ Landkonferenz" abgehalten, um ihre zahlreich im ganzen Land geführten Kämpfe zur Wiedergewinnung der gestohlenen Ländereien zusammenzufassen, als ersten wichtigen Schritt im Kampf um das volle Selbstbestimmungsrecht als unterdrückte Nation.

## Große revolutionäre Tradition der Arbeiter und Bauern Mexikos

*z.mif.* Die mexikanische Nation bildete sich im Kampf gegen die spanische Kolonialmacht heraus. Im jahrhundertelangen Kampf schlossen sich die indianischen Bauernmassen, Bergarbeiter, Handwerker, die Stadtarmut und das städtischen Kleinbürgertum gegen die Kolonialmacht zusammen; sie zogen Teile der Intelligenz, der Offiziere, der Beamten und niedrigen Geistlichkeit auf ihre Seite. Viele der Führer waren Geistliche, so der Dorfpfarrer Hidalgo, der 1810 von der Kanzel zum bewaffneten Kampf aufrief. Zum anerkannten Führer der Bewegung konnte er werden durch die erworbene Kenntnis mehrerer Indianersprachen sowie durch Kenntnisse in zahlreichen handwerklichen Produktionen, die von der Kolonialmacht unterdrückt wurden. So trug er zur Entwicklung der dörflichen Produktivkräfte bei. Er erhob nicht nur die Forderung nach Beseitigung der spanischen Kolonialherrschaft, sondern verlangte ebenso die Rückgabe der enteigneten Ländereien an die indianischen Bauern sowie die Freilassung der Sklaven, die Aufhebung der Kopfsteuer und die Beseitigung der kolonialen Schranken für die Entwicklung der Manufaktur und des Handels.

Die Unabhängigkeit von Spanien, ebenso die Abschaffung der Sklaverei war 1821 erreicht; nicht aber die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Dazu war die nationale Bourgeoisie zu schwach; Spanien hatte den Handel fast vollständig monopolisiert und eine industrielle Entwicklung nicht zugelassen, sondern hatte sich auf die Ausbeutung der Gold- und Silberschätze und die plantagenmäßige Produktion landwirtschaftlicher Produkte konzentriert. Die Revolution von 1821 erreichte nicht die Beseitigung der Macht der Kirche, die Besitzerin der Hälfte des mexikanischen Bodens war. Die Bauern waren noch an den Grundbesitzer gefesselt, ein Leichtes daher für die europäischen Kolonialmächte und die US-Bourgeoisie, Einfälle in das Land zu machen und es zu rauben. Die US-Bourgeois raubten die Hälfte des Landes; als dann die französischen Konkurrenten sich erfrechten, Mexiko einen Kaiser Maximilian aufpfropfen zu wollen, erhoben sich die Volksklassen erneut, unter Führung von Benito Juarez, warfen die französischen Eindringliche hinaus, stellten Maximilian an die Wand und enteigneten die katholische Kirche, die den Türöffner der Kolonialmächte darstellte. Statt jedoch den gesamten Großgrundbesitz zu enteignen, übereignete die Bourgeoisie ihm die Kirchengüter. Zehn Jahre später, 1876, putschte Porfirio Diaz und enteignete die „ejidos", das Gemeindeland, das über die spanische Kolonialzeit hatte verteidigt werden können. 1910 hatte Diaz 95% der mexikanischen Bauern landlos gemacht. Sie wurden in die Fabriken und auf die neuen Plantagen der Agrarkapitalisten getrieben, errichtet von den US-, den britischen, französischen, deutschen Bourgeois. Das US-Kapital hatte 1910 bereits 1 Mrd. Dollar in Mexiko angelegt, ihm gehörten 75% der Bergwerke und die Hälfte der Erdölquellen, der Rest den Briten. Das deutsche Kapital warf sich auf das Verkehrswesen, das französische auf die Verarbeitungsindustrie. Die US-Kapitalisten schlossen Mexiko an ihr Eisenbahnnetz an, sie bauten eine Linie durch ganz Mexiko hindurch bis nach Guatemala, sowie eine Querverbindung zwischen den Ozeanen.

Diaz übte die schärfste Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen aus, es gab kein Streikrecht und kein Recht, Gewerkschaften zu gründen. In illegalen Streiks und dem Kampf der Bauern gegen ihre Enteignung reiften die Bedingungen für eine erneute Revolution heran. Als Diaz begann, den japanischen Imperialisten Angebote zu machen, ließen ihn die US-Imperialisten fallen, und die Arbeiter und Bauern Mexikos beseitigten ihn. In der Revolution 1910 bis 1917 setzten die Bauern die Aufhebung des Großgrundbesitzes durch. Die Arbeiter setzten eine gesetzliche Verankerung des Achtstundentages und des Streikrechts durch, insgesamt das fortschrittlichste Arbeitsgesetz dieser Zeit. Eine bewaffnete Intervention der US-Imperialisten wurde zurückgeschlagen. Jedoch gelang nicht die Beseitigung der neokolonialen Durchdringung des Landes. Dazu war die Arbeiterbewegung zu wenig entwickelt, waren die Verbindungen zwischen Arbeitern und Bauern zu schwach. Die Kommunistische Partei Mexikos wurde 1919 gegründet.

In den zwanziger und dreißiger Jahren kam der Kampf der Arbeiterklasse in großen Streiks voran. 1920 streikten die Textil- und die Bergarbeiter. In den Jahren 1931 – 34 fanden durchschnittlich 70 Streiks statt, 1935 642 und 1936 674. Die enteigneten Bauern konnten eine wirkliche Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes nur in Teilen durchsetzen. So streikten die Landarbeiter auf 104 Plantagen 1936 in den Gebieten der Lagune von Chihuahua und Durango für Lohnerhöhung, Wohnungen und Koalitionsfreiheit, die Regierung Cardenas enteignete die Grundbesitzer und teilte das Land unter die Landarbeiter auf.

Cardenas war 1934 mit einem nationalistischen Programm gewählt worden. Die von ihm geführte Nationalrevolutionäre Partei, Vorläuferin der heutigen Institutionell-Revolutionären Partei PRI, verabschiedete auf ihrem Kongreß 1933 einen Sechsjahresplan, in dem es heißt: „Angesichts des Klassenkampfs, der aus unserer Produktionsweise erwächst, ist es die Pflicht der Regierung, die Einheit der arbeitenden Klassen zu stärken." Das Schwergewicht des Programms liegt




ebenso die Abschaffung der Sklaverei war 1821 erreicht; nicht aber die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Dazu war die nationale Bourgeoisie zu schwach; Spanien hatte den Handel fast vollständig monopolisiert und eine industrielle Entwicklung nicht zugelassen, sondern hatte sich auf die Ausbeutung der Gold- und Silberschätze und die plantagenmäßige Produktion landwirtschaftlicher Produkte konzentriert. Die Revolution von 1821 erreichte nicht die Beseitigung der Macht der Kirche, die Besitzerin der Hälfte des mexikanischen Bodens war. Die Bauern waren noch an den Grundbesitzer gefesselt, ein Leichtes daher für

dustrie. Die US-Kapitalisten schlossen Mexiko an ihr Eisenbahnnetz an, sie bauten eine Linie durch ganz Mexiko hindurch bis nach Guatemala, sowie eine Querverbindung zwischen den Ozeanen.

Diaz übte die schärfste Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernmassen aus, es gab kein Streikrecht und kein Recht, Gewerkschaften zu gründen. In illegalen Streiks und dem Kampf der Bauern gegen ihre Enteignung reiften die Bedingungen für eine erneute Revolution heran. Als Diaz begann, den japanischen Imperialisten Angebote zu machen, ließen ihn die

die Regierung Cardenas enteignete die Grundbesitzer und teilte das Land unter die Landarbeiter auf.

Cardenas war 1934 mit einem nationalistischen Programm gewählt worden. Die von ihm geführte Nationalrevolutionäre Partei, Vorläuferin der heutigen Institutionell-Revolutionären Partei PRI, verabschiedete auf ihrem Kongreß 1933 einen Sechsjahresplan, in dem es heißt: „Angesichts des Klassenkampfs, der aus unserer Produktionsweise erwächst, ist es die Pflicht der Regierung, die Einheit der arbeitenden Klassen zu stärken." Das Schwergewicht des Programms liegt







*Links:* Eine Demonstration mexikanischer Bauern. Die Forderung nach Rückgabe des indianischen Landes wird im ganzen Land erhoben und oft mittels Waffen verwirklicht. – *Rechts:* Demonstration von Krankenhausarbeitern, deren Streikposten von Streikbrechern angegriffen worden waren.

## Marxisten-Leninisten der Frente Popular Revolucionario (FPR) über die Klassenkämpfe in Mexiko

Die mexikanische Arbeiterklasse ist mit der Verringerung der Kaufkraft ihrer Löhne konfrontiert, und diese Verringerung wurde durch die Abwertung des mexikanischen Peso im September 1976 verschärft. Zu dieser Zeit legte die mexikanische Regierung unter Druck seitens des Internationalen Währungsfonds eine Obergrenze von 10% Lohnerhöhungen fest. Diese Lohnschranke ist seither praktisch unverändert in Kraft.

Das hat große politische Bewegungen unter den Arbeitern in der Gummi- und Autoindustrie und in den Universitäten zur Folge gehabt. In einigen Fällen haben die Massen es erreicht, die Schranke zu durchbrechen, aber in anderen Fällen wurden sie von der Regierung unterdrückt.

In den Städten Mexikos gibt es die 'colonos' oder städtischen Halbproletarier. Sie kämpfen für eine radikale städtische Reform, die jedem Arbeiter in den großen Städten sein eigenes Haus und Eigentum verschaffen soll.

Am 23. Februar dieses Jahres haben viele politische und Massenorganisationen aus dem Tal von Mexiko, einschließlich der FPR und der Nachbarschaftsvereinigung des Volkes, eine Demonstration in Mexiko Stadt durchgeführt. Ihre Forderungen waren Verteilung von Wasser, Land und Wohnungen durch die Regierung an die Einwohner des Tals von Mexiko.

Es gibt eine ziemlich starke Bewegung unter den Lehrern und Professoren gegen die Lohnschranke. Es gibt auch eine breite Bewegung für die Unabhängigkeit und Demokratie der Gewerkschaften ... also für das Recht der Arbeiter, ihre Führung ohne Einmischung der Regierung zu wählen und sich von der Überwachung durch die Regierungspartei PRI zu befreien.

Das sind nur einige der bedeutenden Bewegungen unter den arbeitenden Massen. Aber der Kampf der Bauern um Land ist wahrscheinlich die Bewegung, die derzeit den stärksten Aufschwung nimmt.

In den letzten Jahren hat es wirklich einen Aufschwung in dem Kampf der mexikanischen Bauern um Land und für eine revolutionäre Agrarreform, die ihren Bedürfnissen und Zielen entspricht, gegeben. Gegenüber der Weigerung der Regierung, eine radikale Landreform durchzuführen, und gegenüber der Unterstützung der Regierung für die Agrarkapitalisten haben die Bauern in Michoacan, Tamaulipas und anderen Gebieten mit Landbesetzungen geantwortet. Das ist ein gerechter Kampf, da die Bauern der Weigerung der Regierung gegenüberstehen, Landgebiete an die „Ejidos" (Gemeindeland) neu zu verteilen. In vielen Teilen von Mexiko sind die Landbesetzungen ein Weg gewesen, die Regierung zu zwingen, Land zu übergeben, aber sie sind auch eine Methode, die Bauernbewegung politisch zu erziehen und sie organisatorisch zu strukturieren. Diese Landbesetzungen ermöglichen größere Einheit und größere Aktionen der Bauern mit revolutionärer Stoßrichtung. Wo die Bauern bereits eine Neuverteilung des Landes erreicht haben, haben sie auch Bewegungen gegen jeden Versuch der Regierung aufgebaut, die Felder durch Entwicklung von kapitalistischen Firmen – mit anderen Worten, durch Agrarkapitalismus auf dem Land – zurückzustehlen. Die Bauern stehen den US- und mexikanischen Agrargesellschaften mit höchstem Mißtrauen gegenüber, die versucht haben, „Bauerngesellschaften" zu gründen, durch die die Bauern angeblich das Land von den Gesellschaften mieten sollen. In Wirklichkeit würde der Reichtum der landwirtschaftlichen Gebiete weiterhin geraubt werden.

Die Bauern kämpfen auch weiterhin um Wasserrechte, Bewässerung der Felder und um höhere Erzeugerpreise. Das sind nur einige Aspekte der Bauernbewegung. Einige wirkliche Massenorganisationen sind aus den Bauern hervorgegangen, darunter die Volksfront in Zacatecas und die Volksfront für Land und Freiheit in Nuevo Leon. Beide sind sehr kämpferisch.

Seit langem kämpft das mexikanische Volk darum, das Öl zu einem Mittel seiner nationalen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Stärkung zu machen. Heute steht die Ölindustrie, obwohl das Öl Eigentum des Staates ist, mit 8 Milliarden Dollar Schulden gegenüber den USA und anderen imperialistischen Ländern da. Die Auslandsverschuldung der mexikanischen Ölindustrie ist eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität.

Wir sind auch sehr besorgt wegen der ökologischen Katastrophe, die die schnelle Ausbeutung des Öls im Südosten unseres Landes verursacht. Eine weitere Sorge ist die Umsetzung vieler Bauern in dem Bestreben, mehr Bohrgebiete zu eröffnen. Diese Bauern haben keinerlei Schadensersatz erhalten. Es handelt sich einfach um eine Zwangsräumung, die zu großer Erbitterung unter den Menschen geführt hat und die eine Serie von Massenkämpfen ausgelöst hat, die wir unterstützen.

Mexiko ist nicht Mitglied der OPEC, und wir sind der Meinung, daß die mexikanische Bourgeoisie dieser Organisation beitreten muß und das internationale Preisniveau der OPEC akzeptieren muß. ...

Die Kommunistische Partei Mexikos (PCM) hat sich während der 40er Jahre in eine revisionistische Partei verwandelt, teilweise durch den Einfluß der US-Revisionisten unter Führung von Browder und zum Teil aufgrund innerer Ursachen. Seit den 40er Jahren hat das mexikanische Proletariat keine Avantgarde-Organisation, die ihre Kämpfe um eine demokratische, antiimperialistische Volksrevolution führt.

Die PCM hat in den 50er Jahren wegen ihrer Unterstützung der Regierung eine schwere Krise erlitten. In den 60er Jahren haben viele der kämpferischen Mitglieder ihre Reihen verlassen, wodurch allmählich die Partei jede Basis in der Klasse der Bauern und Arbeiter verlor. Jetzt ist sie im wesentlichen eine Partei von Intellektuellen, Volksschul-




auf der Nationalisierung der Bodenschätze.

Bereits nach der Unabhängigkeit von Spanien hatte die Frage des Eigentums an den Bodenschätzen eine wichtige Rolle gespielt. Ausländer waren zunächst vom Besitz von Grundeigentum an der Küste und an der Grenze ausgeschlossen; nach traditionellem spanischem Recht gehörten die Bodenschätze nicht dem Grundeigentümer, sondern der Krone bzw. dem Staat. Porfirio Diaz hatte diese Regelung beendet; die Regierung Cardenas schickte sich an, die Errungenschaften des Unabhängigkeitskampfes wiederherzustellen.

1934 traten die Ölarbeiter von El Aguila (Shell) in Streik. Im Anschluß an diesen Streik schlossen sich die bis dahin 21 Gewerkschaften der Ölindustrie in der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores Petroleros zusammen, die dem Gewerkschaftsbund Confederacion de Trabajadores de Mexico (Mexikanischer Arbeiterbund) beitrat. Dieser Gewerkschaftsbund wurde gegründet unter der Parole „Für eine klassenlose Gesellschaft". Auf dem ersten Gewerkschaftstag der Ölarbeitergewerkschaft 1936 wurde ein grundlegender Tarifvertrag für die gesamte Ölindustrie ausgearbeitet, in dem auf 165 Seiten u.a. folgende Forderungen erhoben wurden:

Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft für alle in der Ölindustrie Beschäftigten bis auf wenige Manager; Senioritätsprinzip (Entlassungen nach Länge der Betriebszugehörigkeit); Einrichtung von Kantinen mit warmen Mahlzeiten; Schwangerschaftsurlaub 15 Tage vor und 40 Tage nach der Niederkunft; Bezahlung der gesamten medizinischen Versorgung durch den Kapitalisten; doppelter Lohn bei Arbeit in Sümpfen, bei Regen usw., bei Überstunden; dreifacher Lohn u.a. bei Arbeit in Sümpfen von mehr als 30 cm Tiefe und in Äthylfabriken; Versetzung des Arbeiters muß 60 Tage vorher angekündigt werden; Errichtung eines TB-Sanatoriums sowie einer Lehr-

Nach zehn Tagen Erklärungsfrist für die Kapitalisten begann am 27. November 1936 der Streik. Präsident Cardenas verlangte eine sechsmonatige Aussetzung des Streiks zugunsten von Verhandlungen, in denen die Regierung vermitteln wollte. Die Gewerkschaftsführung ließ sich darauf ein; einige Teilstreiks wurden dennoch geführt. Die Imperialisten verschleppten die Verhandlungen nach Kräften. Der Durchschnittslohn in der mexikanischen Ölindustrie lag 1934 bei 4,68 Pesos (1,30 Dollar); in den USA bei 4,50 Dollar. Nach 6 Monaten Verhandlung machten die Kapitalisten ein Angebot, das etwa eine Verdoppelung des Lohns bedeutet hätte; die Gewerkschaften lehnten ab und riefen für den 28. Mai 1937 zum Streik in der gesamten Ölindustrie auf. Gleichzeitig riefen sie eine gerichtliche Schlichtungskommission an, die den Streik am 9. Juni aussetzte und noch einmal ein halbes Jahr verhandelte. In diesen Verhandlungen drückte sich einerseits aus, daß die nationale Bourgeoisie die Führung der Auseinandersetzung übernahm; andererseits bedeuteten sie jedoch nicht einfach eine Verschleppung, sondern eine Verbreiterung und Festigung der Front in diesem Kampf von nationaler Bedeutung. Toledano, Sekretär des Gewerkschaftsbundes CTM, erklärte auf einer Großkundgebung: „Was das Nationale Komitee des CTM wissen will ist: Ist das Proletariat Mexikos bereit, Opfer zu bringen, wie groß sie auch sein mögen, um die Selbständigkeit Mexikos zu verteidigen? Ist das mexikanische Proletariat bereit, die Waffen zu ergreifen, um sich gegen Reaktion und Imperialismus zu verteidigen?"

Die Lage war günstig, der US-Imperialismus wagte eine Intervention nicht. Im März 1938 wurden die Ölmonopole enteignet, die Gewerkschaftsführung der Ölarbeiter übernahm im wesentlichen die Leitung der Industrie. Die meisten Forderungen des Tarifvertrages wurden erfüllt. Die Imperialisten verhängten einen Boykott; die dadurch entstehenden Schwierigkeiten konnten nach und nach überwunden

1934 traten die Ölarbeiter von El Aguila (Shell) in Streik. Im Anschluß an diesen Streik schlossen sich die bis dahin 21 Gewerkschaften der Ölindustrie in der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores Petroleros zusammen, die dem Gewerkschaftsbund Confederacion de Trabajadores de Mexico (Mexikanischer Arbeiterbund) beitrat. Dieser Gewerkschaftsbund wurde gegründet unter der Parole „Für eine klassenlose Gesellschaft". Auf dem ersten Gewerkschaftstag der Ölarbeitergewerkschaft 1936 wurde ein grundlegender Tarifvertrag für die gesamte Ölindustrie ausgearbeitet, in dem auf 165 Seiten u.a. folgende Forderungen erhoben wurden:

Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft für alle in der Ölindustrie Beschäftigten bis auf wenige Manager; Senioritätsprinzip (Entlassungen nach Länge der Betriebszugehörigkeit); Einrichtung von Kantinen mit warmen Mahlzeiten; Schwangerschaftsurlaub 15 Tage vor und 40 Tage nach der Niederkunft; Bezahlung der gesamten medizinischen Versorgung durch den Kapitalisten; doppelter Lohn bei Arbeit in Sümpfen, bei Regen usw., bei Überstunden; dreifacher Lohn u.a. bei Arbeit in Sümpfen von mehr als 30 cm Tiefe und in Äthylfabriken; Versetzung des Arbeiters muß 60 Tage vorher angekündigt werden; Errichtung eines TB-Sanatoriums sowie einer Lehr-werkstatt für Behinderte; Bau von heißen und kalten Duschen innerhalb von 60 Tagen; Bau unentgeltlicher Wohnungen von festgelegter Größe und Ausstattung; bei Entlassung Zahlung von 90 Tageslöhnen plus 25 Tageslöhnen für jedes Jahr Betriebszugehörigkeit und andere Forderungen.

bedeutet hätte; die Gewerkschaften lehnten ab und riefen für den 28. Mai 1937 zum Streik in der gesamten Ölindustrie auf. Gleichzeitig riefen sie eine gerichtliche Schlichtungskommission an, die den Streik am 9. Juni aussetzte und noch einmal ein halbes Jahr verhandelte. In diesen Verhandlungen drückte sich einerseits aus, daß die nationale Bourgeoisie die Führung der Auseinandersetzung übernahm; andererseits bedeuteten sie jedoch nicht einfach eine Verschleppung, sondern eine Verbreiterung und Festigung der Front in diesem Kampf von nationaler Bedeutung. Toledano, Sekretär des Gewerkschaftsbundes CTM, erklärte auf einer Großkundgebung: „Was das Nationale Komitee des CTM wissen will ist: Ist das Proletariat Mexikos bereit, Opfer zu bringen, wie groß sie auch sein mögen, um die Selbständigkeit Mexikos zu verteidigen? Ist das mexikanische Proletariat bereit, die Waffen zu ergreifen, um sich gegen Reaktion und Imperialismus zu verteidigen?"

Die Lage war günstig, der US-Imperialismus wagte eine Intervention nicht. Im März 1938 wurden die Ölmonopole enteignet, die Gewerkschaftsführung der Ölarbeiter übernahm im wesentlichen die Leitung der Industrie. Die meisten Forderungen des Tarifvertrages wurden erfüllt. Die Imperialisten verhängten einen Boykott; die dadurch entstehenden Schwierigkeiten konnten nach und nach überwunden werden. Bald übertraf die Ölförderung die von den Imperialisten geförderten Mengen. Seither hat die nationale Bourgeoisie die Kontrolle über die Bodenschätze des Landes im wesentlichen verteidigt. Auf dieser Basis entwickelt sich der Kampf der Arbeiter und Bauern um die Herrschaft über das Land.

## 1861 – 67: Die mexikanischen Volksmassen zerschlagen die Intervention der europäischen Mächte

*z.zik.* 1824 hatten die mexikanischen Bauern, Land- und Minenarbeiter die nationale Unabhängigkeit gegen Spanien erkämpft. Doch bis in die Mitte der 50er Jahre war Mexiko jetzt der Aggression der USA ausgesetzt, die, durch die Kollaboration der spanischen Großgrundbesitzer begünstigt, bis 1853 die Hälfte des mexikanischen Bodens annektieren konnten. Erst 1857, unter der Regierung von Comonfort, einem Vertreter der nationalen Bourgeoisie, und Juárez, einem Indianer und Vertreter der indianischen Bauern, wurde der amerikanische Expansionismus vorläufig zum Stehen gebracht.

Die Verfassung, die diese Regierung beschloß, sah vor: Konfiszierung der Kirchengüter (⅓ des bebauten Bodens gehörte der Kirche), Aufhebung der kirchlichen Gerichtsbarkeit, Trennung von Kirche und Staat, Verteilung des konfiszierten Bodens an die armen Bauern, Abschaffung des Zehnten und Einführung eines allgemeinen Schulwesens. Allerdings wurden die Großgrundbesitzer nicht enteignet, das indianische Landproletariat konnte seine Hauptforderung nicht durchsetzen.

Die „außerordentliche Verdammung" dieser Verfassung durch Papst Pius IX. war für die alten Kolonialmächte das Signal für den Versuch der Rückeroberung Mittelamerikas, der Anlaß war die Weigerung Juárez', die alten Schulden an die Kolonialisten zu zahlen. Die Bindung der Kräfte der USA im Sezessionskrieg begünstigte die Lage.






Links: Holzschnitt „Heroische Kinder". 6 Kadetten, die 1847 als letzte den US-Truppen Widerstand leisteten. – Rechts: Indianisch-mexikanische Konferenz über Landrechte, Chama, Colorado. „Tierra y Libertad", „Land und Freiheit"

Im zweiten Anlauf 1863 (der erste war 1861 kläglich gescheitert) gelang es einem Expeditionsheer, bestehend aus Söldnern aus Frankreich, Spanien, England, Österreich und Belgien, finanziert durch das Haus Rothschild in Paris, in Mexiko zu landen. Mit Unterstützung der Großgrundbesitzer konnte es etwa ein Drittel des Landes besetzen. Der mitgebrachte Max von Habsburg, ein Bruder Kaiser Franz Josephs von Österreich, wurde zum Kaiser von Mexiko gemacht.

Die Regierung unter Juárez hatte sich zurückgezogen und führte von den übrigen ⅔ des Landes aus den Volkskrieg gegen die Besatzer an. Die indianischen Bauern und Landarbeiter zermürbten im Guerillakrieg das Kolonialheer. Anfang 1867 war fast das ganze Land befreit. Nur in den Städten Mexiko, Puebla, Vera Cruz und Queretaro konnten sich die Besatzer noch halten. Als sich das Proletariat in diesen Städten erhebt und mit dem Heer der Bauern und Landarbeiter verbindet, ist es aus mit dem „mexikanischen Abenteuer". Am 19. Juni 1967 wird Max fusiliert.

Wegen des noch schwachen Einflusses der mexikanischen Arbeiterklasse werden auch jetzt nicht die Großgrundbesitzer enteignet. Sie bilden die Hauptbastion der einsetzenden Kapitalexportoffensive der USA.

## 1910 – 17: Die mexikanische Revolution gegen Imperialismus und feudalen Großgrundbesitz

*z.elb.* In Mexiko, das Ende des 19. Jahrhunderts als rohstoffreichstes Land des amerikanischen Kontinents galt, besaßen die US-Kolonialisten 1910 riesige Ländereien, Bergwerke, den größten Teil der erschlossenen Erdölfelder, Eisenbahnen, mehr als ⅓ des gesamten mexikanischen Vermögens. Die Landnahme der US-Kolonialisten und der feudalen Großgrundbesitzer ließ das Heer landloser Bauern ungeheuer anschwellen. Die Verelendung wuchs ins Unermeßliche; während sich innerhalb weniger Jahre die Preise für Nahrungsmittel um bis zu 2000% erhöhten, stiegen die Löhne um höchstens 150% bis 200%.

Ausgangspunkt der Revolution war der Norden des Landes, wo sich die US-Kolonialisten vor allem festgesetzt hatten. Innerhalb kurzer Zeit überzog eine Welle von Bauernaufständen das ganze Land, im Norden angeführt vom Mestizen Pancho Villa, Sohn eines landlosen Bauern, und im Süden von Emiliano Zapata, einem indianischen Pächter. Obwohl sich die Arbeiter der Bergwerke, die sich zum größten Teil aus von ihrem Land vertriebenen Indianern rekrutierten, und der Fabriken an den Aufständen beteiligten, gelang es ihnen während der gesamten Revolution nicht, zur politisch führenden Kraft zu werden.

Große Teile der nationalen Bourgeoisie beteiligten sich am Kampf gegen das von den US-Kolonialisten gestützte Diaz-Regime. Die Hauptlast des Kampfes jedoch trugen die Arbeiter und Bauern, die im Verlauf der Revolution unter den Forderungen nach Enteignung des Großgrundbesitzes, Bodenreform, Unverkäuflichkeit des Gemeineigentums – dessen Bebauung die Lebensgrundlage der Indianer war und durch dessen Freigabe zum Kauf sich die Großgrundbesitzer noch weiter bereicherten –, Verstaatlichung der Erdölindustrie, Mindestlohn für die Arbeiter, Schulpflicht u.a. jede Regierung zu Fall brachten, die die Durchführung der Forderungen nicht in Angriff nahm. Nach mehreren Interventionsdrohungen besetzten die US-Kolonialisten 1914 den Hafen von Vera Cruz und von 1916 bis 1917 den Norden Mexikos, um die Enteignungen der Großgrundbesitzer durch die Revolutionsarmeen zu verhindern, wozu die in Auflösung begriffene Regierungsarmee nicht in der Lage war. Beide Male wurden die US-Kolonialisten von den Arbeitern und Bauern zurückgeschlagen.

Nachdem die Truppen Villas und Zapatas den größten Teil Mexikos beherrschten, wurde die Regierung zur Annahme einer Verfassung gezwungen, die die Enteignung des Großgrundbesitzes festlegte. Zwar wurde vor allem der US-Großgrundbesitz enteignet, aber nur zum Teil an die landlosen Bauern verteilt. Aufgrund der fehlenden politischen Führung der Revolution durch die Arbeiterklasse konnte



Truppen Widerstand leisteten. – Rechts: Indianisch-mexikanische Konferenz über Landrechte, Chama, Colorado. „Tierra y Libertad", „Land und Freiheit"

Hauptbastion der einsetzenden Kapitalexportoffensive der USA.

1910 – 17: Die mexikanische Revolution gegen Imperialismus und feudalen Großgrundbesitz

z.elb. In Mexiko, das Ende des 19. Jahrhunderts als rohstoffreichstes Land des amerikanischen Kontinents galt, besaßen die US-Kolonialisten 1910 riesige Ländereien, Bergwerke, den größten Teil der erschlossenen Erdölfelder, Eisenbahnen, mehr als ⅓ des gesamten mexikanischen Vermögens. Die Landnahme der US-Kolonialisten und der feudalen Großgrundbesitzer ließ das Heer landloser Bauern ungeheuer anschwellen. Die Verelendung wuchs ins Unermeßliche; während sich innerhalb weniger Jahre die Preise für Nahrungsmittel um bis zu 2000% erhöhten, stiegen die Löhne um höchstens 150% bis 200%.

Ausgangspunkt der Revolution war der Norden des Landes, wo sich die US-Kolonialisten vor allem festgesetzt hatten. Innerhalb kurzer Zeit überzog eine Welle von Bauernaufständen das ganze Land, im Norden angeführt vom Mestizen Pancho Villa, Sohn eines landlosen Bauern, und im Süden von Emiliano Zapata, einem indianischen Pächter. Obwohl sich die Arbeiter der Bergwerke, die sich zum größten Teil aus von ihrem Land vertriebenen Indianern rekrutierten, und der Fabriken an den Aufständen beteiligten, gelang es ihnen während der gesamten Revolution nicht, zur politisch führenden Kraft zu werden.

Große Teile der nationalen Bourgeoisie beteiligten sich am Kampf gegen das von den US-Kolonialisten gestützte Diaz-Regime. Die Hauptlast des Kampfes jedoch trugen die Arbeiter und Bauern, die im Verlauf der Revolution unter den Forderungen nach Enteignung des Großgrundbesitzes, Bodenreform, Unverkäuflichkeit des Gemeineigentums – dessen Bebauung die Lebensgrundlage der Indianer war und durch dessen Freigabe zum Kauf sich die Großgrundbesitzer noch weiter bereicherten –, Verstaatlichung der Erdölindustrie, Mindestlohn für die Arbeiter, Schulpflicht u.a. jede Regierung zu Fall brachten, die die Durchführung der Forderungen nicht in Angriff nahm. Nach mehreren Interventionsdrohungen besetzten die US-Kolonialisten 1914 den Hafen von Vera Cruz und von 1916 bis 1917 den Norden Mexikos, um die Enteignungen der Großgrundbesitzer durch die Revolutionsarmeen zu verhindern, wozu die in Auflösung begriffene Regierungsarmee nicht in der Lage war. Beide Male wurden die US-Kolonialisten von den Arbeitern und Bauern zurückgeschlagen.

Nachdem die Truppen Villas und Zapatas den größten Teil Mexikos beherrschten, wurde die Regierung zur Annahme einer Verfassung gezwungen, die die Enteignung des Großgrundbesitzes festlegte. Zwar wurde vor allem der US-Großgrundbesitz enteignet, aber nur zum Teil an die landlosen Bauern verteilt. Aufgrund der fehlenden politischen Führung der Revolution durch die Arbeiterklasse konnte die Bodenreform nur in Ansätzen durchgesetzt werden. Ein Erfolg war der Bau von Schulen und die Durchführung einer breiten Alphabetisierungskampagne. Nach einigen Jahren der Stockung der Kämpfe wurden die unerledigten Forderungen erneut zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.



Pancho Villa, Mitte, und seine Rebellenarmee im Jahr 1910

## Siege in der nationalen Revolution Reformismus fesselt die Arbeiterbewegung

*z.krk.* In den großen wirtschaftlichen Kämpfen der 30er und 40er Jahre überwindet die Gewerkschaftsbewegung in Mexiko ihre Spaltung und Zersplitterung. Der Staat der nationalen Bourgeoisie unterstützt diese Kämpfe, soweit sie sich gegen die imperialistischen Konzerne richten. Sie sollen jedoch, wie die Gewerkschaftsbewegung insgesamt, unter ihrer Kontrolle bleiben. Eine staatliche Schlichtungskommission entscheidet die Rechtmäßigkeit jedes Streiks, daran müssen sich Gewerkschaften wie Kapitalisten halten. Wegen der Stärke der Klassenkämpfe fallen die Entscheidungen häufig zugunsten der Gewerkschaften aus – ein fruchtbarer Boden des Reformismus.

Nach großen Kämpfen der Arbeiter und Bauern führt die Regierung Cardenas die Landreform weiter. 1937 wird die Eisenbahn verstaatlicht, 1938 die Ölindustrie. 1937 schreibt die Zeitung der gewerkschaftlichen Arbeiteruniversität: „Die Ölindustrie ist heute die Speerspitze der imperialistischen Durchdringung und Bevormundung. Dieser nationale Kampf dagegen ist die erste Schlacht zwischen dem mexikanischen Volk und den feindlichen Besitzern der Industrie des Landes. Es ist mehr als ein Kampf um unmittelbare wirtschaftliche Ziele für einen kleinen Teil der Arbeiterklasse. Der Streik ist ein großangelegter Protest der mexikanischen Volksmassen unter Führung der organisierten Arbeiterschaft gegen ihre fremden Herren." Nach der Verstaatlichung versuchen die US- und britischen Imperialisten, das Land wirtschaftlich zu erwürgen. 1940 verfügt daraufhin Cardenas Lohnsenkungen in der staatlichen Ölindustrie und die Entlassung von 25% der Beschäftigten.

Seit langem kämpft das mexikanische Volk darum, das Öl zu einem Mittel seiner nationalen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Stärkung zu machen. Heute steht die Ölindustrie, obwohl das Öl Eigentum des Staates ist, mit 8 Milliarden Dollar Schulden gegenüber den USA und anderen imperialistischen Ländern da. Die Auslandsverschuldung der mexikanischen Ölindustrie ist eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität.



Die „13 von Vogue Coach". Wegen gewerkschaftlicher Organisierung entlassen, wurde ihre Abschiebung nach Mexiko nach längerem Kampf verhindert.

lehrern und Professoren.

Vor kurzem hat es mit der Legalisierung der PCM und der Sozialistischen Arbeiter-Partei (PST) eine größere Änderung in der nationalen politischen Szenerie gegeben. Sie sind jetzt berechtigt, für das Parlament zu kandidieren. Diese Legalisierung bedeutet nicht, daß demokratische Freiheiten in Mexiko existieren würden. Es handelt sich um ein Zugeständnis der Bourgeoisie an die revisionistischen Parteien in der Hoffnung, das enorme Potential des revolutionären Kampfes in Mexiko in eine Richtung zu drängen, die die Bourgeoisie nicht in Gefahr bringt oder ihre Interessen verletzt.

Wir müssen hervorheben, daß wir eine verhältnismäßig junge Organisation sind, die noch am Anfang der Entwicklung ihres Kampfes steht. Wir haben die Aufgabe, unsere Massenarbeit zu vertiefen, unsere Kritik am modernen Revisionismus zu vertiefen, die Bedingungen für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei in unserem Land zu schaffen.

Wir glauben auch, daß die Einheit der verschiedenen Kräfte mit revolutionärer Orientierung ein wichtiges Element für die Gründung der Partei ist. Wir glauben, daß das mexikanische Volk eine revolutionäre Führung und eine Avantgardepartei braucht, die seine Kämpfe vereinheitlichen und zentralisieren kann. Bis jetzt hat das Volk Helden hervorgebracht und heroische Kämpfe in jedem Teil des Landes gegen die anti-agrarische, anti-volks- und pro-imperialistische Politik des Lopez-Portillo-Regimes geführt. Das waren spontane Bewegungen.

Daher ist die Einigung des mexikanischen Volkes und die Schaffung einer Avantgardepartei im Kampf eine strategische Aufgabe. Sie wird uns ermöglichen, über eine spontane Antwort auf die Angriffe des Regimes hinauszukommen. Die künftige Kommunistische Partei, die wir aufbauen, muß alle unterdrückten Volksteile um ein demokratisches Programm sammeln und alle Kämpfe zur Zerstörung der imperialistischen Vorherrschaft zusammenschließen. ...

Wir müssen die US-Regierung zwingen, die körperliche Integrität der einwandernden Arbeiter und ihr Recht, in den USA zu arbeiten und die gleichen Bedingungen dafür eingeräumt zu bekommen wie die anderen amerikanischen Arbeiter, zu wahren. Wir sind der Meinung, daß der gemeinsame Kampf der beiden Völker die Imperialisten zwingen kann, diese Forderungen zu erfüllen.

(Aus: Interview mit Genossen Calderon, in The Call, 23. April 1979)

# Einige Daten zu wichtigen Zweigen der Ernährungsindustrie

## Milchindustrie



Joghurt-Kammer mit automatischer Temperaturregelung

*z.doj.* Über 90% aller in der Landwirtschaft produzierten Milch wird heute in den Molkereibetrieben verarbeitet zu Trinkmilch sowie Milch- und Käseerzeugnissen. Die Milchindustrie ist nach den Brauereien / Mälzereien die größte innerhalb der Ernährungsbranche. Der Konzentrationsprozeß in der Hand weniger Monopolkapitalisten ist in den letzten Jahren – staatlich subventioniert – stark vorangetrieben worden. Sogen 1970 noch 1220 Kapitalisten die Arbeitskraft von 56387 Arbeitern ein bei einem Umsatz von 10604 Mio. DM, so waren es 1977: 482 Monopolisten, die aus 47346 Arbeitern einen Umsatz von 19494 Mio. DM machten. Seit 1. Juli 1979 liegt der Tariflohn eines Molkerei-Facharbeiters über 20 Jahren in Hessen bei 9,96 DM die Stunde, bei Hilfsarbeitern über 18 Jahren zwischen 8,31 DM und 9,30 DM pro Stunde. Der Verbrauch an Trinkmilch ist in den letzten Jahren gesunken von 1974: 84,6 kg pro Jahr pro Person auf 1977: 81,3 kg. Vor allem die eingestellte Trinkmilch mit mindestens 3,5% Fettgehalt ist so teuer geworden, daß sie sich die Massen zunehmend weniger leisten können. Ein immer größerer Teil der Milch wird in den Molkereien und Käsereien zu Butter, Quark, Käse usw. verarbeitet. 1977 waren das 74% der zur Ernährung verwandten Milch. Während die Butterhalden der EG aufgehäuft werden, versuchen die BRD-Imperialisten mit Zwangsverordnungen gegen die Bauern – wie z. B. zur Verfütterung von Magermilch(pulver) an die Tiere – wie dem Herunterdrücken der Milcherzeugerpreise, die sich steigernde Verwertungskrise in der Milchindustrie abzuschwächen.

## Fleischindustrie



Klassifizierungsgerät für Schweine

Etwa 85% des verbrauchten Fleischs und Fleischerzeugnisse werden in der BRD produziert. Lag die Frischfleischbearbeitung in den 50er Jahren noch in der Hand kommunaler Schlachtereikapitalisten, so wird heute über 50% des Frischfleisches nach industriellen Verfahren in großen Industriebetrieben verarbeitet. Versandschlachtereien transportieren die Schweine und Rinder in „Totvermarktung", teilweise schon zerlegt, klassifizieren sie und führen sie sofort den Schlachtereien sowie fleischverarbeitenden Kapitalisten zu. Die West-Fleisch-Finanz hat so 1978 einen Milliardenumsatz erreicht und die Schlachtzahl um 17% steigern können. Die Klassifizierung des Fleischs wird von solchen Versandschlachtereien zunehmend maschinell betrieben, wobei die Güte keineswegs am tierischen Eiweißgehalt, sondern nach der Fleischmenge gemessen wird.

Das Fleisch wird maschinell vom Knochen getrennt und enthält anschließend bis zu 3,9% Knochen und Knochenmehl. Die Weiterverarbeitung zu Wurst und Konserven ist von 1969: 79500 t bis 1977 auf 142300 t gesteigert worden, über 90% davon wird aus Rindern hergestellt. Dabei jedoch werden die Tiere vollständig – einschließlich Knochen – verwertet und andere minderwertige Stoffe zugesetzt. Zunehmend werden Kühe und Bullen dazu verwandt, deren Knochenanteil am höchsten liegt. Der Ecklohn der Fleischarbeiter in Hessen ist seit Juli 79 ab 18 Jahren Hilfsarbeiter 7,71 DM und Facharbeiter über 21 Jahre 10,28 DM in Ortsklasse I.

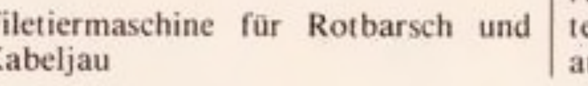
## Fischindustrie

*z.kam.* 1977 gab es 110 Betriebe mit 11200 Beschäftigten in der Fischindustrie (1976: 120 Betriebe mit 10934 Beschäftigten). Der Umsatz stieg 1977 gegenüber dem Vorjahr um 16% auf 1449,4 Millionen DM. Immer größeren Umfang nehmen die Fangfabrikschiffe ein (Steigerung der Produktion 1976/77 um 8%). Die Fischverarbeitung an Land entwickelt sich mehr und mehr zur Tiefkühlindustrie. Die größten Unternehmen sind: „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei GmbH und „Norda" Heringshandel GmbH – beides Gesellschaften der Unilever.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen in der Fischverarbeitung ist der Verschleiß der Arbeitskraft in der Fischindustrie sprunghaft angestiegen; so betrug beispielsweise der Krankenstand bei „Nordsee" im Februar 1979 23%. Schicht- und Akkordarbeit werden von den Kapitalisten ausgedehnt. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit liegt weit über der tariflich festgelegten 40-Stundenwoche. Die Stundenlöhne lagen 1977 bei 8,95 DM im Durchschnitt (Ernährungsindustrie gesamt: 11,78 DM, gesamte Industrie: 14,04 DM). In den laufenden Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der Fischindustrie steht die Forderung der Arbeiter nach 170 DM / 8%. Die Manteltarifverträge laufen Ende Dezember aus.

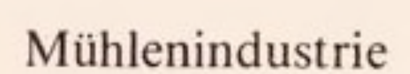
Filetiermaschine für Rotbarsch und Kabeljau

Mühlenindustrie



In 91 Mahl- und Schälmühlen – die bekanntesten: Müller's Mühle, Heinrich Auer Mühlenwerke Köln, Bremer

schiedenen Produktionsgängen gewaschen, getrockent und zerkleinert.





Klassifizierungsgerät für Schweine

führen sie sofort den Schlachtereien sowie fleischverarbeitenden Kapitalisten zu. Die West-Fleisch-Finanz hat so 1978 einen Milliardenumsatz erreicht und die Schlachtzahl um 17% steigern können. Die Klassifizierung des Fleischs wird von solchen Versandschlachtereien zunehmend maschinell betrieben, wobei die Güte keineswegs

lich Knochen – verwertet und andere minderwertige Stoffe zugesetzt. Zunehmend werden Kühe und Bullen dazu verwandt, deren Knochenanteil am höchsten liegt. Der Ecklohn der Fleischarbeiter in Hessen ist seit Juli 79 ab 18 Jahren Hilfsarbeiter 7,71 DM und Facharbeiter über 21 Jahre 10,28 DM in Ortsklasse I.

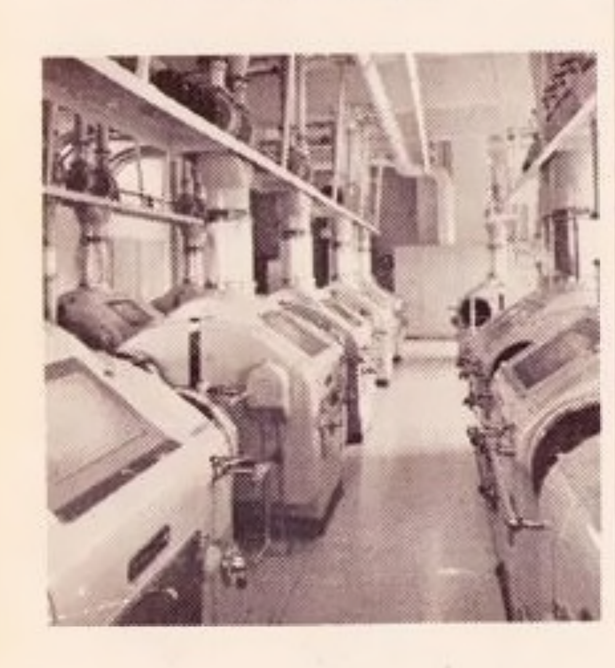
Fischindustrie

z.kam. 1977 gab es 110 Betriebe mit 11200 Beschäftigten in der Fischindustrie (1976: 120 Betriebe mit 10934 Beschäftigten). Der Umsatz stieg 1977 gegenüber dem Vorjahr um 16% auf 1449,4 Millionen DM. Immer größeren Umfang nehmen die Fangfabrikschiffe ein (Steigerung der Produktion 1976/77 um 8%). Die Fischverarbeitung an Land entwickelt sich mehr und mehr zur Tiefkühlindustrie. Die größten Unternehmen sind: „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei GmbH und „Norda" Heringshandel GmbH – beides Gesellschaften der Unilever.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen in der Fischverarbeitung ist der Verschleiß der Arbeitskraft in der Fischindustrie sprunghaft angestiegen; so betrug beispielsweise der Krankenstand bei „Nordsee" im Februar 1979 23%. Schicht- und Akkordarbeit werden von den Kapitalisten ausgedehnt. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit liegt weit über der tariflich festgelegten 40-Stundenwoche. Die Stundenlöhne lagen 1977 bei 8,95 DM im Durchschnitt (Ernährungsindustrie gesamt: 11,78 DM, gesamte Industrie: 14,04 DM). In den laufenden Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und der Fischindustrie steht die Forderung der Arbeiter nach 170 DM / 8%. Die Manteltarifverträge laufen Ende Dezember aus.

Filetiermaschine für Rotbarsch und Kabeljau

## Mühlenindustrie



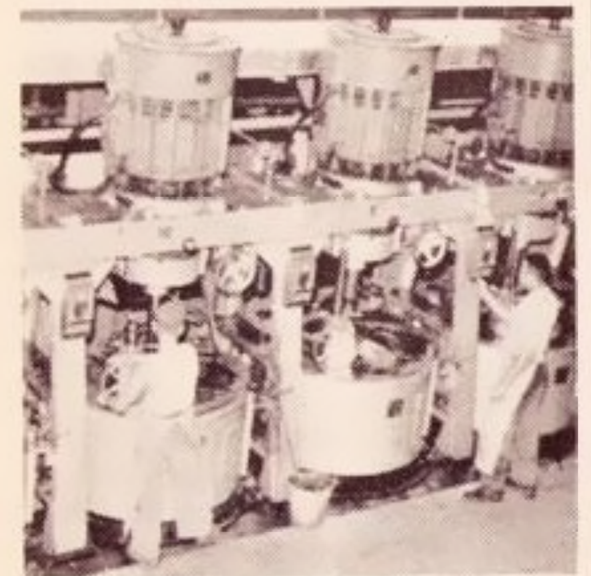
Mahlsaal mit Walzenstühlen für die Vermahlung von Weizen

In 91 Mahl- und Schälmühlen – die bekanntesten: Müller's Mühle, Heinrich Auer Mühlenwerke Köln, Bremer Rolandsmühle – wurden 1977 von 6807 Beschäftigten gut 2,5 Millionen Tonnen Weizen und andere Getreidesorten zu Mehl und Backschrot gemahlen, knapp 1 Millionen Tonnen zu Kleie und Futtermehlen und etwa 250000 Tonnen zu Reis- und Hafererzeugnissen verarbeitet. Brotgetreide (Weizen, Roggen – hier lassen sich die Spelzen vom Samen ohne weiteres trennen) und Schälgetreide (Hafer, Gerste, Reis – die Spelzen sind fest mit dem Kern verbunden) wird in verschiedenen Produktionsgängen gewaschen, getrockent und zerkleinert.

Bei den Nahrungs- und Futtermehlen ist die Produktion 1977 um durchschnittlich 3,4% gegenüber 1976 gestiegen. Der Umsatz je Beschäftigtem lag 1977 mit 439700 DM fast viermal so hoch wie in der Gesamtindustrie (im Vergleich zur Ernährungsindustrie knapp doppelt so hoch). Die Stundenlöhne der Mühlenindustrie in Hessen liegen zur Zeit zwischen 7,51 und 10,03 DM für gelernte Müller. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Mühlenbetriebe Hessen und Rheinland-Pfalz sind von der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten zum 30. November gekündigt.

## Zuckerindustrie

Der größte Teil der Weltzuckererzeugung wird aus Rohrzucker gewonnen, die Zuckerindustrie der EG-Staaten verarbeitet jedoch ausschließlich Rüben. 1977 waren es in der BRD knapp 19 Millionen Tonnen, die in 58 Betrieben von rund 11000 Beschäftigten verarbeitet wurden. Zuckerrüben sind nur kurze Zeit lagerfähig, die Zuckerindustrie ist deshalb saisonmäßig organisiert. Die jährliche „Kampagne" beginnt Ende September mit der Ernte durch die Rübenanbauer und dauert durchschnittlich 100 Tage.



Zentrifugieren des Zuckers

Die „Südzucker AG Mannheim" – sie verarbeitet allein ein knappes Drittel der in der BRD angebauten Rüben – kaufte sich für die Kampagne 1975/76 344 Arbeitskräfte zu ihrer Stammbelegschaft (2500) hinzu, davon allein ein Drittel ausländische Arbeiter. In Schicht- und Akkordarbeit werden die Rüben vom Dreck gereinigt, zu Schnitzeln zerkleinert, ausgelaugt und in mehreren Verarbeitungsschritten filtriert, mit gebranntem Kalk und Kohlesäure versehen, bis die Grundsorte herauskristallisiert ist. Durch nochmaliges Filtrieren, Eindampfen und Zentrifugieren kann der Reinheitsgrad des Zuckers bis zur Raffinade gesteigert werden.

Die „Südzucker AG" ließ in den sechziger Jahren einen Stahltank mit 100000 Kubikmeter Fassungsvermögen (= ca 70000 Tonnen Zucker) bauen, läßt seither die in der Kampagne anfallenden Rüben nur zu dem Zwischenprodukt Dicksaft verarbeiten und in dem Stahltank luftdicht einlagern. Nach Abschluß der Kampagne erst wird der Dicksaft zu Zucker weiterverarbeitet. Diesen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Zuckerkapitalisten konnte die „Südzucker" nur durch verschärfte Ausbeutung erreichen: die Beschäftigten bei Südzucker müssen heute in der gleichen Zeit doppelt soviel Tonnen Zucker verarbeiten wie vor zehn Jahren. Zwei Drittel des produzierten Zuckers geht direkt in Verarbeitungsbetriebe (Süßwaren-, Getränke- und Marmeladenindustrie, Bäckereien), ein Drittel an den Einzelhandel. Die Löhne und Gehälter in der Zuckerindustrie sind ab 1. Juli um 4,7% angehoben worden.



Erste Stufe in der Fleischproduktion: Aufzucht der Schweine. Hier eine Schweinemastanlage, mit der Ferkel innerhalb eines Jahres von 20 auf 100 kg gemästet werden. Mit der Ausdehnung der Buchführungspflicht will der bürgerliche Staat auch mehr Mehrwertsteuern aus den Bauern pressen.

# Fa. Hofmeister-BROT: Überstundenarbeit, Bezahlung unter Tarif

*z.gug.* Die Nahrungsmittelindustrie ist im Vergleich mit anderen Industriezweigen noch relativ jung und die industrielle Produktion von Nahrungsmitteln hat die handwerkliche Produktion in einzelnen Produktionszweigen auch noch nicht vollständig abgelöst. Neben den Wurst-, Fleisch- und Brotfabriken existieren noch zahlreiche kleine Bäckereien und Metzgereien. In solchen Betrieben sind die Facharbeiter gelernte Bäcker, Konditoren, Metzger. Mit der Industrialisierung kommen aber auch immer mehr ungelernte Arbeiter in die Fabrik, viele Frauen und ausländische Arbeiter. Diese bringen ihre Erfahrungen aus anderen Betrieben mit und oft sind sie führend im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Es gibt in der Nahrungsmittelindustrie aber auch Produktionszweige, wo es eine handwerkliche Verarbeitung der jeweiligen Grundstoffe zu Nahrungsmitteln gar nicht mehr gibt, wie in der Getreide-, der Milch- und Zuckerherstellung. Wir haben uns mit einem Bäcker unterhalten, der uns aus seinen Erfahrungen von seiner Arbeit in einer Brotfabrik berichtet hat.

Die Brotfabrik ist die Firma Hofmeister-BROT in Landau in der Pfalz. Dort arbeiten ungefähr 150 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Betrieb umfaßt zwei Abteilungen: die Konditorei mit 10 – 12 Arbeitern, die alle gelernte Bäcker und Konditoren sind, die Bäckereiabteilung mit ca. 40 – 45 Arbeitern, von denen nur wenige Facharbeiter sind, zum Betrieb gehört weiter die Verpackungsabteilung, dort arbeiten überwiegend Frauen, und einen großen Teil der Beschäftigten machen noch die ca. 30 Fahrer aus. In der

auch noch nicht vollständig abgelöst. Neben den Wurst-, Fleisch- und Brotfabriken existieren noch zahlreiche kleine Bäckereien und Metzgereien. In solchen Betrieben sind die Facharbeiter gelernte Bäcker, Konditoren, Metzger. Mit der Industrialisierung kommen aber auch immer mehr ungelernte Arbeiter in die Fabrik, viele Frauen und ausländische Arbeiter. Diese bringen ihre Erfahrungen aus anderen Betrieben mit und oft sind sie führend im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Es gibt in der Nahrungsmittelindustrie aber auch Produktionszweige, wo es eine handwerkliche Verarbeitung der jeweiligen Grundstoffe zu Nahrungsmitteln gar nicht mehr gibt, wie in der Getreide-, der Milch- und Zuckerherstellung. Wir haben uns mit einem Bäcker unterhalten, der uns aus seinen Erfahrungen von seiner Arbeit in einer Brotfabrik berichtet hat.

Die Brotfabrik ist die Firma Hofmeister-BROT in Landau in der Pfalz. Dort arbeiten ungefähr 150 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Betrieb umfaßt zwei Abteilungen: die Konditorei mit 10 – 12 Arbeitern, die alle gelernte Bäcker und Konditoren sind, die Bäckereiabteilung mit ca. 40 – 45 Arbeitern, von denen nur wenige Facharbeiter sind, zum Betrieb gehört weiter die Verpackungsabteilung, dort arbeiten überwiegend Frauen, und einen großen Teil der Beschäftigten machen noch die ca. 30 Fahrer aus. In der

Bäckereiabteilung wird die Produktion fast vollständig maschinell betrieben. Ab der Knetmaschine laufen die Brötchen auf Band durch die Kliefmaschine, an der die Brötchen rund gemacht werden, weiter zur Stüpfelmaschine, wo sie die bekannten Zweier-, Fünfer- oder sonstigen Einteilungen erhalten, von da laufen sie durch die Gärstraße und weiter durch den Netzbandofen zur Verpackungsmaschine. Ähnlich verläuft die Brotproduktion.

Während in der Bäckerei industriell produziert wird, ist es in der Konditorei noch nicht so, deswegen ist der Anteil der Facharbeiter hier auch so hoch. Es gibt zwar Maschinen zur Herstellung von Torten, die sich für den Kapitalisten aber erst ab einer bestimmten Menge von Produkten rentieren. Die meisten Sachen, wie Aufschneiden der Böden, füllen, verzieren, werden von Hand gemacht. Die Konditorei ähnelt mehr einem Manufakturbetrieb. Beliefert werden Supermärkte, Krankenanstalten, Kaufhäuser. Da die Konkurrenz unter den Kapitalisten groß ist und weil gleichzeitig alles, was an einem Tag in der Fabrik produziert wird, auch ausgeliefert wird, sind die Bedingungen für die Arbeiter in ihren Kämpfen günstig. Ein Tag Streik würde für den Kapitalisten bedeuten, daß er nicht liefern kann. Die Qualität der Sachen, die der Kapitalist Hofmeister herstellen läßt, ist schlecht. Was in den Supermärkten und Kaufhäusern nicht verkauft wird, nimmt er wieder zurück, das wird dann getrocknet, zermahlen und kommt dann wieder in das Brot rein, das Brot in den Supermärkten enthält bis zu 30% Altbrot. Zu den Kirschschnitten, die in der Konditorei gemacht werden, werden zu 3 kg Kirschen 6 kg Trockenbinder gemixt. Enthüllungen darüber in der ca. 30000 Einwohner zählenden Stadt Landau haben große Empörung hervorgerufen.

Der Arbeiter, mit dem wir gesprochen haben, berichtet:
„Ich habe Bäcker gelernt, bin als Geselle dann in die Brotfabrik gegangen, weil der Lohn in der kleinen Bäckerei niedriger ist, nicht so sehr vom Tarif her, sondern weil die Überstunden nicht bezahlt werden. Ich hatte die Hoffnung, einigermaßen geregelte Ar-

Böden, füllen, verzieren, werden von Hand gemacht. Die Konditorei ähnelt mehr einem Manufakturbetrieb. Beliefert werden Supermärkte, Krankenanstalten, Kaufhäuser. Da die Konkurrenz unter den Kapitalisten groß ist und weil gleichzeitig alles, was an einem Tag in der Fabrik produziert wird, auch ausgeliefert wird, sind die Bedingungen für die Arbeiter in ihren Kämpfen günstig. Ein Tag Streik würde für den Kapitalisten bedeuten, daß er nicht liefern kann. Die Qualität der Sachen, die der Kapitalist Hofmeister herstellen läßt, ist schlecht. Was in den Supermärkten und Kaufhäusern nicht verkauft wird, nimmt er wieder zurück, das wird dann getrocknet, zermahlen und kommt dann wieder in das Brot rein, das Brot in den Supermärkten enthält bis zu 30% Altbrot. Zu den Kirschschnitten, die in der Konditorei gemacht werden, werden zu 3 kg Kirschen 6 kg Trockenbinder gemixt. Enthüllungen darüber in der ca. 30000 Einwohner zählenden Stadt Landau haben große Empörung hervorgerufen.

Der Arbeiter, mit dem wir gesprochen haben, berichtet:
„Ich habe Bäcker gelernt, bin als Geselle dann in die Brotfabrik gegangen, weil der Lohn in der kleinen Bäckerei niedriger ist, nicht so sehr vom Tarif her, sondern weil die Überstunden nicht bezahlt werden. Ich hatte die Hoffnung, einigermaßen geregelte Ar-

beitszeiten in der Fabrik zu haben, diese Hoffnung war aber falsch … Meine Arbeitszeit war von 4 Uhr morgens bis 14 oder 14.30 Uhr mittags, manchmal länger, häufig mußte ich auch samstags von 00 Uhr bis 6 oder 7 Uhr arbeiten. Meistens kam ich auf 210 – 220 Stunden im Monat. Ich bin in der Konditorei kaum unter 10 Stunden am Tag rausgekommen. In der Bäckerei war es für die Kollegen noch schlimmer. Für die Arbeiter in der Bäckerei waren 300 Stunden keine Seltenheit.

Die erste Schicht beginnt um 17 Uhr bis 4 Uhr morgens, oft geht sie aber




Beim Bundesligaspiel Eintracht Braunschweig – Hertha BSC rollten Arbeiter und Arbeiterinnen der Spirituosenfabrik W. Mast in Wolfenbüttel Transparente mit der Forderung nach Abschluß eines Haustarifs aus.



Nächste Verarbeitungsstufe: Schlachtung. Der Fleischfabrikant zahlt Mehrwertsteuer für das Schwein an den Bauern, schlägt sie mit 6,5% seinem neuen Produktenwert zu und führt sie nach Abzug der Vorsteuer, die er für das Schwein zahlen mußte, ab. Bild: Walzen-Enthaarungsmaschine.





Beim Kauf des Koteletts oder der Schweinswürste wird klar, daß die Mehrwertsteuer auf dem Konsum der Volksmassen lastet. Insgesamt hat der bürgerliche Staat 1978: 73266 Mio. DM an Mehrwertsteuer eingenommen, 40600 DM an Verbrauchssteuern, die ja auch auf zahlreiche Produkte der Ernährungsindustrie draufgeschlagen werden (z.B. auf Bier je Hektoliter zwischen 12 und 15 DM, auf Zucker je 100 kg 6 DM).

auch bis 6 oder 7 Uhr, die zweite Schicht fängt um 4 Uhr morgens an bis 14 Uhr mittags und länger. Bei einer Arbeitszeit von manchmal 12 Stunden am Tag hat man eine Pause von einer halben Stunde, die konnte man oft erst nach 6 oder 7 Stunden Arbeit machen, weil sie nicht festgelegt war. Vordergründig sah es so aus, als sei die Pause vom Produktionsgang diktiert, und die späten Pausen wurden damit begründet, daß der Teig nicht liegen bleiben kann, wenn er fertig ist. Genauso fadenscheinig ist es auch, daß die Bäcker nachts arbeiten müßten, weil die Leute morgens frische Brötchen haben wollen und sonst keine bekämen. Bei einer vernünftigen Planung und Nutzung der Technik muß das aber gar nicht sein. Man könnte die Teigteilchen z.B. einfrieren, sie morgens auftauen und wenn man sie dann durch den Netzbandofen laufen läßt, reicht es, wenn um 6 Uhr angefangen wird, damit die Brötchen um 7 Uhr fertig sind.

Der Lohn ist äußerst gering. Gezahlt wurde damals, das war im Sommer 1977, ein Tariflohn von 8,06 DM, nach den Lohnkämpfen waren es dann 8,86 DM. Effektiv hatte ich mit Überstunden einen Nettolohn zwischen 1250 und 1500 DM (Stkl. I), der Lohn reicht überhaupt nur wegen der vielen Überstunden. Manche Bäcker sind auch auf über 2000 DM gekommen, aber nur weil sie viel Nachtarbeit hatten, die mit 50% steuerfreiem Zuschlag gezahlt wird. Ständig bestand eine Antreiberei bei der Arbeit, einerseits durch den Meister, andererseits durch das Produktionsziel, das da war. Es gibt täglich die Aufträge, die fertig werden müssen, wenn man sich nicht beeilt hat und geschafft hat wie ein Blöder, hat man nachher länger arbeiten müssen und das wollte man auch nicht. Dadurch wurde man angetrieben. Verbrennungen an der Haut bekommt man bei der Arbeit so auch laufend,

det, daß der Teig nicht liegen bleiben kann, wenn er fertig ist. Genauso fadenscheinig ist es auch, daß die Bäcker nachts arbeiten müßten, weil die Leute morgens frische Brötchen haben wollen und sonst keine bekämen. Bei einer vernünftigen Planung und Nutzung der Technik muß das aber gar nicht sein. Man könnte die Teigteilchen z.B. einfrieren, sie morgens auftauen und wenn man sie dann durch den Netzbandofen laufen läßt, reicht es, wenn um 6 Uhr angefangen wird, damit die Brötchen um 7 Uhr fertig sind.

Der Lohn ist äußerst gering. Gezahlt wurde damals, das war im Sommer 1977, ein Tariflohn von 8,06 DM, nach den Lohnkämpfen waren es dann 8,86 DM. Effektiv hatte ich mit Überstunden einen Nettolohn zwischen 1250 und 1500 DM (Stkl. I), der Lohn reicht überhaupt nur wegen der vielen Überstunden. Manche Bäcker sind auch auf über 2000 DM gekommen, aber nur weil sie viel Nachtarbeit hatten, die mit 50% steuerfreiem Zuschlag gezahlt wird. Ständig bestand eine Antreiberei bei der Arbeit, einerseits durch den Meister, andererseits durch das Produktionsziel, das da war. Es gibt täglich die Aufträge, die fertig werden müssen, wenn man sich nicht beeilt hat und geschafft hat wie ein Blöder, hat man nachher länger arbeiten müssen und das wollte man auch nicht. Dadurch wurde man angetrieben. Verbrennungen an der Haut bekommt man bei der Arbeit so auch laufend,
man registriert sie schon gar nicht mehr. Ich habe ständig meine Arme und Finger verbrannt gehabt, überall hat man irgendwelche Krusten. Was einen gesundheitlich aber am meisten belastet, ist die verrückte Arbeitszeit. Ich hatte in dieser Zeit ziemlich mit dem Kreislauf zu tun. Abends geht man um halb zehn oder zehn ins Bett, weil man so früh aufstehen muß, dann kann man oft nicht einschlafen. Es ist jedenfalls ein ziemliches Durcheinander. Es gab unter den Arbeitern kaum einen, der nicht Schlaf- oder Verdauungsstörungen gehabt hätte.

Als ich in dem Betrieb angefangen habe, gab es dort keine Gewerkschaft, keinen Betriebsrat. Die einzigen, die begannen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, waren die ausländischen Arbeiter, meist Spanier und Portugiesen. Die Gewerkschaft machte für sie einmal im Monat Sprechstunde. Dort bin ich auch mal hingegangen und im Laufe der Zeit hat sich daraus eine Gewerkschaftsgruppe gebildet. Anhand des Manteltarifs und des Tarifvertrags haben wir festgestellt, was der Kapitalist Hofmeister bezahlt und was nicht. Heraus kam, daß er keine Überstundenzuschläge von 25%, die Nachtarbeit und Feiertage nicht richtig bezahlt. Wir haben dann gesagt, das geht so nicht, und einen Betriebsrat brauchen wir auch. Zur Debatte dieser Sachen sollte eine Versammlung außerhalb des Betriebes gemacht werden, zu der die Gewerkschaft einlädt ... Um dem Zusammenschluß der Arbeiter die Spitze zu brechen, hat der Kapitalist Hofmeister einen Tag vor der Versammlung einen spanischen Arbeiter entlassen, der an der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb führend beteiligt war. Zur Versammlung, die auf einem Samstagmorgen wenige Stunden nach der Nachtschicht lag, kam ein Drittel der Arbeiter. Mehrere Forderungen kristallisierten sich auf der Versammlung heraus: Keine Entlassung des spanischen Kollegen, Abbau der Überstunden, Aufbau eines Betriebsrates, der Kapitalist Hofmeister muß die Tarife einhalten ... Aufgrund dieses Zusammenschlusses mußte der Kapitalist dann die Tarife einhalten, er wurde gezwungen, drei Monate nachzuzahlen, was er nicht gezahlt hatte."

In der Brotfabrik gibt es heute einen Betriebsrat. Die Entlassung des spanischen Arbeiters konnte nicht verhindert werden. Der Arbeiter, der uns berichtet hat, wurde vom Kapitalisten Hofmeister entlassen, als er sich zusammen mit anderen Arbeitern nach

haben wir festgestellt, was der Kapitalist Hofmeister bezahlt und was nicht. Heraus kam, daß er keine Überstundenzuschläge von 25%, die Nachtarbeit und Feiertage nicht richtig bezahlt. Wir haben dann gesagt, das geht so nicht, und einen Betriebsrat brauchen wir auch. Zur Debatte dieser Sachen sollte eine Versammlung außerhalb des Betriebes gemacht werden, zu der die Gewerkschaft einlädt ... Um dem Zusammenschluß der Arbeiter die Spitze zu brechen, hat der Kapitalist Hofmeister einen Tag vor der Versammlung einen spanischen Arbeiter entlassen, der an der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb führend beteiligt war. Zur Versammlung, die auf einem Samstagmorgen wenige Stunden nach der Nachtschicht lag, kam ein Drittel der Arbeiter. Mehrere Forderungen kristallisierten sich auf der Versammlung heraus: Keine Entlassung des spanischen Kollegen, Abbau der Überstunden, Aufbau eines Betriebsrates, der Kapitalist Hofmeister muß die Tarife einhalten ... Aufgrund dieses Zusammenschlusses mußte der Kapitalist dann die Tarife einhalten, er wurde gezwungen, drei Monate nachzuzahlen, was er nicht gezahlt hatte."

In der Brotfabrik gibt es heute einen Betriebsrat. Die Entlassung des spanischen Arbeiters konnte nicht verhindert werden. Der Arbeiter, der uns berichtet hat, wurde vom Kapitalisten Hofmeister entlassen, als er sich zusammen mit anderen Arbeitern nach
dem Lohnabschluß von 5,3% dafür eingesetzt hat, daß Hofmeister eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 50 Pfennig bezahlen soll. Gegen seine Entlassung hat es noch heftige Auseinandersetzungen mit dem Kapitalisten gegeben. Er wurde jedoch nicht wieder eingestellt. Den Arbeitsgerichtsprozeß hat er verloren, weil er zum Juniorchef „Faulenzer" gesagt hatte, was man zu einem Kapitalisten nicht sagen darf. In den Kämpfen um seine Wiedereinstellung konnten die Arbeiter der Brotfabrik durchsetzen, daß die Pausen der Bäcker mitbezahlt werden und daß die Überstunden verringert werden.




Die Fach- und Jugendgruppe Gastronomie München demonstrierte im letzten Jahr für die Verankerung der 5-Tage-Woche im bayrischen Manteltarifvertrag.

# „Der Sumpf". Upton Sinclair

*z.gug.* Upton Sinclair, 1878 in Baltimore geboren, stammt aus einer verarmten vornehmen Familie aus den Südstaaten der USA. Er finanziert Schule und Studium durch Verfassen von Magazingeschichten. In dieser Zeit befaßt er sich mit dem Marxismus-Leninismus, gründet ein Theater auf Rädern, das sozialistische Stücke zeigen soll, und er beginnt selbst zu schreiben. Lenin bezeichnet Sinclair in seiner Polemik „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie" als „Gefühlssozialisten, ohne theoretische Bildung", der jedoch kämpft und zum revolutionären Kampf aufruft.

Aus seinen Erfahrungen mit der Arbeit in den Schlachthöfen Chicagos schreibt Sinclair den Roman „Der Sumpf" (1906), mit dem er weltbekannt wird. Weil er die brutale Ausbeutung und die Lebensverhältnisse der Arbeiter in diesem Roman enthüllt, greift ihn die bürgerliche Presse als „Schmutzaufwühler" an.

Der Roman verfolgt das Leben zweier litauischer Familien, die durch Heirat von Jurgis und Ona einen Verband bilden. Anfang dieses Jahrhunderts wandern sie nach Chicago aus, weil man dort was verdienen und werden könne, wie sie gehört haben. In Chicago, wo große Arbeitslosigkeit herrscht, müssen sie Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen annehmen, ihre Lebensverhältnisse sind miserabel. Krankheiten, Kurzarbeit, Werksschließungen treiben die Familie immer tiefer ins Elend. Jurgis muß immer schlechtere Arbeit annehmen, sein Vater Antanas stirbt bald, nachdem er mit seinen 60 Jahren noch zu arbeiten begonnen hat,

befaßt er sich mit dem Marxismus-Leninismus, gründet ein Theater auf Rädern, das sozialistische Stücke zeigen soll, und er beginnt selbst zu schreiben. Lenin bezeichnet Sinclair in seiner Polemik „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie" als „Gefühlssozialisten, ohne theoretische Bildung", der jedoch kämpft und zum revolutionären Kampf aufruft.

Aus seinen Erfahrungen mit der Arbeit in den Schlachthöfen Chicagos schreibt Sinclair den Roman „Der Sumpf" (1906), mit dem er weltbekannt wird. Weil er die brutale Ausbeutung und die Lebensverhältnisse der Arbeiter in diesem Roman enthüllt, greift ihn die bürgerliche Presse als „Schmutzaufwühler" an.

Der Roman verfolgt das Leben zweier litauischer Familien, die durch Heirat von Jurgis und Ona einen Verband bilden. Anfang dieses Jahrhunderts wandern sie nach Chicago aus, weil man dort was verdienen und werden könne, wie sie gehört haben. In Chicago, wo große Arbeitslosigkeit herrscht, müssen sie Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen annehmen, ihre Lebensverhältnisse sind miserabel. Krankheiten, Kurzarbeit, Werksschließungen treiben die Familie immer tiefer ins Elend. Jurgis muß immer schlechtere Arbeit annehmen, sein Vater Antanas stirbt bald, nachdem er mit seinen 60 Jahren noch zu arbeiten begonnen hat,
seine Frau wird von einem Aufseher zum Beischlaf gezwungen; sie wie ihr Sohn sterben; seine Base endet als Morphiumsüchtige im Bordell; alle Kinder der Familie müssen zum Lebensunterhalt mitarbeiten. Jurgis kommt mehrmals ins Gefängnis, macht im großen Streik der Viehhofarbeiter Streikbrecherarbeit, weil er endlich wieder Geld verdienen will. Der Roman endet damit, daß er zufällig in eine Versammlung der Kommunistischen Partei gerät und sich daraufhin organisiert.

Einige Auszüge aus dem Roman:

„Hier verharrten sie, starrend, fast betäubt vor Staunen. Etwa auf eine Quadratmeile erstreckten sich die Höfe, die Hälfte davon waren Viehgehege, alle überfüllt – niemand hätte geahnt, daß es auf der Welt so viel Vieh gebe. Rotes, schwarzes, weißes und gelbes Vieh, junges und altes Vieh, mächtig schnaubende Ochsen und kleine Kälber, die vor einer Stunde geboren worden waren, mildblickende Milchkühe und wilde, langhörnige Stiere aus Texas ... ‚Was wird aus all diesen Tieren', fragte Tante Elzbieta. ‚Heute abend', erwiderte Jokubas, ‚werden sie schon alle getötet, zerschnitten und in den Wagen auf der anderen Seite der Packhäuser verfrachtet sein. Jeden Tag', berichtete er weiter, ‚werden etwa zehntausend Rinder und ebenso viele Schweine sowie fünftausend Schafe hergebracht ...'"

„Jurgis war ein Bursche vom Land und gehörte zu jenen Arbeitern, an denen die Unternehmer ihre Freude haben ... Die ihm zugeteilte Arbeit war äußerst einfach: in wenigen Minuten hatte er sie bereits gelernt: er folgte, einen Besen in der Hand, dem Arbeiter, der die Eingeweide des Rindes aus dem Körper schälte, und fegte die dampfende Masse zu einer Klapptür ... Es war ein glühender Julitag, dampfend heißes Blut überströmte den Boden, reichte den Arbeitern fast an die Knöchel; der Gestank war überwältigend ... Jurgis deuchte es, er arbeite nun zum erstenmal in seinem Leben; zum erstenmal verausgabte er bei der Arbeit alle seine Kräfte. Das Tempo in der Fabrik verlangte die Anspannung aller Kräfte; von dem Augenblick an, da das erste Rind zusammenbrach, bis zur Mittagspause, und dann wieder bis spät abends gab es keinen Augenblick Rast, weder für die Hände, noch das Auge, noch den Geist ... Mit Erstaunen stellte Jurgis fest, daß sie (die Arbeiter) ihre Arbeit haßten. Sie haßten auch die Aufseher und Fabrikbesitzer, haßten die Fabrik, die ganze Nachbarschaft, ja sogar die ganze Stadt, empfanden bitteren, wilden Haß. Frauen und kleine Kinder begannen zu fluchen, kam die Rede darauf: es sei faul, faul wie die Hölle, alles sei verfault und schlecht. Wenn Jurgis sie nach dem Grund ihrer Worte fragte, wurden sie mißtrauisch, brummten: ‚Wenn Sie hierbleiben, werden Sie es schon selbst sehen.'"



ein glühender Julitag, dampfend heißes Blut überströmte den Boden, reichte den Arbeitern fast an die Knöchel; der Gestank war überwältigend ... Jurgis deuchte es, er arbeite nun zum erstenmal in seinem Leben; zum erstenmal verausgabte er bei der Arbeit alle seine Kräfte. Das Tempo in der Fabrik verlangte die Anspannung aller Kräfte; von dem Augenblick an, da das erste Rind zusammenbrach, bis zur Mittagspause, und dann wieder bis spät abends gab es keinen Augenblick Rast, weder für die Hände, noch das Auge, noch den Geist ... Mit Erstaunen stellte Jurgis fest, daß sie (die Arbeiter) ihre Arbeit haßten. Sie haßten auch die Aufseher und Fabrikbesitzer, haßten die Fabrik, die ganze Nachbarschaft, ja sogar die ganze Stadt, empfanden bitteren, wilden Haß. Frauen und kleine Kinder begannen zu fluchen, kam die Rede darauf: es sei faul, faul wie die Hölle, alles sei verfault und schlecht. Wenn Jurgis sie nach dem Grund ihrer Worte fragte, wurden sie mißtrauisch, brummten: ‚Wenn Sie hierbleiben, werden Sie es schon selbst sehen.'"

froren. Der Husten, der ihn schon immer gequält hatte, wurde ärger und ärger ... Außerdem fraßen die chemischen Flüssigkeiten, die den Fußboden überschwemmten, die Sohlen von seinen Stiefeln; die Füße des alten Mannes bedeckten sich mit Geschwüren und Wunden. Er ... erkundigte sich bei den Kameraden; die erklärten, es sei ein ganz alltäglicher Vorfall, sei eine Folge des Salpeters. Die Wunden werden nie mehr heilen; gibt er die Arbeit nicht auf, so werden ihm mit der Zeit die Zehen abfallen ... Er verband sich die schwärenden Füße mit Lappen, hustete und schuftete weiter, bis er eines Tages völlig zusammenbrach ... Die Familie war damals sehr schlecht daran, und es brach Tante Elzbieta fast das Herz, kein schönes Begräbnis des alten Antanas veranstalten zu können ... Fünfundzwanzig Jahre lang hatten Antanas Rudkus und sein Sohn zusammen in den Wäldern gelebt; es war hart, so scheiden zu müssen."

„Inzwischen hatte sich Tante Elzbieta vom Geistlichen eine Bestätigung verschafft, wonach der kleine Stanislowas zwei Jahre älter war als in Wirk-




Demonstration der Arbeiter der Chicagoer Viehhöfe 1931 gegen Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit.

„Zuerst hatte der alte Mann nicht verstanden, doch redete der Mann dann ganz offen, verlangte für das Verschaffen einer Stelle ein Drittel vom Lohn ... Der alte Antanas war des langen vergeblichen Suchens nach Arbeit müde, hatte den Mut verloren, wollte um jeden Preis Arbeit, einerlei welche. Am folgenden Tag versprach er dem Manne ein Drittel seines Lohnes und wurde im Pökelraum angestellt ... Antanas Rudkus war der mildeste, sanfteste Mensch auf Gottes Welt, deshalb machte es auf Jurgis einen gewaltigen Eindruck, als der alte Mann nach zweitägiger Arbeit in der Fabrik ebenso fluchte und schimpfte wie die anderen Arbeiter. Er hatte die Versenkung säubern müssen; die ganze Familie lauschte mit geweiteten Augen und halboffenem Mund, als er erklärte, was dies bedeute. Er hatte in dem Raum gearbeitet, wo das Büchsenfleisch vorbereitet wurde; das Fleisch lag in ungeheuren Fässern voller Chemikalien, wurde dann auf Karren geworfen und in die Küche gebracht. Dann gossen die Arbeiter die Fässer auf dem Boden aus, Antanas fegte den Schmutz in eine Versenkung, von dort wurde er herausgeholt und verarbeitet; das gleiche geschah mit den Fleischresten, die zusammen mit allem Schmutz im Abguß aufgefangen wurden ... Zu den Opfern der Armut gehörte auch der alte Antanas; der Winter kam, und der alte Mann arbeitete in einem Keller, wo es so kalt war, daß man den eigenen Hauch sah, und die Finger steif froren. Der Husten, der ihn schon immer gequält hatte, wurde ärger und ärger ... Außerdem fraßen die chemischen Flüssigkeiten, die den Fußboden überschwemmten, die Sohlen von seinen Stiefeln; die Füße des alten Mannes bedeckten sich mit Geschwüren und Wunden. Er ... erkundigte sich bei den Kameraden; die erklärten, es sei ein ganz alltäglicher Vorfall, sei eine Folge des Salpeters. Die Wunden werden nie mehr heilen; gibt er die Arbeit nicht auf, so werden ihm mit der Zeit die Zehen abfallen ... Er verband sich die schwärenden Füße mit Lappen, hustete und schuftete weiter, bis er eines Tages völlig zusammenbrach ... Die Familie war damals sehr schlecht daran, und es brach Tante Elzbieta fast das Herz, kein schönes Begräbnis des alten Antanas veranstalten zu können ... Fünfundzwanzig Jahre lang hatten Antanas Rudkus und sein Sohn zusammen in den Wäldern gelebt; es war hart, so scheiden zu müssen."

„Inzwischen hatte sich Tante Elzbieta vom Geistlichen eine Bestätigung verschafft, wonach der kleine Stanislowas zwei Jahre älter war als in Wirklichkeit, und sie ging mit dem Knaben auf die Suche nach Arbeit. Durhams Fabrik hatte eben eine neue Speckmaschine aufgestellt, eine wundervolle Maschine, die zu ihrer Bedienung bloß zwei Leute brauchte; einen, der sich darauf verstand, eine leere Fettbüchse auf eine bestimmte Stelle zu stellen, und einen, der die volle Fettbüchse fortnehmen und auf eine Platte stellen könnte. Die Maschine füllte in der Stunde einige hundert Büchsen ... Derart fand der kleine Stanislowas seinen Platz in der Welt, fand das Schicksal, das bis zum Tod das seine sein wird. Stunde um Stunde, Tag um Tag wird er von sieben Uhr morgens bis mittags, von halb eins bis halb sechs auf der gleichen Stelle stehen, wird keine andere Bewegung, keinen anderen Gedanken kennen als das Hinstellen von Büchsen. Im Sommer wird der Geruch der warmen Fette ihm Übelkeit erregen, im Winter werden im ungeheizten Keller die Büchsen fast an seinen eiskalten Fingerchen festfrieren. Das halbe Jahr wird es draußen nachtschwarz sein, wenn er zur Arbeit geht, und nachtschwarz, wenn er heimkehrt, an Wochentagen wird er nicht wissen, wie die Sonne aussieht. Dafür wird er am Ende der Woche der Familie drei Dollars heimbringen ..."

## Der amerikanische Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südstaaten

*z.jöd.* **1856:** Der Kampf der Arbeiterklasse, der Negersklaven und der Farmer in den Vereinigten Staaten für demokratische Rechte, gegen Sklaverei und für freie Besiedlungsrechte erstarkt. Die Gegensätze zwischen den im Süden ansässigen Sklavenhaltern und dem Bürgertum des Nordens werden größer. Die Sklaverei steht gegen die Entwicklung der Produktivkräfte und gegen die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Betreiben die Sklavenhalter im Süden Raubbau mit ihren großen Anwesen – haben sie ein Stück Land ausgebeutet, dann wechseln sie auf ein anderes Stück – so konzentrieren sich im Norden des Landes die Farmer auf den besseren Boden. Hier war die Sklaverei nur zeitweise und ist dann gänzlich verschwunden. Fluchtbewegungen der Sklaven aus dem Süden nach Norden setzen ein. Alleine aus Missouri flüchten 50000 Sklaven. Die Sklavenhalter mit ihrer rückschrittlichen Produktionsweise sind auf die Sklaven angewiesen. Der Versuch, derartige Entwicklungen durch Zwangsgesetze zu verhindern, scheitert, da der Einfluß der Südstaaten im Parlament immer mehr eingeschränkt wird und durch den Wahlsieg Lincolns, unter der Republikanischen Partei, der Einfluß auf die Regierungsgeschäfte fast unmöglich gemacht wird. Der Krieg zwischen den Nord- und Südstaaten ist also ein Eroberungskrieg für die Ausbreitung der Sklaverei und ein Krieg um die Staatsmacht in der Union. Die Truppen der Sklavenhalter überfallen Kentucky, um ihr Gebiet zu vergrößern. Vor allem auf die Beherrschung der Grenzstaaten haben es die Südstaaten abgesehen. Die Nordstaaten errichten eine Blockade gegen die Schiffe der Südstaaten, die die Baumwolle nach England schaffen wollen. Die gesamte Baumwollindustrie in England gerät in die Krise. Die Baumwollpreise steigen rapide an. Die englische Bourgeoisie erwägt den Überfall auf die Vereinigten Staaten. „Die englische Presse ist südlicher als der Süden selber. Während sie nördlicher alles schwarz, im Land der ‚nigger' alles weiß sieht, wiegt man sich in den Sklavenstaaten selbst keineswegs in dem von den ‚Times' gefeierten Siegesmut". So greift Marx die englische Bourgeoisie in der Wiener Zeitung „Die Presse" an. Die englische Bourgeoisie besinnt sich. Sie ängstigt sich bei dem Gedanken, gegen die Vereinigten Staaten in den Krieg zu ziehen. Die englische Arbeiterklasse ist gegen einen Krieg, also auch nicht mobilisierbar.

England droht weiterhin und erkennt den Südstaaten das Recht zu, Schiffe der Nordstaaten auf hoher See zu kapern. Die Blockade läßt nur ein Boot nach England durch und selbst dies hat keine Baumwolle an Bord. Die beiden Kriegsparteien stehen sich gegenüber, im Süden die Sklavenhalter

rungskrieg für die Ausbreitung der Sklaverei und ein Krieg um die Staatsmacht in der Union. Die Truppen der Sklavenhalter überfallen Kentucky, um ihr Gebiet zu vergrößern. Vor allem auf die Beherrschung der Grenzstaaten haben es die Südstaaten abgesehen. Die Nordstaaten errichten eine Blockade gegen die Schiffe der Südstaaten, die die Baumwolle nach England schaffen wollen. Die gesamte Baumwollindustrie in England gerät in die Krise. Die Baumwollpreise steigen rapide an. Die englische Bourgeoisie erwägt den Überfall auf die Vereinigten Staaten. „Die englische Presse ist südlicher als der Süden selber. Während sie nördlicher alles schwarz, im Land der ‚nigger' alles weiß sieht, wiegt man sich in den Sklavenstaaten selbst keineswegs in dem von den ‚Times' gefeierten Siegesmut". So greift Marx die englische Bourgeoisie in der Wiener Zeitung „Die Presse" an. Die englische Bourgeoisie besinnt sich. Sie ängstigt sich bei dem Gedanken, gegen die Vereinigten Staaten in den Krieg zu ziehen. Die englische Arbeiterklasse ist gegen einen Krieg, also auch nicht mobilisierbar.

England droht weiterhin und erkennt den Südstaaten das Recht zu, Schiffe der Nordstaaten auf hoher See zu kapern. Die Blockade läßt nur ein Boot nach England durch und selbst dies hat keine Baumwolle an Bord. Die beiden Kriegsparteien stehen sich gegenüber, im Süden die Sklavenhalter und im Norden das Bürgertum, die Arbeiterklasse und befreite Sklaven, die in die Armee eingezogen werden. In den Reihen des Bürgertums im Norden besteht Uneinigkeit. Vor allem die Industrie- und Finanzbourgeoisie ist sich unsicher, andererseits ist keine kapitalistische Entwicklung möglich, wenn nicht die Sklaverei abgeschafft wird. Die Arbeiterklasse schwankt nicht, sie muß die Sklaverei beseitigen, um die besondere Konkurrenz zwischen weißen Arbeitern und schwarzen Sklaven aufzuheben und um das Proletariat gegen die Kapitalistenklasse zusammenzuschließen.

**1861:** Eine Million Soldaten stehen sich in zwei feindlichen Lagern gegenüber. Eine derartige Kriegsführung hat es bisher nicht gegeben. Die vorherige Armee war klein und ist nicht mehr unter den neuen Truppen zu erkennen. Es gibt zu wenig Offiziere und Bataillonskommandeure. Es kommt nach dem Überfall in Kentucky sechs Monate zu keinem Gefecht. Die Truppen üben, damit sie sich überhaupt als zwei feindliche Heere gegenüberstehen können. Eine neue Armee, eine neue Kriegsform mit großer Mehrheit von Freiwilligen auf der Seite des Nordens! Es kommt zu den ersten Schlachten. Die handwerklichen Kenntnisse der Arbeiter kommen den Truppen der Nordstaaten zugute. Auf beiden Seiten werden Eiserne Schiffe eingesetzt und Kanonenboote. „Von welchem Standpunkt man ihn auch betrachtet, bietet der Amerikanische Bürgerkrieg ein Schauspiel ohne Parallele in den Annalen der Kriegsgeschichte", schreibt Marx in „Die Presse".

**1862:** Bereits brechen die Truppen des Nordens durch bis New Orleans. Die Regierung Lincoln zaudert immer wieder. Die revolutionären Interessen sollen immer wieder verschüttet werden. Die vollständige Beseitigung der Sklaverei steht nur auf den Fahnen der Arbeiterklasse. In den Südstaaten erheben sich die Sklaven und kämpfen zum Teil mit Arbeitern und Farmern. Die Kriegstaktik der Nordstaaten ist eher verhalten. Mit einer anderen Kriegstaktik wäre eine schnelle Vernichtung der Sklavenhalter noch im gleichen Jahr möglich gewesen. Karl Marx weist in einer militärischen Auseinandersetzung 1862 in der „Presse" gegenüber der Regierung nach, daß eine Besetzung Georgias die endgültige Kriegsentscheidung ist. Ohne Georgia können sich die Sklavenhalter nicht halten: „Mit dem Verlust Georgias wäre die Konföderation in zwei Sektionen zerschnitten, die alle Verbindungen untereinander verloren hätten." Bei Wahlen verliert Lincoln auch wegen der falschen Kriegstaktik an Einfluß. Er setzt McClellans ab, der bisher an der Spitze der Armee stand.

**1863:** Lincoln verkündet eine Verfassungsänderung, die die Abschaffung der Sklaverei beinhaltet. Der Krieg wird zunehmend zu einem revolutionären Kampf gegen die Unterdrückung und gegen den Landbesitz der Sklavenhalter. Der politische Einfluß der Arbeiterklasse wächst. Der Kampf wird

**1862:** Bereits brechen die Truppen des Nordens durch bis New Orleans. Die Regierung Lincoln zaudert immer wieder. Die revolutionären Interessen sollen immer wieder verschüttet werden. Die vollständige Beseitigung der Sklaverei steht nur auf den Fahnen der Arbeiterklasse. In den Südstaaten erheben sich die Sklaven und kämpfen zum Teil mit Arbeitern und Farmern. Die Kriegstaktik der Nordstaaten ist eher verhalten. Mit einer anderen Kriegstaktik wäre eine schnelle Vernichtung der Sklavenhalter noch im gleichen Jahr möglich gewesen. Karl Marx weist in einer militärischen Auseinandersetzung 1862 in der „Presse" gegenüber der Regierung nach, daß eine Besetzung Georgias die endgültige Kriegsentscheidung ist. Ohne Georgia können sich die Sklavenhalter nicht halten: „Mit dem Verlust Georgias wäre die Konföderation in zwei Sektionen zerschnitten, die alle Verbindungen untereinander verloren hätten." Bei Wahlen verliert Lincoln auch wegen der falschen Kriegstaktik an Einfluß. Er setzt McClellans ab, der bisher an der Spitze der Armee stand.

**1863:** Lincoln verkündet eine Verfassungsänderung, die die Abschaffung der Sklaverei beinhaltet. Der Krieg wird zunehmend zu einem revolutionären Kampf gegen die Unterdrückung und gegen den Landbesitz der Sklavenhalter. Der politische Einfluß der Arbeiterklasse wächst. Der Kampf wird auf der ganzen Welt verfolgt, und die internationale Unterstützung der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder ist gerade über den Bürgerkrieg der Vereinigten Staaten gewachsen.

**1865:** Die Südstaaten werden geschlagen, das System der Sklaverei fällt.



# Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis

## Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm




Die Indianer Nordamerikas vor der Kolonisierung



Kanubau der Indianer Virginias. Sie fällten Bäume, indem sie nahe den Wurzeln ein Feuer entzündeten. Dann brannten sie Wipfel und Zweige ab. Da sie keine Eisenwerkzeuge hatten, höhlten sie die Baumstämme mit Feuer aus. Durch Kratzen mit Muscheln gaben sie den Booten die endgültige Form.




Die Indianer Nordamerikas vor der Kolonisierung



Kanubau der Indianer Virginias. Sie fällten Bäume, indem sie nahe den Wurzeln ein Feuer entzündeten. Dann brannten sie Wipfel und Zweige ab. Da sie keine Eisenwerkzeuge hatten, höhlten sie die Baumstämme mit Feuer aus. Durch Kratzen mit Muscheln gaben sie den Booten die endgültige Form.



Cherokee-Ratssitzung im Repräsentantenhaus in Tahlequa (1843). Die Cherokee hatten das beste Regierungs- und Verwaltungssystem der Indianer Nordamerikas.




### Organisationsform der Stammesgemeinschaften

Wenn auch die vielen indianischen Gesellschaften von einem Ende der Halbkugel zum andern in ihrer konkreten Organisation sehr voneinander abwichen, so repräsentierten sie doch alle das System der Stammesgemeinschaft. Das Fundament dieses grundlegenden Gesellschaftssystems bildet der gemeinsame Besitz, die gemeinsame Kontrolle und die gemeinsame Nutzung des Bodens auf der Grundlage des Stammes, gleichgültig, ob der Stamm von der Jagd, vom Fischfang, von der Viehzucht, vom Ackerbau oder von einer Verbindung all dieser Tätigkeiten lebte.

Ein wesentliches Merkmal der Stammesgemeinschaft, wie sie in ganz Amerika vorherrschte, war die gesellschaftliche Organisation in der Form der Gens oder des Clan. Das bedeutet, daß die verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Struktur – Gens, Phratrie, Stamm, Bund – nicht auf Eigentums- oder territorialen Prinzipien beruhten, sondern auf feststehenden Grundsätzen der Familienbeziehungen. In dieser Hinsicht machten die indianischen Völker, wie Morgan zeigte und Engels und Thomson und viele andere Wissenschaftler bestätigt haben, die gleiche grundlegende ökonomische und politische Entwicklung durch wie die primitiven Völker in anderen Teilen der Welt.

Die Stammesgemeinschaft war (...) völlig demokratisch. Nicht allein, daß die Stammeswirtschaft zum Wohle aller geführt wurde, auch die Häuptlinge von den niederen bis zu den höchsten wurden gewählt ...

Die indianische Frau der Zeit vor der Eroberung hatte in der primitiven Gesellschaft, in der sie lebte, eine hochgeachtete Stellung inne, eine weit geachtetere als je in Amerika seither. Sie war die Herrin des Hauses und aller mit dem Haus verknüpften Produktion, die Landwirtschaft in ihrer Frühentwicklung eingeschlossen; sie nahm vollen Anteil an den Stammeswahlen, und auf bestimmter Stufe wurde die Abstammung allein auf sie zurückgeführt.

*Forster, William Z.: Abriß der Geschichte der beiden Amerika, Berlin (DDR) 1957, S. 31-35*

### Landwirtschaftliche Leistungen des amerikanischen Indianers

Es ist irrig, den amerikanischen Indianer als Nomaden ohne feste Heimstätte, und als nur auf Jagd und Kampf versessen zu schildern. Der Indianer

Grundsätzen der Familienbeziehungen. In dieser Hinsicht machten die indianischen Völker, wie Morgan zeigte und Engels und Thomson und viele andere Wissenschaftler bestätigt haben, die gleiche grundlegende ökonomische und politische Entwicklung durch wie die primitiven Völker in anderen Teilen der Welt.

Die Stammesgemeinschaft war (...) völlig demokratisch. Nicht allein, daß die Stammeswirtschaft zum Wohle aller geführt wurde, auch die Häuptlinge von den niederen bis zu den höchsten wurden gewählt ...

Die indianische Frau der Zeit vor der Eroberung hatte in der primitiven Gesellschaft, in der sie lebte, eine hochgeachtete Stellung inne, eine weit geachtetere als je in Amerika seither. Sie war die Herrin des Hauses und aller mit dem Haus verknüpften Produktion, die Landwirtschaft in ihrer Frühentwicklung eingeschlossen; sie nahm vollen Anteil an den Stammeswahlen, und auf bestimmter Stufe wurde die Abstammung allein auf sie zurückgeführt.

*Forster, William Z.: Abriß der Geschichte der beiden Amerika, Berlin (DDR) 1957, S. 31-35*

### Landwirtschaftliche Leistungen des amerikanischen Indianers

Es ist irrig, den amerikanischen Indianer als Nomaden ohne feste Heimstätte, und als nur auf Jagd und Kampf versessen zu schildern. Der Indianer war der erste amerikanische Bauer, und der Ackerbau spielte im Wirtschaftsleben des Stammes eine große Rolle. Cartier und Champlain sahen Maisfelder an den Ufern des St.-Lorenz-Stromes, de Soto am Mississippi und Coronado im Südwesten. Die ersten Siedler im Ohiotal fanden Maisfelder, die sich meilenweit am Flußufer hinzogen. General Wayne schrieb 1794, er habe nie „zuvor so ungeheure Maisfelder irgendwo in Amerika, von Kanada bis Florida erblickt". Ganz gleich wohin der Kriegspfad oder die Jagd ihn führen mochte, stets kehrte der Krieger zur Saat- und Erntezeit zurück. Es gibt Anzeichen dafür, daß es sich bei den in der Nähe dieser Felder gelegenen Dörfer um Dauersiedlungen handelte (...) Die Indianer der Atlantikküste von Maine bis Florida, mit denen die Engländer zuerst in Berührung kamen, waren Bauern und Jäger zugleich, und in den ersten Jahren trug ihr Mais dazu bei, die Kolonisten am Leben zu erhalten. Forscher bekunden, daß die Indianer in den meisten Teilen der Vereinigten Staaten hauptsächlich von Mais und anderen Anbauprodukten lebten.

Der indianische Ackerbau bestand hauptsächlich im Anbau von Mais und Tabak.

Die dritte einheimische amerikanische Pflanze, die in späteren Jahren einmal Weltbedeutung bekommen und zu einem der vier entscheidenden Nahrungsmittel der Welt werden sollte (Weizen, Mais, Reis), war die Kartoffel.

*Faulkner, Harald K.: Geschichte der Amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 69 – 70*